

Tempohomes



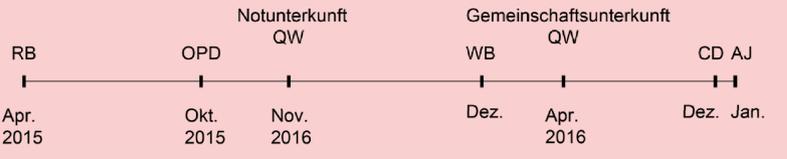
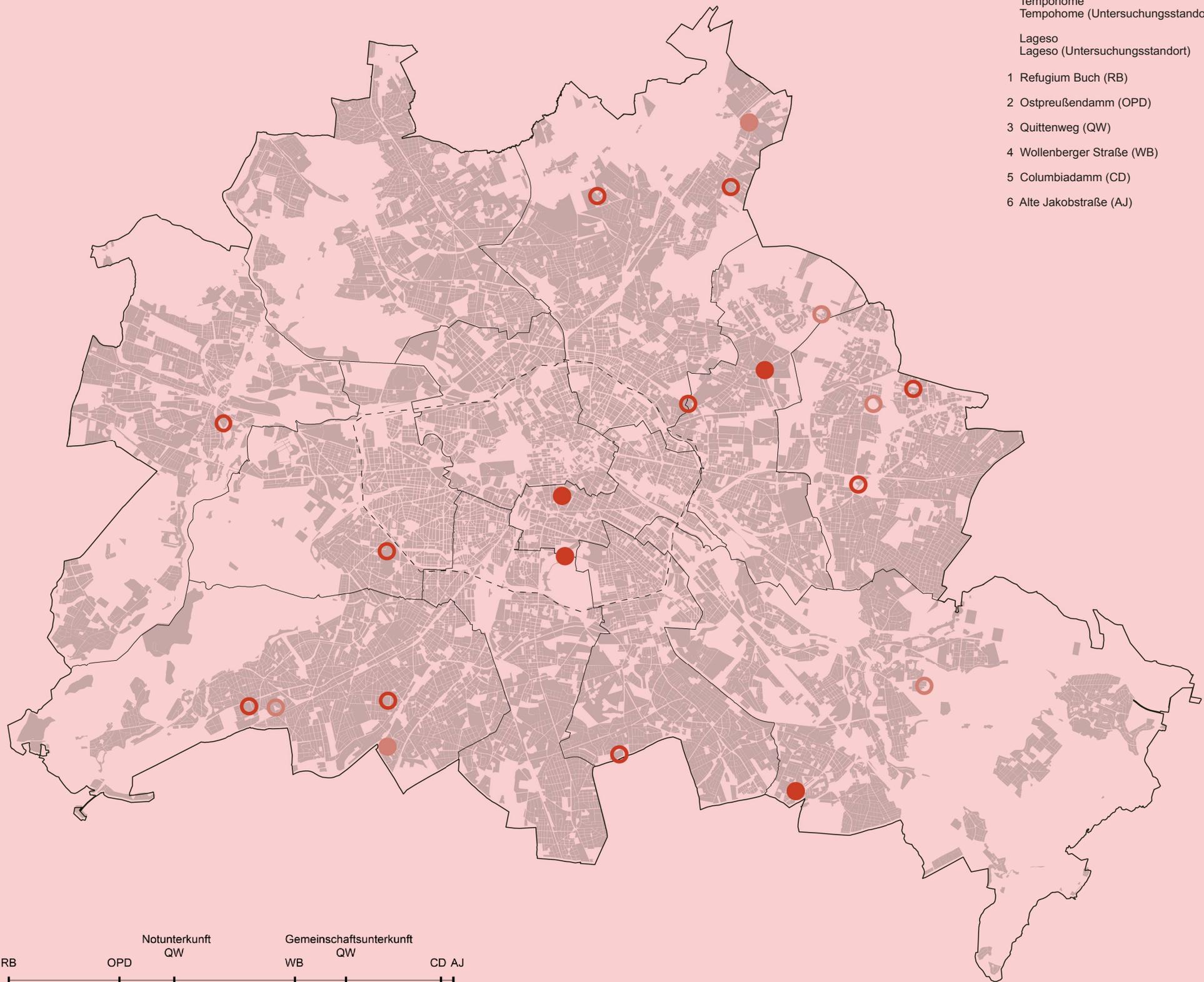
Untersuchung sozial-räumlicher
Aneignungspraktiken von
Geflüchteten in ausgewählten Berliner
Gemeinschaftsunterkünften

Universitätsverlag der TU Berlin

Tempohome
Tempohome (Untersuchungsstandort)

Lageso
Lageso (Untersuchungsstandort)

- 1 Refugium Buch (RB)
- 2 Ostpreußendamm (OPD)
- 3 Quittenweg (QW)
- 4 Wollenberger Straße (WB)
- 5 Columbiadamm (CD)
- 6 Alte Jakobstraße (AJ)



Tempohomes

Philipp Misselwitz
Ayham Dalal
Aline Fraikin
Antonia Noll
Veronika Zaripova
(Hrsg.)

in Kooperation mit
Landesamt für
Flüchtlingsangelegenheiten
(LAF)

Petra Berndt
Kathrin Maltzahn
Shahd Seethaler-Wari

Universitätsverlag
der TU Berlin, 2022
<https://verlag.tu-berlin.de/>

Fasanenstr. 88,
10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 314 76131
Fax: -76133
E-Mail: publikationen@ub.
tu-berlin.de

Diese Veröffentlichung –
ausgenommen Zitate und
anderweitig gekennzeichnete
Teile – ist unter der CC-Lizenz
CC BY 4.0 International
lizenziiert.

Lizenzvertrag: Creative
Commons International 4.0
[https://creativecommons.org/
licenses/by/4.0/](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Titelbild: Johanna Piechotta
Lizenzangabe

Satz/Layout:
Helene Otto
Studiengruppe
Informationsdesign (SI)

Druck: Offsetdruckerei
Karl Gramlich GmbH

ISBN 978-3-7983-3254-6 (print)
ISBN 978-3-7983-3255-3 (online)

Online veröffentlicht auf dem
institutionellen Repositorium
der Technischen Universität
Berlin:
DOI 10.14279/depositonce-15316
[http://dx.doi.org/10.14279/
depositonce-15316](http://dx.doi.org/10.14279/
depositonce-15316)

Tempohomes

Untersuchung sozial-räumlicher
Aneignungspraktiken von
Geflüchteten in
ausgewählten Berliner
Gemeinschaftsunterkünften

Herausgeber*innen:

Philipp Misselwitz

Ayham Dalal

Aline Fraikin

Antonia Noll

Veronika Zaripova

Universitätsverlag der TU Berlin

Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek
verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbiblio-
grafie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Habitat Unit
Chair of International
Urbanism and Design
Technische Universität Berlin

in Kooperation mit dem
Landesamt für
Flüchtlingsangelegenheiten
(LAF) Berlin

Ermöglicht durch die Deutsche
Forschungsgemeinschaft DFG
Projektnummer 290045248
SFB 1265 Teilprojekt A04
„Architekturen des Asyls.“

Projektinitiatorin
und Projektbetreuung
Petra Berndt

Projektbegleitung
Kathrin Maltzahn

Herausgeberteam
Prof. Dr. Philipp Misselwitz,
Dr. Ayham Dalal, Antonia Noll,
Aline Fraikin, Veronika Zaripova

Wissenschaftliche Reflexion
Dr. Shahd Seethaler-Wari

Mitarbeitende

Wissenschaftliche Beratung
Dr. Anna Steigemann, Dr. Emily
Kelling, Dr. René Kreichauf

Ev Askar, Carla Bormann,
Emmi Stiegler, Julian Pilot

Betreuung

Prof. Dr. Philipp Misselwitz, Dr.
Ayham Dalal, Christoph Muth,
Aline Fraikin, Amer Darweesh,
Tareq Mohamed Ali

Studierende

Antonia Noll, Carolin Fuhrig,
Christine Hartl, Christine Feistl,
Fiona Zimmer, Jacqueline Kuhn,
Jacqueline Berndt, Lukas Utzig,
Judith Larsen, Lara Jensen,
Kreszentia Mittermaier, Leticia
Palomino

Winter Semester 2018/19

Lehrforschungsprojekt mit
Vertiefung für Studierende der
Studiengänge MA Urban De-
sign, MA Architektur,
MA Stadt- und Regionalplanung

Gestaltung

Helene Otto

Studiengruppe

Informationsdesign (SI)

Danksagung

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten dankt folgenden Institutionen für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Zurverfügungstellung der Grundstücke, bei den planungsrechtlichen Verfahren, bei der Planung, Genehmigung und beim Bau von Containerdörfern und Tempohomes in Berlin:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen,
Senatsverwaltung für Finanzen,
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berliner Immobilienmanagement GmbH,
BGG- Berlinovo Grundstücksentwicklungs GmbH

Die Berliner Bezirke

Pankow

Steglitz-Zehlendorf

Treptow-Köpenick

Lichtenberg

Friedrichshain-Kreuzberg

Charlottenburg-Wilmersdorf

Neukölln

Reinickendorf

Spandau

Tempelhof-Schöneberg

Marzahn-Hellersdorf

Mitte

Für den Betrieb der Unterkünfte danken wir:

den BetreiberInnen und SicherheitsdienstleisterInnen der Flüchtlingsunterkünfte des LAF, sowie allen beteiligten Berliner Akteuren und Initiativen für Flüchtlingshilfe.

Grußwort 10

Alexander Straßmeir, Präsident des LAF

Hintergrund und Anliegen 14

Petra Berndt, LAF

Forschungsreport

Habitat Unit, TU Berlin

Einführung 32

Forschungsdesign
und Methoden 38

Vorstellung der Standorte 46

Raumaneignungen 74

Governance 132

Sozialräumliche Interaktion 152

Interaktion mit der Umgebung 178

Zukunftsperspektiven 196

Zusammenfassung
der Forschungsergebnisse 216

Handlungsempfehlungen	220
Impressionen	228
Literaturverzeichnis	242
Reflexion	246

Dr. Ing. Shahd Seethaler-Wari, LAF

Grußwort

Die Unterbringung von Geflüchteten ist neben der Aufnahme und Versorgung eine der wichtigsten Aufgaben des LAF. Dabei haben wir durch die geopolitischen Ereignisse der vergangenen fünf Jahre und ihre Auswirkungen auf die Situation in Deutschland und Berlin einen reichen Erfahrungsschatz erworben. Wir haben gelernt, in Krisen flexibel zu reagieren, komplexe Herausforderungen bei der Schaffung von Unterkunftsplätzen zu überwinden und gleichzeitig die Qualität der Unterbringung fortwährend zu verbessern. Im Fokus unserer Arbeit steht für uns, die unterschiedlichen Bedürfnisse der untergebrachten Menschen bestmöglich zu berücksichtigen und sie dadurch in ihrem Ankommen und Integrationsprozess zu unterstützen. Auf diese Weise hat sich das LAF seit seiner Gründung im Jahr 2016 zum Akteur mit dem größten Know-how für qualitätsgesicherte Unterbringung in Berlin entwickelt. Um dies auch zukünftig zu gewährleisten, müssen wir uns schon heute strategisch auf mögliche „neue Krisen“ vorbereiten.

Auch die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan und der Ukraine zeigen, wie wichtig die Dokumentation und Reflexion unserer Erfahrungen ist, um unsere Handlungsfähigkeit für die Zukunft zu verbessern. Gerade die aktuelle Situation verdeutlicht auf ganz praktische Weise, dass die durch das Land Berlin seit 2014 geschaffenen temporären Unterkunftsformen durch die mögliche schnelle Reaktivierung in akuten Krisenlagen dem Land wichtige Handlungsspielräume verschaffen und eine schnelle humanitäre Hilfe ermöglichen, für die das Land Berlin steht.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich die Zusammenarbeit des LAF mit der Technischen Universität Berlin im Rahmen eines Forschungsprojekts zu Rolle und Chancen temporärer Unterbringungsformen. Auf diese Weise werden die Erfahrungen, die mit den in Berlin entwickelten Tempohomes und Containerdörfern gemacht wurden, für die Zukunft gesichert und die daraus entstehenden Erkenntnisse und Weiterentwicklungen der Allgemeinheit zugänglich gemacht. So entsteht ein Wissenstransfer, auf den andere – auch außerhalb Berlins – zurückgreifen können.

Der vorliegende Tempohomes-Report, den die TU Berlin in Kooperation mit dem LAF erstellt hat, ist ein Zeitdokument. Er dokumentiert und reflektiert die temporäre Unterbringung von Geflüchteten in Berlin. Das Vorwort „Hintergrund und Anliegen“ erläutert dabei den politischen, gesellschaftlichen und planungsrechtlichen Kontext, in dem die Wohncontainerdörfer (2014–2015) und Tempohomes (2016–2018) geplant und errichtet wurden. Ihr vordringlichster Zweck war es, die Notunterbringung von Geflüchteten, etwa in Turnhallen, Gewerberäumen oder anderen ungeeigneten Bauten – zu beenden und künftig überflüssig

zu machen. Angesichts eines seit Jahren angespannten Berliner Wohnungsmarktes dienen die provisorischen Bauten darüber hinaus dem Zweck, die Zeit bis zur Eröffnung neu gebauter Unterkünfte in modularer Bauweise (MUF) zu überbrücken. Der Report dokumentiert den Alltag und das Leben in Containerdörfern und Tempohomes im Jahr 2018 und präsentiert die Wahrnehmung und Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner, deren Alltag und ihre Proaktivität im Umgang mit den alltäglichen Herausforderungen. Die abschließende Reflexion fasst die wichtigsten Ergebnisse des Reports zusammen und diskutiert deren Bedeutung für die aktuelle Unterbringungssituation.

Ich danke Herrn Professor Philipp Misselwitz und den beteiligten Studierenden der Studiengänge „MA Urban Design“, „MA Architektur“ und „MA Stadt- und Regionalplanung“ an der Technischen Universität Berlin für die Einblicke in den Alltag der Tempohomes sowie den Kolleginnen des Referats Bauen und Planen im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten für die fachliche Begleitung.

Alexander Straßmeir
Präsident
Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

Hintergrund und Anliegen

Rückblende

Im Sommer 2015 lagerten täglich bis zu 700 neue Geflüchtete vor dem LAGeSo in Berlin im Freien. Die Bilder sind bekannt. Es wurden händierend Notunterkünfte in der ganzen Stadt gesucht und schließlich Bestandsgebäude, Traglufthallen und als letztes Mittel mehr als 60 Turnhallen mit am Ende über 10.000 Geflüchteten belegt.

Warum dieser Report über Wohncontainerbauten und Tempohomes in Berlin?

Wohncontainerdörfer und Tempohomes sind von allen Beteiligten aus Politik und Verwaltungen, von Akteuren, Unterstützern und Ehrenamtlichen der Berliner Stadtgesellschaft und Presse sehr kontrovers diskutierte Unterbringungsformen für Geflüchtete in Berlin. Sie sollten temporär, für zwei bzw. drei Jahre Nutzungsdauer, in Betrieb gehen und bereits ab 2019 zurückgebaut werden.

Dieser bevorstehende Rückbau war im Wintersemester 2018/2019 Anlass zu einem Kooperationsprojekt mit der Habitat Unit an der TU Berlin. Hier wird seit Jahren zu der Art und Weise, wie Flüchtlingsdörfer international geplant und gebaut werden, geforscht und ob, wie und welche Transformationsprozesse sowie identitätsstiftende Rauman eignungsformen die Baulichkeiten, initiiert durch die Bewohner*innen selbst, durchlaufen.

Ziel war es, eine Dokumentation über die zwei LAF-eigenen, völlig unterschiedlichen und temporär gedachten (Schnell-)Baukonzepte in Containerbauweise (siehe unten) zu erhalten, die daraus gewonnenen Erfahrungen auszuwerten sowie die Tragfähigkeit der ursprünglichen Planungs- und Betriebskonzepte einzuschätzen, um sie für zukünftige bauliche Unterbringungsstrategien in temporären Unterkünften weiterzudenken – sei es für innerstädtische temporäre Nutzungen, aus Not- bzw. Katastrophenschutzgründen oder, wie uns die aktuelle Situation in Afghanistan und der Ukraine lehrt, aufgrund geopolitischer Entwicklungen.

Planungsparameter beim Bau temporärer Unterkünfte im Not-/Krisenfall. International.

Um den Berliner Weg bis heute besser einordnen zu können, lassen Sie uns einen Blick auf die Parameter des professionellen Projektmanagements temporärer Unterbringungen in Krisensituationen im internationalen Vergleich werfen.

Temporäre Bauten, Zelt- oder Containerdörfer entstanden auf der ganzen Welt, aufgrund von Krisensituationen immer unter einem hohen Zeit- und politischen Erfolgsdruck, auch in Berlin. Um auf eine wie auch immer geartete Ausnahmesituation zu reagieren. Sie dienen zu Beginn immer dem einen konkreten Ziel und damit einem formalisierten Projektsteuerungs- und Planungsansatz:

In kürzester Zeit maximal vielen Menschen gut organisiert, übersichtlich und sicher ein Dach über dem Kopf zu bieten. Wenn es um die Unterbringung von Geflüchteten aus anderen Ländern und fremden Kulturen geht, spielen bei Planung, Bau und im späteren Betrieb für das jeweilige Gastgeberland Kontrolle und Sicherheit, bedingt durch die vielfältigen Erfahrungen mit Terror und Anschlägen, eine immer größer werdende Rolle ("care and control"). Errichtet werden diese „Asylarchitekturen“, wie Prof. Philip Misselwitz sie nennt, auf Grundlage von nationalen Mindeststandards oder gemäß dem "handbook of emergency" des UNHCR oder, wie in Berlin, gemäß der Mindestqualitätsanforderungen des damaligen Berliner LAGeSo und im Rahmen des geltenden deutschen Planungsrechtes. Bei solchen Grundriss- und Planungslösungen bleiben individuelle oder kulturelle Alltagsbedürfnisse, identifikationsstiftende Gestaltungselemente aus den Herkunftsarchitekturen, wie z. B. arabische Hofhäuser mit ihren nicht einsehbaren Privaträumen, kulturell praktizierte unterschiedliche Raumverhalten von Männern und Frauen in privaten und öffentlichen Raumbereichen, kulturell bedingte andere Reinigungs- oder /Hygieneregeln bei der Nutzung von Dusch- und Sanitärräumen und überhaupt eigene Raumaneignungsmöglichkeiten zunächst offenbar völlig auf der Strecke. Das beeinträchtigt das Sich-zurechtfinden und die Befindlichkeit der Neuankommenden nach oft traumatischen Erfahrungen in besonderer Art und Weise.

1.0. Der Berliner Weg. Flüchtlingsunterkünfte – Maßnahmen Eine Chronologie

1.1. 2014 Berlin Die erste Generation temporärer Containerdörfer – Aufgabe und Ziel

Auch in Berlin folgte man den oben genannten Grundsätzen bei der Projektplanung der Containerbauten und entwickelte daraus verschiedene parallele, lang- und kurzfristige Baustrategien. Ausgelöst durch den Syrienkrieg erhöhte sich bereits seit Sommer 2014 der Zustrom Geflüchteter auch nach Berlin kontinuierlich. Unter Federführung der für die Unterbringung von Geflüchteten zuständigen, zum damaligen Zeitpunkt CDU-geführten, Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales wurde im August 2014 eine Projektgruppe gegründet mit dem Namen „Task Force Notunterkunft“ (TFNU). Räumlich angesiedelt wird sie in einem Großraum im EG des der Senatsverwaltung nachgeordneten „Landesamtes für Gesundheit und Soziales“ (LAGeSo) und ausgestattet mit weitreichenden Sonderkompetenzen. Aufgabe dieser Projektgruppe war es, in weniger als zwölf Monaten an sechs verschiedenen Standorten auf landes- bzw. bundeseigenen noch zu identifizierenden Grundstücken temporäre Gemeinschaftsunterkünfte für ca. 2400 Personen mit Gemeinschaftsküchen zur Selbstversorgung zu entwickeln in Containerbauweise. Unter Einhaltung des geltenden deutschen Bau- und Planungsrechtes und auf Grundlage der Mindestqualitätsanforderungen des Berliner LAGeSo inkl. umfangreicher Gestaltung der Außenanlagen mit Spiel- und Aufenthaltsflächen. (Antwort SenGes Soz auf Anfrage Abgeordnete Breitenbach)

1.2. Bauprojektsteuerung im Krisenfall. Einsatz der Projektgruppe „Task Force Notunterkunft“ – Integriertes Konzept Sozialraum und flankierende Öffentlichkeitsarbeit

Projektsteuerungstechnisch gesehen wäre diese Bauaufgabe für die baufachlich zuständige oberste Senatsbauverwaltung eine große politische und organisatorische Herausforderung gewesen, die in der Schnelligkeit im normalen Regelverfahren nicht zu lösen war – wie sich im weiteren Verlauf der Ereignisse und der zahlreich folgenden eingeleiteten Maßnahmen, um bauliche Unterkünfte zu generieren, herausstellte.

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales war in seiner Funktion als Bedarfsträger ausschließlich zuständig für die finanzielle Leistungsgewährung und Organisation der Unterbringung von Geflüchteten. Es war jedoch weder für Baumanagementaufgaben zuständig noch mit einem Haushaltstitel für Baumittel ausgestattet und daher nicht befähigt, Bauaufträge durchzuführen oder zu vergeben.

Der Aufbau einer Projektgruppe mit eigenem Budget und eigenen Zuständigkeiten war in dieser Hinsicht ein damals entscheidender Vorgang, da hier alle Kompetenzen gebündelt waren und in jeder Hinsicht schnell politisch, organisatorisch, juristisch und fachlich entschieden werden konnte. Durch diesen Paradigmenwechsel wurde das Land vom Gewährleister zum Anbieter und baute eigene Unterkünfte und das LAGeSo war der Bauherr. Der Beschluss des Abgeordnetenhauses zu dieser außerplanmäßigen Projektgruppe, das eigene Budget durch den Finanzsenator und die vorab vereinbarte Unterstützung im planungsrechtlichen Genehmigungsverfahren durch die oberste Senatsbauverwaltung unterstreicht das damalige Bemühen aller beteiligten Senatsverwaltungen, sich an dieser gesamtstädtischen Aufgabe, zumindest unterstützend, zu beteiligen. Denn zu diesem Zeitpunkt ahnte noch niemand, dass dies erst der Beginn einer größer werdenden und langfristigen öffentlichen Bauaufgabe werden würde.

1.3. Vorteil der Verwaltungszuständigkeit

Unter der Leitung des, für den Berliner Katastrophenschutz zuständigen Leiters in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales war die Projektgruppe TFNU personell mit bis zu zwölf freiwilligen, erfahrenen Verwaltungsmitarbeitern ausgestattet. Darunter waren Juristen, für gesamtstädtische Sonderaufgaben geschulte Mitarbeiter des Katastrophenschutzes sowie eine Architektin, zeitweilig unterstützt von zwei weiteren Architektinnen der Berlinovo, einer landeseigenen Berliner Wohnungsbaugesellschaft. Diese Projektgruppe war direkt dem Senator und dem Staatssekretär der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales unterstellt. Damit waren schnelle, tagesaktuelle, fachliche, verwaltungstechnische, politische, organisatorische und kommunikationstechnische Entscheidungen und Maßnahmen auf der gesamten landesweiten Verwaltungsebene, bis hinunter auf Bezirksebene in Krankenhäusern, Polizei usw. möglich.

Finanziell war diese Projektgruppe mit einem eigenen Finanzbudget für den Generalplaner und für die Beauftragung der Containerlieferer sowie die Baudurchführung ausgestattet. Das Baucontrolling erfolgte durch einen Projektmanager der landeseigenen Berliner Immobiliengesellschaft BIM GmbH. Die Grundstücke wurden nach intensiver Suche

final durch den Liegenschaftsfonds (Lifo), die Berliner Stadtreinigungsbetriebe BSR und den Bezirk Zehlendorf zur Verfügung gestellt und mietvertraglich für die Laufzeit gesichert (siehe FAQ 2014/2015).

1.4. Vorteil des Zustimmungsverfahrens gem. § 76 im Zusammenhang mit § 65 BauO Bln und bundesweite Änderung des § 246 BauGB

Im Allgemeinen denkt man bei Containerbauten an schnelle und unkomplizierte Baumaßnahmen, ohne zu wissen, dass auch Standorte mit Gebäuden in Containerbauweise geltendes Planungsrecht und Bauordnungsrecht einhalten müssen. Das zu bebauende Grundstück muss gewissermaßen eine Projektentwicklung durchlaufen. Um dieses vorgeschriebene und bei jedem einzelnen Standort einzuhaltende, planungsrechtliche Bauantrags- und vor allem Genehmigungsverfahren, inkl. Natur-, Umwelt-, Artenschutz, effektiv und schnell durchführen zu können, wurde mit der damaligen Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt das Baugenehmigungsverfahren gem. § 76 im Zusammenhang mit § 65 BauO Bln v. 2014 im sogenannten „Bauaufsichtlichen Zustimmungsverfahren“ genehmigt. Hierbei leitete ausschließlich die oberste Baudienststelle, damals SenStadtUm Abt. V, die Entwurfsarbeiten und die Bauüberwachung für die zu errichtenden Gebäude, und die oberste Bauaufsicht SenStadtUm II 3 führte das Prüf- und Baugenehmigungsverfahren durch. Damit konnte das Verfahren federführend und zügig ausschließlich von der obersten Bauaufsicht bei der Senatsbauverwaltung durchgeführt werden. Im normalen Bauantragsverfahren hätte jeder einzelne Standort mit der für den jeweiligen Standort zuständigen Bauaufsicht des Bezirkes durchgeführt werden müssen.

Parallel dazu wurde im November 2014 das Baugesetzbuch durch das „Gesetz zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen“ novelliert. Hier insbesondere § 246 Abs. 8-14. Im Rahmen des sogenannten öffentlichen Interesses (an der Bewältigung des Baus von Flüchtlingsunterkünften) traten damit bundesweite Erleichterungen in Kraft, die auch für Containerbauten bei einer maximalen Nutzungsdauer von drei Jahren erhebliche erleichternde Auswirkungen beinhalteten, z. B. bei der Grundstückssuche (Möglichkeit, im Außenbereich und Gewerbegebieten temporär bauen zu dürfen). Darüber hinaus mussten im Zusammenhang mit der Energieeinsparverordnung nur Anforderungen an den Außenbauteilen eingehalten werden und nur der bauordnungsrechtliche Mindestwärmeschutz nachgewiesen werden.

1.5. Vorteil eines den Sozialraum integrierenden Planungskonzeptes und flankierender Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Da die Taskforce direkt der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales zugeordnet war, stand ihr von daher das umfangreiche Netzwerk aus Sozialraum-Partnern, Gesundheitsversorgung u.v.m. direkt zur Verfügung. Auch der Einsatz von Sondermitteln, z. B. für die Träger der Stadtteilzentren, konnte damit direkt über die zuständige Senatsverwaltung bewilligt werden. Von Beginn des Planungsprozesses der ersten sechs Containerbauten konnte in enger Kooperation mit allen beteiligten Akteuren und Netzwerkpartnern, Willkommensbündnissen sowie Ehrenamtlichen in der Stadt der Sozialraum aktiviert und koordiniert werden, bei der Bewältigung von Versorgungsaufgaben gewonnen und mit einbezogen werden, standortscharf im jeweiligen Bezirk. Genannt seien hier beispielhaft

Die Bezirke mit ihren Verwaltungen, Flüchtlingskoordinatoren, Gesundheitsämtern und Einrichtungen, mit ihren Kitas und Schulen zur Sicherung von Kita- und Schulplätzen für die Kinder der Geflüchteten,

Bezirkliche und stadtweite Träger, Vereine, Stadtteilzentren und Wohlfahrtsverbände auch für die Bereitstellung von Betreibern der Unterkünfte,

Ehrenamtlichen-Initiativen und ihre Unterstützungsprojekte zur Stärkung der Willkommenskultur,

Landeskriminalamt (LKA), Polizei, Krankenhäuser und Arztinitiativen für die begleitenden Sicherheits- und Gesundheitskonzepte,

Die beteiligten Senatsverwaltungen u. v. a. m.

Des Weiteren wurden die Baumaßnahmen von Beginn an mit folgenden flankierenden Maßnahmen begleitet, um Akteure und Öffentlichkeit aktuell zu informieren und in die Planungen mit einzubeziehen:

FAQs zu Flüchtlings- und Asyl-Situation in Berlin 2014/2015. Planung und Bau der Containerdörfer auf der Webseite der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

Newsletter TFNU über den Gesamtzeitraum an beteiligte Netzwerkpartner Handouts für jeden Standort

Öffentliche Bürgerversammlungen vor Baubeginn und Projekt begleitend, gemeinsam mit Nachbarschafts- bzw. Stadtteilzentren und Bezirken organisiert

Anwohnerberatungen auf der Baustelle vor Ort und Nachbarschaftstreffen

Tag der offenen Tür an jedem Standort, gemeinsam mit dem Betreiber, dem Sicherheitsdienst, Bezirk, schnellstmöglich nach Baufertigstellung, technischer Inbetriebnahme, Möblierung vor Belegung mit Geflüchteten

Projektbegleitende Pressetermine, Interviews

Sport- und Sonderveranstaltungen mit Sportvereinen und Geflüchteten

Implementierung eines „Beirates für Zusammenhalt“: einem Beratungsgremium bestehend aus fünf politischen Vertretern aller Berliner Fraktionen mit engem Kontakt zum Regierenden Bürgermeister Müller, mit Anwohnerdialogen, Vorortterminen mit Abgeordneten und Presse

In Berlin werden bis heute Planung, Bau und Inbetriebnahme jeder Flüchtlingsunterkunft vom LAF mit einem „integrierten Sozialraumkonzept“ entwickelt und flankiert von den oben beschriebenen Kommunikationsmaßnahmen einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit. Somit gehört das, was ursprünglich im Katastrophenfall entwickelt wurde, heute zum Regelablauf und ist einzigartig als Berliner Weg. (Newsletter TFNU v.2015, FAQ's von SenGes v. 2014/2025)

2.0. Berlin 2015 Entwicklungen und weitere bauplanerische Maßnahmen

2.1. Januar 2015 – Planung MUFs mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt: 1. Langfristige Baustrategie von Unterkünften in konventioneller Bauweise

Nach Inbetriebnahme des ersten Wohncontainerdorfes im Dezember 2014 wurden bereits ab Januar 2015 von der Architektin der TFNU als Vertretung des LAGeSo und der damaligen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grundlage der „Mindeststandards

des LAGeSo“ Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge, genannt MUF, als langfristige strategische Baumaßnahme in konventioneller Bauweise im iterativen Verfahren entwickelt und geplant. Denn SenStadt-Um hatte bereits umfangreiche Erfahrung mit dem Bau Modularer Schulbauten. MUFs haben den Vorteil, auf unterschiedliche Grundstückszuschnitte und Belegungsdimension flexibel mit Grundrissmodulen reagieren zu können und somit Zeit- und Planungskosten für Neuplanung und Entwicklung einzusparen.

Die bauliche Fertigstellung der in der ersten Tranche geplanten MUFs konnte jedoch nicht in der Schnelligkeit und in dem Maße, wie die Geflüchtetenzahlen weiter anstiegen, umgesetzt werden. Wenige Monate später, im Sommer 2015, eskalierte nun die Situation vor dem LaGeSo, wie eingangs beschrieben.

2.2. Sommer 2015 – Maßnahmen: Bestandsgebäude und Turnhallen „Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement“

Als Sofortreaktion wurde nun die Prüfung leer stehender landeseigener und privater Bestandsgebäude in der ganzen Stadt für die Belegung mit Geflüchteten mit Hochdruck forciert. Dazu zählten beispielsweise Hostels, Hotels, Krankenhäuser oder Hangars des Flughafens Tempelhofes. Schließlich wurden als weitere Notfallmaßnahme die für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport wichtigen Turnhallen in Tag- und Nachteinsätzen gemäß dem Allgemeinem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) stadtweit beschlagnahmt. Um das personell bewältigen zu können, erfolgte ein Hilferuf der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales an die Berliner Verwaltungen, weitere Freiwillige an das LAGeSo zur Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL) für zunächst sechs Monate abzuordnen. Mehr als fünfzig Mitarbeiter*innen waren als operative Eingreiftruppe unter Führung des LKF, der am 15. August 2015 gegründet worden war, im Einsatz. Der „Landesweite Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement“ (LKF) bestand zusätzlich aus weiteren freiwillig abgeordneten Mitarbeiter*innen der Berliner Polizei und der Berliner Verwaltungen und wurde von einem eigens dafür eingesetzten Staatssekretär geleitet. Über sechzig Hallen wurden beschlagnahmt, möbliert und täglich mit hunderten neu ankommenden Geflüchteten belegt. Unter vertraglicher Einbindung freier Träger als Betreiber, professionellen Sicherheitsdienstleistern und Caterern, die die Geflüchteten mit Essen und Trinken versorgten, wurde jede Halle in Betrieb genommen. 10.000 Geflüchtete allein in Turnhallen. Auch die Stadt Berlin war jetzt im Ausnahmezustand.

2.3. Winter 2015 – Planung MUFs mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften: 2. Langfristige Baustrategie in konventioneller Bauweise

Das beeinflusste die weitere langfristige strategische Planung des konventionellen MUF-Bauprogramms. Im November 2015 wurden auf Initiative des Berliner Finanzsenators durch Senatsbeschluss auch die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften beauftragt, sich an Planung, Entwicklung und Bau von Unterkünften in konventioneller Bauweise zu beteiligen. Auf Grundlage von wohnungsähnlichen Grundrissen, jedoch mit anderer Raumbelagung, sollten Unterkünfte in konventioneller Bauweise entstehen, die später nach Beendigung der Nutzung als Flüchtlingsunterkunft auch als Wohnungen für besondere Nutzerklientel, wie Wohnungslose oder Studierenden, zur Verfügung stehen können. Ein weiterer Player, diesmal aus der öffentlichen Berliner Wohnungsbauwirtschaft, wurde nun aufgefordert, sich an der gesamtstädtischen Bauaufgabe, Flüchtlingsunterkünfte in konventioneller Bauweise zu errichten, zu beteiligen. Es begann in der Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften für alle damaligen Beteiligten ein Aushandlungsprozess um Bau- und Qualitätsstandards sowie Grundrisslösungen, der bis heute anhält und zu unterschiedlichsten baulichen Lösungen im Rahmen eines sozialen öffentlichen Wohnungsbaus führt (s. S. 33 - Chronologie der Planung und Maßnahmen von Flüchtlingsunterkünften).

2.4. Das Jahr 2016 – Die 2. Generation temporärer Containerunterkünfte: „Tempohomes“

Nachdem von Dezember 2014 bis Oktober 2015 die ersten Wohncontainerdörfer errichtet und in Betrieb genommen worden waren, sollten weitere Containerdörfer nicht mehr gebaut werden. Darüber war man sich auf der Senatsebene einig. Doch bereits im Frühjahr 2016 wird die zweite Generation Containerdörfer, diesmal von der BIM GmbH, an 17 verschiedenen Standorten für weitere ca. 5.300 Personen geplant und entwickelt, die sogenannten Tempohomes. Die BIM als landeseigener Immobiliendienstleister, ausgestattet von SenFin mit Sondermitteln, entwickelte auf Grundlage der gemachten Erfahrungen mit den ersten Containerbauten mit ihrem Projektmanagement eine andere Containerstruktur, bestehend aus ebenerdigen Wohneinheiten mit zwei Wohncontainern und einem Sanitärcontainer mit jeweils eigenem Zugang. Diese sollten mit bis zu vier Personen je Container in Doppelstockbetten belegt werden. Die Container waren aber nur 13 qm groß.

Auch die Tempohomes sollten nur temporär als Notunterkunft errichtet und betrieben werden, um dringend die über 60 Turnhallen in der Stadt freizuziehen und sie den Schulen und Vereinen wieder zur Nutzung zurückzugeben, bis die konventionellen MUFs der Senatsbauverwaltung bezugsfertig waren. Die Gestaltung und Organisation der Tempohomes erfolgte, wie die ersten Container auch, auf Grundlage der Mindeststandards des LAGeSo. Durch die Erdgeschossigkeit konnte auf umfangreiche Brandschutzauflagen und den Einbau einer Brandmeldeanlage verzichtet werden, das ermöglichte eine schnellere Fertigstellung. Das erste Tempohome in Alt-Glienicke wurde im August 2016 fertiggestellt. Die letzten Tempohomes gingen Ende 2018 in Betrieb. Trotz der auch hier flankierenden oben beschriebenen Öffentlichkeits- und Informationsmaßnahmen waren die Anwohnerproteste auch diesmal an fast jedem Standort, sofern er in einer bewohnten Nachbarschaft lag, groß und wurden begleitet von Klagen und Gerichtsverfahren. Mit jedem Bezirk wurden und werden bis heute zu fast jedem Grundstück umfangreiche Aushandlungsprozesse über die Dauer der temporären Verfügbarkeiten von bezirkseigenen Grundstücken durchgeführt, da auch die Bezirke eigene Grundstücke als Vorhalteflächen für ihre bezirklichen Bau-Infrastrukturmaßnahmen, wie Schulen, Kitas usw., benötigen.

Da das LAF an der Planung nicht im ausreichendem Maß beteiligt war, mussten etliche bauliche Nachrüstungen auf Drängen des LAF von der BIM GmbH nach Fertigstellung des ersten Tempohomes durchgeführt und zusätzliche Finanzmittel von SenFin dafür freigegeben werden. Das LAF belegte schließlich jeden Container nur mit 2 Personen. Es fehlten die Außenanlagen für Spiel- und Aufenthaltsflächen, wie bei den ersten Containerdörfern. Auch die KÜcheneinbauten wurden in jeder Wohneinheit nachgerüstet, da die Tempohomes wie beschrieben anfänglich von der BIM GmbH nur als Notunterkünfte mit externer Cateringversorgung geplant worden waren. Fehlende Vordächer am Eingang jeder Wohneinheit wurden mit überdachten Eingangsmodulen und Erdaufschüttungen nachgerüstet, die später, ungeplant, jeweils seitlich kleine gärtnerische Bereiche vor jeder Wohneinheit durch die Initiative der Bewohner*innen entstehen ließen.

2.5. Mai 2016 – Masterplan: Integration und Sicherheit. Dezember 2018 – Gesamtkonzept Integration und Partizipation Geflüchteter

Um die Stadt auf eine langfristige Handlungsweise auszurichten, wurde eine gesamtstädtische Strategie mit zahlreichen Handlungsfeldern, unter anderem auch zur Unterbringung von Geflüchteten, von verschiedenen

Berliner Senatsverwaltungen erarbeitet. Der im Mai 2016 beschlossene Masterplan Integration und Sicherheit wurde gemeinsam mit der Stadtgesellschaft diskutiert und kritisch reflektiert. Unter Beteiligung der zuständigen Verwaltungen, Institutionen, Wohlfahrtsverbände und Geflüchteten wurde das Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter als Nachfolger zum Masterplan erarbeitet und im Dezember 2018 vom Senat beschlossen. In enger Begleitung des LAF wurden im Handlungsfeld Unterkunft, Wohnen und Soziales langfristige strategische Unterbringungsziele verankert, die zu einer Verbesserung der Unterbringungsqualität beitragen sollen und regelmäßig evaluiert werden.

2.6. August 2016 – Gründung des LAF

Ab August 2016 erfolgte die Inbetriebnahme des heutigen Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Damit begann ein Prozess die Planung, den Bau und die Weiterentwicklung von Unterkünften in konventioneller Bauweise in Regelverfahren mit allen Berliner Administrationen auf Bezirks- und Landesebenen zu implantieren und zu verstetigen. Auf diesem Weg hat das Landesamt inzwischen in konventioneller Bauart errichtete, vielfältige unterschiedliche Gebäude- und Grundrisstypologien und verbindliche Planungsstandards für den Bau von Flüchtlingsunterkünften in Wohnungs- bzw. Appartementstruktur mit den Wohnungsbaugesellschaften und der obersten Senatsbauverwaltung weiterentwickelt (siehe Senatsbeschluss Nr. S1242//2016).

Zur weiteren Prozessoptimierung gehören die Regelverfahren für bauliche Unterhaltung durch die landeseigene BIM GmbH, die als Geschäftsbesorgerin des LAF die Wohncontainerdörfer und Tempohomes baulich bewirtschaftet. Auf Initiative des LAF wurden Gemeinschafts-sanitärräume und -küchen in den Wohncontainerdörfern saniert und Tempohomes für Hitze-/Kälteperioden weiter ausgerüstet sowie Bestandsgebäude in konventioneller Bauweise instand gesetzt und baulich bewirtschaftet.

Im Jahr 2018 bekam das LAF einen neuen Präsidenten an seine Spitze und arbeitet inzwischen in umfangreichen Recherchen und Evaluationen an den Parametern und Prozessen zu einer bedarfsgerechten Unterbringung: in Hinblick auf die individuelle Unterbringungsauswahl für jede geflüchtete Person, Einhaltung und Durchsetzung baulicher Qualitätsstandards, technischer Ausstattungen, WLAN-Versorgungen. Im Rahmen der fortgeschriebenen vertraglichen Qualitäts- und Betreuungsstandards von Gemeinschaftsunterkünften von GU1 bis GU3 und bei den MUFs 2.0. der Senatsbauverwaltung und den

Wohnungsbaugesellschaften entstanden auf diesem Weg wohnungsähnliche Grundrissmodelle mit vielfältigen Zwischenvarianten. Die Portfoliostrategie wird neu ausgerichtet, um flexibler auf unterschiedliche Anforderungen reagieren zu können. Zukünftige, dezentrale oder kleinteiligere Wohnmodelle in Bezirken wie Kreuzberg werden inzwischen betrachtet. Aktuelle Anforderungen vonseiten der Stadtgesellschaft nach mehr Integration von Geflüchteten werden an eine gesamtstädtische Steuerung angepasst, die die Unterbringung von Wohnungslosen mit einbezieht.

3.0. Der TU Berlin Tempohomes-Report Aus dem Blickwinkel des LAF und der Bewohner*innen – Identitätsstiftende Planungsparameter

Ziel des LAF war es, mit dem Report eine Dokumentation darüber zu erhalten, was sich wie in den Dörfern entwickelt hat und welche der gewonnenen Erfahrungen bei den Gebäuden und der zu erwartenden längeren Betriebszeit zukünftig für weitere Planungen, auch von MUFs, genutzt werden können. Es sollten sowohl die beiden unterschiedlichen temporären baulichen Konzepte betrachtet werden als auch das ursprüngliche Ziel mit dem Ergebnis der Bauaufgabe verglichen werden, durch die Art, wie unterschiedlich die Bewohner*innen die Unterkünfte nutzen und empfinden.

Wie haben sich diese, einst nur für eine temporäre Nutzung als Notunterbringung geplanten (Schnell-) Bauprojekte final bewährt? Eine Kritik und Erfolgsanalyse im Rahmen der eingangs beschriebenen ursprünglichen Planungsparameter, Einhaltung des deutschen Planungsrechtes, der ungeahnten längeren Nutzungsdauer und als kurzfristige flankierende Maßnahme zu den langfristigen baupolitischen Zielen ist notwendig. Was haben die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Planung und die sozialen Akteure daraus planerisch, baukonstruktiv und betriebstechnisch zu lernen? Der ursprüngliche bei den ersten sechs Containerdörfern „integrative“ Planungsansatz und die Sozialraumanalyse bei Grundstücksentscheidungen wurden, wie oben beschrieben, verstetigt zu einem Regelverfahren. Wie gestaltet sich jedoch ein Regelverfahren in Bezug auf Grundstücksfindung und Bereitstellung von Reservestandorten heute und zukünftig? Trotz der Grundstücks-Clusterungen im Portfolioausschuss der Senatsverwaltung, wo mehr als 1500 Immobilien aus landes- und bundeseigenem Bestand auch für das LAF-Portfolio im Quickcheck vorgeprüft wurden, ist der Weg zu Standortentscheidungen sowohl für Neubaumaßnahmen als auch bei Ver-

längerungen von temporären Standorten geprägt von umfangreichen Aushandlungsprozessen mit den Bezirken (s. S. 145 - Tempohome & LaGeSo-Dörfer Organigramm der Zuständigkeiten für den Betrieb).

Da der Report sehr stark die Bewohnerperspektive einnimmt, sind im Laufe des Projektes sowohl dem LAF bekannte Bewohner*innen-Wünsche vertieft worden als auch grundsätzliche Fragestellungen entstanden.

Welche vorgeplanten Bereiche, welche Mindestanforderungen, Sicherheitsvorschriften können / sollen vernachlässigt bzw. anders, d.h. den Bewohner*innen nachvollziehbarer kommuniziert werden? Wie kann den Bedürfnissen der Bewohner*innen baulich, technisch, sozial und gestalterisch mehr Raum zur Verfügung gestellt werden, wenn gleichzeitig das LAF gesetzlich die Verpflichtung und die Verantwortung hat, Bewohner und Bewohnerinnen und ihre Kinder in ihren Unterkünften vor Gefahren und Verletzungen an Leib und Seele zu schützen?

Damit entstehen dem LAF auch Fragen nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten, Nutzungskompetenzen und Empowerment für eigenverantwortliches Handeln der Bewohner*innen besonders in Vorbereitung auf den Wunsch der Geflüchteten nach dem Leben in einer eigenen Wohnung.

Und gehört dazu nicht auch, auf hiesige unterschiedliche klimatische Gegebenheiten die entsprechende baukonstruktive Ausgestaltung der Außenkonstruktion von Anfang an mitzuplanen, um spätere zu hohe Betriebskosten zu vermeiden, trotz Novellierung des § 246 BauGB und mit Erleichterungen zur Wärmeschutz- und Energieeinsparungsverordnung? Denn Containerdörfer können auch in konventionellem Ausbaustandard gebaut werden. Beispielhaft sei hier das LAF-Wohncontainerdorf am Ostpreußendamm genannt. Es wurde von der TFNU 2015 als erste Unterkunft für vulnerable Geflüchtete in Apartmentstruktur und in konventionellem Ausbaustandard errichtet.

Schließlich stellt sich die sehr innovative Frage, inwieweit nicht gerade diese eigentlich als Notunterkünfte gedachten und von daher immer noch als „provisorisch“ geltenden Dörfer mit ihren gestalteten Außenanlagen und großzügigen Gemeinschaftsräumen viel mehr Experimentiergeist und Raumaneignung ermöglichen sollten. Dafür wäre Offenheit von Bewohner*innen, beteiligten Betreibern, Sicherheitsdienstleistern, externen Kooperationspartnern und dem LAF selber abzufordern, um sich gleichsam zu beispielhaften Orten einer aktivierenden identitätsstiftenden Asylarchitektur, wie Prof. Dr. Philipp Misselwitz der Habitat Unit TU sie nennt, weiterzuentwickeln.

Dazu ließe sich bei temporären Neuplanungen auch mit Strukturen experimentieren, die eher den Wohn- und Zusammenlebensbedürfnissen der Ankommenden und ihrer größeren Familien entsprechen. Man denke hier beispielhaft an die Herkunftsarchitekturen mit ihren Hofhäusern in Clusterstrukturen anstelle einer linearen Aneinanderreihung von Containern. Die Forschungen aus jordanischen Campcities zeigen dies in den eigeninitiierten Umbauprozessen der Bewohner und Bewohnerinnen in besonders prägnanter Weise. Fotos: CAMPCITIES vor und nach TRANSFORMATION durch BewohnerInnen (Misselwitz, P. Dalal, A. 2017)

Die Tempohomes-Bewohner*innen, die in den Vorgärten ihrer Blechhäuser (wie es in der Reportage „Das schöne Haus aus Blech“ in der Berliner Zeitung im Mai 2018 heißt) Kräuter und Blumen, Gemüse oder Pfefferminze anpflanzen für die Tees ihrer Gäste und für ihre eigenen Getränke können damit zwar nur kleine identitätsstiftende Gesten zeigen, dies jedoch oft mit großer Wirkung. Dabei sind dies nur einige von vielen möglichen proaktiven Handlungsinitiativen, die für das Alltagsleben und Wohnen in einer neuen, völlig fremden Stadt ein Hauch von Identität ermöglichen.

Lassen Sie sich beim Betrachten der Bilder und Grafiken im Kapitel über Raumeignungen, dem Lesen der Erfahrungen und Wünsche im Betriebsalltag, den Wegen der Geflüchteten in der Stadt und dem Kapitel mit den biografischen Motivationen mitnehmen in die Welt der Bewohner*innen und wechseln Sie die gewohnte deutsche Perspektive.

3.1. Reflexion – Inhalte des Reportes aus Forscherperspektive

Aus der Perspektive der Bewohner*innen wirft der Report noch mal einen ganz anderen Blick auf die Situation. Abhängig von all den Maßnahmen, Regeln, Sicherheitsvorschriften, die es vonseiten des LAF und seiner Dienstleister einzuhalten gilt und die weiterhin Beachtung erfordern, scheint das Leben und der betriebliche Alltag in einer Unterkunft aus Sicht der Bewohner*innen oft davon überlagert zu werden.

Das LAF wollte mit der Öffnung seiner Dörfer für die Studierenden der TU Habitat Berlin den Blick weiten und damit seinen eigenen und den Blick der externen Betrachter, der beteiligten Akteure sowohl in Berlin als auch internationaler Forscher, auf die Gestaltung, Organisation und das Leben der Bewohner*innen in den Containerdörfern.

In den Reflexionen wird versucht, Sie aus Forscherperspektive mit den Bedürfnissen, Alltagssorgen, Motivationen und proaktiven Rauman eignungsversuchen der Bewohner und Bewohnerinnen vertraut zu machen. Es wird herausgearbeitet, welche Bedeutung die einzelnen Untersuchungsergebnisse haben. Dabei spielt das Miteinbeziehen/Mitdenken von Parametern für eine proaktive Rauman eignung aus Sicht der Forschung eine wesentliche Rolle als identitätsstiftende Handlungsempfehlung bei Planung, Bau und Betrieb temporärer Unterbringungsformen im Krisenfall, auch für zukünftige Strategien des LAF und der Politik in Berlin.

Verwendete Literatur

Bianca, S. (2003). „Wohnen in der arabisch-islamischen Stadt – Grundvorstellungen, Verhaltensweisen und räumliche Strukturen“, in: Vegesack, Alexander von/ Kries, Mate (Hrsg.): *Leben unter dem Halbmond. Die Wohnkulturen der arabischen Welt*. Weil am Rhein 2003, S. 168–217.

Leben unter dem Halbmond, Die Wohnkulturen der arabischen Welt, Ausstellung und Katalog, Herausgeber: Vitra-Design Museum, Stiftung gGmbH, Internet: <http://dnd.ddb.de> (vgl. andere Lit.-Angaben)

Der Regierende Bürgermeister – Senatskanzlei (2015). Berlin richtet einen landesweiten Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement ein, Pressemitteilung vom 11.08.2015. <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2015/pressemitteilung.350601.php>.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten LAF. (2018). Tempohomes FAQ. <https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/tempohomes-faq/>.

Landesamt für Gesundheit und Soziales LaGeSo. (Nov. 2014–Aug. 2015). Newsletter Task-Force-Notunterbringung (TFNU), (Ausgaben 1–10).

Senatsbeschluss S – 1242 / 2016 vom 7.6.2016. (2016). Projekt gesamtstädtische Steuerung (GStU).

Mörath, V. (2019): Studie zur Situation von Geflüchteten Familien in Berlin. Berliner Beirat für Familienfragen, Berlin.

Misselwitz, P., Dalal, A. (2017): Asylarchitekturen als Verhandlungsräume CampCities zwischen universalistischer humanitärer Ordnung und lokaler Handlungsmacht. In: *Arch+*, 230, 32–41.

Schriftl. Antwort von SenGesSoz auf Anfrage v. 19.Nov.2014 Nr. 17/14980 Standortwahl Containerunterbringung von Frau Abgeordnete Elke Breitenbach, Abgeordnetenhaus Berlin.

Haak, J. (2018). „Das schöne Haus aus Blech“, Berliner Zeitung, 26 Mai 2018. <https://www.pocketstory.com/berliner-zeitung/das-schoene-haus-aus-blech>.

Einführung

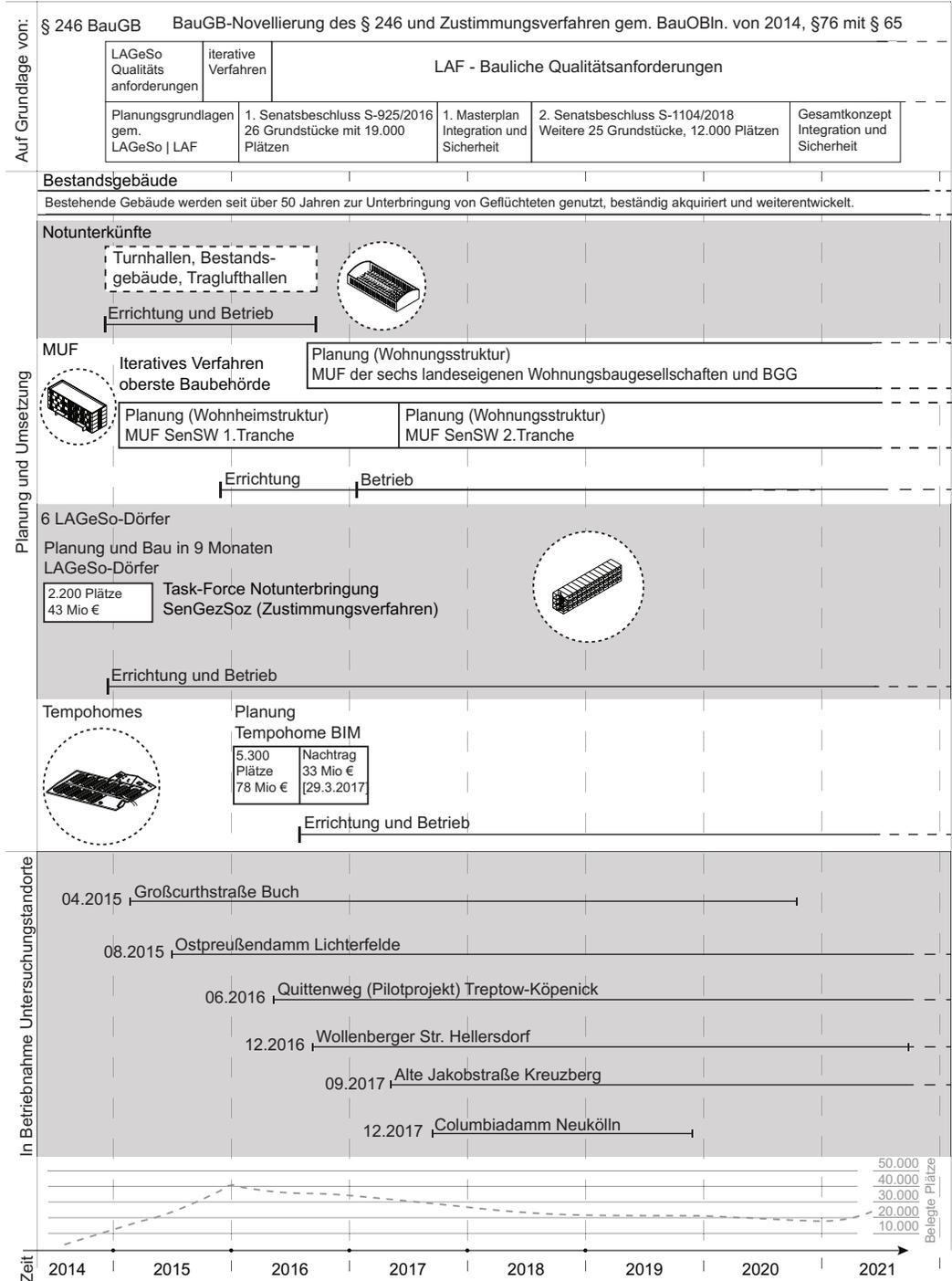
In Folge politischer und religiöser Verfolgung, Bürgerkriegen, wirtschaftlichen Missständen, politischer Spannungen und Auswirkungen des globalen Klimawandels befanden sich im Jahr 2017 laut UNHCR knapp 70 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Während ein Großteil der Menschen binnen eines Landes oder in die Nachbarstaaten migrierte, flüchteten rund 2,6 Mio. Menschen in europäische Länder (vgl. UNHCR 2018). Seit 2011 erlebt Europa dadurch Zuzüge durch Menschen, die vor Bedrohungen fliehen, so auch Deutschland. Ein Viertel der Geflüchteten, die in Deutschland ankommen, stammt aus Syrien. Weitere Herkunftsstaaten sind vor allem der Irak, der Iran, Afghanistan und die Türkei, aber auch Menschen aus afrikanischen Staaten südlich der Sahara, wie zum Beispiel aus Eritrea zählen dazu (vgl. BAMF 2018: 5).

Die Ankünfte Geflüchteter in der EU erreichten im Jahr 2015 ihren bisherigen Höhepunkt. So wurden etwa 1 Mio. Geflüchtete in Deutschland registriert, ca. 55.000 davon in Berlin (berlin.de 2018). Damit standen Berlin, aber auch andere Kommunen, vor immensen infrastrukturellen und humanitären Herausforderungen, denen sie zum Teil nicht gewachsen waren. Die für die Aufnahme Geflüchteter zuständige Behörde im Stadtstaat Berlin, das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo), drohte in dem Jahr unter den vielen Registrierungen zu kollabieren. Bilder von täglich mehreren hundert in Schlangen wartenden Menschen vor dem LaGeSo bei jeglichen Witterungsverhältnissen bekamen mediale Aufmerksamkeit. Als Reaktion darauf wurden zum August 2016 jegliche Aufnahme- und Versorgungsleistungen für Geflüchtete an das neugegründete Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ausgelagert.

An der Habitat Unit, Fachgebiet für Internationale Urbanistik am Institut für Architektur der Technischen Universität Berlin, fand vor diesem Hintergrund im Wintersemester 2018/2019 ein Lehrforschungsprojekt (LFP) mit drei Bachelor- und neun Master-Studierenden der Architektur sowie der Stadt- und Regionalplanung unter Leitung von Prof. Dr. Philipp Misselwitz statt.

Die Studierenden stellten sich auf Basis der zuvor dargestellten Unterbringungsdiskurse und -modelle die Frage, wie sich die Unterbringung Geflüchteter in den Typologien Tempohome und LaGeSo-Dorf gestaltet hat und welche Rückschlüsse zu ziehen wären, falls in Zukunft eine erneute Notsituation zur Notwendigkeit von schnell zu errichtenden temporären Unterkünften führt. Dazu entwickelten sie verschiedene Kriterien und Forschungsfragen. Beispielsweise wurden die architektonischen Merkmale der Unterkunft, gleichzeitig aber auch sozialräumliche Aspekte wie Nachbarschaft, Mobilität oder Organisationsstrukturen

Chronologie der Planung und Maßnahmen von Flüchtlingsunterkünften in Berlin



näher untersucht. Die Fragen wurden in einer vergleichenden Betrachtung von 6 ausgewählten, sich durch Lage, Größe und Managementansätze deutlich unterscheidende Standorte untersucht.

Das Projekt wurde ermöglicht durch die Unterstützung und Kooperation des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Hierbei ist vor allem die Rolle von Petra Berndt, als Vertreterin des Referats III B „Stadtplanerische und bautechnische Entwicklung“ des LAF hervorzuheben. Frau Berndt brachte hierbei ihre wertvollen Erfahrungen aus ihrer Rolle als Task Force Mitarbeiterin ein und begleitete das LFP durch hilfreiche Kontakte, Expertise und wertvolles Feedback. Ebenfalls zu danken ist Frau Maltzahn, Referatsleiterin Ref III B für ihre Unterstützung und „Stadtplanerische und bautechnische Entwicklung“ und ihr wertvolles Feedback.

Anmerkung: Um den Lesefluss zu erleichtern werden in diesem Forschungsbericht beide Containerdorf-Typologien mit dem Begriff Gemeinschaftsunterkunft (GU) zusammengefasst. Nicht gemeint sind damit jedoch Gemeinschaftsunterkünfte, die von den Tempohomes und LaGe-So-Dörfern abweichen, z. B. Notunterkünfte. Außerdem werden die einzelnen Standorte auf Basis ihrer Adressen abgekürzt (Bsp. Quittenweg QW).

Forschungsdesign und Methoden

Das Lehrforschungsprojekt (LFP) kann grob in drei Phasen unterteilt werden. Die erste Phase, das Entwickeln der Forschungsstrategie, beinhaltete allgemeine Recherchearbeiten zur Unterbringung Geflüchteter in Berlin, die sich in fünf Themen und damit Arbeitsgruppen aufschlüsseln: Ebene der Stadt, Nachbarschaft, Managementstrukturen der Unterkünfte, Architektur und Design, Soziales. Zudem fanden Inputs durch Petra Berndt (LAF), der Raumsoziologin Dr. Emily Kelling, der Architektin und Stadtplanerin Dr. Shahd Seethaler-Wari, der Architektin und Städtebauerin Louisa Scherer sowie dem Stadtsoziologen René Kreichauf statt. So erhielt das LFP eine theoretische Basis, von der aus ein gemeinsames Forschungsdesign entwickelt werden konnte. Das Forschungsdesign leitete die Studierenden durch die Feldforschung.

Nach einer ersten Feldforschungsphase in der die Studierenden in Kleingruppen jeweils einem der sechs Standorte zugeordnet waren, wurden die folgenden Querschnittsthemen-Cluster identifiziert, die von einzelnen Kleingruppen über alle Standorte hinweg vergleichend bearbeitet wurden und gleichzeitig den vorliegenden Bericht strukturieren:

Raumaneignungen: Welche von den Bewohner*innen initiierte Aneignungsprozesse sind in den privaten/semi-privaten Räumen der Unterkunft vorzufinden? Welches Raumwissen (inkl. „mitgebrachter“ Raumpraktiken) wird dabei handlungsrelevant?

Governance: Wie wirken sich die Größe des Standortes und besondere Organisationsstrukturen der Betreiber auf das Zusammenleben in der Unterkunft aus?

Sozialräumliche Interaktion: Wie prägen Architektur und Raumstrukturen, sowie der städtebauliche Kontext das Zusammenleben und soziale Interaktionen innerhalb der Unterkunft und den Austausch mit der Nachbarschaft?

Interaktion mit der Umgebung: Welche Bewegungsmuster der Bewohner*innen (innerhalb und außerhalb der Unterkunft) ergeben sich aus Verpflichtungen und Eigeninteresse?

Zukunftsperspektiven: Wie prägen die Unterkunft und das Zusammenleben in der Unterkunft die Vorstellung und Planung von der individuellen Zukunft?

Verschiedene Hypothesen schlüsselten diese Fragen weiter auf. Anhand dieses theoretischen Konstruktes konnte eine gemeinsame Basis für die Feldforschung geschaffen werden, in der die Fragen operationalisiert wurden.

Diese zweite Phase des Projektes, die etwa achtwöchige Feldforschung, bestand aus einem Zusammenspiel verschiedener Methoden der qualitativen Sozial- und Raumforschung, um dabei folgende räumliche Ebenen zu betrachten: die Ebene der Nachbarschaft, sowie Anlaufpunkte im gesamtstädtischen Kontext aller Standorte (makro), der Unterkunft (meso) und die der einzelnen Wohnungen und Zimmer (mikro).

Die angewandten Methoden werden im Folgenden skizziert. Zuerst wurden jeweils Interviews mit den Betreiber*innen der jeweiligen Gemeinschaftsunterkünfte durchgeführt, die Aufschluss über Organisationsstrukturen und Besonderheiten der Unterkunft verschafften. In den zahlreichen Besuchen der sechs Unterkünfte fanden zudem teilnehmende Beobachtungen, beispielsweise im Alltag der Unterkunft oder in Sprachcafés, statt. Diese konnten anhand von Fotografien und/oder Skizzen und Feldnotizen dokumentiert werden. Insgesamt fand während der Besuche in den Unterkünften die visuelle Analyse räumlicher Situationen auf verschiedenen Maßstabsebenen statt, sowie die Skizzierung ausgewählter, individueller Raumpraktiken- und Aneignungsprozessen in privaten Zimmern und gemeinschaftlich genutzten Infrastrukturen.

Die teilnehmenden Beobachtungen konnten zum Teil als Versuche der Kontaktaufnahme genutzt werden, um die Bewohner*innen kennen zu lernen. Aufbauend auf dem gemeinsam entwickelten Leitfaden wurden in späteren Besuchen ca. 10 semi-strukturierte Interviews pro Unterkunft mit Bewohner*innen und Personal durchgeführt. Davon waren ca. 2-3 semi-strukturierte Interviews mit Mitarbeiter*innen und Sozialarbeiter*innen der Unterkunft und 4-6 der Interviews fanden mit Bewohner*innen statt. In diesen konnten teilweise frühere Wohnsituationen kartiert und skizziert werden. Insgesamt konnten 29 Bewohner*innen befragt werden. Viele der Interviewten luden die Projektteilnehmer*innen dabei in ihre privaten Räume ein. Bei dem Sampling der Interviewten wurde auf eine Bandbreite hinsichtlich Alter, Herkunftsland, Alleinreisende vs. Familien, Gender und Bildungsstand geachtet. Die Interviews wurden zum Teil auf deutsch, zum Teil auf arabisch oder Englisch geführt.

Einige dieser Interviews fanden als Walk-Along Interview statt, was eine ergiebige Methode zur Erhebung alltäglicher Raumproduktionen darstellt. Durch das gemeinsame Spazierengehen während des Gesprächs, konnte auf verschiedene Orte innerhalb, aber auch außerhalb der Unterkunft Bezug genommen und Narrationen durch den oder die Befragten generiert werden (Kusenbach, 2006; Kühl, 2016). Zudem wurden Nachbarschaftsbefragungen als „Impulsinterviews“, bestehend

aus zwei Fragen, mit Anwohner*innen der direkten Nachbarschaft geführt, um Stimmungen und Erkenntnisse auf der Makro-Ebene einzufangen.

Als Dokumentation wurde insbesondere mit synthetisierenden Kartierungen (Plan und Isometrie) gearbeitet, beispielsweise bezogen auf die sozialräumliche Nutzung und Aneignung der Unterkunft (gemeinschaftlich genutzte Innen- und Außenbereiche) durch die Bewohner*innen. So fand eine Synthese von Informationen die in teilnehmenden Beobachtungen und Interviews gewonnen wurden statt. Auch die Beziehungen zwischen Unterkunft und Nachbarschaft/Stadtraum (von Geflüchteten genutzte/aufgesuchte Orte, wahrgenommene Angebote aus der Nachbarschaft, usw.) konnten so aufbereitet werden.

Gebäudetypologie LaGeSo-Dorf

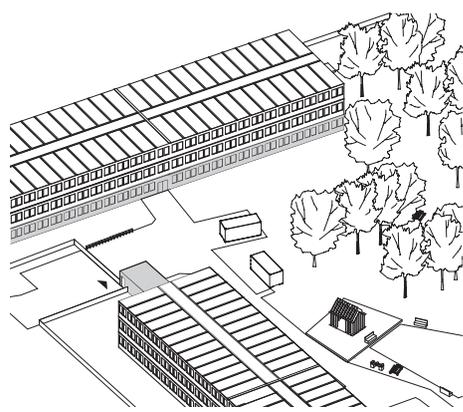


Abb. 2.1 Dreigeschossiges LaGeSo-Gebäude

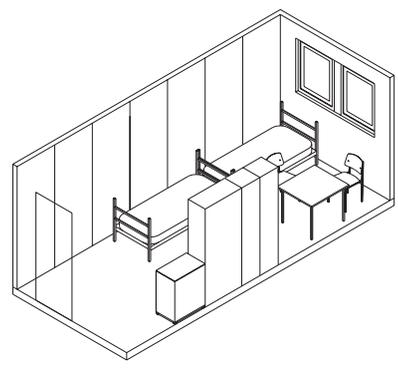


Abb. 2.2 Ein einzelner Wohncontainer für zwei Personen im LaGeSo-Dorf

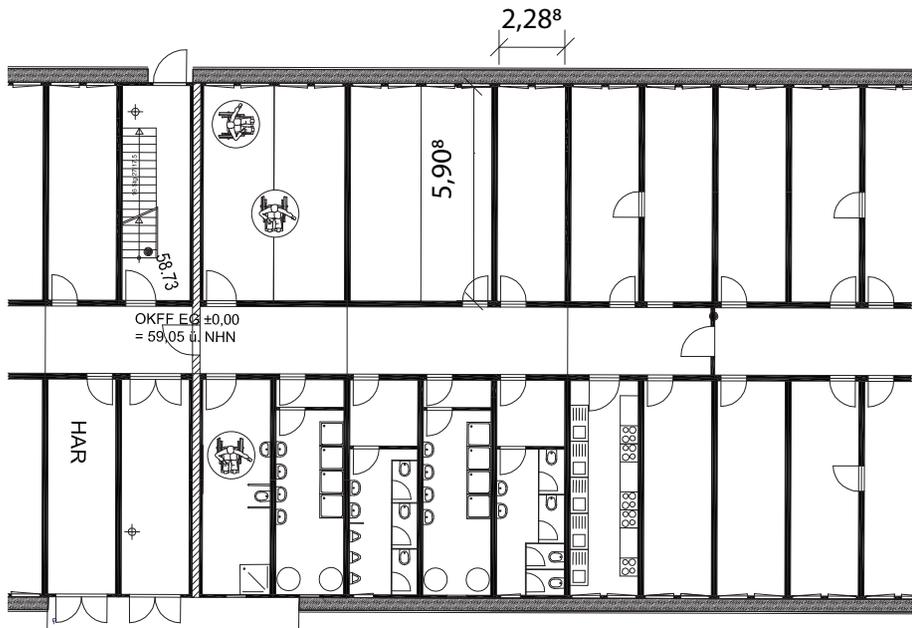


Abb. 2.3 Grundriss der LaGeSo-Dorf Typologie: Gemeinschaftliche Küchen und Bäder werden von ca. 30 Personen genutzt

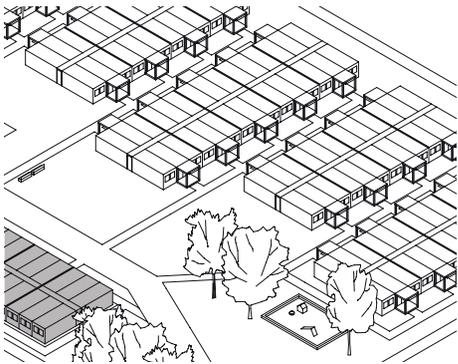


Abb. 2.4 Die Aneinanderreihung der Tempohome-Wohneinheiten zu einer Gemeinschaftsunterkunft

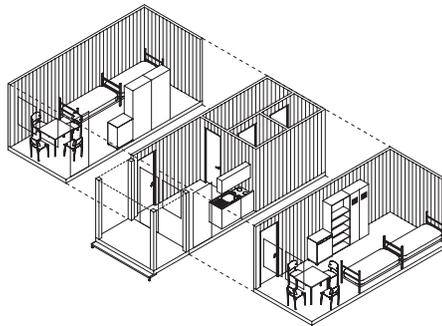


Abb. 2.5 Isometrie einer Wohneinheit für vier Personen, bestehend aus zwei Wohncontainern und einem Container mit geteilter Küche und Bad

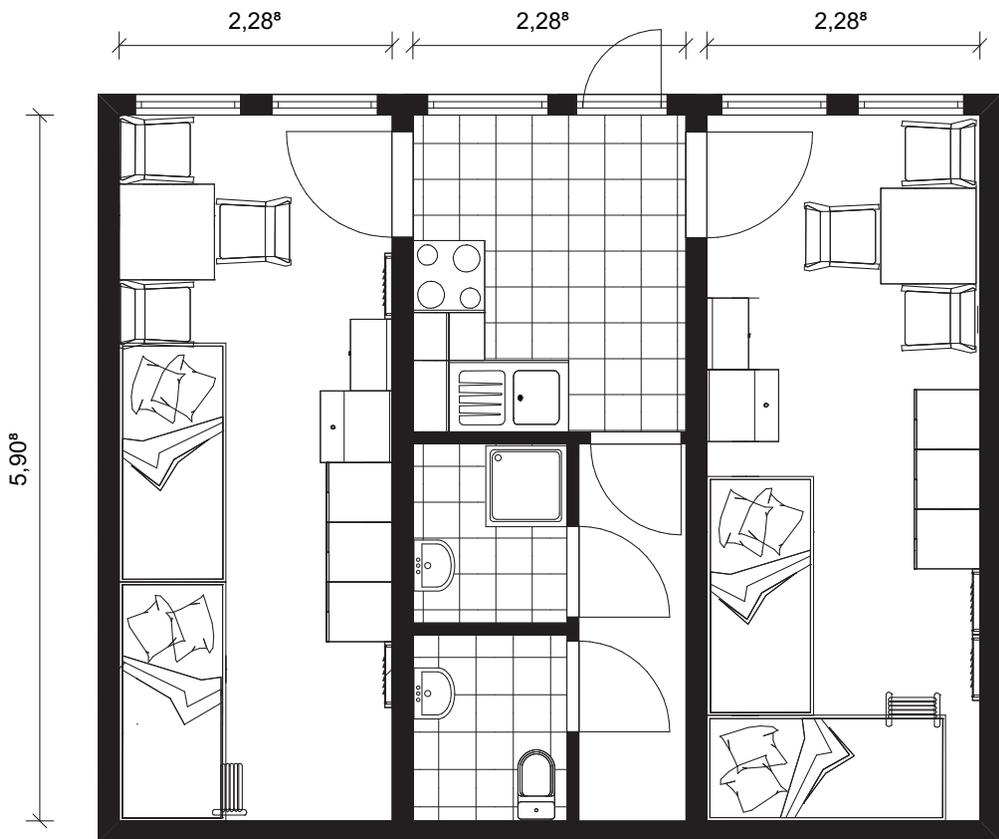


Abb. 2.6 Grundriss der Tempohomes:
Küche und Badezimmer werden zu viert geteilt

Vorstellung der Standorte

-  Ort außerhalb der Karte
-  Konflikt
-  U-Bahn-Station
-  Busstation
-  Tramstation
-  S-Bahn-Station
-  Tramlinie, Buslinie
-  Belebtheit der Wege
-  Verkehr
-  Industriegebiet
-  Leerstand
-  Bezug zur Unterkunft
-  grüne Fläche

Standort I Refugium Buch

geöffnet seit	April 2015
Betreiber	AWO Berlin
Typologie	LaGeSo Unterkunft
Kapazität	max. 554 Personen, Ende 2018: 427 Personen



Groscurthstraße 29–33, Buch, Pankow

Bautyp
Die Unterkunft gilt als repräsentatives Beispiel für den Bautyp LaGeSo-Dorf.

Größe
Mit der Kapazität für 554 Personen zählt die Unterkunft zu den größeren Berlins.

Lage und urbaner Kontext
Die Unterkunft befindet sich in einer peripheren Lage und grenzt an eine Großwohnsiedlung aus der Zeit der DDR .

Sozialräumlicher Kontext
Während der Planung und Eröffnung der Unterkunft im April 2015 gab es große Proteste aus der Nachbarschaft. Rechtsorientierte Parteien riefen zu Demonstrationen und Widerstand auf. Auch wenn die letzten Demonstrationen und gewaltsamen Übergriffe zeitlich etwas zurückliegen, ist Abneigung und das Missfallen einiger Nachbarn gegenüber der Unterkunft immer noch deutlich spürbar.

Besonderheiten
Aktionen im Außenbereich: Zur Unterkunft zählen drei Gebäude, und ein großzügiger Außenbereich, welcher durch Kunstprojekte und freiwilligen Helfer*innen gemeinsam mit den Bewohner*innen aktiv gestaltet wird.

Um die Integration dieser und zwei weiterer Unterkünfte in der Nähe zu unterstützen, wurde im Bürgerhaus Buch eine Abteilung für die BENN-Initiative eröffnet.

Wöchentliche Treffen in Cafés und Bürgerfeste sollen den Menschen einen Begegnungsort schaffen. Die Initiative „Buch hilft“ koordiniert zusätzliches Nachbarschaftsengagement.

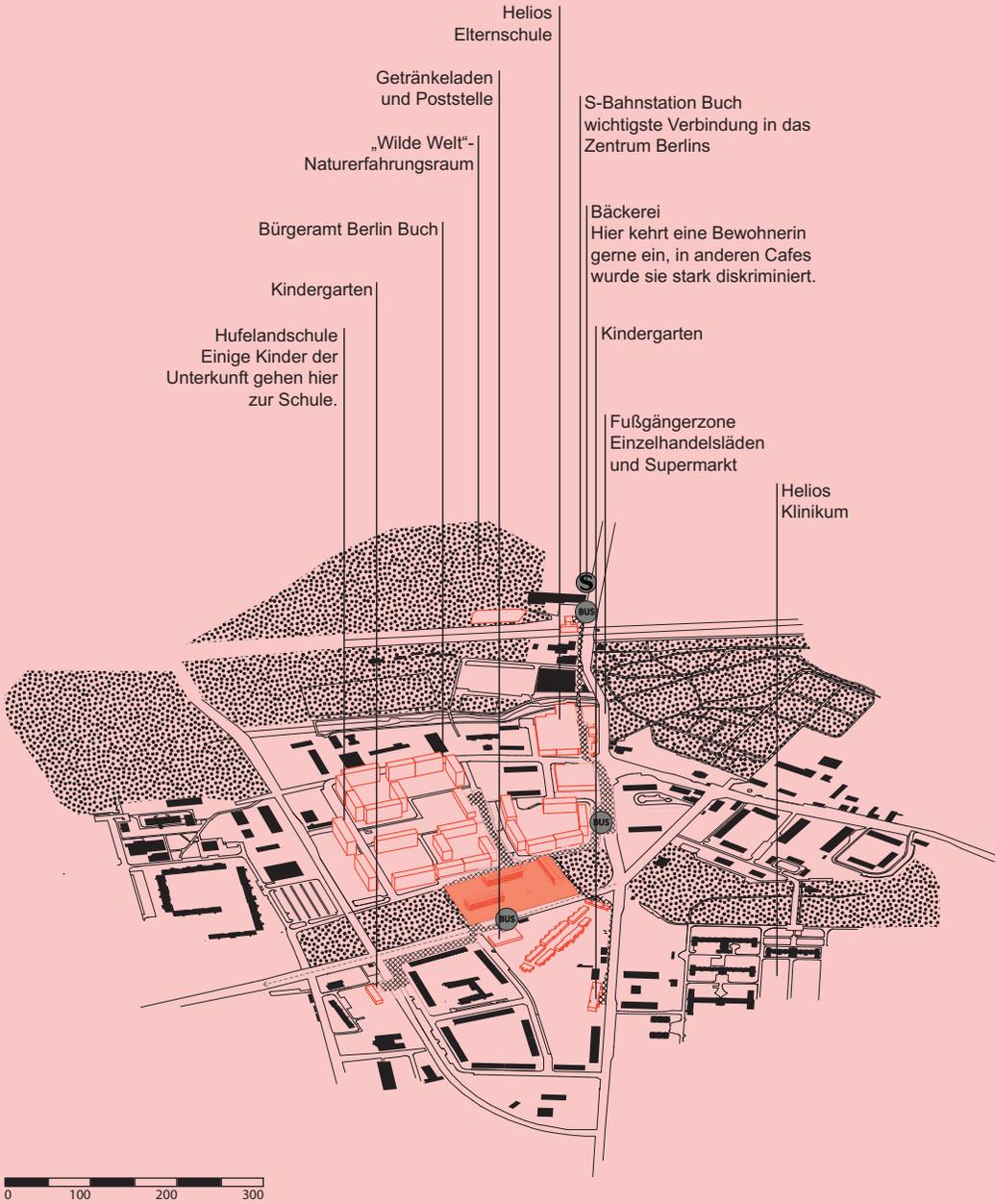


Abb. 3.1: Umgebungskarte Refugium Buch

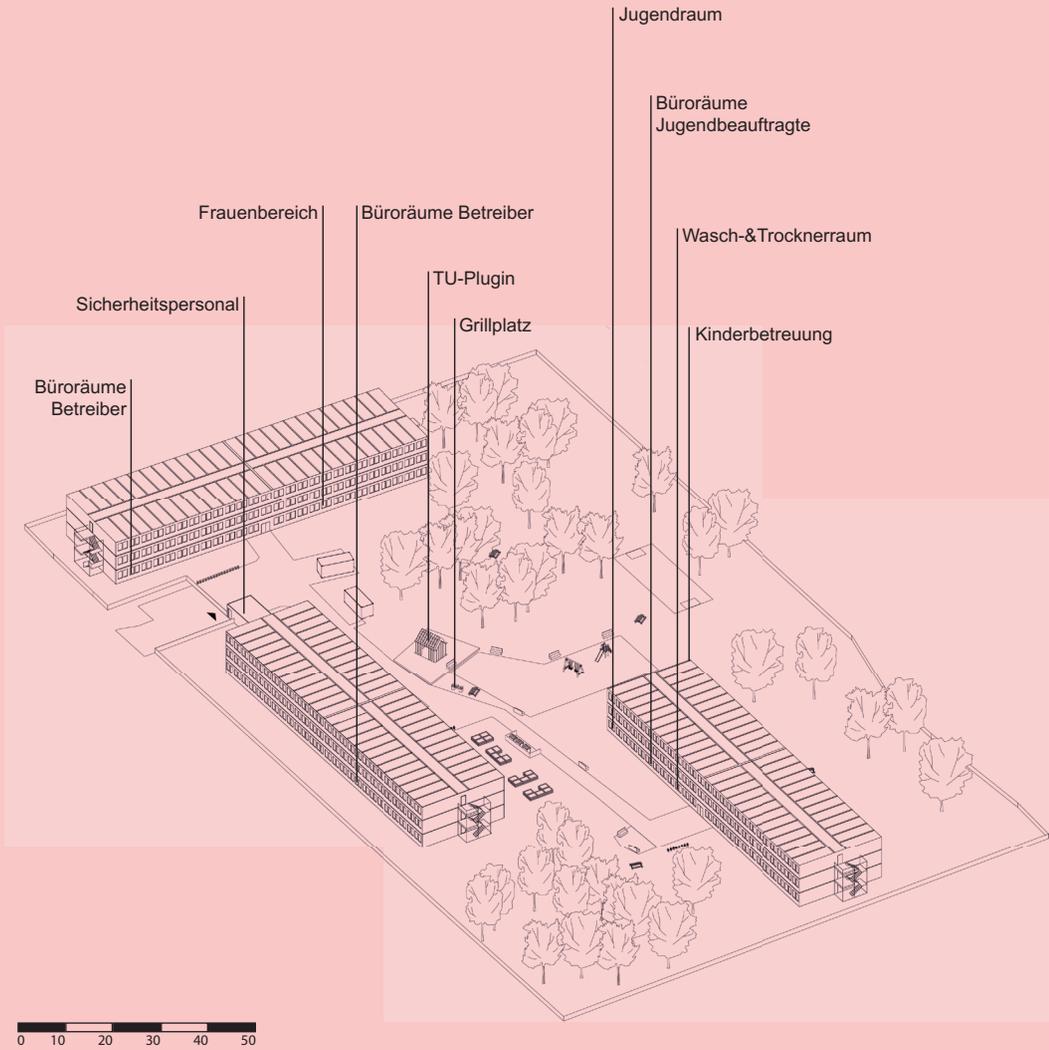


Abb. 3.2: Unterkunftsisometrie Refugium Buch

Standort II Ostpreußendamm

geöffnet seit	August 2015
Betreiber	milaa gmbH
Typologie	LaGeSo Unterkunft
Kapazität	max. 296 Personen, Ende 2018: 256 Personen



Ostpreußendamm 85, Steglitz

Bautyp

Die Gemeinschaftsunterkunft am Ostpreußendamm ist ein dreistöckiges Containerdorf, bestehend aus zwei Gebäuden.

Größe

Mit einer Kapazität von 296 Personen hat die Unterkunft eine mittlere Größe.

Städtebauliches Umfeld

Die Unterkunft befindet sich in peripherer Lage, in unmittelbarer Nähe zur Stadtgrenze. Sie ist umgeben von einem erweiterem Stadtgebiet bestehend aus Einfamilienhäusern und Zeilenbauten. Der südlichen Teil des Geländes grenzt an mehrere Sportanlagen.

Sozialräumlicher Kontext

Die Unterkunft liegt in Steglitz in einer gut situierten Wohngegend. Die Unterkunft kooperiert mit umliegenden kirchlichen Gemeinden.

Besonderheiten

Die Unterkunft ist auf die Unterbringung besonders vulnerabler Geflüchteter spezialisiert.

Flexible Grundrisstypen

ermöglichen es auf unterschiedliche besondere Bedürfnisse zu reagieren. Neben den typischen Gemeinschaftsräumen gibt es einen großen Anteil in Apartmentstruktur mit eigenen Teeküchen und eigenen Räumen mit WC/Handwaschbecken oder Dusche/WC.

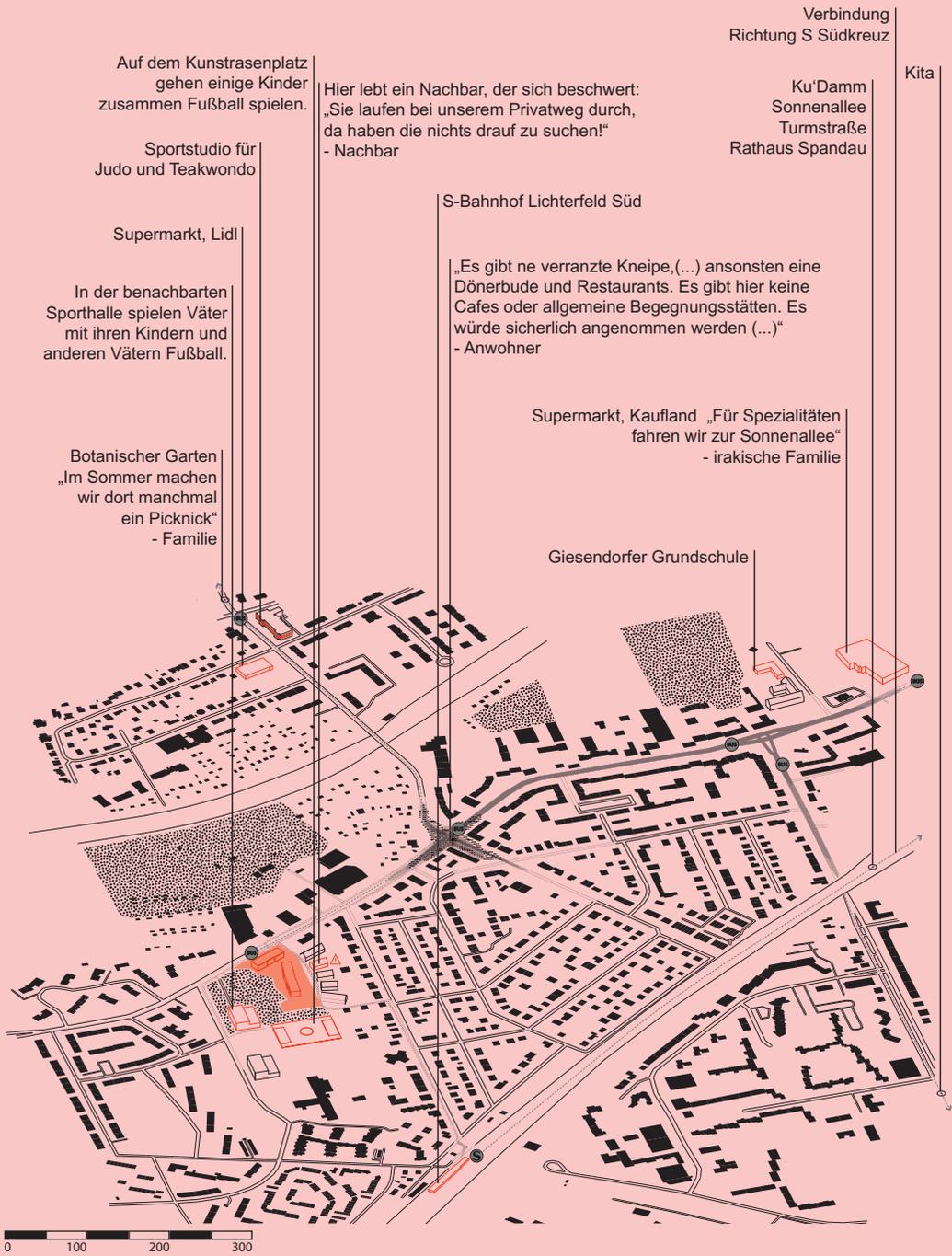


Abb. 3.3: Umgebungskarte Ostpreußendamm

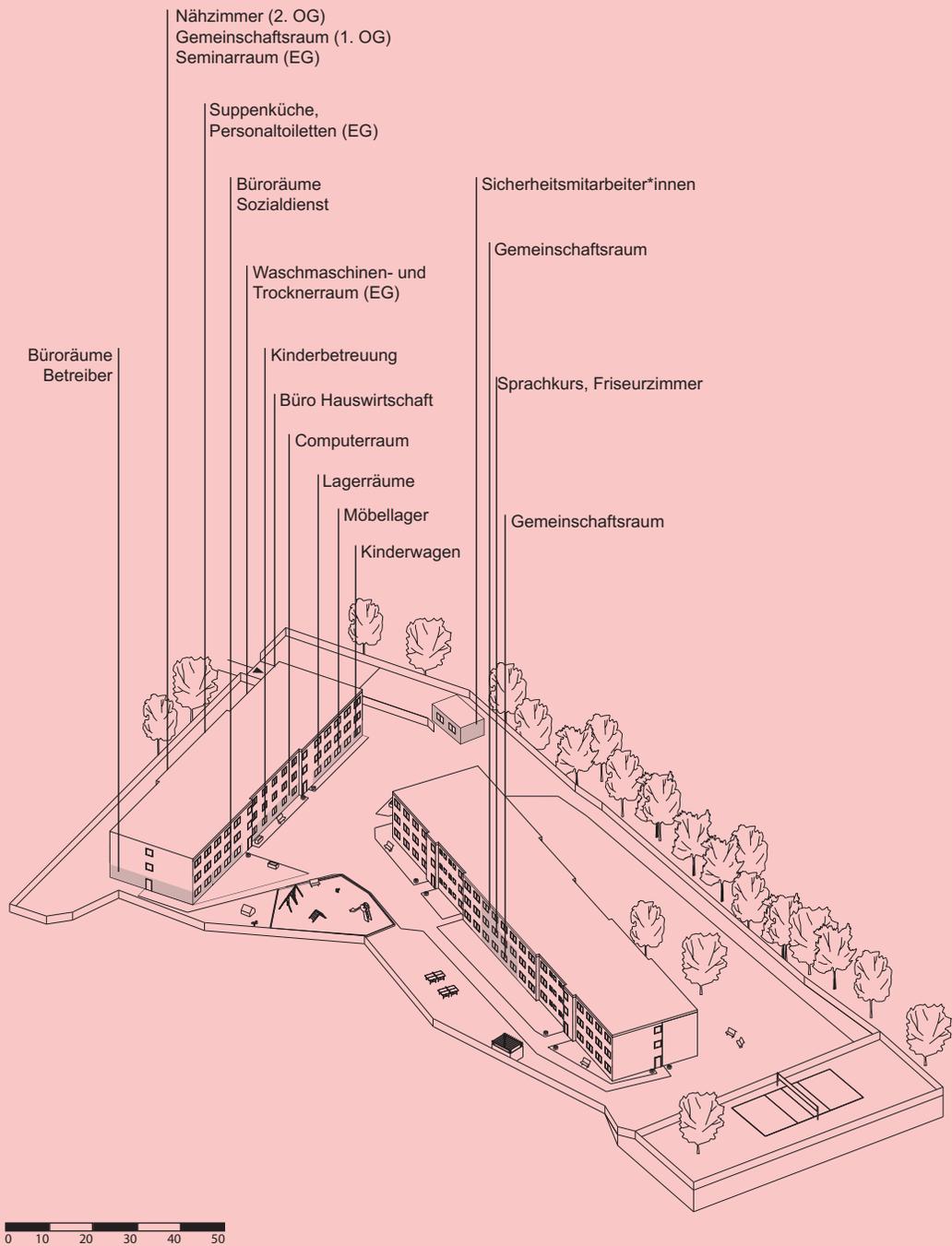


Abb. 3.4: Unterkunftsisometrie Ostpreußendamm

Standort III Quittenweg

geöffnet seit	2016 Notunterkunft April 2017 GU
Betreiber	Landesbetrieb für Gebäudewirtschaft Tempohome
Typologie	Tempohome
Kapazität	max. 256 Personen, Ende 2018: 180 Personen



Quittenweg 20, Altglienicke,
Treptow-Köpenick

Bautyp

Der Standort wurde als erste ebenerdige Gemeinschaftsunterkunft, als Pilotprojekt für die Umsetzung des Tempohomesbautypen vorgesehen. Anhand des Standortes Quittenweg wurden weitere Design-Lösungen für den Bautyp Tempohome getestet und umgesetzt.

Größe

Mit einer Kapazität von 256 Personen hat die Unterkunft eine mittlere Größe.

Städtebauliches Umfeld

Die Unterkunft befindet sich am Stadtrand und ist an der Schnittstelle zweier sehr unterschiedlicher Nachbarschaften positioniert: dem Kosmosviertel im Nordwesten und einem Einfamilienhausquartier im Süden (siehe Abb.3.11). Während das Einfamilienhausquartier schon länger bestand, ist das Kosmosviertel erst in den 1980er Jahren als Neubaugebiet der DDR errichtet worden.

Sozialräumlicher Kontext

Vor Eröffnung regte sich in der Bevölkerung Widerstand gegen die Unterkunft, der sich in wiederkehrenden Protesten äußerte. Mittlerweile hat sich die Situation beruhigt. Eine Besonderheit stellt die Nähe zu den Freizeitangeboten Zirkus Cabuwazi und Bauspielplatz Waslala dar. Beide haben sich auf den Neuzugang von Kindern aus umliegenden Unterkünften eingestellt und kooperieren mit

der GU Quittenweg. Besonderheiten: Erstmals wurde der Betrieb an den Landesbetrieb für Gebäudewirtschaftung LfG (ein landeseigenes Unternehmen) übertragen, welches Teil des Berliner Immobilienmanagements BIM ist.

Als Ergebnis von anhaltender Kommunikation mit der Nachbarschaft stellt der Spielplatz eine Besonderheit dar. Er wurde errichtet um eine gemeinsame Nutzung für Kinder aus der Unterkunft und aus der Nachbarschaft zu ermöglichen. Durch eine Umzäunung ist er sowohl von der Nachbarschaft als auch von der Unterkunft zugänglich und kann außerhalb der Nutzungszeiten durch den Sicherheitsdienst abgeschlossen werden.

Verbindung
Richtung U Rudow

Zirkus Cabuwazi
Viele Kinder aus der Unterkunft
sind an Projekten beteiligt.

Verbindung Richtung
S Adlershof

Einfamilienhaus-Siedlung
Die unmittelbare Nachbarschaft hat
Widerstand gegen die Eröffnung der
Unterkunft geleistet.

Hauptstraße

Kita Sonnenschein

Café Quitte

hier finden regelmäßige Veranstaltungen
für und mit den Bewohner*innen statt.

Anne-Frank-
Gymnasium
Willkommensklasse

Bibliothek
Altglicnicke

Kita Ortolfstraße

Supermarkt Aldi

Waslala
Abenteuerspielplatz
An den Angeboten nehmen
einige Kinder teil.

Kosmosviertel

Café Bahamas

Quartiers-management
BENN (Berlin
entwickelt neue
Nachbarschaften)
Standort.

Fitnessstudio

Stark frequentierte
Straße

Verbindung
Richtung
S Flughafen
Schönefeld

Supermarkt
Netto

Hauptstraße

Schule am
Pegasuseck
Einige Kinder
besuchen
diese
Grundschule.

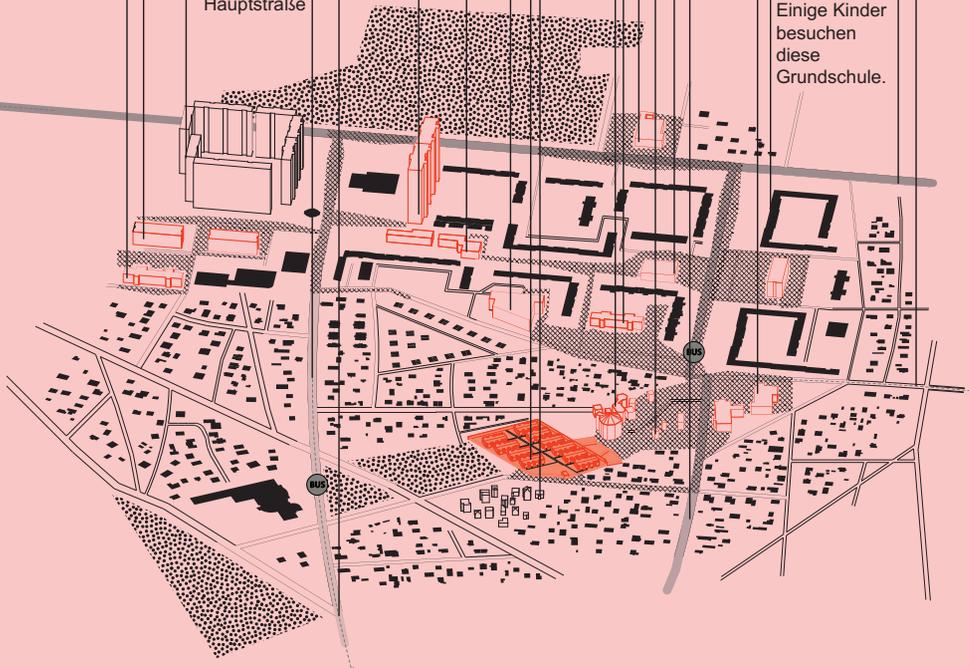


Abb. 3.5: Umgebungskarte Quittenweg

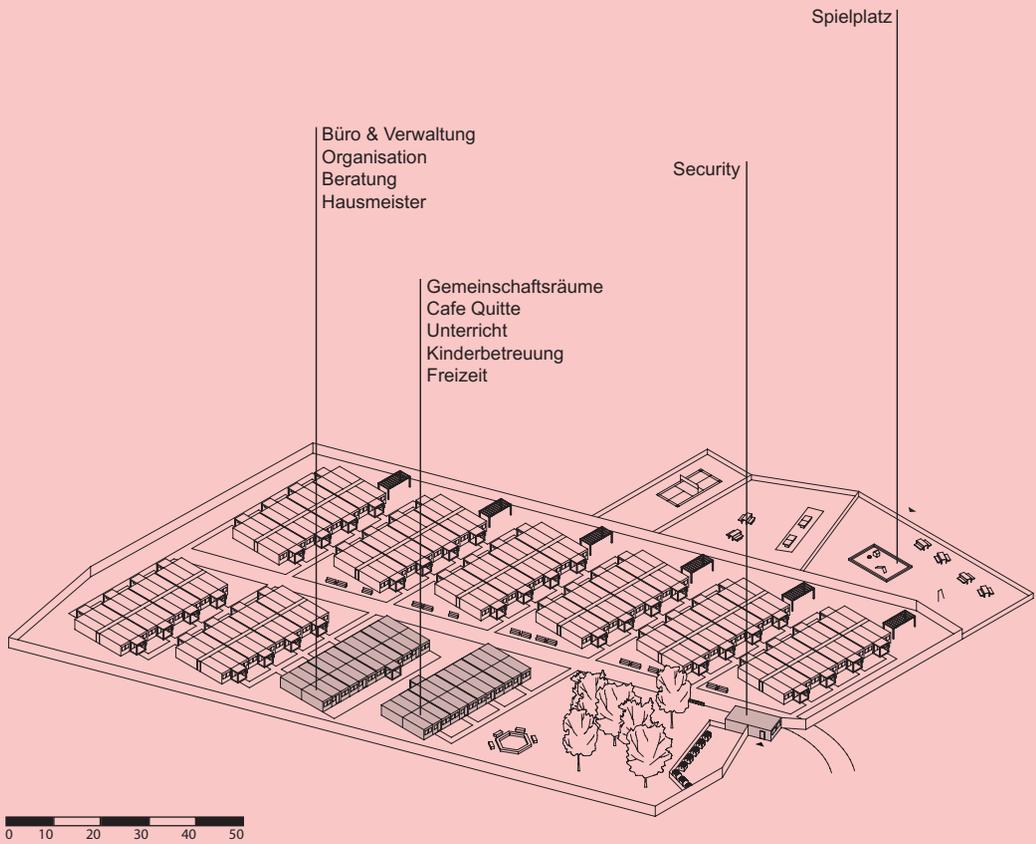


Abb. 3.6: Unterkunftsisometrie Quittenweg

Standort IV

Wollenberger Straße

geöffnet seit	Dezember 2016
Betreiber	cs care&shelter gGmbH
Typologie	Tempohome
Kapazität	max. 256 Personen, Ende 2018: 230 Personen



Wollenberger Straße 1, Lichtenberg

Bautyp

Tempohome, eröffnet 2016, löste die Notunterkunft in der Turnhalle auf dem Nachbargrundstück ab. Ein Großteil der Bewohner*innen ist direkt von der Turnhalle in das Tempohome gezogen.

sich nachteilig auf das Vertrauensverhältnis zwischen Betreiberfirma und Bewohner*innen aus. Care & shelter ist bereits die dritte Firma, die seit der Eröffnung die Unterkunft leitet..

Größe

Mit einer Kapazität von 256 Personen hat die Unterkunft eine mittlere Größe.

Städtebauliches Umfeld

Die Unterkunft befindet sich in einer peripheren Lage. Südlich und östlich grenzt ein Industriegebiet an die Unterkunft. Nördlich und westlich wird sie von seit Mitte der 1990er Jahre leer stehenden Plattenbauten eingerahmt. (siehe Abb.3.09) Die Ruinen grenzen die Unterkunft vom dahinter liegenden Wohngebiet ab. Zusätzlich verstärkt eine viel befahrene Straße die räumliche Trennung zum Wohngebiet.

Sozialräumlicher Kontext

Nachbarschaftsbefragungen haben gezeigt, dass viele Anwohner*innen, aufgrund ihrer Lage im Industriegebiet, wenig von der Unterkunft wissen.

Besonderheiten

Auf die neuen Bewohner*innen wurde mit einem auf arabische Produkte spezialisiertem Supermarkt reagiert, der auch also sozialer Treffpunkt fungiert.

Der mehrmalige Betreiberwechsel in jüngster Vergangenheit wirkt

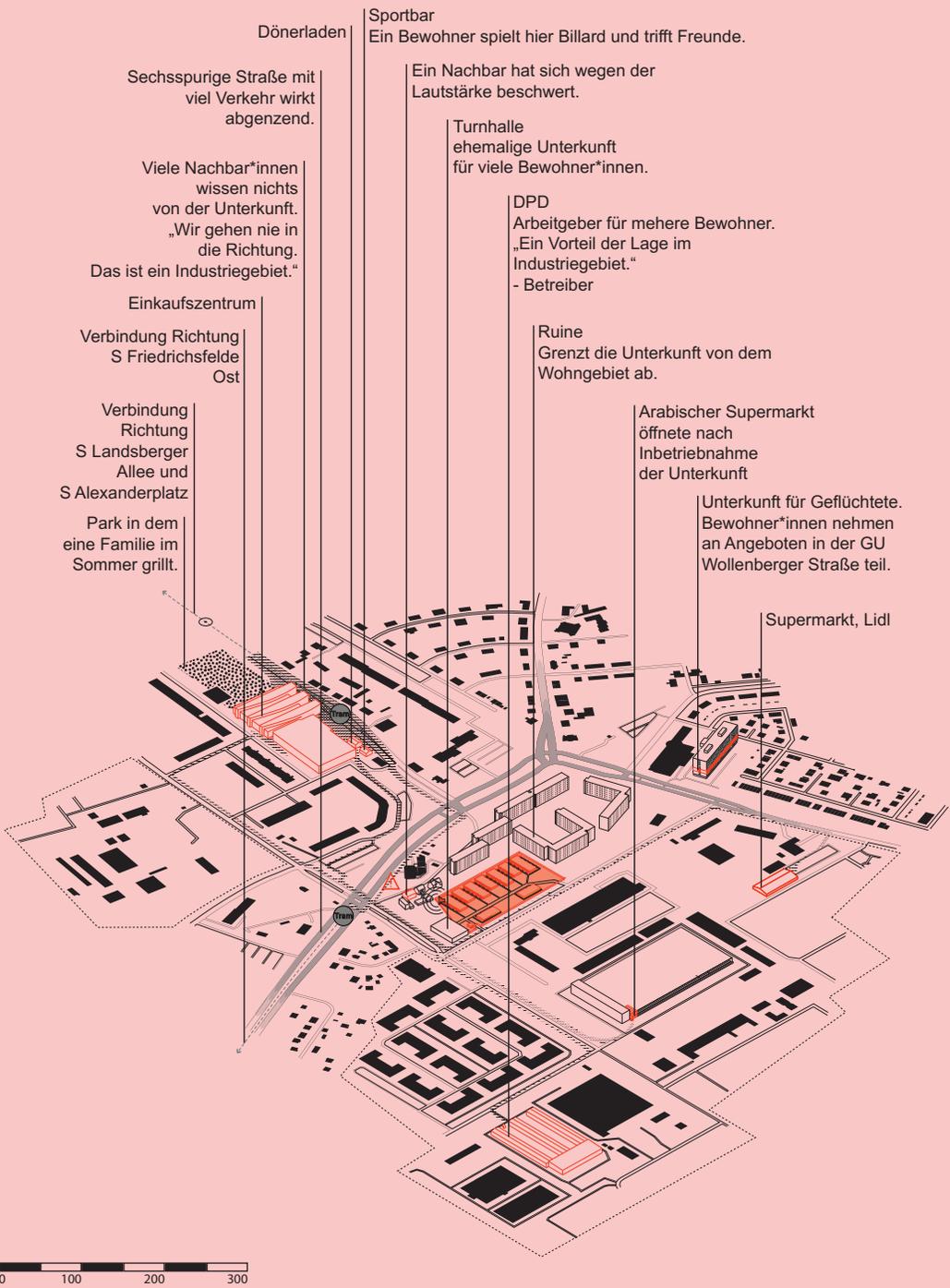


Abb. 3.7: Umgebungskarte Wollenberger Straße

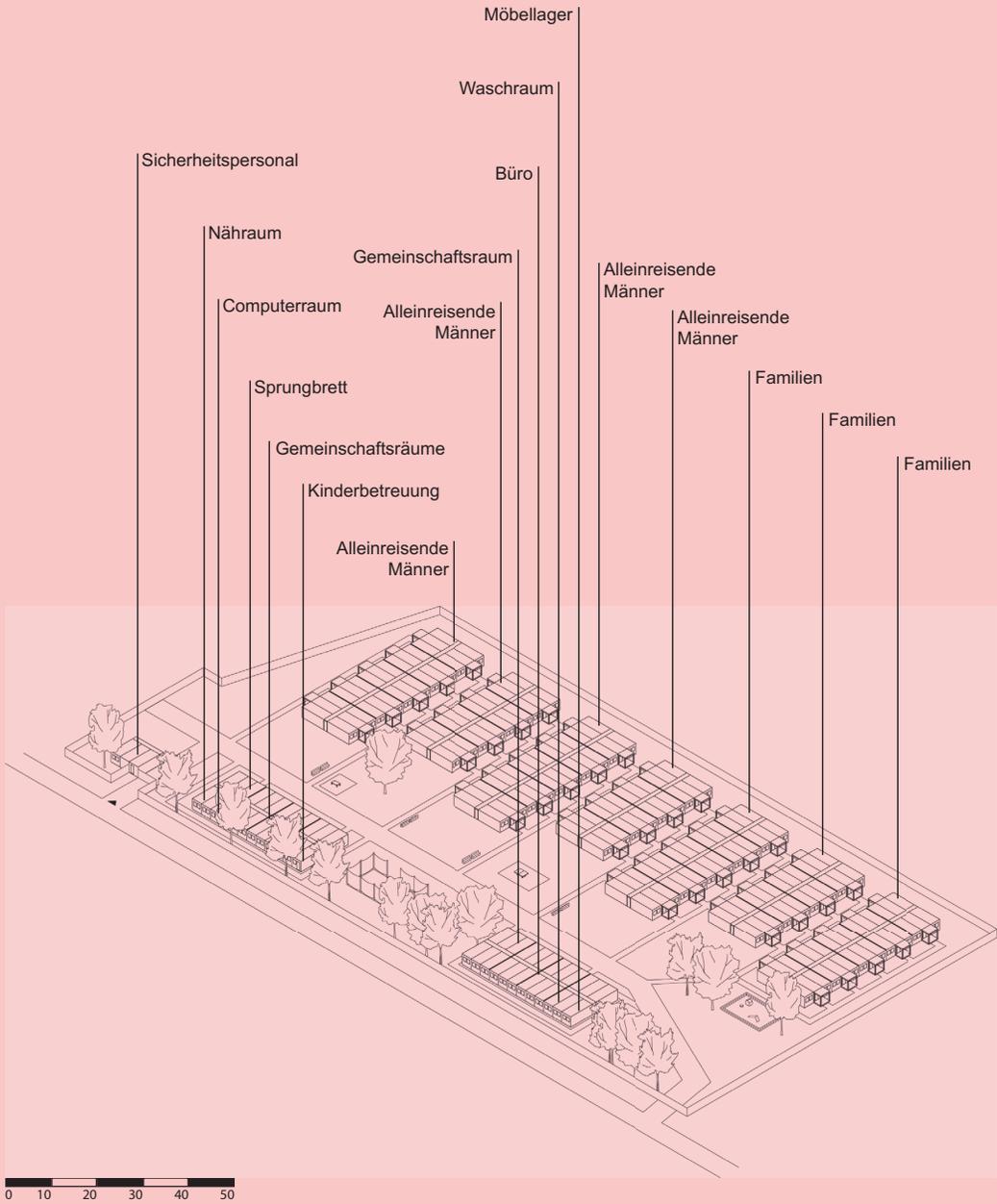


Abb. 3.8: Unterkunftsismetrie Wollenberger Straße

Standort V Columbiadamm

geöffnet seit	Dezember 2017
Betreiber	Tamaja Berlin GmbH
Typologie	Tempohome
Kapazität	max. 1200 Personen, Ende 2018: 850 Personen



Tempelhofer Feld, Columbiadamm,
Kreuzberg

Bautyp
Tempohomes, mit aufwändiger Außenanlagengestaltung mit verschiedenen Ebenen, Stufen und Terrassen.

Größe
Das Tempohome Columbiadam ist nach Fläche und Bewohneranzahl mit der Kapazität für 1200 Personen die größte Gemeinschaftsunterkunft in Berlin. Größe und Bewohner*innenzahl lässt in der Unterkunft einen fast kleinstädtischen Charakter entstehen, der Anonymität bietet.

Städtebauliches Umfeld
Die Unterkunft befindet sich in einer innerstädtischen Lage. Die Unterkunft wird vom Tempelhofer Feld, dem ehemaligen Flughafen und dem Columbiadam eingefasst. In direkter Umgebung befindet sich außerdem der Stadtpark Hasenheide und mehrere Friedhöfe.

Sozialräumlicher Kontext
Durch die Lage neben dem größtenteils leer stehendem Flughafengebäude, dem Tempelhofer Feld und bestehenden Schrebergartenanlagen hat die Unterkunft keine direkte Interaktion mit den Wohnquartieren der Umgebung.

Besonderheiten
Die Unterkunft hat einen direkten Zugang zum Tempelhofer Feld, was der Bewohnerschaft eine optimale Möglichkeit für Freizeitaktivitäten gibt. Ein weiteres Freizeitangebot und Projekt zur

Förderung der Integration stellt der benachbarte Circus Cabuwazi dar, der mit der GU kooperiert.

Eine bautechnische Besonderheit dieses Standortes ist, dass aufgrund des Denkmalschutzes die gesamte Unterkunft „aufgebockt“ worden ist. So sind z. B. die Leitungen nicht, wie bei anderen Unterkünften, in die Erde verlegt worden, sondern auf dem Boden montiert und weitestgehend, wenn stellenweise auch verkleidet, sichtbar.

Die einzige Bushaltestelle und öffentliche Verkehrsanbindung in der Nähe. Der Bus kommt allerdings selten. Stellt aber die Hauptverbindung für Bewohner*innen dar

Circus Cabuwazi
Viele Kinder und Erwachsene aus der Unterkunft sind hier beteiligt

Verbindung Sonnenallee
Richtung
U-Bahnhof
Platz der Luftbrücke

Flughafen Tempelhof,
Hangar
Viele Bewohner*innen waren hier in der Erstaufnahme

Der Grillplatz wird sehr gerne und viel von den Bewohner*innen benutzt, sobald das Wetter gut ist.

Wichtige Verbindung nach Neukölln zur Verbindung Sonnenallee

Verbindung Richtung U-Bahnhof Südsterm



Abb. 3.9: Umgebungskarte Columbiadamm

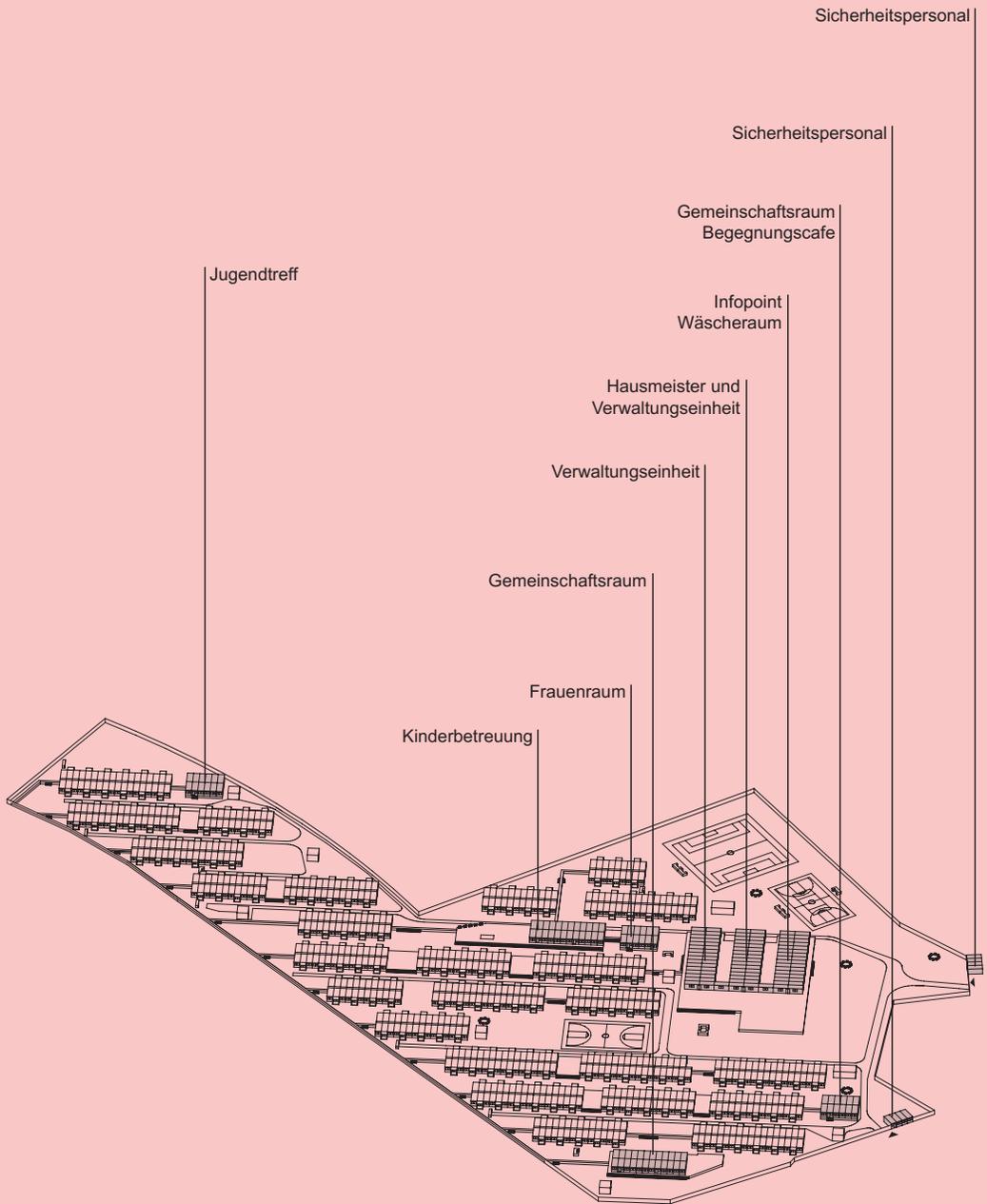


Abb. 3.10: Unterkunftsismetrie Columbiadamm

Standort VI

Alte Jakobstraße

geöffnet seit Januar 2018

Betreiber Albatros gGmbH

Typologie Tempohome

Kapazität max. 160 Personen



Alte Jakobstraße 4, Kreuzberg

Bautyp

Für diese Unterkunft wurde das aktuellste Tempohome-Design umgesetzt mit aufwändiger Außenanlagengestaltung.

Größe

Im Vergleich zu anderen Unterkünften ist die Alte Jakobstraße mit ca. 6.750 Quadratmeter und nur 40 Wohneinheiten für maximal 160 Personen klein.

Städtebauliches Umfeld

Innerstädtische Lage im Wohngebiet und direkter Nähe zu wichtigen Kulturinstitutionen wie dem Jüdischen Museum, der Berlinischen Galerie und der Friedrichstraße. Im Umfeld gibt es viele Cafés und kulturelle Angebote.

Sozialräumlicher Kontext

Die Nachbarschaft ist sehr gemischt und weist einen großen Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund auf. Die Anwohner im Umkreis sind der Unterkunft gegenüber positiv bis gleichgültig eingestellt.

Besonderheiten

Hervorzuheben sind die vielen Nachbarschaftsinitiativen, teilweise koordiniert von BENN, dem Quartiersmanagement Wassertorplatz sowie dem Nachbarschaftshaus Urbanstraße.

Die Unterkunft Alte Jakobstraße ist einer der kleinsten Tempohomes in Berlin und mit allen fünf baulichen Nachträgen, wie Terrassen, Vordächern, aus-

reichend Fahrradständern und weiterentwickelte Küchen. Stellvertretend für alle Berliner Tempohome-Standorte zeigt dieser Standort wie alle fünf baulichen Nachträge umgesetzt wurden. Durch die geringe Bewohner*innenanzahl entsteht ein familiärer Charakter. Die Unterkunft zeigt sich sehr offen gegenüber der innerstädtisch durchmischten Nachbarschaft und lädt zu verschiedenen Festen auf das eigene Gelände ein.

Die Unterkunft wird als Vorzeige- und Wunschunterkunft seitens der Geflüchteten, Betreiber*innen und des LAFs angesehen, bei welcher die Bewohner*innen im kleinen Rahmen, innerstädtisch und mit guter baulicher Ausstattung untergebracht werden.

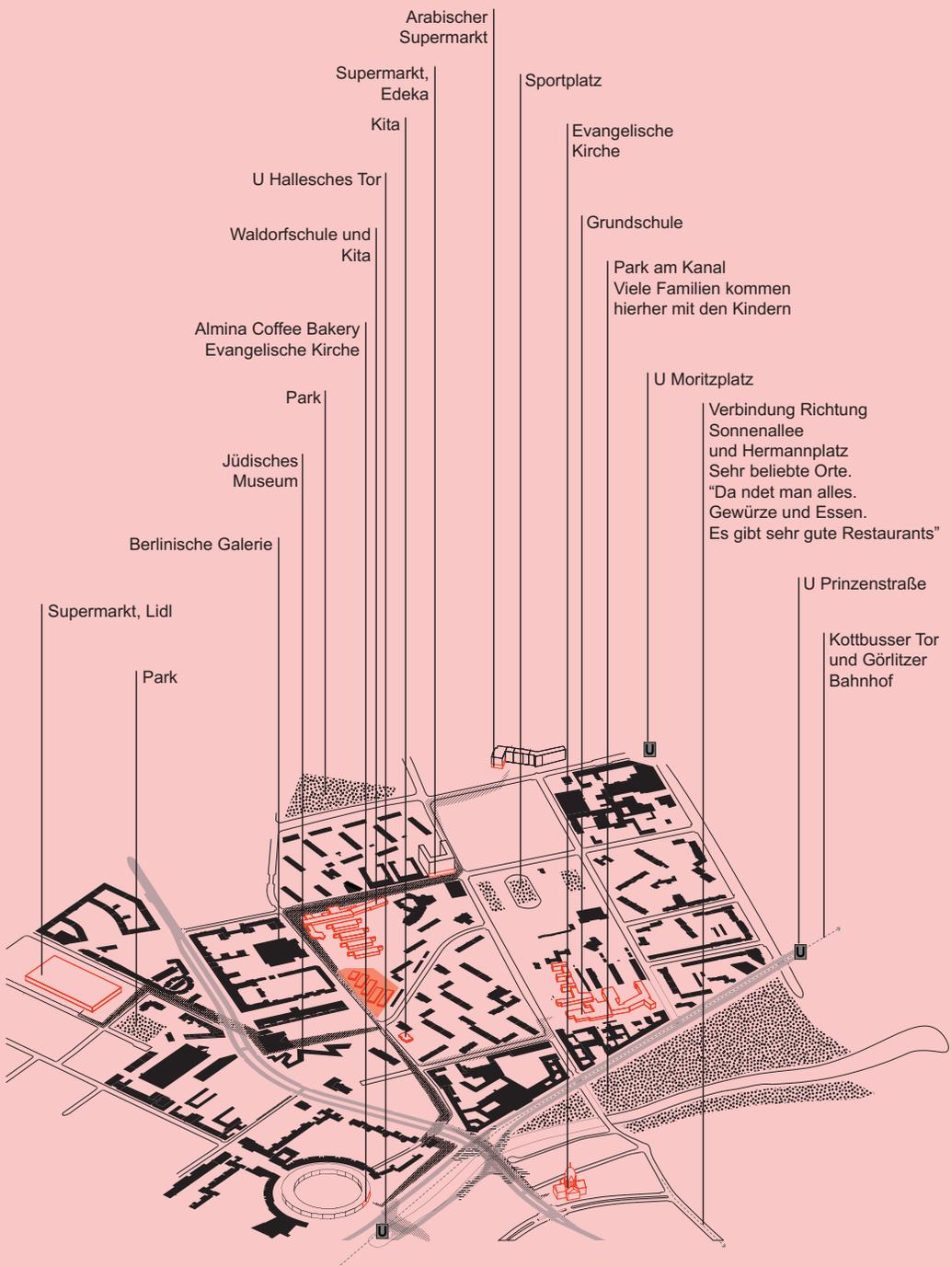


Abb. 3.11: Unterkunftsismetrie Alte Jakobstraße

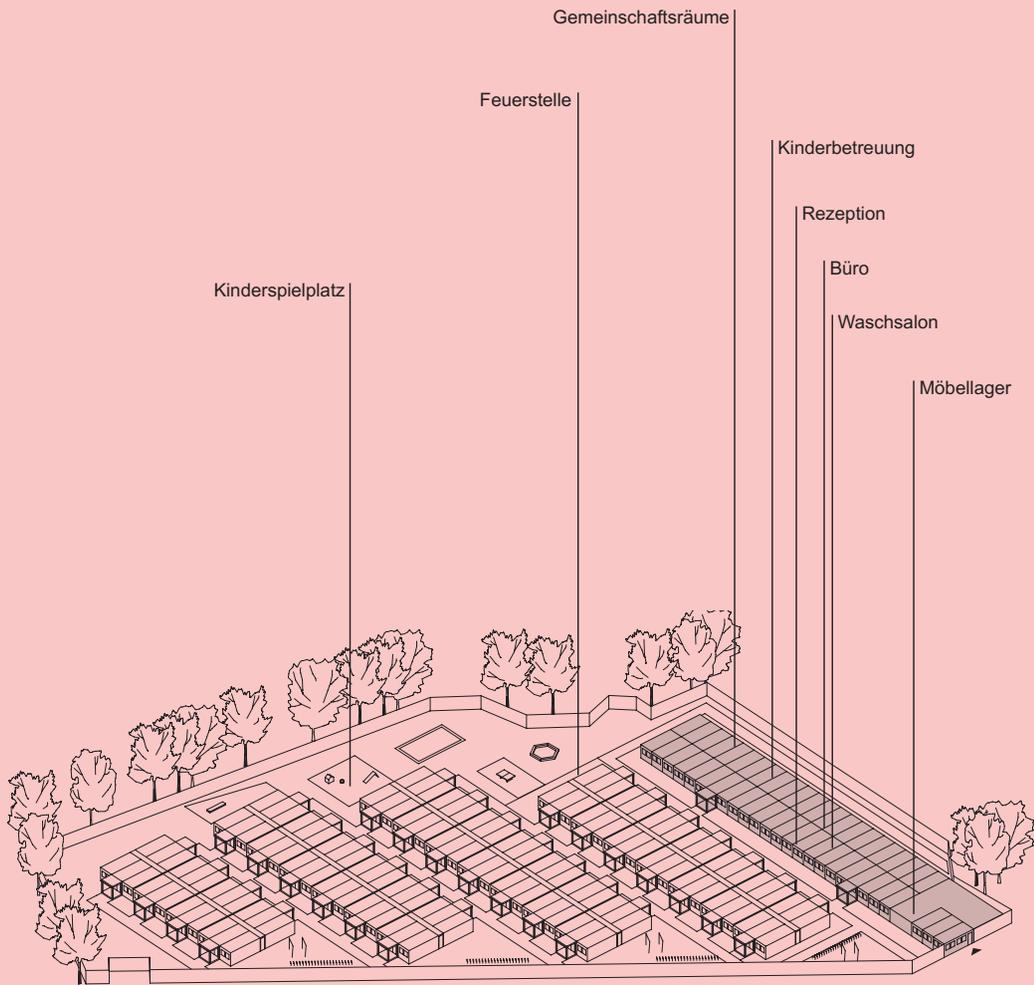


Abb. 3.12: Unterkunftsisometrie Alte Jakobstraße

Raumaneignung

Das folgende Kapitel untersucht wie Bewohner*innen von Tempohomes und LaGeSo-Dörfern den ihnen zur Verfügung gestellten Wohnraum eigeninitiativ neu organisieren, um ihn ihren individuellen Bedürfnissen anzupassen. Diese Prozesse werden in der Stadtforschung meist als „Raumaneignungsprozesse“ (De Certeau, 1984; Lefèbvre, 1996), in der Soziologie auch als „Platzierungspraktiken“ (Bourdieu 1976, orig. 1972) bezeichnet. Wir begreifen Raumaneignungen als von Bewohner*innen initiierte physische Eingriffe (z. B. das Neuarrangieren oder Hinzufügen von Möbeln oder Objekten) oder sozialräumliche Praktiken (z. B. Essen, Schlafen, Empfangen von Gästen). Dabei entstehen Mehrfach- oder Umnutzungen, die teilweise im Gegensatz zur ursprünglich angedachten Funktion des zur Verfügung gestellten Raumes stehen. Die Untersuchung ging dabei von der Hypothese aus, dass diese Praktiken und Eingriffe als der materialisierte, sichtbare, bzw. objektivierte Ausdruck von „Raumwissen“ konzeptualisiert werden können.

Unter dem Begriff „Raumwissen“ verstehen wir das individuelle, sozialisierte Verständnis über die Nutzung und die Bedeutung von Raum. Diese Vorstellungen werden von den Geflüchteten aus ihrem Herkunftsort und den vorherigen Wohnorten mitgebracht, und sind deshalb sehr unterschiedlich strukturiert. Familiärer Hintergrund, politische Einstellung, klimatische Bedingungen, Religion sowie bisherige Regelwerke können subjektiviertes „Raumwissen“ prägen. Allerdings fließen auch die auf der Flucht oder am Asylort (Unterkunft, räumlicher und gesellschaftlicher Kontext) zunehmend in diese Erfahrungen ein. Wir gehen somit davon aus, dass das handlungsrelevant gemachte Raumwissen immer, und besonders im Kontext von Geflüchteten und Migrant*innen ein Prozess von Hybridisierungen und „Re-Figurationen“ (Sonderforschungsbereich 1265 Re-Figuration von Räumen, 2019) ist.

Die leitenden Forschungsfragen waren: Welche räumlichen Veränderungsprozesse sind zu beobachten und warum werden sie initiiert? Welches Raumwissen machen Geflüchtete in ihrer besonderen Situation des Schwebezustands zwischen Herkunftsort, teils dramatischer Flucht und dem Ankommen an Asylorten mit oft ungesicherter Aufenthaltsperspektive handlungsrelevant? Wie gehen Planung und Management der Unterkünfte mit der Realität der Raumaneignungen um?

Offensichtlich ist, dass Raumaneignungen Konflikte mit Regeln und Ordnungen in Unterkünften produzieren, die kontinuierlich neu verhandelt bzw. gelöst werden müssen. Konflikte entstehen z. B. zwischen Nutzungserwartungen und -gewohnheiten, die mit dem früheren Zuhause in Verbindung stehen und spezifischen Regeln wie Brandschutz, Sicherheit oder baulichen Gegebenheiten die mit der Sondersituation

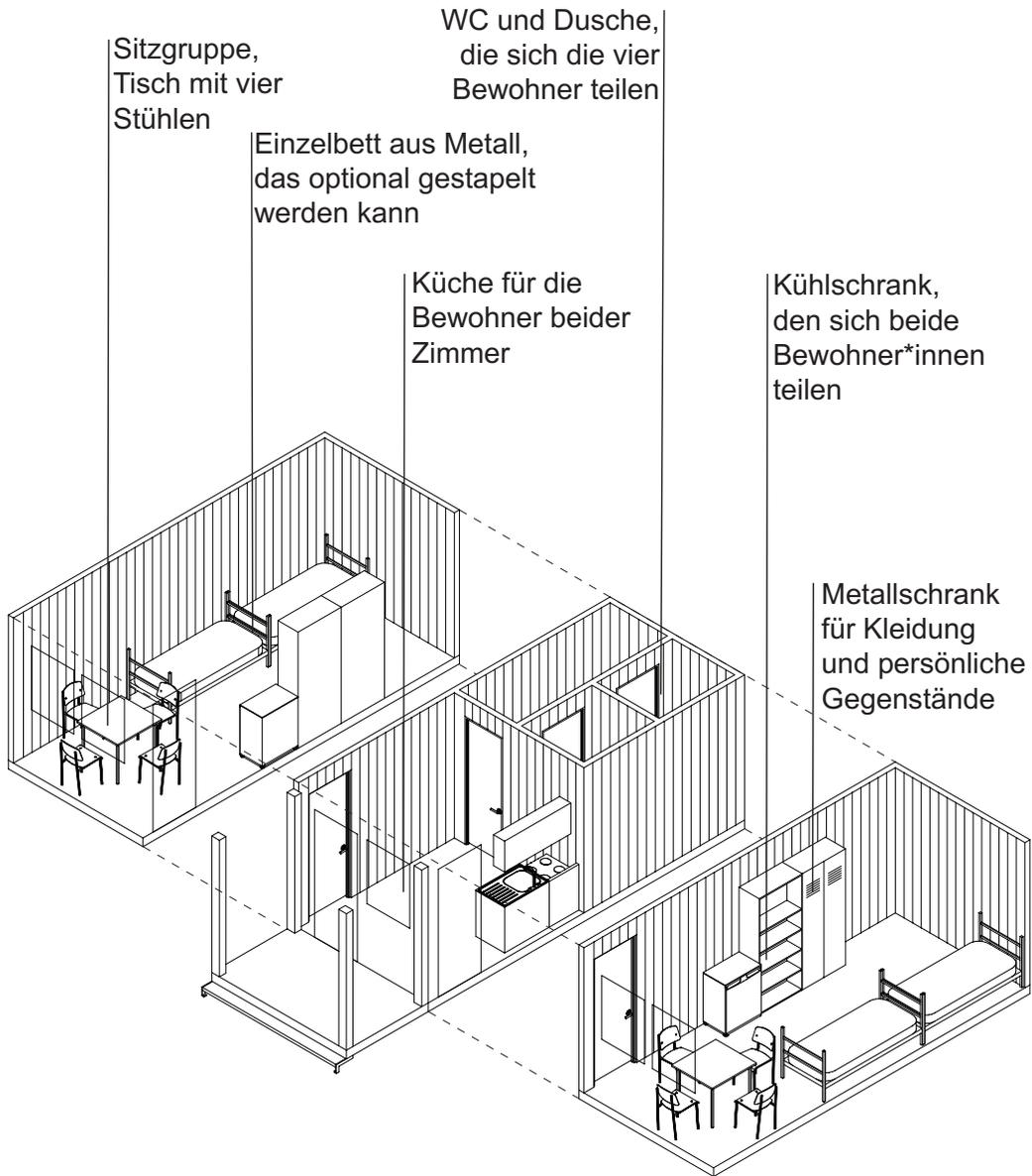
der temporären Unterkünfte und ihrer Managementstrukturen in Verbindung stehen. Andere Konflikte entstehen zwischen Bewohner*innen, die sich eine Wohnung oder Gemeinschaftsinfrastrukturen wie Küche und Sanitärbereiche teilen. Die Untersuchung dieser durch Rauman eignungsprozesse ausgelösten bzw. damit in Verbindung stehenden Konfliktmuster war somit ein weiterer Bestandteil der Studie.

Ergebnis der Untersuchung sind vier Thesen. Jede These wird durch empirische Ergebnisse wie Interview-Aussagen, Fotos, Zeichnungen und die Beschreibung von vor Ort gemachten Beobachtungen unterstützt. Innerhalb der sechs Untersuchungsstandorte wurden 18 Zimmer bzw. Wohneinheiten durch spezifische räumliche Kartierung sowie begleitende narrative Interviews detailliert analysiert und sind somit die wesentliche empirische Basis. Hierbei sollte auch der Unterschied zwischen Rauman eignungen und Konfliktmustern in den sehr unterschiedlichen Gegebenheiten von LaGeSo Dörfern und Tempohomes, bzw. den unterschiedlichen Wohntypologien innerhalb der Standorte herausgearbeitet werden.

These

Die Möglichkeit sich den Wohnraum gemäß ihren Bedürfnissen und ihres mitgebrachten Raumwissens anzueignen ist wichtig für einen selbstbestimmten Alltag der Bewohner*innen.

Nach dem Eintreffen in der Unterkunft findet für viele Bewohner*innen eine erste Phase des Ankommens statt, während der das Zimmer oft so belassen wird, wie es übergeben wurde. Sie verbringen viel Zeit darin, um sich auszuruhen. Dies war vor allem bei Geflüchteten zu beobachten, die erst vor Kurzem in Deutschland angekommen waren. Nach dieser ersten Phase beginnen dann sichtbare Rauman eignungsprozesse und somit die zweite Phase. Dabei spielt der Wunsch nach mehr Privatsphäre in geteilten Zimmern sowie die Beschäftigung der Kinder in Familien eine große Rolle. Mit dem Einsetzen eines gewissen Normalitätszustandes in der temporären Unterkunft war der zunehmende Bedarf zu beobachten, das Zimmer von einem Ort des Schlafens hin zu einem Ort umzugestalten, der unterschiedlichen Nutzungsanforderungen und Funktionen gerecht wird. Dieser Prozess ist von Maslow (1943) in einer Bedürfnispyramide dargestellt. Elementare Bedürfnisse wie Gesundheit und Sicherheit werden nach Maslow zuerst bedient und danach schrittweise abgelöst durch Zugehörigkeitsgefühl, Selbstwert und Selbstverwirklichung. Auch wenn das Konzept inzwischen stark kritisiert wird, diente es als Orientierung zur Einordnung der Aneignungspraktiken.



Diese Zeichnung illustriert die Standardeinrichtung der Wohneinheiten in
 den Tempohomes. Die Einrichtung der LaGeSo-Dörfer ist vergleichbar.



Abb. 4.1 Der Eingang zur Wohnung vom Flur her ist semi-transparent.



Abb. 4.2 Dieser Vorhang am Eingang zu einer Wohnung im LaGeSo-Dorf Refugium Buch verhindert, dass die Bewohnerinnen die im Privatraum kein Kopftuch tragen sofort gesehen werden. Die entstehende durchlässige Trennung ermöglicht eine Teilnahme am Gemeinschaftsflur während man gegen Blicke geschützt ist.



Abb. 4.3 Dieses ursprünglich als Gemeinschaftsraum angelegte Zimmer wurde von einer Familie bezogen.



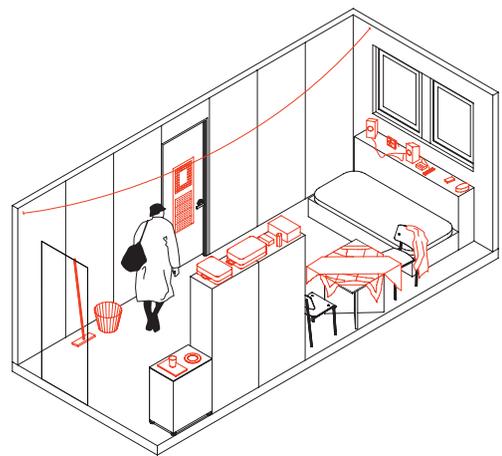
Familie – F (Frau) M (Mann) 4 K (4 Kinder), Afghanistan,
ca. 3 Jahre in der Unterkunft, GU Refugium Buch, LaGeSo Dorf



Abb. 4.4 Anstelle von Metallspinden bekommen die Bewohner*innen in der GU Refugium Buch Holzschränke



Abb. 4.5 Ein Bett wurde zu einem Sideboard umfunktioniert um Platz für elektronische Geräte zu schaffen.



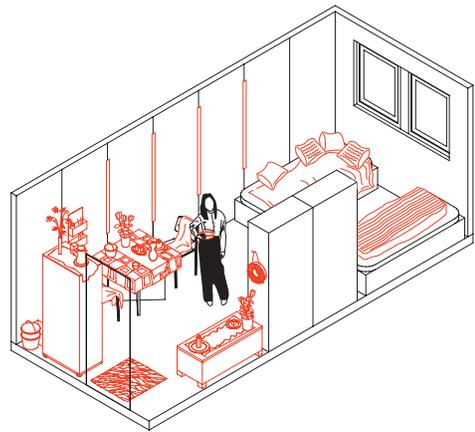
Alleinreisend – M, Rumänien, 4 Monate in der Unterkunft
GU Refugium Buch, LaGeSo Dorf



Abb. 4.6 Eine Bewohnerin dekoriert ihre Wände mit rosa Tape um die Ritzen, welche die Containeroptik prägen, zu verstecken.



Abb. 4.7 Da es in diesem Zimmer keinen eigenen Kochbereich gibt, ist die Ecke um den Kühlschrank zu einer Teeküche umfunktioniert worden.



Alleinreisend – F, Palästina/Syrien, 12 Monate in der Unterkunft
GU Refugium Buch, LaGeSo Dorf



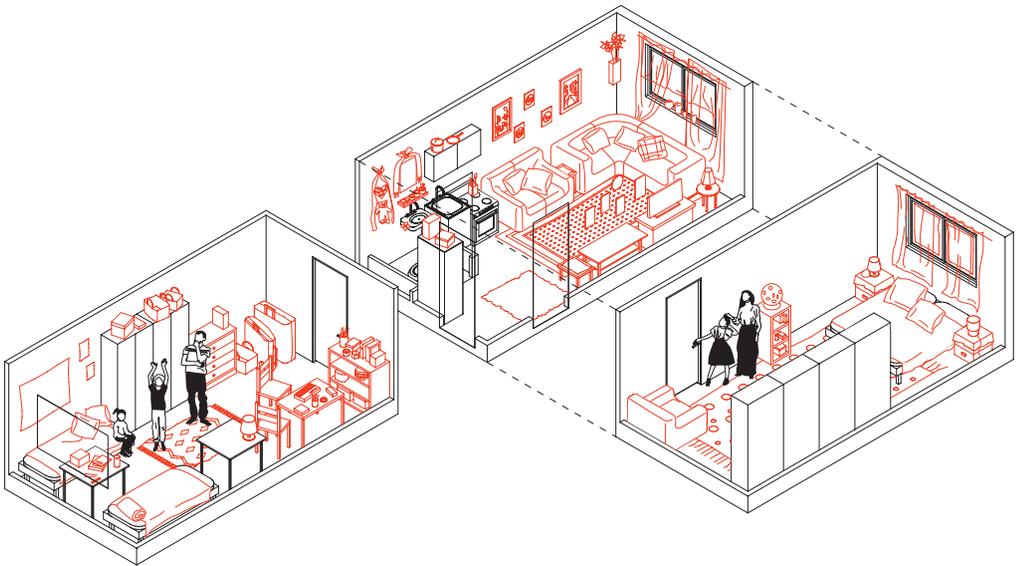
Abb. 4.8 Viele aber nicht alle Bewohner*innen essen auf dem Teppich wie hier in der GU Ostpreußendamm. Dies ist oftmals durch die Kultur des Herkunftslandes geprägt, hat aber für viele auch einfach Platzgründe.



Abb. 4.9 Das Badezimmer wurde persönlicher gestaltet um eine wärmere und angenehmere Atmosphäre für die Kinder zu schaffen.



Abb. 4.10 Mit Sofas, Vorhängen, Bildern und Deckenleuchte ist dieses Wohnzimmer bereits nicht mehr als Containerraum zu erkennen.



Familie – F M 3K, Irak/Dubai, 18 Monate in der Unterkunft
GU Ostpreußendamm, LaGeSo Dorf



Abb. 4.11 Diese Bewohner haben das Glück, eine eigene Küche zu haben und nutzen diese auch intensiv. Zahlreiche Kochutensilien wurden angeschafft.



Abb. 4.12 Einer der Container wurde als Wohnbereich mit Matratzen umgestaltet. Hier sitzen die Bewohner*innen wie in ihrer vorherigen Wohnung beisammen.



Familie – F M 2K, Afghanistan, 22 Monate in der Unterkunft
GU Ostpreußendamm, LaGeSo Dorf



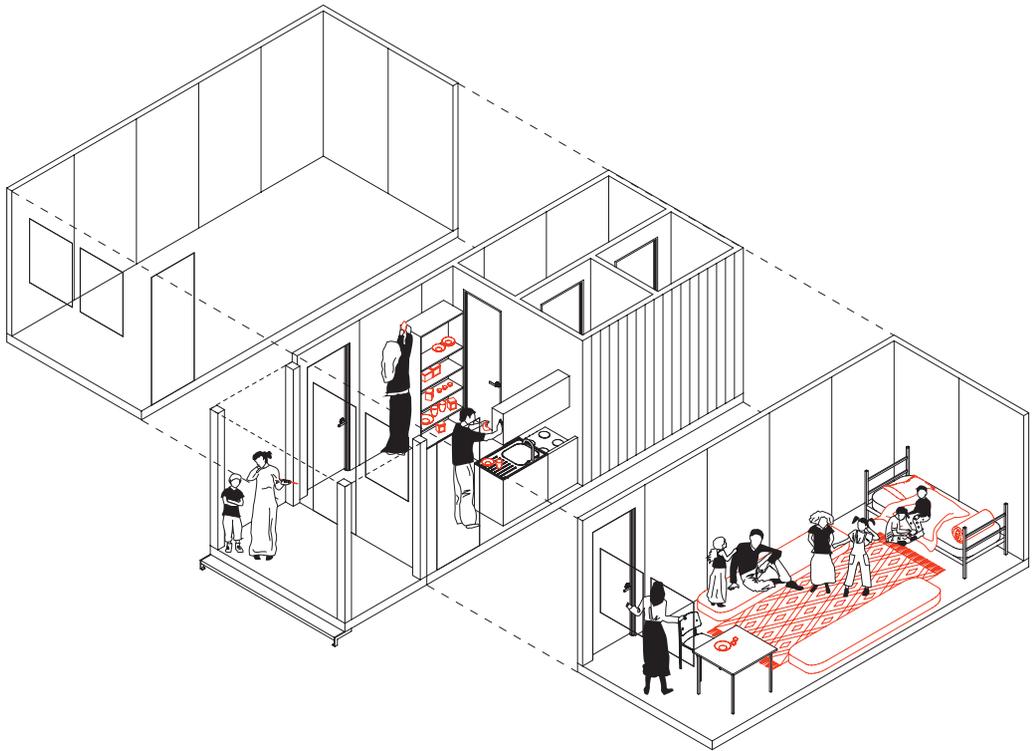
Abb. 4.13 Mit kleinen Gestaltungsideen wie Aufklebern wird der Raum persönlicher und fröhlicher.



Abb. 4.14 Eine Mutter und ihr erwachsener Sohn leben in diesem Zimmer eng zusammen. Für das Schlafen und Wohnen gibt es nur einen Raum.



Mutter mit erwachsenem Sohn – F M, Syrien, 3 Jahre in der Unterkunft
GU Ostpreußendamm, LaGeSo Dorf



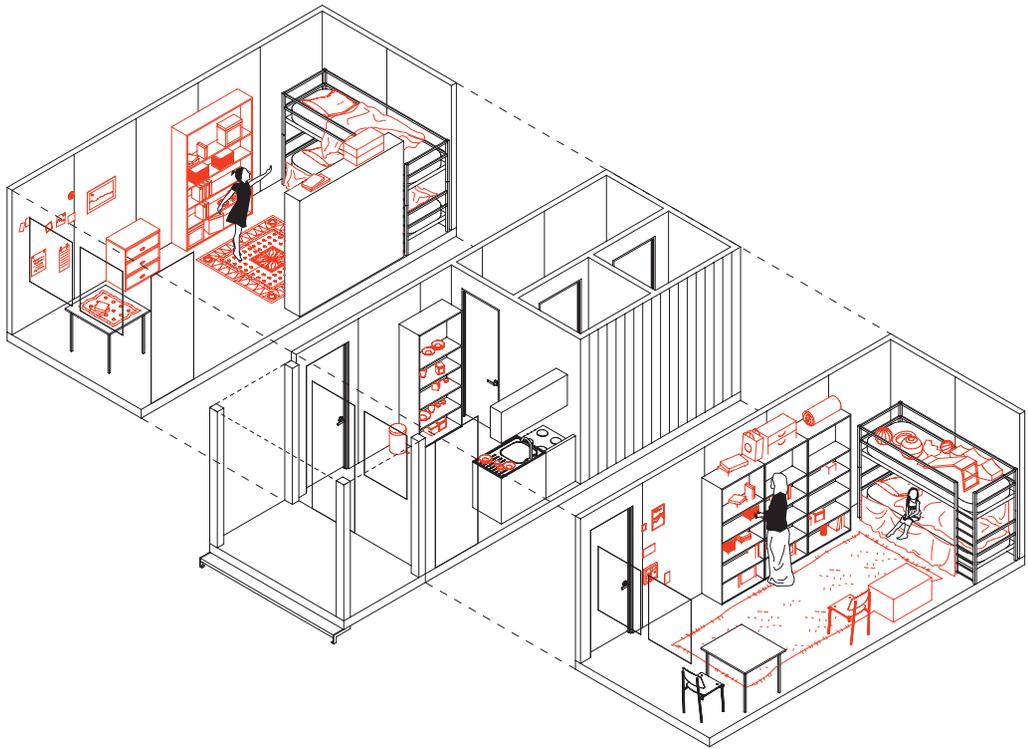
Erweiterte Familie – 3F 2M 7K, Irak, 10 Monate in der Unterkunft
GU Quittenweg, Tempohome



Abb. 4.15 Die Mutter lebt mit ihren zwei Kindern in dieser Wohneinheit allein seit ihr Mann der Unterkunft verwiesen wurde aufgrund nicht näher erläuterter Gründe. Seitdem fungiert ihr Zimmer auch als Treffpunkt für andere Frauen in der Unterkunft.



Abb. 4.16 Diese Wohnung hat viele Bilder und persönliche Erinnerungen an den Wänden, das meiste stammt von der Tochter, die mit ihrer Mutter hier lebt.



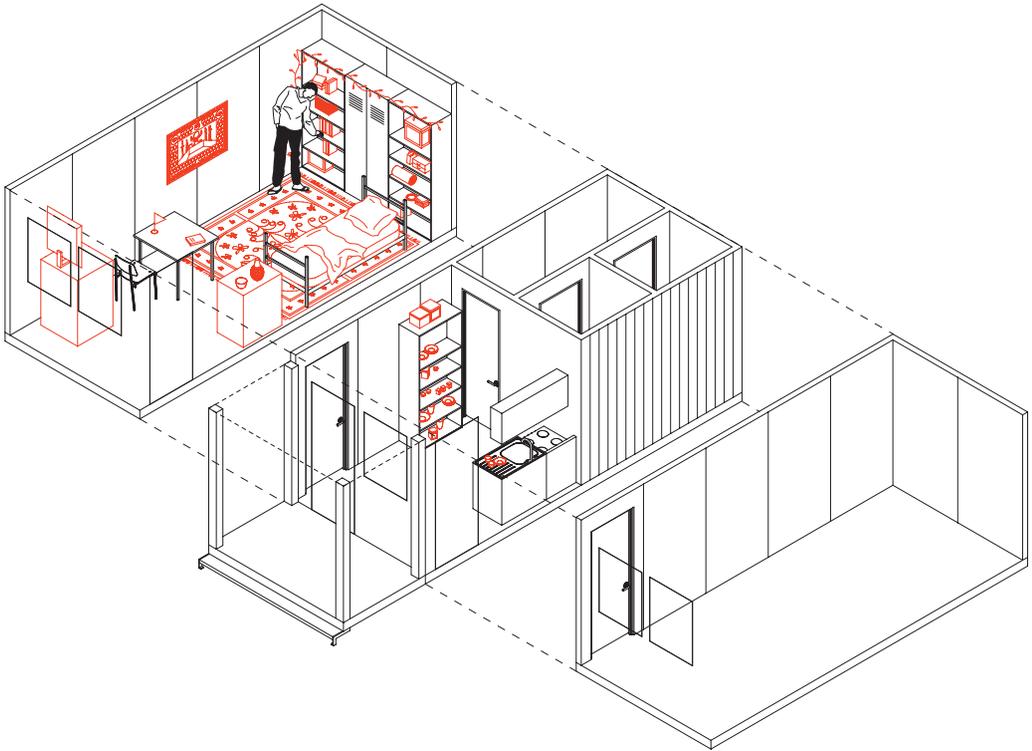
Familie – F 2K, Syrien, 18 Monate in der Unterkunft
GU Quittenweg, Tempohome



Abb. 4.17 Die Anordnung der Schränke lässt den harten Metallspind in der Mitte weicher und wohnlicher erscheinen.



Abb. 4.18 Der Bewohner dieses Zimmers hat an seiner Wand einen religiösen Teppich mit einem Bild von Mekka und mehreren Gebetsversen aufgehängt. Er ist durch seine Flucht und den Aufenthalt in Deutschland religiöser geworden.



Alleinreisend – M, Irak, 10 Monate in der Unterkunft
GU Quittenweg, Tempohome



Abb. 4.19 Pflanzen wurden an den Deckenlampen angebracht, da keine Haltevorrichtungen angebracht werden dürfen.



Abb. 4.20 Ein Bewohner hat sein Bett mit einem Tuch verhängen, um einen Sichtschutz zu schaffen. Dies ist für ihn die einzige Methode um einen privaten Raum allein für sich zu schaffen.



Abb. 4.21 Der Eingangsbereich und die Küche dieser Tempohome Wohneinheit sind mit verschiedenen Teppichen ausgelegt um den grauen Boden zu verdecken und gegen Bodenkälte vorzubeugen.

Vorhang als Sichtschutz

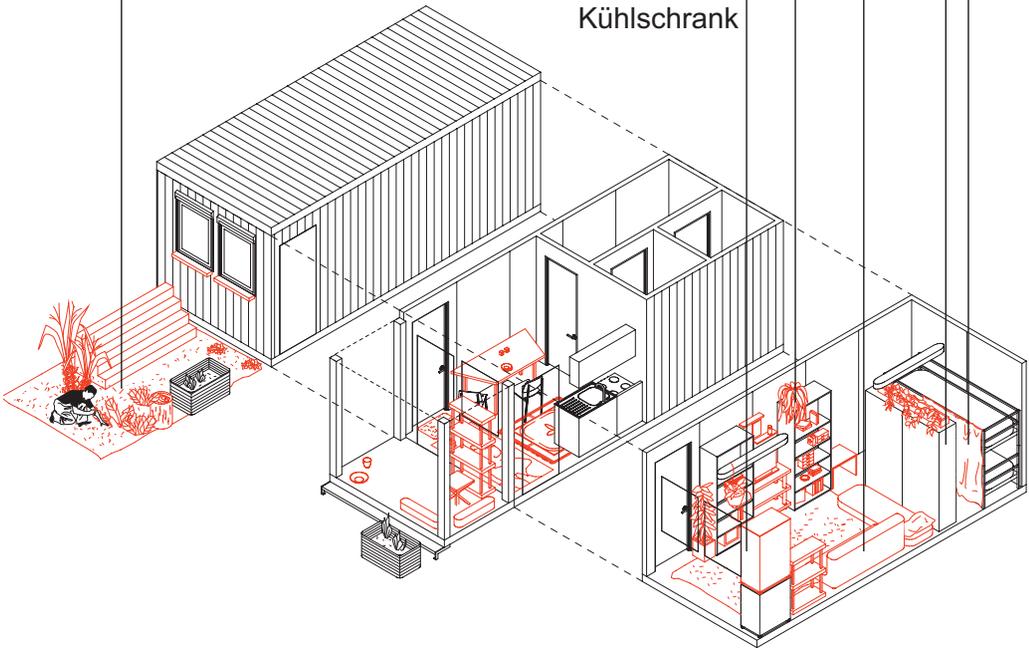
Schränke als Raumtrenner
„Wir haben die Schränke weiter nach hinten geschoben, damit wir mehr Platz zum wohnen haben.“

Matratzen auf dem Boden zum sitzen

„Ich mache gerne Gartenarbeit. In meiner Heimat hatte ich einen großen Garten.“

Vorhang als Sichtschutz

Zusätzlicher Kühlschrank



Alleinreisend – M, Syrien, 2 Jahre in der Unterkunft
GU Wollenberger Straße, Tempohome



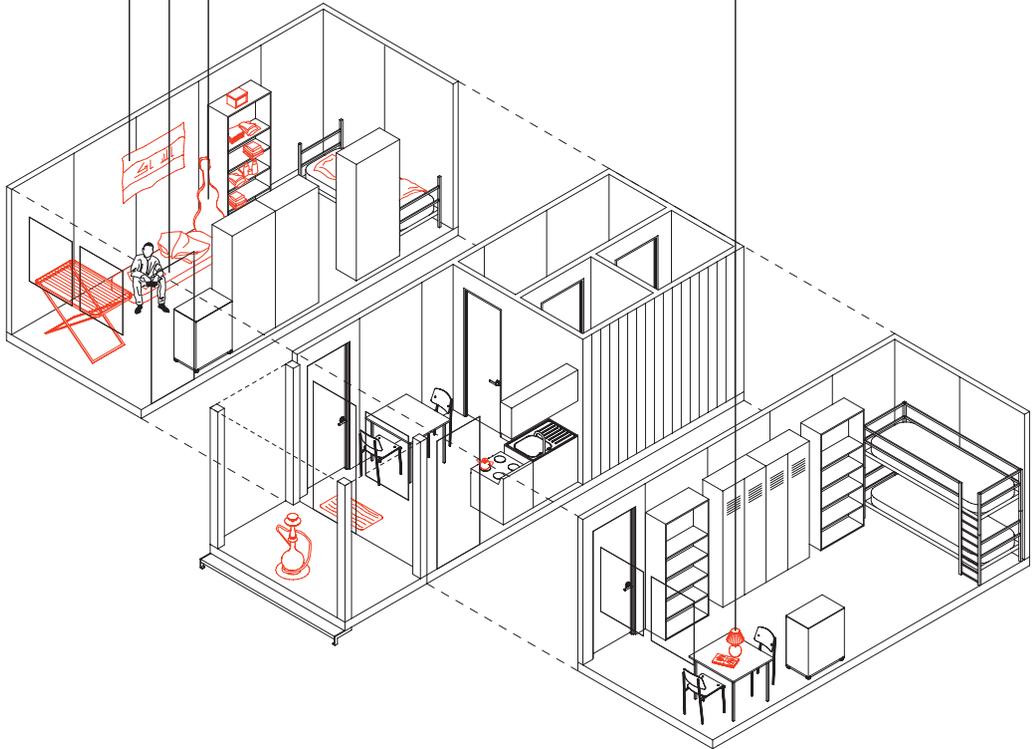
Abb. 4.22 Ein Bewohner dieses Zimmers zieht es vor, die Matratze auf den Boden zu legen. Er ist dies gewohnt und findet es angenehmer. Über seiner Schlafstätte hat er eine große Flagge seines Heimatlandes, des Irak, aufgehängt.

Eine Irak-Flagge hängt
an der Wand

Ein Bewohner schläft auf
dem Boden

*„Ich spiele gerne
Gitarre und Oud. Ich
suche auch hier eine
Gruppe mit der ich
spielen kann.“*

Fürs lernen hat der
Mitbewohner sich
eine Lampe mit einem
angenehmeren Licht
auf den Schreibtisch
gestellt



Alleinreisend – M, Irak, 3 Jahre in der Unterkunft
GU Wollenberger Straße, Tempohome



Abb. 4.23 Die Bewohner*innen stellen tagsüber die Matratzen auf denen sie schlafen an die Wand um mehr Platz zu schaffen zum Spielen für die Kinder, zum Zusammensitzen und als Aufenthaltsraum.



Abb. 4.24 Ein Geschirrhalter wurde in der Küche improvisiert um dem Platzmangel entgegen zu wirken.



Abb. 4.25 Die Bewohner*innen halten ein traditionelles Abendessen auf dem Teppich ab. Diese Essen sind ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens und meist zentraler Bestandteil des Empfangens von Gästen. Am Tisch ist kein Platz für die Speisen oder die vielen Leute.

„Das Radio haben wir auf dem Flohmarkt gekauft. Wir haben lange nach so einem gesucht.“

Tagsüber werden die Matratzen an die Wand gestellt, um Platz für eine Spielecke für die Kinder zu machen

Eine Lichterkette hängt unter der Decke, um das grelle Licht zu ersetzen

„In Syrien essen wir auch auf dem Boden. Wir würden gerne in der Küche essen, aber es ist zu eng.“

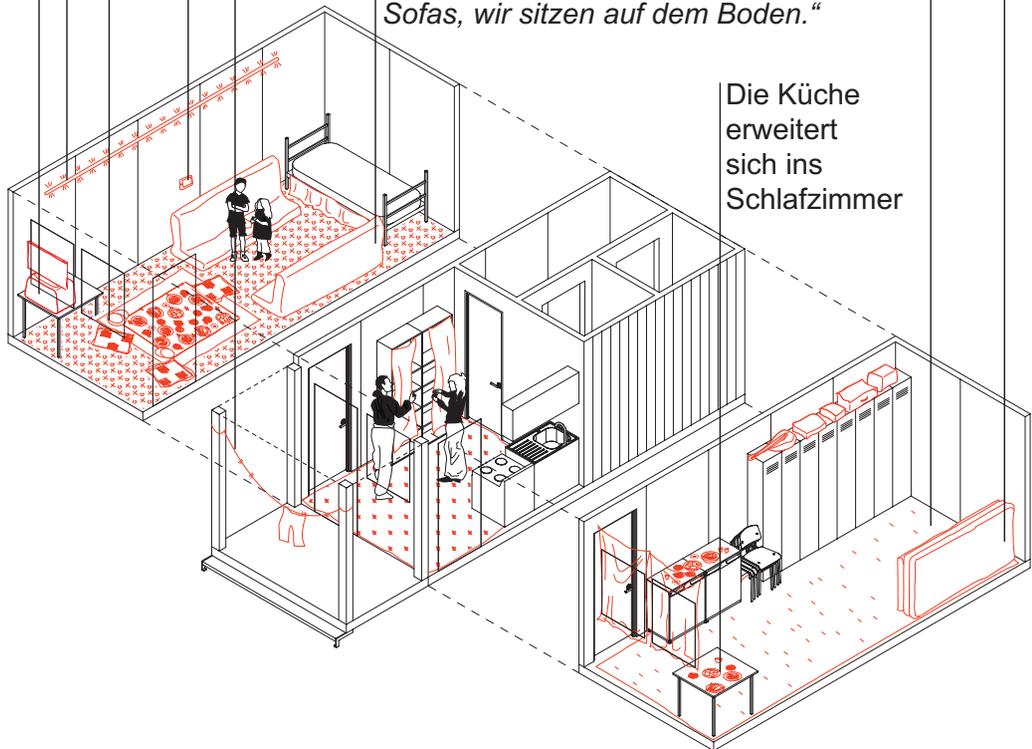
In der ganzen Einheit ist Teppichboden verlegt

Ein Magnet ist am Handy befestigt um es an die Wand zu hängen

Eine Wäscheleine ist an dem Vordach angebracht

„Bei uns in Syrien gab es keine Sofas, wir sitzen auf dem Boden.“

Die Küche erweitert sich ins Schlafzimmer



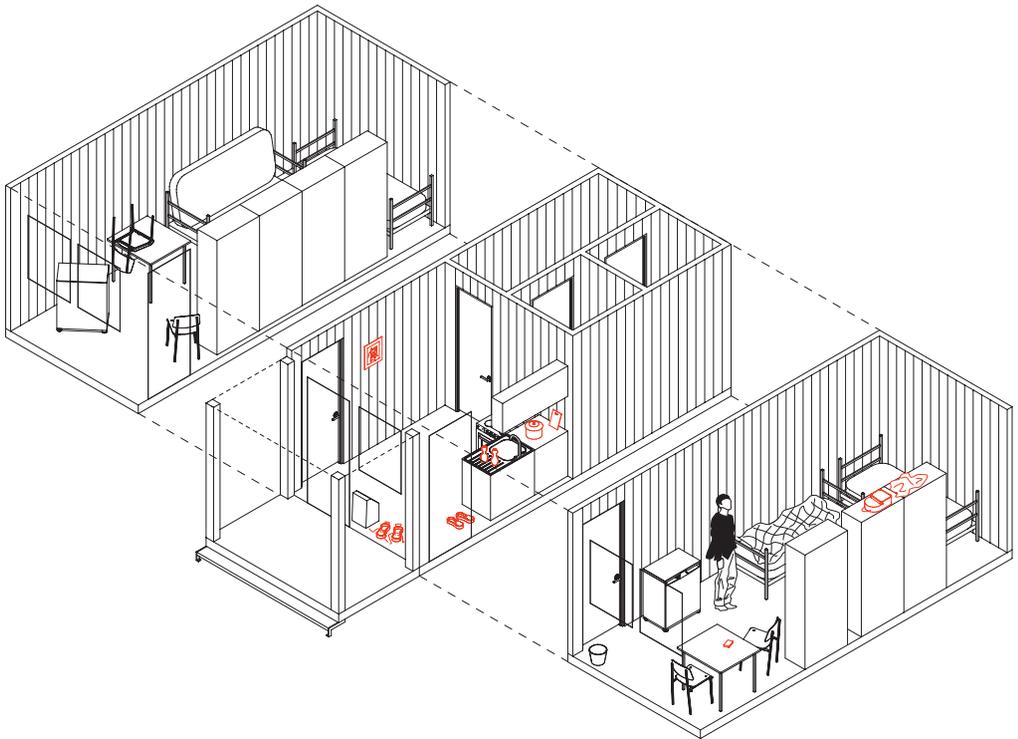
Familie – F M 2K, Syrien, 3 Jahre in der Unterkunft
GU Wollenberger Straße, Tempohome



Abb. 4.26 Dieses Zimmer ist derzeit unbezogen.



Abb. 4.27 Der Bewohner wohnt allein in dieser Einheit. Er hat fast keine Veränderungen vorgenommen und verbringt viel Zeit mit Freunden ausserhalb der Unterkunft.



Alleinreisend – M, Irak, 8 Monate in der Unterkunft
GU Columbiadamm, Tempohome

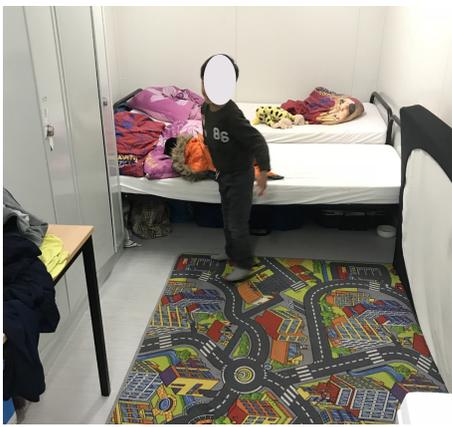


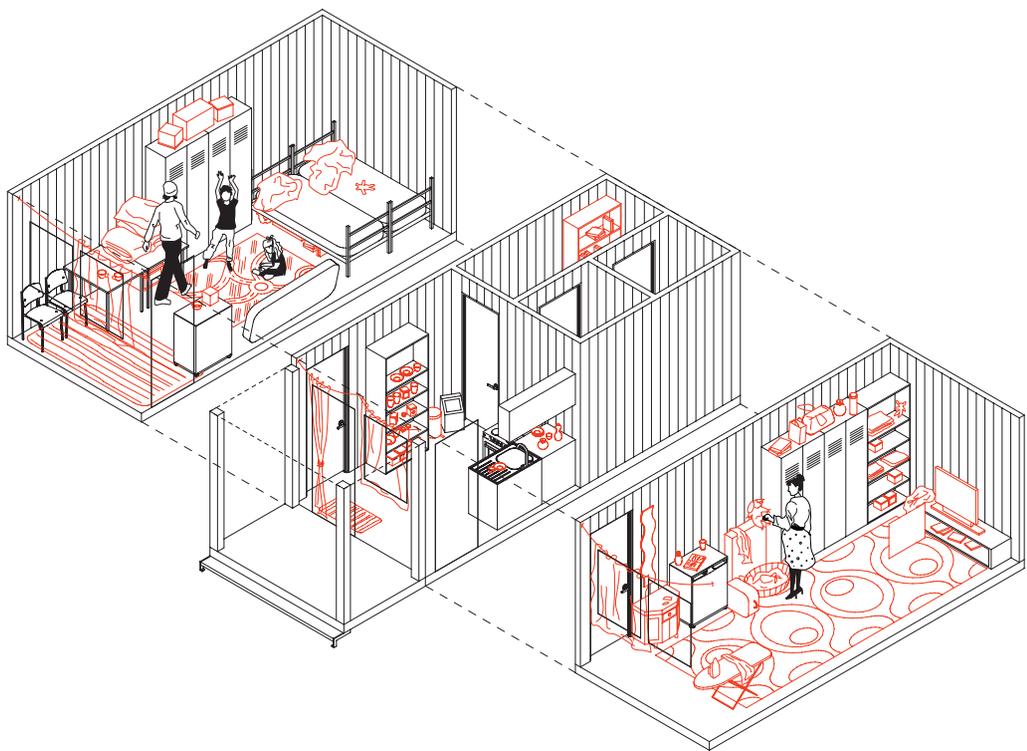
Abb. 4.28 Die beiden Betten wurden für die Eltern zusammengestellt, die kleinen Kinder schlafen auf den Matratzen auf dem Boden.



Abb. 4.29 Der Teppich dient als große Sitz- und Essfläche. Die Familie wohnte vorher in einem großen Haus mit einem langen Tisch im Esszimmer. Von ihren Vorfahren hat die Mutter über das auf dem Boden essen gehört und jetzt machen sie es hier in Deutschland aus Platzmangel auch wieder.



Abb. 4.30 Der Fernseher ist ein wichtiger Teil des Raumes und wird von der Familie intensiv genutzt. Dafür wurde extra eine Satellitenschüssel angeschafft.



Familie – F M 2K, Pakistan, 18 Monate in der Unterkunft
GU Columbiadamm, Tempohome



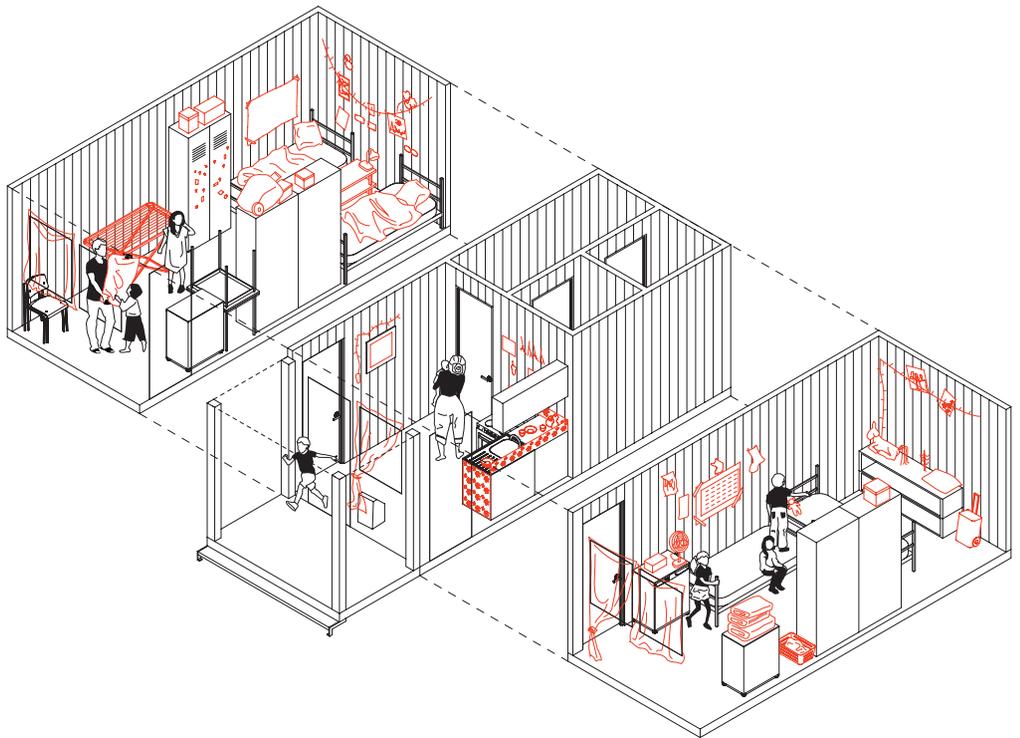
Abb. 4.31 Die Familie ist so groß, dass obwohl sie zwei Einheiten bewohnt (nur eine ist hier dargestellt) jedes Zimmer von mindestens zwei Personen als Schlafraum genutzt wird.



Abb. 4.32 In diesem Zimmer schlafen ebenfalls zwei Personen, die Betten wurden aber als L zusammengestellt.



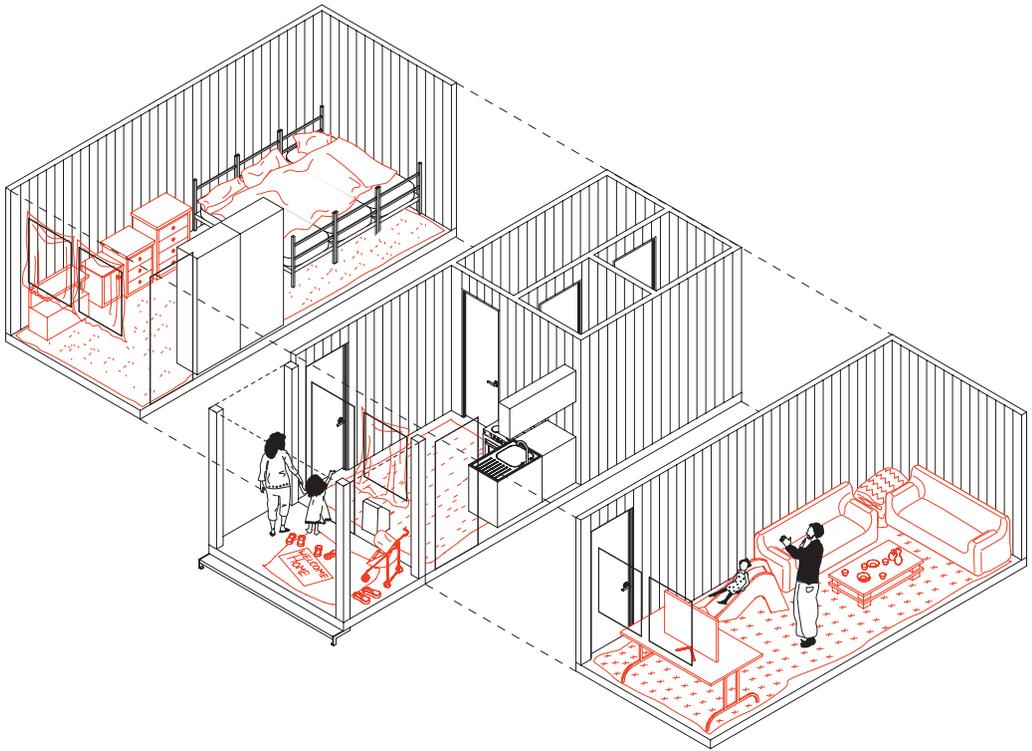
Abb. 4.33 Die Küche wurde zu einem hohen Grad angeeignet und personalisiert. Dies ist bei Familien oft der Fall.



Familie – F M 7K, Kurdistan, 3 Jahre in der Unterkunft
GU Columbiadamm, Tempohome

Die Eltern und die beiden kleinen Kinder schlafen in den Betten, die alle zusammengestellt worden.

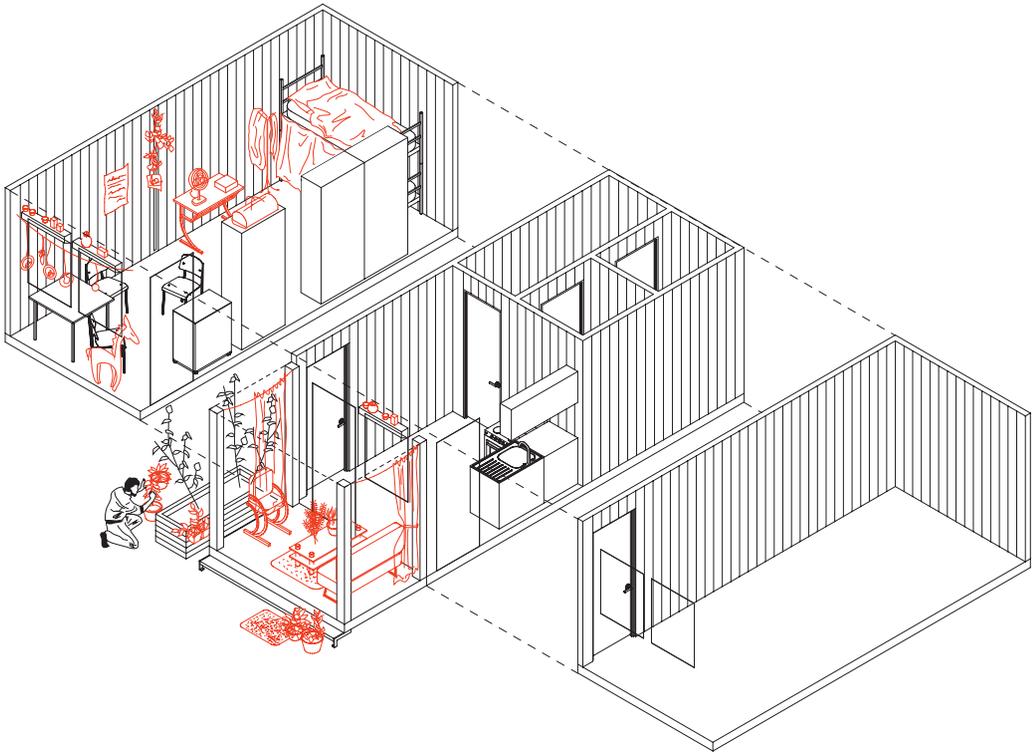
Die Familie hat viele Möbel und Spielsachen bekommen. Den Fernseher haben sie gekauft. Das Wohnzimmer ist auch der Ort an dem gegessen wird.



Familie – F M 2K , Afghanistan, 10 Monate in der Unterkunft
GU Alte Jakobstraße, Tempohome



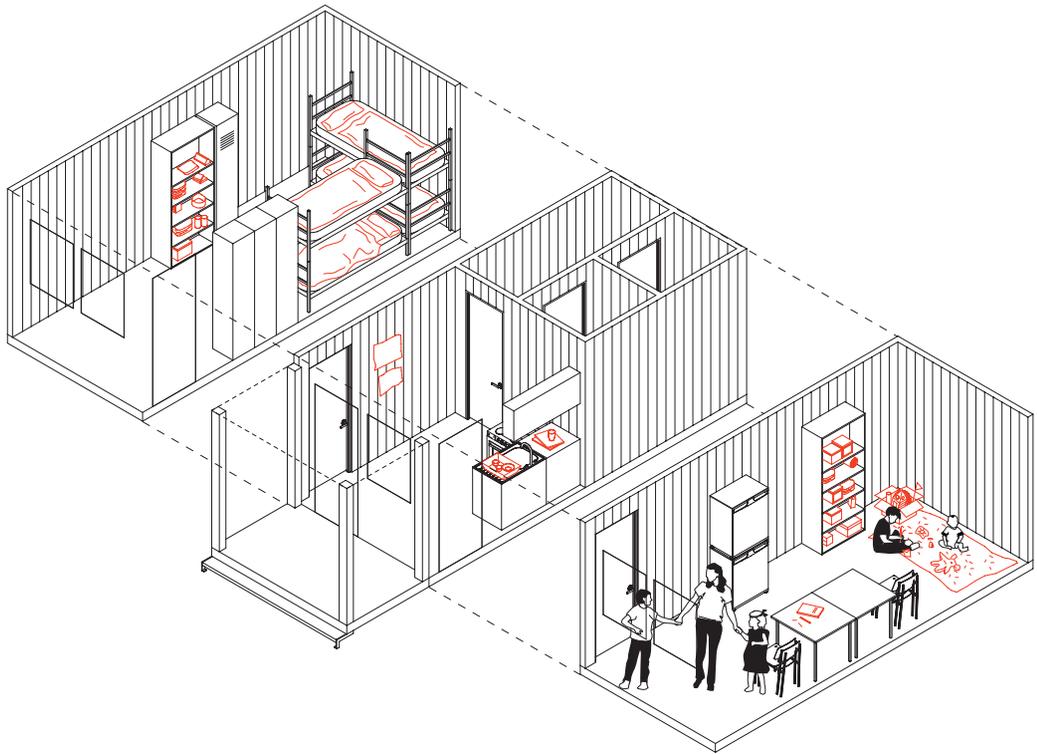
Abb. 4.34 “Musterbeispiel:
Nachträge für überdachte Ein-
gangsmodule und Vorgärten.”
Der Eingangsbereich ist sehr
intensiv gestaltet. Der Bewohner
hat seit seiner Ankunft in Deutsch-
land seine Liebe zur Gartenarbeit
gefunden und es hilft ihm, das
erlebte zu verarbeiten. Er ist froh
in Deutschland zu sein und zeigt
dies durch die Nationalfarben am
Eingang.



Alleinreisend – M, Syrien, 14 Monate in der Unterkunft
GU Alte Jakobstraße, Tempohome

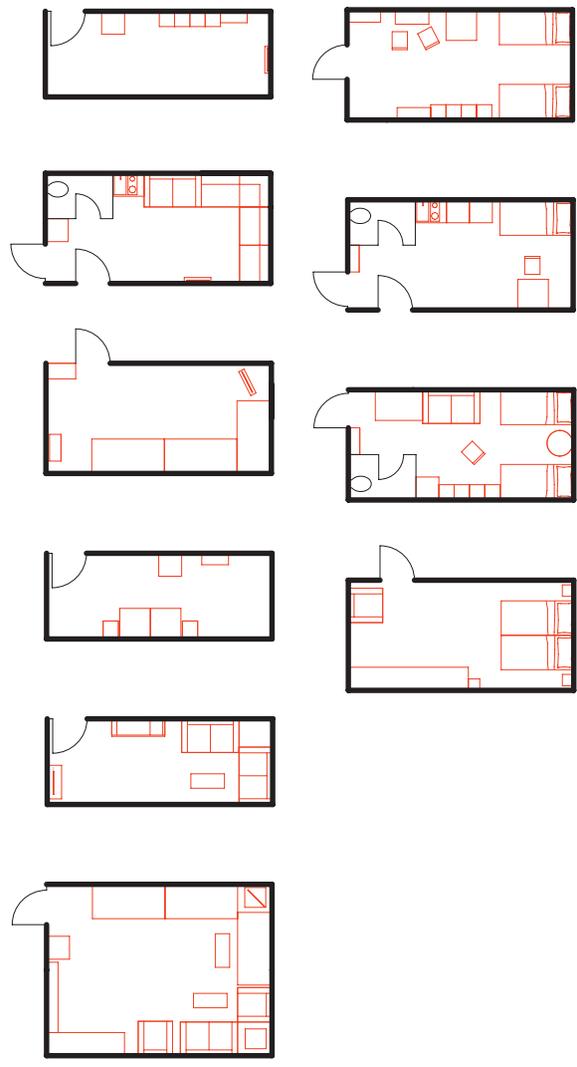


Abb. 4.35 Die Fahrradständer in der Unterkunft sind meist vollständig ausgelastet, sodass die Familie ihre Fahrräder vor der Tür abstellt, was eigentlich untersagt ist.

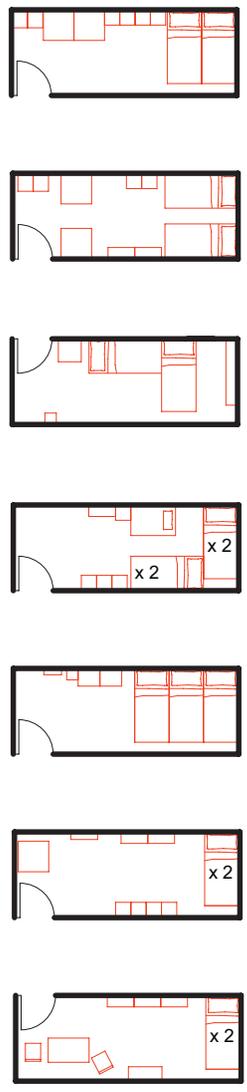


Familie – F 4K, Russland, 9 Monate in der Unterkunft
GU Alte Jakobstraße, Tempohome

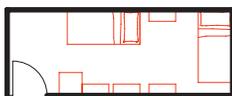
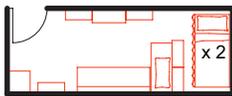
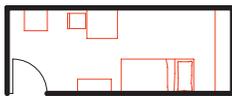
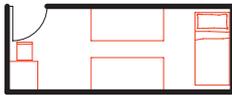
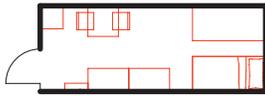
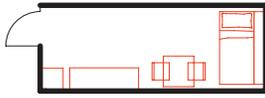
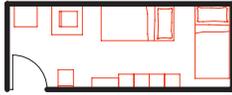
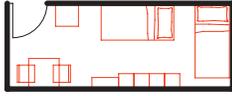
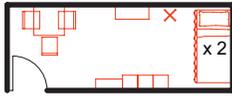
Familien Wohnzimmer



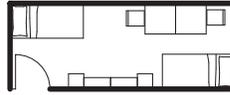
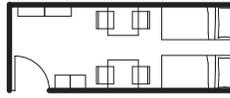
Familien



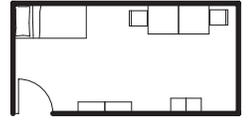
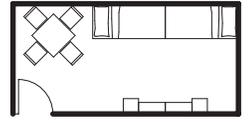
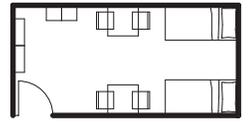
Alleinreisende



Original Ausstattung



Tempohome



Diese Zeichnungen stellen unterschiedliche Typen der Zimmereinrichtung dar, je nachdem was für ein Belegungstyp vorliegt.

Mehrfachnutzung durch Ummöblierung

Eine der häufigsten Methoden zur Veränderung des Raumes ist das Umstellen der Betten. Bei Alleinreisenden werden diese zu privaten Orten, welche teilweise durch Tücher verhangen werden (Abb. 4.19 S. 96, Abb. 4.18 S. 94). Bei Familien hingegen werden Betten oft zusammengestellt, um so einen Raum der Nähe und Geborgenheit zu schaffen, wie etwa im Falle einer jungen Familie aus Russland, (S. 113). Teilweise funktionieren die Betten aber auch tagsüber als große Sitz- und Spielfläche, wie bei einer Familie aus Jordanien. Dies erweitert den Wohnraum und Essbereich und ist häufig motiviert aus ähnlichen Wohnheiten in vorherigen Wohn- und Lebensorten. Um tagsüber noch mehr Flexibilität in der Nutzung des Zimmers zu gewährleisten, stellt eine junge Familie aus Syrien die Matratzen, die nachts auf dem Boden liegen, an die Wände (Abb. 4.22 S. 98). Der frei gewordene Platz dient dann zum Essen, Gäste empfangen und als Spielfläche für die Kinder. Laut unseren Interviews wurde dies bereits in ihrer Wohnung in Syrien so praktiziert.

Privatheit

Wie bereits erwähnt, sind die verschiedenen Vorstellungen und Erwartungen an Privatsphäre ein wichtiger Teil des mitgebrachten Raumwissens. Aus diesem Grund werden auch Veränderungen wie z. B. das Verhängen von Türen und Fenstern vorgenommen oder Rollläden dauerhaft geschlossen (Abb. 4.1 S. 78, 4.36 S. 125, 4.37 S. 125) Viele muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, nehmen es im Innenraum ab. Dabei möchten sie es vermeiden, von fremden Männern gesehen zu werden. Insbesondere bei den ebenerdigen Tempohomes, deren Fenster von den Zugangswegen einsehbar sind, ist das jedoch schwierig. Aber auch bei den LaGeSo Dörfern öffnet die Tür direkt in den Wohnraum. Weiterhin ist es kulturell bedingt oftmals problematisch für Frauen vor Männern zu rauchen. Das Zimmer einer Bewohnerin, deren Mann der Unterkunft verwiesen wurde, hat sich zum Treffpunkt für Frauen zum Austauschen und Rauchen entwickelt, ohne dass Männer sie dabei sehen können.

Teppich

Der Teppich, den viele Bewohner*innen in ihre Zimmer legen, spielt eine wichtige Rolle für die Flexibilität der Raumnutzung. Für viele war das Essen auf dem Boden in großen Zimmern Teil der alltäglichen Wohnheiten am Herkunftsort. Es ermöglicht nicht nur das Servieren von vielen verschiedenen Gerichten zugleich, sondern auch das Teilen des Essens mit Gästen. Dies kann durch den kleinen Tisch und die begrenzte Anzahl von Stühlen nicht geleistet werden, wie eine Bewohnerin beschreibt: „Wir hatten eine Beerdigungsfeier für eine Tante mit vielen

Gästen bei uns in der Wohneinheit und wir haben ja nur sechs Stühle. Daher haben wir uns in den Zimmern und der Küche auf den Boden gesetzt.“ (Interview Bewohnerin in AJ, 2018). Auf dem Linoleumboden ohne Teppich ist das jedoch nicht oder nur beschränkt möglich. Die von den Bewohner*innen hineingelegten Teppiche jedoch ermöglichen dies (Abb. 4.8 S. 84 und 4.25 S. 100). Bei den durchgeführten Interviews saß man allerdings meist am Tisch, der zur Standardeinrichtung gehört, oder alternativ auf Sofas. Weiterhin beschreibt eine Bewohnerin der GU Columbiadamms den besonderen Fall, dass die Familie in ihrer Heimat ein geräumiges Haus mit großem Esstisch hatte, an dem alle Platz fanden. Dies ist nun in der Unterkunft nicht mehr der Fall. Aus diesem Grund begann man auf dem Teppich zu essen, was diese Bewohnerin bis dahin nur von ihren Vorfahren kannte.

Allgemein ist die Bedeutung von Gästen und deren Bewirtung für viele der befragten Geflüchteten sehr hoch. So äußerten fast alle Trauer und Bedauern darüber, dass sie keine Verwandten und Freunde aus der Ferne empfangen können, da die Übernachtung i. d. R. nicht gestattet ist, aber verfügbare Mittel für ein Hotel nicht ausreichen. Viele Gesprächspartner*innen haben von einem solchen Fall berichtet und würden gerne ihre erwachsenen Kinder, Brüder, Schwestern und andere Verwandte nach langer Zeit wiedersehen.

Wie in Abbildungen auf Seiten 107, 111 und 115 zu sehen ist, bestimmen die meisten Familien ein Zimmer zum Wohn- und das andere zum Schlafzimmer. Dies ist bei einer größeren Anzahl oder höherem Alter der Kinder schwierig umzusetzen. Häufig sind in diesen Zimmern Sofas als Sitzgruppe angeordnet, um Gäste zu empfangen oder gemeinsam zu essen. Je nach Hausordnung der unterschiedlichen Unterkünfte ist das allerdings nicht gestattet, was mit brandschutzrechtlichen Anforderungen begründet wird.

Erinnerungskultur

In den Wohnräumen sind Bilder und andere Erinnerungen an die Heimat und an Verwandte zu finden. Diese sind teilweise sehr groß an den Wänden angebracht, wie im Fall einer Familie aus Osteuropa, deren Kinder auf einer großformatigen Leinwand zu sehen waren. In vielen weiteren Fällen finden sich Fotografien von jungen und alten Verwandten an den Wänden (Abb. 4.15 auf S. 92). In den Unterkünften, in denen das Anbringen von Nägeln und Schrauben an den Wänden erlaubt ist, finden sich mehr Bilderrahmen, während in den anderen Standorten auf Klebeband oder dem Anhängen an bereits existierende Vorsprünge wie Lampen oder Steckdosen ausgewichen wird. Diese Bilder und Erinnerungen dienen dem Näherbringen von Verwandten oder anderen

Personen und damit dem Verorten in einem sozialen Beziehungs- und Verwandtschaftssystem, welches maßgeblich für die Identität der Bewohner*innen ist. Häufig lassen sich auch andere Dekorationen finden, die oft selbst gebastelt sind und eine persönliche Bedeutung haben.

Religiöse Identität

Auch die religiöse Identität spielt in der Aneignung der Privaträume eine Rolle. Kreuze oder Gebetsverse sind teilweise mit Klebeband an den Wänden befestigt, da keine Nägel oder Schrauben genutzt werden dürfen (Abb. 4.17 S. 94, 4.16 S. 92). Der Bewohner des in der Zeichnung dargestellten Zimmers ist nach eigener Aussage erst während seiner Zeit in Deutschland religiös geworden und stammt ursprünglich aus dem Irak. In manchen Räumen gibt es auch extra gewidmete Regal- oder Ablagebereiche, die Zeichen religiöser Identität sind. Oft erinnern diese an kleine Schreine, auf dem religiöse Personen, Schriften oder Orte dargestellt sind. Dass diese sehr sichtbar im Raum und teilweise dekorativ sind zeigt die Bedeutung auch abseits des Gebetsrituals. Dies interpretieren wir als Verortung in einer Religionszugehörigkeit, insbesondere wenn diese Religion im Raum außerhalb der Wohnung keine große Präsenz findet.

Aneignungen des Außenraums

Ebenso von Bedeutung sind die Praktiken, die im Außenraum direkt vor dem Eingang zur Wohneinheit in den Tempohome Standorten stattfinden. Viele Bewohner*innen lagern hier Fahrräder, Kinderwagen und Schuhe, einige haben aber kleine Beete oder sogar Gärten angelegt. Pflanzkübel gehören bereits zur standardmäßigen baulichen Ausstattung der Tempohomes, zusätzlich haben einige Ehrenamtliche Hochbeete aufgestellt. Diese werden jedoch nur teilweise genutzt. Ein Bewohner der GU Wollenberger Straße, der mit seiner Familie in Syrien einen großen Bauernhof bewohnte, hat sich einen kleinen Garten angelegt (Abb. 4.39 und 4.20 auf S. 126 und 4.18 S. 94). Dieser musste allerdings mehrfach verlegt werden aufgrund von Brandschutzbestimmungen, da das Fenster als Fluchtweg auch von außen freigehalten werden muss. Ein anderer Bewohner der GU Alte Jakobstraße hat seine Freude am Gärtnern erst in Deutschland entwickelt. In Syrien war er Betonarbeiter, aber das Pflanzen hilft ihm traumatische Kriegserfahrungen zu verarbeiten, wie er sagt. Er nutzt das Hochbeet und hat zusätzlich viele Pflanztöpfe aufgestellt, wie Abbildung 4.34 auf Seite 110 darstellt. Um sie zu schützen, hat der Bewohner ein Absperrband gezogen. Vor dem Eingang stehen Sessel und Sofas, was auch Abbildung 4.34 auf Seite 110 zeigt. Hier empfängt der Bewohner vor allem im Sommer Gäste und tauscht sich mit Freunden aus. Dieser Eingangsbereich hat also die Funktion eines Empfangszimmers, wie es im arabischen Raum üblich ist.

Eine neunköpfige Familie in der GU Columbiadamm bewohnt zwei nebeneinanderliegende Wohneinheiten. Zwischen ihnen haben sie eine Wäscheleine gespannt und ein bepflanztes Hochbeet aufgestellt. Dies verdeutlicht die Zusammengehörigkeit der Wohnungen. Der Außenraum wird somit zur Verbindung der beiden Einheiten.

Küchendekoration

Auch Küchen werden sich angeeignet, allerdings primär bei Familien. Die Abbildungen 4.33 S. 106, 4.38 S. 125 und 4.41 S. 126 zeigen die Wohnungen von zwei Familien, die ihre Möbel mit Klebefolie dekoriert haben. Eine Bewohnerin von ihnen erklärt, dass die Dekoration bewusst karibisch ist, da sie es für exotisch und schön hält. Solange die Familie in der GU wohnt, möchte sie gern so leben. Erst beim Umzug in eine eigene Wohnung möchten sie sich erneut das Wohnungsumfeld schaffen, das sie in Afghanistan hatten, wie sie uns erklärte.

These

Die Unterkünfte sind Orte an denen Raumwissen erweitert, verändert und neu geschaffen wird.

Auf die Frage „Können Sie hier alles machen, was sie zu Hause gemacht haben?“ antwortete eine Bewohnerin der GU Alte Jakobstraße: „Nein, wie soll das gehen?“ (Interview mit Bewohnerin in AJ, 2018). Doch die Untersuchungen zeigen, dass Bewohner*innen eine hohe Kreativität und Improvisationsgabe mobilisieren, um die engen, standardisierten und den Brandschutzregularien entsprechenden Gegebenheiten den eigenen Bedürfnissen anzupassen.

Die Möbel werden auf unterschiedliche Arten reorganisiert. Das unerwünschte Mobiliar wird, sofern möglich, im Lager aufbewahrt. So können neue Anschaffungen, die den eigenen Bedürfnissen mehr entsprechen, getätigt werden. Das Fehlen von adäquaten Lagerräumen vieler Unterkünfte wurde in vielen Gesprächen als Problem aufgerufen. Innerhalb der Wohnungen wird deshalb oft auch zusätzlich der Platz unter dem Bett oder auf den Schränken als Lagerraum genutzt. Im Fall der Tempohomes spielt auch der kleine Vorraum vor den Toiletten eine wichtige Rolle.

Nicht alle geplanten und gewünschten Änderungen können verwirklicht werden. Dies liegt an den strengen, aber variierenden Regeln der Unterkünfte. In den LaGeSo Dörfern darf unter bestimmten Umständen in die Wände gebohrt werden, während es in den Tempohomes grundsätzlich nicht möglich ist. Sofas sind manchmal toleriert, erlaubt oder gänzlich verboten. Manches erscheint allerdings nicht verhandelbar:

„Betten sind ungemütlich, Eigenes darf nicht gekauft werden. Betten müssen im Zimmer bleiben. Die Einrichtung ist ja auch für die Leute da, die zukünftig kommen“ (Interview Bewohner, 2018).

Selbst gekaufte Teppiche sind ein sehr häufig wiederkehrendes Element in den Unterkünften. Viele Bewohner*innen haben die Angewohnheit, auf dem Boden zu essen und erhalten den Brauch auch dann aufrecht, wenn die Proportionen des Containers dies erschweren. Es finden sich viele Teppiche mit arabischen Motiven. Unabhängig davon, ob sie Teil eines früheren Brauches sind, sind Teppiche notwendig, da der Fußboden insbesondere bei Tempohomes sehr kalt ist. Anders ist der Fall einer Bewohnerin der GU Alte Jakobstraße. Sie kommt aus Syrien, hat aber den größten Teil ihres Lebens in der Türkei gelebt, wo sie an einer Schule unterrichtet hat. Ihr Teppich hat Motive mit der US-Amerikanischen Flagge (Abb. 4.46 S. 128). Da zwei Kinder der Bewohnerin in den Vereinigten Staaten leben, stört sie der Teppich nicht, sondern er erinnert sie an sie. Auch wenn die Bewohner*innen oftmals auf Spenden angewiesen sind, haben sie eine gewisse Auswahl für die Möbelbeschaffung zur Verfügung.

Auch sonstige Dekoration wie Vasen, Blumen, Figuren und Kerzen sind zu finden. Es gibt ein starkes Bedürfnis, den Container zu dekorieren. Schranktüren und Möbeloberflächen werden oft beklebt (Abb. 4.42 S. 127), Bilder werden mit Klebeband an den Wänden angebracht oder aufgehängt. Dadurch, dass man in den Tempohomes keine Löcher in die Wand bohren darf, werden zum Beispiel Kuschtiere, Uhren und sonstiger Wandschmuck an Rohre und Lampen gehangen. Abb. 4.23 S. 100 zeigt wie eine Bewohnerin der GU Wollenberger Straße, an einem Rohr einen Spruch des Korans aufgehängt hat. Gleichzeitig verbirgt das längliche Format die Leitung. So entwickeln die Bewohner*innen kreative Praktiken, um sich mit den bestehenden Regeln zu arrangieren. Obwohl Metallwände und Neonröhren die Wohnlichkeit der Zimmer einschränken, finden die Bewohner*innen einen Weg, diese Elemente zu verstecken und so gut es geht in ihr Raumkonzept einzupassen. Wände werden häufig mit Lichterketten dekoriert, um eine angenehmere Stimmung mit weniger greller Beleuchtung zu schaffen. Gardinen werden vor Türen und Fenster gehängt und Fernseher und Kinderspielzeug werden gekauft.

Der extreme Platzmangel in der Küche erfordert besonderen Einfallsreichtum. Abb. 4.43 S. 127 zeigt einen improvisierten Messerblock, der den verfügbaren engen Raum optimal ausnutzt. Um nicht zu bohren, werden Kleiderhaken einfach vertikal auf den Boden gestellt oder kleine Regale an die Wand geklebt (Abb. 4.20 S. 96 und 4.6 S. 82). Damit man

die Fugen in den Containerwänden nicht sieht, hat eine Bewohnerin der GU Refugium Buch diese mit rosa Klebeband versteckt (4.44 S. 128). Neben Lichterketten dekorieren auch Bilder, Flyer, Sticker sowie ein Armband des letzten Konzertes das Zimmer. Zudem sind bunte Weihnachtsgugeln, sowie Pflanztöpfe zu finden, die dem Raum mehr Wohnlichkeit verleihen (Abb. 4.45 S. 128).

Auch symbolische Gesten und Zeichensetzung sind als Aneignungen zu verstehen. Ein Zeichen der Dankbarkeit und Offenheit gegenüber dem Aufnahmeland ist das Vorhandensein von deutschen Flaggen oder anderen Objekten mit den Nationalfarben als Teil der Dekoration im persönlichen Umfeld, wie Abbildungen 4.47 und 4.48 auf S. 129 zeigen. Es ist in jedem Fall eine politische Geste und ein Mittel den Wunsch nach Teilnahme zu kommunizieren sowie zur Gesellschaft zu gehören.

Dazu gehört für manche Bewohner*innen auch, sich täglichen Gewohnheiten anzupassen. Dies ist allerdings nicht immer möglich. Ein Familienvater möchte gern an einem großen Esstisch essen „weil das die Deutschen so machen“ (Interview mit Bewohner, 2018), aber es ist kein Platz dafür vorhanden. Die Familie isst daher weiterhin auf dem Boden. Oftmals finden sich aber auch Nationalflaggen der Herkunftsländer der Bewohner*innen an den Eingangstüren (4.48 S. 129). Dies kann als Zeichen der bewussten und nach Außen getragenen Identifikation mit dem Herkunftsland gedeutet werden. Ob zur Schau getragenes Bekenntnis zum Aufnahme- oder Herkunftsland oder nicht, die Aneignungen sind teilweise Ausdruck von sich verändernden Identitäten am Asylort. Im eigenen Zimmer sind sie oft prominent platziert, als das Erste was man sieht, wenn man aufsteht oder das Letzte, wenn man zu Bett geht. Wenn der Container mit arabischen, religiösen Motiven oder Fotos einer geliebten Person dekoriert ist, wird er dadurch emotional aufgeladen.

These

Die Lockerung von Einrichtungsregularien und das Übertragen von Entscheidungsgewalt an die Betreiber würde den Bewohner*innen mehr Gestaltungsspielraum geben.

Das Alltagsleben in den Unterkünften ist durch Regeln strukturiert. Laut den Bewohner*innen und unseren Beobachtungen sind diese teils dazu da, um die optimale Kontrolle über das Unterkunftsgeschehen aufrechtzuerhalten, aber auch, um den Bewohner*innen ein gewisses Maß an Sicherheit und Hygienestandards zu bieten. So werden unter anderem Zeitpläne für das Ein- und Auschecken von Besucher*innen, sowie Zimmerkontrollen festgelegt. Diese Regeln verursachen bei den

Bewohner*innen tägliche Frustration und schränken ihre Unabhängigkeit ein. Im Inneren der Wohneinheiten kommt es sehr häufig vor, dass die Aneignungen den Regeln, insbesondere den Brandschutzvorschriften, zum Beispiel durch das Anbringen von Vorhängen oder großflächige Teppichnutzung widersprechen. Aufgrund der großen Bewohnerzahl und der außergewöhnlichen Eigenschaften der Anlagen gibt es eine Reihe sehr spezifischer, restriktiver Regeln.

Das Land Berlin schreibt in seinen Richtlinien für Betreiber (Anlage 1: Leistungs- und Qualitätsbeschreibung zum Betreibervertrag Flüchtlingsunterbringung für das Land Berlin): „Für jede Unterkunft ist eine Brandschutzordnung nach DIN14096 in den Teilen A, B und C in den gängigen Sprachen (z. B. Englisch, Französisch, Arabisch und Persisch (Farsi, Dari), Paschtu) auszuhängen und zu erläutern. Daneben sind an geeigneter Stelle Flucht- und Rettungspläne sowie Hinweise zum Verhalten im Brandfall - möglichst als Piktogramme – anzubringen und regelmäßig zu aktualisieren. Der Betreiber hat sicher zu stellen, dass die untergebrachten Personen in die Belehrungen über den vorbeugenden Brandschutz einbezogen werden.“ (LAF, 2017).

Teil B der Brandschutzordnung nimmt Bezug auf Sicherheitsvorschriften für gasbetriebene und elektrische Geräte sowie andere Zündquellen. Darin wird von der Verwendung von Vorhängen an Fenstern abgeraten, da dies im Falle der Tempohomes bei Kontakt mit der elektrischen Heizung ein Risiko darstellt. Eine Bewohnerin erzählt: „Wir müssen vorsichtig mit der Heizung und den Vorhängen sein, dass sie nicht brennen.“ (Interview mit Bewohnerin in AJ, 2018). Zum Teil werden deswegen die Vorhänge gekürzt, auf Abb. 4.49 S. 129 zu erkennen.

Des Weiteren sind Flucht- und Rettungswege freizuhalten. Das Aufstellen von Gegenständen, die diese Wege behindern, ist verboten. Dies umfasst Gegenstände jeder Art, also z. B. Möbel, Fußmatten, Wäscheständer, Fahrräder oder Kinderwagen. Da sich die Tempohomes ebenerdig befinden, darf auch das zum Fluchtweg gehörende Schlafzimmerfenster nicht von außen davorstehenden Fahrrädern oder Kinderwagen blockiert sein. Tatsächlich ist aber in den vorgesehenen Fahrradständern meist kaum mehr Platz (Abb. 44.51 S. 130).

Ein Mitglied der Heimleitung beschreibt die Situation in einer der Gemeinschaftsunterkünfte folgendermaßen: „Die Bewohner dürfen ihre Wohneinheiten selber einrichten sowie Möbel mitbringen. Es wird kontrolliert und beobachtet, dass der Brandschutz nicht dadurch beeinträchtigt wird. Der Sicherheitsdienst sagt uns Bescheid darüber, was die Bewohner mitbringen oder wir erfahren es durch Zimmerkontrollen.

Sachen müssen feuerfest sein, Stoff, Papier oder Plastik ist nicht erlaubt. Die Jalousien sind aus Metall, Teppiche brennen nicht, sondern schmoren und das ist weniger gefährlich. Außerdem dürfen die Wege nicht versperrt werden. Wir haben ein Brandschutzseminar gemacht, alle Mitarbeiter wurden geschult und wir kriegen dafür ein Zertifikat. Es kommt auch regelmäßig jemand vom LAF um zu überprüfen, ob alles in Ordnung ist“ (Interview Heimleitung, 2018).

Die Regeln unterscheiden sich je nach Art der Unterkunft und Betreiber. Ihre Arbeit geht meist über das vertraglich vereinbarte Management der Unterkunft hinaus und beinhaltet viel zwischenmenschliches Aushandeln und Fürsorge für die Bewohner*innen. Dieser tägliche Kontakt auf menschlicher Ebene gibt ihnen einen anderen Blickwinkel auf die Bewertung, wie notwendig bestimmte Sicherheitsmaßnahmen sind. Einige Maßnahmen wurden so seitens der Betreiberteams als „übertrieben“ eingestuft. Die Betreiber stellen eine wertvolle Quelle an Erfahrungswissen dar. Ihre Meinung sollte für die weitere Planung berücksichtigt werden, um ein Umfeld zu schaffen, das näher an der Alltagsrealität der Bewohner*innen orientiert ist.

Es gibt viele Faktoren, die die Aneignung des Wohnraumes durch die Bewohner*innen beeinflussen. Die geführten Interviews lassen darauf schließen, dass die bereits verbrachte Zeit in der Unterkunft die Zukunftsperspektiven der Familienstand und Motivation die wichtigsten Faktoren sind. Die Bewohner*innen versuchen, durch die Aneignungen persönliche Orientierung und eine Rückversicherung der eigenen Identität zu finden. Schwierigkeiten entstehen vor allem durch die strikte Hausordnung oder die Tatsache, dass ein Zimmer mit einer unbekannt Person geteilt werden muss. Das Gefühl von Privatsphäre und persönlichem Eigentum wird dadurch stark eingeschränkt.

Alle Bewohner*innen bringen eine bisherige Vorstellung über die Nutzung von Raum mit, die wir eingangs als Raumwissen definiert haben. Diese wird von manchen aktiver, von anderen weniger aktiv in Handlungen umgesetzt. Dabei ergeben sich flexible Mehrfachnutzungen, von denen der Teppich in unserer Forschung die wichtigste Rolle spielt. Die veränderten Umstände, wie beispielsweise der längliche Grundriss der Zimmer durch die Containerarchitektur, bringen aber auch manche Bewohner*innen dazu, Strategien zu entwickeln, die altes und neues, am Asylort gewonnenes Raumwissen verbinden und so erweitern. Dabei sind zwei Arten von Aushandlungsprozessen festzustellen. Einerseits der zwischen Bewohner*innen und Betreibern, andererseits die Verhandlung zwischen Bewohner*innen innerhalb des Zimmers oder der Wohneinheit.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Berlin zwingt Geflüchtete, bis zu drei Jahre, teilweise sogar deutlich länger in den temporär ausgelegten Gemeinschaftsunterkünften (GUs) zu leben. Die Wohneinheiten sind für diese langen Zeiträume nicht geeignet. Die Einschränkung der Freiheit der Bewohner*innen wie Besucherregularien und Zugangsregistrierung erschwert Bewohner*innen der GUs zudem die Umsetzung eines gleichberechtigten, würdevollen und selbstgestalteten Lebensalltages.

Die Durchführung dieses Forschungsprojekts, insbesondere die Erhebung von Beobachtungen für dieses Kapitel zum Thema Raumanweisungen, war schwierig. Die Gespräche mit den Bewohner*innen forderten sowohl Selbstvertrauen als auch hohes Einfühlungsvermögen. Wohneinheiten zu betreten, sowie Zeichnungen und Fotos zu machen, kann abschreckend wirken auf Personen, die ein großes Bedürfnis nach Sicherheit haben. Einige Bewohner*innen waren verlegen und entschuldigten sich dafür, dass sie nicht viel Platz hatten.

Auf der anderen Seite gab es Bewohner*innen, die sogar stolz darauf waren, uns als Gästen die Wohnung zeigen zu können. Sie hatten teilweise viel Zeit und Kreativität aufgewandt, um die Wohneinheiten trotz Vorschriften ein Stück weniger wie Container aussehen zu lassen und damit einen ersten Teilerfolg im neuen Land errungen.



Abb. 4.36 Die Eingangsbereiche dieser Tempohomes sind verhängen um zusätzliche Privatsphäre zu schaffen. So können beispielsweise muslimische Frauen im Zimmer ihr Kopftuch abnehmen, ohne dabei von außen gesehen zu werden.



Abb. 4.37 Viele Bewohnerinnen lassen aus oben genannten Gründen die Rollläden herunter. Auch männliche Geflüchtete bevorzugen zum Teil halbgeschlossene Rollläden, da ebenerdige Fenster von den davorliegenden Wegen sehr einsehbar sind.



Abb. 4.38 Die generische Einrichtung der Küche wurde von den Bewohnern mit tropischen Klebefolien personalisiert.



Abb. 4.39 Der Garten eines Bewohners in der Wollenberger Straße wurde umverlegt als dieser innerhalb der Unterkunft umzog (hier vorher, Abb. 4.40 zeigt nachher).



Abb. 4.40



Abb. 4.41 Ein normalerweise grauer, standardmäßiger Metallspind wurde beklebt, um eine wohnlichere Atmosphäre zu schaffen.



Abb. 4.42 Dekoration wird an Rohren und anderen Vorsprüngen aufgehängt, da nicht in die Wand gebohrt werden kann.



Abb. 4.43 Eine Garderobe wurde auf dem Boden abgestellt da sie nicht an der Wand angebracht werden kann.



Abb. 4.44 Die Bewohner*innen dieses Zimmers haben Lichterketten als Dekoration an den grauen Wänden angebracht.



Abb. 4.45 In diesem Zimmer wurde bunte Fensterdekoration aufgehängt um dem grauen Berliner Winter zu trotzen.

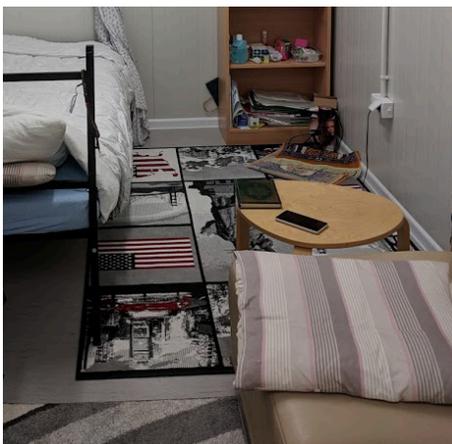


Abb. 4.46 Der Teppich einer Bewohnerin zeigt amerikanische Motive und Flaggen. Ihre Kinder leben zum Teil in den USA.



Abb. 4.47 Leben auf engem Raum: Der/Die Bewohner*in versucht das Zimmer zu personalisieren und Identität auszudrücken. Ein Deutschlandschal sowie Fotos und Kuscheltiere sind wichtige Bestandteile des Selbstverständnisses.



Abb. 4.48 Diese Bewohner*innen haben die Flagge ihres Herkunftslandes an der Tür zum Zimmer angebracht.



Abb. 4.49 Vorhänge, die über Heizkörpern hängen, müssen gekürzt werden um das Brandrisiko zu verringern.



Abb. 4.50 Fahrräder sollen aus Brandschutzgründen nicht vor der Wohneinheit abgestellt werden sondern in den zentralen Fahrradständern. Diese sind allerdings voll ausgelastet.



Abb. 4.51 Eingangsbereich einer Wohneinheit, der verhängt ist um zusätzlichen Privatraum vor der Wohneinheit zu schaffen, in der Platzmangel herrscht. Dies könnte unter Umständen als Behinderung des Fluchtweges gewertet werden.

Governance

„Als Sozialarbeiter möchten wir ja ein Vertrauensverhältnis zu den Bewohnern aufbauen. Dazu passt es nicht, dass wir ihre Zimmer kontrollieren müssen.“

In Deutschland ist jedes Bundesland verantwortlich für die Organisation der Unterbringung von geflüchteten Menschen (BAMF.de). In Berlin übernimmt dies seit dem 1. August 2016 das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Um die vielen geflüchteten Menschen aufzunehmen und zu unterstützen, arbeitet das LAF mit vielen sozialen, gemeinnützigen oder privaten Trägern zusammen, die jeweils die Unterkunft leiten und verwalten. Eine koordinierte und sichere Unterbringung von geflüchteten Menschen wird landes-, bundes- und europaweit durch einen einheitlichen Körper aus Gesetzen und Regeln festgelegt.

Im folgenden Kapitel wird auf die im Land Berlin geltenden Strukturen und Regeln der Unterbringung, sowie auf die sich daraus ergebenden Konstellationen und Relationen zwischen den Akteuren eingegangen. Mit der Frage, welche Konsequenzen diese Regeln und Gesetze auf die Unterbringung geflüchteter Menschen haben und welche Handlungsspielräume den Betreibern dabei bleiben, wurden die Organisationsstrukturen der sechs Fallstudien untersucht und in Zusammenhang mit dem Alltagsleben der Bewohnerinnen und Bewohner gebracht.

These
Die Organisationsstruktur für die Unterbringung der Geflüchteten ist hierarchisch organisiert.

An der Unterbringung von Geflüchteten sind viele verschiedene Instanzen beteiligt. Das Vergabeverfahren für die Leitung und den Betrieb der Unterkunft, das Sicherheitskonzept und die Gebäudeinstandhaltung laufen in letzter Instanz über das LAF, da es als zuständige Behörde Berlins für den Betrieb, die Belegung und Schließung der Unterkünfte verantwortlich ist. Das LAF beauftragt Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Träger und private Firmen, um die verschiedenen Unterkünfte gemäß den vertraglich definierten Qualitätsstandards des Landes Berlin zu leiten (siehe Abb. 5.01). Neben baulichen Vorkehrungen wird auch der Einsatz qualifizierten Personals für den Umgang mit der Bewohnerschaft vertraglich bestimmt. In regelmäßigen Abständen, sowie bei Beschwerdemeldung, werden vom LAF Besuche in den Unterkünften durchgeführt (berlin.de, Qualitätsstandards).

Die Betreiberverträge sind temporär befristet. Läuft ein Vertrag ab, kann sich der Betreiber im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens neu bewerben. Die Konkurrenz ist entsprechend hoch und die Betreiber sind angehalten, in ihrer Bewerbung soziale und wirtschaftliche Fähigkeiten zu demonstrieren.

Die Umsetzung dieser Fähigkeiten erweist sich im Betrieb jedoch oft als schwierig, wie das Beispiel einer geplanten baulichen Veränderung der GU Ostpreußendamm illustriert. Als Unterkunft für besonders vulnerable Geflüchtete wurden im Jahr 2015 barrierefreie, elektronische Türen, sowie Container für zusätzlichen Lagerraum beantragt. Bis zum Datum dieser Arbeit (Februar 2019) ist dieser Antrag aufgrund verschiedener Komplikationen nicht abgeschlossen. Ein weiteres Beispiel bürokratischer Schwierigkeiten bei der konstruktiven Weiterentwicklung der Gemeinschaftsunterkünfte zeigt der erfolglose Bau einer Eingangsüberdachung für die GU Refugium Buch. Laut Aussage des Betreibers sind die Gründe hierfür die mit zu viel Aufwand und Kosten verbundene Planung und Umsetzung des Vorhabens.

Die interne Organisation der Unterkünfte ist im Wesentlichen gleich. Jede Unterkunft hat eine*n oder mehrere Heimleiter*innen, die für die Organisation der Unterkunft und die Umsetzung der Qualitätsstandards verantwortlich sind. Angestellte Sozialarbeiter*innen und -betreuer*innen kümmern sich um die Bewohner*innen. Das Gebäudemanagement, die Freiwilligenkoordination sowie die Kinder- und Jugendbetreuung sind weitere Instanzen, die in den Unterkünften vorzufinden sind (fluechtlingsrat-berlin.de).

Des Weiteren wird jede Unterkunft von einem Sicherheitsdienst betreut, dessen Personal rund um die Uhr präsent ist und auch das Geschehen in der Unterkunft protokolliert. Die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes des LAF zählt zu dessen Hauptaufgabenbereich (berlin.de, Masterplan Integration und Sicherheit).

So scheint es, als seien viele Prozesse landesweit durch LAF-Anweisungen und Standards einheitlich geregelt. Bei unterschiedlichen Parametern, wie beispielsweise der Größe der Unterkunft, lassen sich bei näherer Betrachtung dennoch Unterschiede beobachten. Ein signifikantes Beispiel dafür sind die unterkunftsspezifischen Verteilungssysteme für die Post der Bewohner*innen, die ebenfalls in den Aufgabenbereich des Sicherheitspersonals fallen. In der GU Refugium Buch wird beispielsweise über ein Infoboard, auf dem jedes Zimmer markiert ist, mit Stecknadeln kommuniziert, wer Post erhalten hat. In der GU Columbiadamm ist ein ähnliches System zu finden. Hier allerdings stehen die Namen der Personen auf der Tafel und besonders dringende Post wird farblich markiert.

Verglichen mit den GUs Refugium Buch und Columbiadamm ist die Unterkunft GU Alte Jakobstraße verhältnismäßig klein. Hier ist der Umgang zwischen Personal und Bewohner*innen persönlicher und die

Post wird an der Eingangspforte vom Sicherheitspersonal gesammelt. Wird die Post nicht abgeholt, hinterlassen die Betreiber eine Notiz an der Wohnungstür der Bewohner*innen. Anders ist das Postsystem in der Unterkunft GU Quittenweg. Hier verfügt jede*r Geflüchtete*r über einen eigenen Briefkasten. Die Verantwortung für die Post liegt vollständig bei den Bewohner*innen selbst, wodurch eine Abhängigkeit von Dritten gänzlich ausgeschlossen wird (siehe Abb. 5.02-5.05).

These

Die Regelwerke und Gesetze zur Unterbringung von geflüchteten Menschen entsprechen nicht immer den sich mit der Zeit wandelnden Bedürfnissen der Bewohner*innen.

Klare Vorgaben beschreiben, welche Anforderungen eine Unterkunft zu leisten hat, welchen Schutz die Menschen bekommen und welche Unterstützung ihnen geboten wird. Doch mit dem angestrebten Schutz gehen auch Kontrolle und Einschränkungen für die Menschen einher. Der Betreiber ist dazu veranlasst, kontinuierlich zu prüfen, ob die Regeln innerhalb der Unterkunft eingehalten werden.

Im folgenden Abschnitt werden verschiedene Konfliktsituationen beschrieben, die während der Feldforschung beobachtet wurden. Eine der wichtigsten Regelungen zum Schutz der Menschen ist die Einhaltung der Hausordnung, welche Teil des vorbeugenden Brandschutzes ist, um eine Baugenehmigung zu bekommen. In den Unterkünften leben viele Menschen auf engstem Raum zusammen, daher ist es umso wichtiger, darauf zu achten, dass alle potenziellen Gefahrenherde eliminiert werden.

Aufgrund der hohen Wohndichte streben die Menschen besonders nach Privatsphäre. Hierzu erklärt ein Bewohner aus einer LaGeSo Unterkunft: „Wir haben hier den Vorhang hingehangen, damit unsere Mutter und die Schwestern nicht immer aufpassen müssen, ein Kopftuch zu tragen, wenn die Tür aufgeht und ein Fremder dann reinschauen könnte.“ Obwohl die Tempohomes in ihrer Struktur verglichen mit den LaGeSo-Dörfern mehr Privatsphäre bieten, wurden auch hier aufgrund der Ebenerdigkeit immer wieder Vorhänge angebracht, da ein direkter Blick von außen in den Wohnraum möglich ist. Allerdings haben Vorhänge eine große Brandlast, und das Fenster gilt als zweiter Fluchtweg, weswegen es unbedingt frei bleiben muss. Eine Konsequenz des Interessenkonflikts zwischen Brandschutzanforderungen und dem Wunsch nach Privatsphäre ist, dass die Rollläden heruntergelassen sind und die Menschen in dunklen Räumen sitzen.

Der eigene Wohnraum wird bei vielen Menschen nur ohne Schuhe betreten. Eine Eingangszone, in welcher Schuhe und Jacken untergebracht werden, ist in den LaGeSo-Dörfern aufgrund der begrenzten Fläche kaum vorzufinden. In den Tempohomes hingegen nutzen Familien, die eine eigene Wohneinheit haben, den überdachten Vorbau sowie die Küche zum Abstellen von Schuhen. Anders verhält es sich, wenn sich zwei Alleinreisende eine Einheit teilen. Viele Schuhe wurden in den Fluren der LaGeSo-Unterkünfte vorgefunden, allerdings entsteht auch hier ein Konflikt, da der Flur als erster Rettungsweg frei von Brandlasten oder Hindernissen bleiben muss. Gleiches wird von den Betreibern einiger, aber nicht aller Unterkünfte für von den Bewohner*innen erstandene Sofas und Sessel in Wohnräumen vorgeschrieben. Die Regeln werden teilweise versucht im Rahmen des Angemessenen zu umgehen. So berichtete ein Bewohner eines Tempohomes: „Wenn sie zum Beispiel die Teppiche verbieten, räume ich sie für ein bis zwei Wochen weg. Wenn sie es vergessen haben räume ich sie wieder raus.“

Entsprechend geltender Brandschutzstandards des Landes Berlin für Wohnflächen sind auch in den Räumen der Gemeinschaftsunterkünfte Brandmelder installiert. „Viele Brandmelder werden einfach zugeklebt oder ganz abmontiert und die Leute rauchen dann in ihren Zimmern. Bei den Kontrollen reparieren wir sie dann wieder, aber das hält niemanden davon ab, es wieder zu machen.“ erzählt eine Sozialarbeiterin. Dennoch löst der Alarm in einigen Unterkünften häufig fehlerhaft aus und viele Bewohner*innen beklagen als direkte Konsequenz Schlafprobleme.

Eine standardisierte Einrichtung der Zimmer ist in jeder Unterkunft Berlins vorzufinden. Dazu gehören pro Wohneinheit, welche für zwei Menschen vorgesehen ist, zwei Betten mit Decke und Kopfkissen, Bettwäsche und Handtücher, zwei Leselampen, zwei Schränke mit einem abschließbaren Fach, ein Regal sowie ein Tisch mit vier Stühlen. Außerdem gibt es einen Kühlschrank mit Tiefkühlfach sowie Geschirr und Kochutensilien (fluechtlingsrat-berlin.de 2016).

In dem ca. 15 qm großen Zimmer bleibt wenig Möglichkeit zur eigenen Anordnung der Möbel oder zusätzlicher Einrichtungsgegenstände. Für eine anderweitige Unterbringung der Möbel gibt es in einigen Unterkünften ein Lager, in anderen dagegen keine derartige Möglichkeit. Wie zuvor bereits beschrieben, sind Bestrebungen des Betreibers, Lagerflächen zu schaffen, mühselig und langwierig. „Die Betten müssen hier in den Zimmern bleiben, eine neue Matratze würde ich mir vielleicht noch kaufen, aber wo soll dann die alte hin? Hier ist so ja kaum Platz mehr. Immerhin ist durch das Holzbett das Liegen ein bisschen angenehmer, in der alten Unterkunft habe ich immer starke Rückenschmerzen gehabt.“

berichtet ein Bewohner einer LaGeSo-Unterkunft. Die regelmäßige Kontrolle der Zimmer ist eine Vorgabe der Qualitätsstandards. Der Betreiber ist vertraglich verpflichtet, die Zimmergestaltung auf die Einhaltung aller Vorschriften und den hygienischen Zustand zu prüfen. Dies bringt Betreiber sowie die Bewohnerschaft zum Teil in unangenehme Situationen. Einerseits ist es das Ziel der Betreiber, die Geflüchteten zu unterstützen und eine Vertrauensbasis zu schaffen, andererseits sind die Betreiber durch die Kontrolle zugleich eine machtausübende Instanz. Um die Kontrollmaßnahmen so fair wie möglich zu gestalten, haben die Betreiber unterschiedliche Umgangsweisen entwickelt. Bei allen Betreibern werden die Zimmerkontrollen mit ausreichender Vorlaufzeit angekündigt. Einige Betreiber suchen einen Weg, die direkte Zimmerkontrolle zu umgehen, indem der Hausmeister die Besichtigungen begleitet und überprüft, ob die technischen Geräte funktionieren. So erzählte eine Sozialarbeiterin: „Als Sozialarbeiter möchten wir ja ein Vertrauensverhältnis zu den Bewohnern aufbauen. Dazu passt es nicht, dass wir ihre Zimmer kontrollieren müssen. Deswegen lassen wir uns jeweils vom Hausmeister begleiten und halten uns selber bei den Kontrollen eher zurück.“ Eine direkte Einsicht in die Wohnbereiche wird nur durchgeführt, wenn es einen konkreten Anlass gibt und Anzeichen hygienischer Mängel vorliegen. Auch die Bewohner*innen suchen Wege, um einer direkten Kontrolle ihrer Privaträume zu entgehen. Vor den anstehenden Zimmerkontrollen wird eine gründliche Reinigung und ein Aufräumen des Raumes vorgenommen, wobei Möbelstücke und Gegenstände eventuell umgestellt oder versteckt werden.

Auch wenn die Zimmerkontrollen von einigen Bewohner*innen als unangenehm empfunden werden, dürfen ihre Gründe nicht außer Acht gelassen werden. So dient die Aufklärung über und die regelmäßige Erinnerung an das Lüften dem Schutz vor Schimmelbildung in den Containern und sind somit im Sinne des gesundheitlichen Schutzes der Bewohner*innen.

So wurde im Rahmen der Forschung deutlich, dass um den Schutz der geflüchteten Menschen in Berlin zu gewährleisten, einige Kontrollmaßnahmen stattfinden müssen. Daher ist um jedes Gelände der Unterkünfte ein Zaun gezogen. Dieser hat jeweils eine unterschiedliche Höhe und Materialität und soll die geflüchteten Menschen vor eventuellen Nachbarschaftsprotesten oder tätlichen Übergriffen schützen. Die Form und Auslegung des Zaunes wird jeweils in Anlehnung an die Empfehlungen des Landeskriminalamtes (LKA) entschieden (Berlin, de). Der Zaun erweckt unterschiedliche Gefühle bei den Geflüchteten: „Eingesperrt“, „neutral“, „man kann ja darüber springen“, „der Zaun ist gut zum Schutz für die Kinder“ und „Abwehr von feindlichen Leuten“,

„Ich habe einmal beobachtet, wie sich ein Bewohner mit einem Nachbarn gestritten hat. Wäre der Zaun nicht da gewesen, hätten die beiden sich bestimmt geprügelt.“

Zugang zum Gelände gibt es über einen Container des Sicherheitspersonals, welcher gleichzeitig als Pforte funktioniert. In fast allen Unterkünften gibt es eine Ausweiskarte, welche jede*r Bewohner*in bekommt, mit der sich die Menschen ein- und auschecken müssen. So hat die Sicherheitsfirma Übersicht über die Anwesenheit der Bewohnerschaft. Einige Bewohner*innen fühlen sich durch das Vorzeigen der Hausausweise an einem Alltagsleben gehindert, so erzählte eine Bewohnerin: „Es stört mich sehr, dass ich immer eingescannt werde, selbst wenn ich nur mal schnell Zigaretten holen möchte.“ Weiterhin hörten wir aus einigen Unterkünften, dass die Ausweiskontrolle umgangen wird: „Hier springen einige über den Zaun, wenn der Ausweis zu Hause vergessen wurde und man schon losgegangen ist. Dann ist es nervig, wieder zurück zu gehen und dann klettert man halt schnell. Beim Zurückkommen dann natürlich auch wieder“ (Interview mit Bewohner*in, 2018).

Über das elektronische Ausweissystem lassen sich die Ausweise auch sperren. In der Unterkunft am Columbiadamms beispielsweise werden die Bewohner*innen dann anhand des Drehkreuzes gehindert, das Gelände zu betreten oder zu verlassen. Das Sicherheitspersonal lässt die Bewohner*innen in der Regel dennoch passieren. Nichtsdestotrotz wird der Eindruck vermittelt, dass die Bewohner*innen umgehend zum Betreiber gehen müssen, um den Grund für die gesperrte Karte zu besprechen. Die Karte wird als direkte Kontrolle und indirektes Kommunikationsmittel genutzt. Wie sehr ein solches System die Menschen frustriert, zeigt die Reaktion von den Bewohner*innen einer Unterkunft, in welcher erst vor kurzem das Kartensystem etabliert wurde. Hier kam es zu Protesten und die Bewohner*innen berichteten, dass sich die Unterkunft nun mehr „wie ein Gefängnis“ anfühle (Interview mit Bewohner*innen, 2018).

Eine weitere Regel, die zu besonders großer Frustration seitens der Geflüchteten führt, ist die Besucherregel. Es ist den Geflüchteten untersagt, Besuch über Nacht bei sich aufzunehmen. Diese Gegebenheit ist eine erhebliche Einschränkung der Bewohner*innen, da es nicht möglich ist, Familienmitglieder, Freunde oder Verwandte zu einem mehrtägigen Besuch mit Übernachtung einzuladen. Einigen Menschen ist es daher nicht möglich, sich gegenseitig zu besuchen, da aufkommende Übernachtungskosten nicht getragen werden können. So erzählt eine Frau aus Afghanistan, welche schon seit drei Jahren in der Unterkunft

wohnt: „Es macht mich traurig, ich fühle mich richtig schlecht bei dem Gedanken, meine Gäste nicht beherbergen zu können. In unserem Heimatland ist das eine Selbstverständlichkeit.“ (Interview mit Bewohnerin, 2018). Ohne eine längerfristige Aufenthaltsgenehmigung und mit einer sechsköpfigen Familie ist es fast unmöglich, eine eigene Wohnung zu mieten und ausziehen. Die Menschen sind daher sehr daran gehindert, ihre bestehenden sozialen Kontakte aufrecht zu erhalten. Nicht selten sind Familienmitglieder in ganz Deutschland verteilt. Ein älteres Ehepaar aus dem Irak berichtet: „Unsere Tochter wohnt auch in Deutschland. Sie kann uns nicht besuchen, weil sie nicht hier schlafen darf. Das ist nicht gut. Sie ist unsere Tochter und darf nicht bei uns schlafen!“ (Interview mit Bewohner*innen, 2018). Die Bewohner*innen suchen sich dennoch ihren Weg, den Besuch heimlich zu empfangen. In verschiedenen Unterkünften wurde berichtet: „Manchmal klettern Menschen über den Zaun und schlafen hier. Es ist dumm, dass es verboten ist. Wenn es erlaubt wäre, dann könnte man die Gäste anmelden. Dann wüsste das Sicherheitspersonal wenigstens, wer hier ist. Die Leute machen es ja sowieso.“ (Interview mit Bewohner*innen, 2018). Die Menschen fühlen sich durch die Besucherregel in ihrer Freiheit eingeschränkt. Von vielen verschiedenen Bewohner*innen wurde geklagt, dass es sich für sie anfühle wie in einem Gefängnis zu sein. Auch die Betreiber äußerten ein Missfallen an der Regelung und finden diese menschenunwürdig, allerdings bleibt ihnen in diesem Fall keine Wahl, die Regel zu lockern.

These

Um eine zufriedenstellende Unterbringungssituation zu gestalten, benötigt es eine aktive soziale Interaktion der Akteure und kreative Handlungsspielräume in der Auslegung der Regelwerke.

In den untersuchten Gemeinschaftsunterkünften wurden verschiedene Beispiele für soziale Interaktionen zwischen den Bewohner*innen und mit dem Personal identifiziert. Im Folgenden wird erläutert, wieso sich diese sozialen Interaktionen, falls sie als positiv empfunden werden, auch positiv auf die partizipative Teilnahme in der Unterkunft und auf die räumliche Aneignung der Privaträume auswirken.

Aufgrund der starken Reglementierung durch die Hausordnung, welche brandschutzrechtlich notwendig ist, wird allen Akteuren ein flexibles Reagieren auf die jeweiligen Bedürfnisse der Bewohner*innen, aber auch des dort tätigen Betrieberteams und Sicherheitspersonals erschwert. Der Betreiber, welcher für die operative Ausführung und Organisation der Unterkunft zuständig ist, übernimmt viele verschiedene Aufgabenbereiche. Auf räumlicher Ebene gehören dazu die Verwal-

tung und Gestaltung der Gemeinschaftsräume sowie das Gebäudemanagement inklusive der Zimmerbelegung. Zusätzlich werden Angebote und Aktivitäten wie zum Beispiel die Empowerment-Kurse, PC-Kurse, Kinderbetreuung oder die Gestaltung eines gemeinschaftlichen Cafés bereitgestellt.

Der Betreiber kommuniziert direkt mit der Bewohnerschaft in Form von Beratungsterminen, Begegnungen auf dem Gelände oder durch aktive Kontaktsuche mit den Bewohner*innen. Die indirekte Art der Kommunikation wird in den untersuchten Gemeinschaftsunterkünften mit Zetteln in den Eingangsbereichen, handschriftlichen Notizen auf Zetteln an den Zimmertüren oder durch die Postverteilung umgesetzt. Verbotshinweise werden mit Piktogrammen oder Hinweisschildern dargestellt (siehe Abb. 5.06–5.07).

Der Sicherheitsdienst ist hauptsächlich für die Sicherheit und den Schutz der Bewohner*innen zuständig. Laut der EU-Aufnahmerichtlinie 2013/33 (Europäisches Parlament 2013), welche Normen für die Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten festlegt, sind vor allem das friedliche Zusammenleben und der „Schutz des Familienlebens“ zu gewährleisten. Dabei sind insbesondere „geschlechts- und altersspezifische Aspekte“ zu berücksichtigen. Zusätzlich übernimmt der Sicherheitsdienst in den Unterkünften noch weitere Aufgaben, wie die Kontrolle des Eingangsbereichs und die Überwachung der Brandmeldeanlage. Die Bewohner*innen der untersuchten Gemeinschaftsunterkünfte haben verschiedene Schicksale durchlebt und sind auf verschiedenen Wegen nach Berlin gekommen. Sie haben nach ihrer Ankunft in Deutschland zuerst in einer Erstaufnahmeunterkunft gelebt und wurden dort registriert. Von dort wurden sie an die verschiedenen Standorte der Gemeinschaftsunterkünfte weitergeleitet, an denen sie teilweise seit deren Eröffnung leben. Die Bewohnerschaft ist durchmischt, denn die Unterbringung wird nicht nach Herkunftsland, Nationalität, Alter, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus der einzelnen Bewohner*innen getrennt.

Wie sich ein positives Verhältnis zwischen Betreiber-Team und den Bewohner*innen auf die Teilnahme an verschiedenen Angeboten in der Unterkunft auswirken kann, wird im Folgenden gezeigt. Die Sozialarbeiter*innen sind generell wichtige Akteure in der Unterkunft. In vielen Situationen sind sie für die Bewohner*innen wichtige Anlauf- und Beratungsstelle und leisten Unterstützung im Alltag. Durch sie erhält gleichzeitig auch der Betreiber ein allgemeines Stimmungsbild und kann im Rahmen seiner Möglichkeiten direkt auf die Bedürfnisse der Bewohner*innen eingehen. Je besser und offener dieses Verhältnis zueinander ist, desto

mehr nehmen die Bewohner*innen das Beratungsangebot in Anspruch. Um sprachliche Barrieren zu umgehen, werden entweder Sozialarbeiter*innen mit gleicher Muttersprache engagiert oder externe Übersetzer bereitgestellt. Die Begleitung zu Behördenterminen und Übersetzungen von Briefen bzw. die Unterstützung für bürokratische Aktivitäten stellt bei vielen Bewohner*innen eine große Notwendigkeit dar. Diese Tätigkeitsfelder werden nicht von den Sozialarbeiter*innen übernommen. Hierfür wird die Unterstützung von ehrenamtlichen Integrationslotsen in Anspruch genommen.

Bewohner*innen berichten, dass sie diese Art von Unterstützung sehr schätzen, aber aufgrund der Komplexität der Inhalte und der sprachlichen Defizite auch sehr auf die Hilfe der Integrationslotsen angewiesen sind. Die Geflüchteten richten sich terminlich oft nach den ehrenamtlichen Personen. „Ich bin sehr glücklich über die Hilfe [bei der Behörde], aber zeitlich ist immer schwierig.“ erklärt eine Bewohnerin der GU Refugium Buch (Interview mit Bewohnerin, 2018). Diese Art von Unterstützung ist für die Geflüchteten von großer Bedeutung, umso wichtiger ist es, dass sie zu den Sozialarbeiter*innen und Freiwilligen ein gutes Verhältnis pflegen.

Das Betreiberteam initiiert in manchen Unterkünften, wie z. B. in der GU Refugium Buch, einen Bewohnerbeirat, der die Bewohner*innen zu einer Mitgestaltung an der Unterkunftsorganisation motivieren soll. Dieser Beirat sollte den Bewohner*innen die Möglichkeit geben, über Spendengelder mit zu entscheiden, die Belange der Bewohnerschaft an den Betreiber zu vermitteln und die allgemeinen Bedürfnisse der Bewohner*innen zu vertreten. Die Initiative wird allgemein positiv bewertet. Bewohner*innen, denen das Gefühl von Verantwortung und Mitbestimmung vermittelt wird, fühlen sich gestärkt darin, Dinge aktiv zu verbessern.

Durch die tägliche Interaktion der Bewohner*innen mit dem Sicherheitspersonal, zum Beispiel beim Verlassen oder Betreten der Unterkunft, treten die beiden Instanzen in direkten Kontakt. Auch bei den regelmäßigen Kontrollgängen des Sicherheitspersonals über das Gelände entstehen aktive Interaktionen. Agieren die Sicherheitsangestellten beispielsweise unterstützend und übernehmen zusätzliche Aufgaben für die Bewohner*innen, wird ein allgemein gutes Verhältnis vorgefunden. „Die Security ist hilfsbereit, freundlich und sehr präsent“, berichteten Bewohner*innen in einem Tempohome Standort. Das Sicherheitspersonal der GU Quittenweg hilft beispielsweise gelegentlich den Kindern bei den Hausaufgaben und passt auf, dass die Kinder beim Spielen draußen nicht das Gelände verlassen. In einem anderen Standort übernimmt das

Sicherheitspersonal zusätzliche Aufgaben wie kleine Reparaturaufgaben, Hilfe bei der Instandsetzung von Fahrrädern etc. „Es kommt selten zu Konflikten“, sagen Bewohner*innen in dieser Unterkunft.

Welchen Stellenwert eine hilfsbereite Haltung des Personals auf das Wohlbefinden und Engagement der Bewohnerschaft der Unterkunft auswirkt, lässt sich anhand des Fallbeispiels Wollenberger Straße nachvollziehen. Hier hat sich der ehemalige Betreiber der Unterkunft stets um ein harmonisches Miteinander zwischen Bewohner*innen, Sicherheitspersonal und dem Betrieberteam bemüht. Die dort lebenden Menschen waren dadurch motiviert, sich aktiv in die Gestaltung der Unterkunft einzubringen und Ideen für die Gemeinschaftsbereiche vorzuschlagen. Einige Bewohner*innen hatten sich in dieser Phase aus Holz Gartenmöbel gebaut. Dann kam es zu einem Betreiberwechsel, nach dem der neue Betreiber diese Möbel umgehend vom Gelände entfernen und entsorgen lassen hat. Der Betreiberwechsel hat die Bewohner*innen frustriert und sie dazu bewegt, sich weniger in der Unterkunft zu engagieren. Es wird kritisiert, dass die Bewohner*innen im Bewohnerbeirat keine Mitsprache an Entscheidungen haben. „Ich nehme nicht am Wohnerrat teil, weil bei dem neuen Betreiber die Regeln vorher sowieso schon feststehen“ (Interview mit Bewohner in WB, 2018) Zudem beklagte ein Bewohner: „Die Mitarbeiter des alten Betrieberteams waren wie Freunde, nach dem Betreiberwechsel haben sie sich nicht mehr gemeldet. Jetzt bin ich sehr vorsichtig, Freundschaften zu schließen“.

Zwischen der Sicherheitsfirma und der Bewohnerschaft herrscht grundsätzlich ein hierarchisches Ungleichgewicht, das sich beispielsweise in Kontrollsituationen manifestiert. Dieses Ungleichgewicht wird zwar nicht direkt missbraucht, jedoch wurden in manchen Unterkünften problematische Interaktionen zwischen den Bewohner*innen und dem Sicherheitspersonal beobachtet. „Wir müssen Präsenz zeigen, damit die wissen, dass sie sich benehmen müssen“, berichtet ein Mitarbeiter des Sicherheitspersonals eines Tempohome-Standortes. Darüber hinaus wird von den interviewten Bewohner*innen einiger Gemeinschaftsunterkünfte von Ressentiments der Security gegen bestimmte Gruppen von Bewohner*innen berichtet. Dieses Stimmungsbild bestätigt sich durch die Kommentare der Bewohner*innen in der GU Wollenberger Straße nach dem Betreiberwechsel: „Die Security mag keine Ausländer“.

Einige Bewohner*innen haben dagegen ein sehr gutes Verhältnis zu Mitarbeiter*innen des Sicherheitsdienstes. Hierbei kann es auch kritisch gesehen werden, wenn sich zwischen Mitarbeiter*innen des Sicherheitspersonals und Bewohnerschaft freundschaftliche Verhältnisse entwickeln, da hieraus innerhalb der Bewohnerschaft schnell der

Eindruck entsteht, ungleich behandelt zu werden. „Angestellte der alten Sicherheitsfirma befreundeten sich mit einigen Bewohnern. Sie haben heimlich zusammen Haschisch geraucht und sich anderen Bewohnern gegenüber parteiisch verhalten. Das ging gar nicht und der Sicherheitsfirma wurde sofort gekündigt. Jetzt muss sich die neue Firma erst etwas eingewöhnen“, berichtet eine Sozialarbeiterin aus einer LaGeSo-Unterkunft.

Obwohl viele Betreiber*innen bemüht sind, ihren eigenen Handlungsspielraum auszunutzen, um den Bewohner*innen Möglichkeiten zu bieten, den räumlichen Zustand in den Privat- und Gemeinschaftsräumen zu verbessern, wird dies von Bewohner*innen nicht immer angenommen. Beispielsweise wurde in der GU Ostpreußendamm ein Gartenprojekt initiiert, das von den Bewohner*innen unbeachtet blieb und während des Winters nicht weitergeführt wurde.

Aufgrund der temporären Aufenthaltsperspektive in der Unterkunft sind viele Bewohner*innen nicht motiviert, die Privaträume zu „verschönern“. So berichtet ein Bewohner der GU Refugium Buch: „Wieso soll ich mir mein Zimmer schön machen, ich will endlich eine eigene Wohnung, die mache ich dann so, wie sie mir gefällt“ (Interview mit Bewohner, 2018).

Obwohl es zwischen dem vorherrschenden Ordnungssystem und den Versuchen von räumlichen Aneignungen durch die Bewohnerschaft zu Konflikten kommt, existieren Handlungsspielräume. Diese werden von einigen Betreiber*innen durch die kreative Auslegung rechtlicher Möglichkeiten und Grenzen aktiviert. Hierzu werden gesetzliche Rahmenbedingungen im Bereich des Legitimen weniger strikt ausgelegt oder es werden nach Möglichkeit Räumlichkeiten in der Unterkunft hinzugefügt. Beide Strategien zielen auf eine unmittelbare Verbesserung der Lebensqualität ab und tragen zu einer langfristigen Aufwertung der Standorte bei.

Ein Beispiel hierfür ist die Reaktion des Betreibers in der GU Columbiadamm auf Aneignungspraktiken von Bewohner*innen, die ihre überdachten Eingangsbereiche durch das Abhängen großer Tücher zu einem wind- und blickundurchlässigen Bereich umgestalten. Leider kollidiert diese Praktik mit den vorgeschriebenen Standards des Brandschutzes und ist somit nicht zulässig. Der Betreiber stellte das vermehrte Verhängen des Eingangsbereiches fest und duldet dies an zwei der drei Seiten. Durch diesen Kompromiss wird im Brandfall der uneingeschränkte Fluchtweg gewährleistet und die Bewohner*innen können sich einen semiprivaten Eingangsbereich gestalten. Ein weiteres Beispiel für die Erweiterung des Handlungsspielraumes seitens des Betreibers ist die Akzeptanz der Vorhänge an den Fenstern. Diese

sind vor allem an Tempohome-Standorten ein zentrales Einrichtungsmerkmal von Bewohner*innen in den Privatzimmern. Es ist vor allem für muslimische Frauen von großer Bedeutung, den Hijab in den Privaträumen abnehmen zu können, ohne sich dabei beobachtet zu fühlen. Aufgrund der direkten Blickbezüge der Wohneinheiten zueinander und der Ebenerdigkeit der Wohncontainer in den Tempohomes erlaubte das Betreiber*enteam der Unterkunft am Columbiadam die Vorhänge. Die Änderung wurde mit dem LAF kommuniziert und stieß dort auf Zustimmung. In diesem Fall wurde ohne große Umwege auf die direkten Bedürfnisse der jeweiligen Bewohner*innen eingegangen.

Auf ein Problem organisatorischer Art reagierte das Management der GU Refugium Buch, indem es einen Computerraum für Frauen einrichtete. Der Bedarf entstand aus dem Sachverhalt, dass die Materialität der Container eine flächendeckende Bereitstellung drahtlosen Internetzugangs verhindert, die vorgesehenen Computerräume jedoch von männlichen Mitbewohnern dominiert werden. Ein angemessener Zugang zum Internet ist für alle Bewohner*innen unabdingbar und auf die geschilderte Problematik wurde zeitnah mit der Bereitstellung eines weiteren Computerraums ausschließlich für Frauen reagiert. Ein weiteres Beispiel zur Befähigung eines selbstbestimmten Lebens ist die nachträgliche Einrichtung von Friseur- und Nähzimmern (siehe Abb. 5.08–5.09). Die Gestaltung der Räume zugunsten der Bewohner*innen hat einen großen Mehrwert für deren Alltag, da sie diese nun nutzen können um selbstbestimmt an Projekten zu arbeiten. Um dem Verstoß gegen das Rauchverbot im Innenbereich vorzubeugen, wurden in zwei Unterkünften Pavillons installiert. Diese bieten den Bewohner*innen eine überdachte Alternative im Freien.

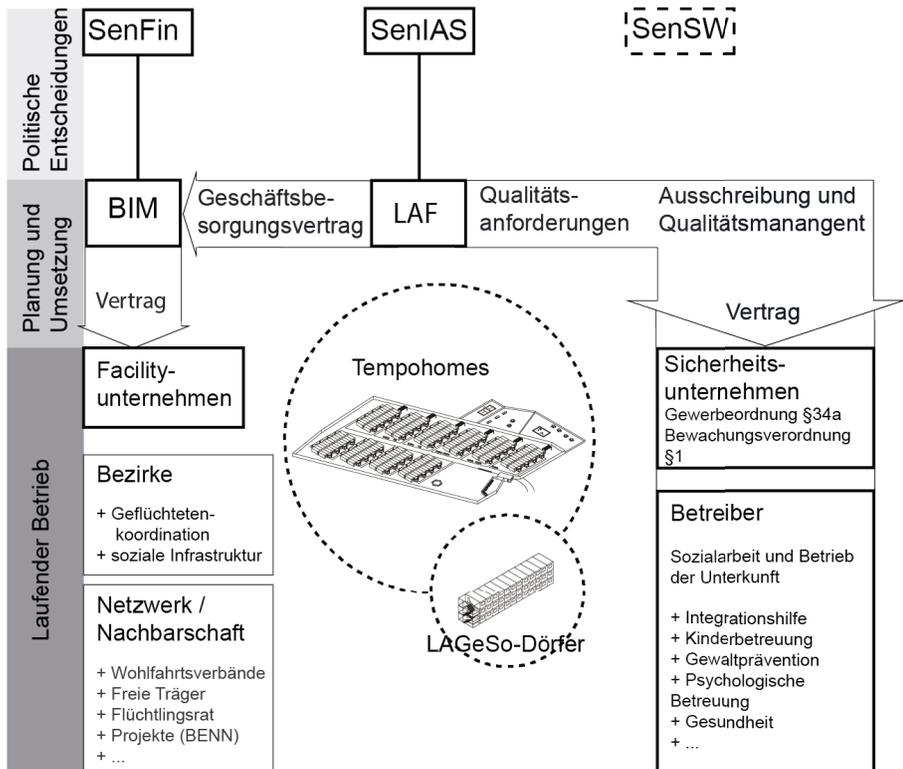
Abschließend sollte erwähnt werden, dass ein Betreiber*enteam bei Genehmigungen von Sofas und größeren Sesseln die vorgegebenen Reglementierungen umgeht, nachdem die entsprechenden Notwendigkeiten der Bewohner*innen erkannt und diesen nachgegeben wurde. Obwohl diese zusätzlichen Einrichtungsgegenstände in den Privatzimmern der Unterkünfte nicht vorgesehen sind, werden sie dennoch in den untersuchten Standorten vorgefunden (vgl. Kapitel 4). Viele der Sozialarbeiter*innen wissen von zusätzlichem Mobiliar in den verschiedenen Wohneinheiten und tolerieren dies. So berichtet der Sozialarbeiter eines Tempohomes: „Es ist uns wichtig, dass sich die Menschen hier auch etwas einrichten können. Besonders wohnlich sind die Container ja nicht.“ (Interview mit Betreiber, 2018). Wenn diese Aneignungen jedoch die Bewohner*innen gefährden, beispielsweise durch Barrieren vor den Fluchtwegen, greifen die Betreiber*innen ein.

Aus der Analyse der Machtstrukturen der verschiedenen Unterkünfte geht hervor, dass die unterschiedlichen Akteure, welche in den Betrieb einer Unterkunft involviert sind, in einem System gegenseitiger Kontrolle agieren. Es eröffnen sich trotzdem Handlungsspielräume zur Einbringung individueller Ideen, letzten Endes unterliegen die Akteure jedoch der Entscheidungshoheit des LAF. Aus dieser hierarchischen Ordnung ergibt sich ein starkes Abhängigkeitsverhältnis zwischen den einzelnen Akteuren und dem LAF. Die resultierenden Spannungen werden durch die Mitarbeiter*innen im alltäglichen Betrieb der Unterkunft an die Bewohnerschaft weitergegeben. Zusätzlich sind kurze Vertragslaufzeiten im Betrieb der Unterkünfte eine emotionale Belastung für viele Bewohnerinnen. Zwischenmenschliche Beziehungen im Ankunftsland sind wichtig für Geflüchtete. Aufgrund des gesteigerten öffentlichen Interesses an der Unterbringung der Geflüchteten in Berlin ist das LAF ebenfalls einer großen Erwartungshaltung der Gesellschaft und Politik ausgesetzt, was zusätzlichen Druck auf die Institution und ihre Angestellten ausübt.

In vielen Situationen kollidieren die in der Theorie geschaffenen Regeln mit den praktischen Gegebenheiten vor Ort und es entstehen Konflikte. Erst durch den Bezug der Unterkünfte durch die Geflüchteten lassen sich die individuellen Bedürfnisse erkennen. Auch wenn in den Unterkünften Kompromisse gefunden oder Regeln gänzlich umgangen werden, führen diverse Regularien zu erhöhter Frustration und Unwohlsein bei den Beteiligten. So leidet die Bewohnerschaft unter der Abhängigkeit vom Betreiber und muss sich konstant vor möglichen Konsequenzen durch Regelverstöße sorgen. Diese Situation schafft ein moralisches Dilemma für den Betreiber. Einerseits muss er die Regelwerke Vorbildlich anwenden, andererseits kollidiert das Einhalten dieser Regeln mit den individuellen Bedürfnissen der jeweiligen Bewohner*innen. Um den Bedürfnissen der Bewohner*innen entgegenzukommen und damit den Aufenthalt erträglicher zu gestalten, loten viele Betreiber und Sozialarbeiter*innen den Raum an Möglichkeiten konstant neu aus. Ein gutes Verhältnis mit dem LAF ist hierfür von Vorteil. Ein größtmögliches Auslegen eines kreativen Handlungsspielraumes zugunsten der Bewohnerschaft ist unumgänglich für eine zufriedenstellende Unterbringungssituation und eine Verbesserung des Status Quo. Die Strukturen sind sehr strikt, da ursprünglich mit kurzen Aufenthaltszeiten und hohem Wechsel der Bewohnerschaft geplant wurde, was impliziert, dass damit gerechnet wurde, dass die Bewohner*innen nur eine kurze Zeit durch diverse Regeln eingeschränkt werden würden. Da die Belegungszeiten nun aber doch teilweise mehrere Jahre umfassen, muss sich die Struktur diesem Umstand anpassen.

Tempohomes & LaGeSo-Dörfer

Organigramm der Zuständigkeiten für den Betrieb



SenFin - Senatsverwaltung für Finanzen

SenIAS - Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

SenSW - Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

BIM - Berliner Immobilienmanagement GmbH

LAF - Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

Senatsverwaltung 2020

Abb. 5.1 Verwaltung der Gemeinschaftsunterkünfte



Abb. 5.2 Postsystem in der GU Alte Jakobstraße: Die Post wird im Büro der Heimleitung abgeholt.



Abb. 5.3 Postsystem in der GU Alte Jakobstraße: Bewohner*innen werden per Post-It an der Wohnungstür über Post benachrichtigt.



Abb. 5.4 Postsystem in der GU Quittenweg: Jede/r Bewohner*in hat einen eigenen Briefkasten zu dem unabhängig von der Heimleitung Zugang besteht.

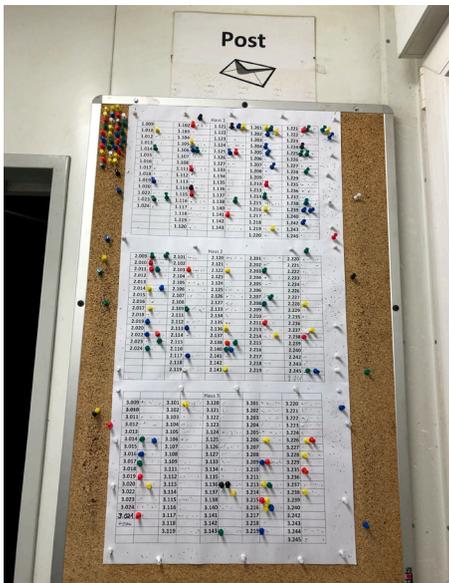


Abb. 5.5 Postsystem GU Refugium Buch: Die Bewohner*innen werden über eine Tafel mit Stecknadeln informiert ob sie Post haben



Abb. 5.6 Vereinfachte Kommunikation mit Piktogrammen



Abb. 5.7 Verbotsschilder in Form von Piktogrammen



Abb. 5.8 Die GU Ostpreußen-
damm hat ein Friseurzimmer



Abb. 5.9 In der GU Ostpreußen-
damm gibt es außerdem ein
Nähzimmer

Sozialräumliche Interaktion

„Bei schönem Wetter sind wir alle sofort auf dem Grillplatz auf dem Tempelhofer Feld nebenan. Was sollen wir hier drinnen, wenn wir draußen mit den Anderen alle zusammen grillen können?“

Als Antwort auf die hohe Anzahl ankommender Geflüchteter wurden in Berlin innerhalb kurzer Planungs- und Bauphasen Gemeinschaftsunterkünfte zur temporären Nutzung errichtet. Die Gestaltung bedient sich eines normativen Sonderstatus, verfolgt einen modularen sowie reversiblen Gedanken und liefert eine hohe Bewohnerdichte mit vergleichsweise niedrigen Wohnstandards. Bei den entstandenen Sammelunterbringungen lässt sich eine einheitliche Typologie erkennen, die spezielle Elemente aufweist, welche über das bloße Schaffen von Wohnraum hinausgehen. Zahlreiche sozialräumliche Angebote und Dienstleistungen des städtisch-öffentlichen Lebens sind in die Struktur inkludiert (z. B. Spielplatz, Kita, Security, Sozialarbeit). Der Betrieb unterliegt strengen Richtlinien und ist geprägt von hierarchischen Strukturen, was einen bedeutenden Einfluss auf das Agieren der Bewohnerschaft hat.

Die folgenden Thesen veranschaulichen zunächst die gegebenen Raumstrukturen, die aus der baulichen Typologie des Containerdorfs hervorgehen. Hier werden anhand von Beispielen daraus resultierende, vorgegebene Bewegungs- und Handlungsmuster der Akteur*innen (1) sowie Aushandlungspraktiken und Aneignungsprozesse der gemeinschaftlich genutzten Flächen beleuchtet (2). Mit welcher Intensität die räumliche Struktur soziale Interaktionen forciert, wird durch eine Gegenüberstellung der LaGeSo-Dörfer und Tempohomes erörtert (3).

These **Typologische Gegebenheiten, wie Zaun, Sicherheitschleuse und Anordnung der Container beeinflussen stark die soziale Interaktion innerhalb der Unterkunft.**

Die Typologien der LaGeSo-Dörfer und der Tempohomes weisen festgelegte und vorgegebene räumliche Strukturen auf, welche die Bewegungs- und Handlungsabläufe der Akteur*innen beeinflussen. Innerhalb der Unterkünfte gibt es gravierende typologische Unterschiede, allen voran die Unterscheidung von LaGeSo-Standorten, die 3-stöckig im Vergleich zu den ebenerdigen Tempohomes sind. Die Anordnung und Verortung spezieller Container und die damit einhergehenden Funktionen, wie z. B. die einzelnen Gemeinschaftsräume wirken sich entsprechend auf das Leben und die soziale Interaktion der Bewohnerschaft, aber auch auf die Verwaltungsebene aus.

Alle untersuchten Unterkünfte sind nach Abstimmung mit dem LKA mit einem Sicherheitszaun umgeben, der das Grundstück abgrenzt und dem Schutz der Bewohnerschaft dienen soll. Der Zugang wird über eine entsprechende Sicherheitsschleuse gesteuert. Der Zaun sowie die Zugangskontrolle ist bei jedem der sechs Standorten unterschiedlich

ausgeprägt. Von manchen Bewohner*innen wird der Zaun als „Isolierung“ oder „Käfig“ angesehen, der die Abgrenzung zum „Außen“ versinnbildlicht. (siehe. Abb 6.1–3) Da die Zugangskontrollen einen hohen organisatorischen Aufwand mit sich bringen, überlegen Besucher wie Ehrenamtliche oder Freund*innen der Bewohnerschaft, ob dieser Mehraufwand wirklich nötig ist und manche verzichten deshalb ganz darauf, die Unterkunft zu betreten, da die Zugangskarten teilweise nur sehr kompliziert und mit viel Aufwand ausgehändigt werden. Berichten von Betreiber und Bewohner*innen zufolge scheitert die Teilnahme von Außenstehenden an Veranstaltungen oder sonstigen Events innerhalb der Unterkunft häufig an der Zugangskontrolle.

Um das Prozedere der Zugangserlaubnis zu umgehen, verlassen die Kinder der Bewohnerschaft die Unterkunft, um sich mit Freund*innen außerhalb der Unterkunft zu treffen. So berichtet ein Junge aus der Unterkunft in Buch: „Freunde aus der Schule treffe ich niemals hier, nur mit Freunden aus der Unterkunft spielen wir manchmal zusammen, sonst treffen wir uns immer am Alex.“ Orte der sozialen Interaktion werden außerhalb der Unterkunft gesucht, während generell der Kontakt zu außenstehenden Personen angestrebt wird.

Es ist durchaus ein ambivalentes Verhältnis zum Zaun seitens der Betreiber, dem Sicherheitsteam und der Bewohnerschaft zu erkennen. Häufig verweisen die verschiedenen Instanzen auf die Sicherheitsaspekte hin, die der Zaun mit sich bringt: „Der Zaun ist gut, damit die Kinder nicht abhauen können, so müssen wir uns wenigstens keine Sorgen machen“. Dabei ist auffallend, dass fast ausschließlich über die Sicherheit der Kinder gesprochen wird und kaum ein*e Bewohner*in sich um das eigene Wohl sorgt. Die Art und Materialität des Zauns spielt bei der Wahrnehmung der Befragten Akteur*innen so gut wie keine Rolle, ob er als Kontrolle oder eher als Sicherheit angesehen wird.

Andere Bewohner*innen ziehen den Vergleich zu normalen Gartenzäunen: „Es ist, wie wenn man ein kleines Haus auf dem Dorf hat, da hat doch auch jeder Garten einen Zaun außen rum.“ Nichtsdestotrotz ist der Zaun hier ein architektonisches Mittel, das bestimmte Handlungsabläufe und Interaktionen aller Beteiligten erzwingt. Beim täglichen Verlassen oder Ankommen in der Unterkunft sind klare Bewegungsmuster vorgegeben. Der Zaun verdeutlicht die Exklusivität des Ortes und dass es sich innerhalb der Zaunstrukturen um Menschen, die es zu schützen gilt, handelt. Es wird eine klare Abgrenzung der Unterkunft zu der Umgebung markiert, was den Kontakt und die Integration, bzw. der Zugang zur Nachbarschaft und der soziale Austausch für die Bewohnerschaft erschwert. Neben dem Zaun, der das Grundstück absteckt, spielt die

Größe der Unterkunft eine weitere entscheidende Rolle bei der Leitung und Strukturierung von Abläufen auf architektonischer und typologischer Ebene.

Beim Standort CD, der mit seiner Fläche sowie mit der Bewohnerzahl die größte Unterkunft darstellt, sind besondere Raum- und Ordnungsstrukturen vorzufinden. Sehr auffallend und von der Bewohnerschaft als negativ bewertet sind hier beispielsweise die langen Wege, welche von manchen Tempohomes aufgrund der Größe der Unterkunft bis zum Ausgang zurückgelegt werden muss. Dies betrifft die Fuß-, aber auch die Handlungswege, die entsprechend mit mehr organisatorischen Aufwand verbunden abgehandelt werden.

Vor allem Bewohner, die in entlegeneren Ecken in der Unterkunft wohnen, berichten „Jeden Tag muss ich mit den vielen Kindern alleine schon bis zum Ausgang der Unterkunft 20 Minuten laufen. Ein Container näher am Ausgang bei 5 Kindern würde mir viel Zeit im Alltag einsparen“. Es ist festzustellen, dass sich in der Unterkunft am Columbiadam die befragte Bewohnerschaft eher wie in einem kleinstädtischen Kosmos fühlt und häufig Vergleiche zu einer städtischen Nachbarschaft gezogen werden. Es ist durch die Größe eine bestimmte Anonymität der Bewohnerschaft zu erkennen, die von den befragten Bewohner*innen als positiv gewertet wird. (siehe Abb. 3.5–3.6)

Auf Nachfragen, ob es Beschwerden durch die enge Bebauung oder Ähnliches mit den Nachbarn gäbe, hörten wir mehrmals die Antwort: „Es ist wie bei dir zu Hause in einem Mehrfamilienhaus. Da hast du doch auch manchmal Probleme mit der Lautstärke oder einem Nachbarn. Bei uns ist das nicht anders.“

Viele Bewohner*innen verlassen die Unterkunft morgens und kommen erst abends wieder nach Hause. Daraus ergibt sich zu bestimmten Uhrzeiten, wie zum Beispiel zwischen 17 und 19 Uhr eine Art „Rushhour“. Dabei bilden sich Ballungen um die Eingangs-, Gemeinschafts- und Organisationsbereiche, da viele auf dem Weg zu ihrem Wohncontainer etwa die Post holen, die Wäsche zu den Waschräumen bringen oder den Müll entsorgen. Zentral zum Eingangsbereich hin und gut zugänglich für alle Akteure entsteht hier ein wichtiger Ort der sozialen Interaktion zwischen allen Instanzen. Bei der Postausgabe wird bei der Übersetzung der Briefe geholfen, während des Wartens im Waschcontainer wird sich unterhalten.

Für eine optisches Hervorheben der gemeinschaftlich genutzten Container wird in machen Unterkünften mit Farbe oder anderen Mitteln wie

Graffiti an den Außenwänden der Container die Funktion und Bespielung dieser sichtbar gemacht.

In den LaGeSo-Standorten gibt es Familienzimmer, die zur Erleichterung des familiären Zusammenlebens Besonderheiten und Vorteile aufweisen, insbesondere im Fall von großen Familien. Diese Einheiten sind jedoch nur limitiert vorhanden. Bei Tempohomes ist eine derartige Reaktion auf Großfamilien nicht möglich. Dies stellt teilweise eine große Belastung für das Familienleben dar, wenn z. B. „ständig zwischen zwei Wohneinheiten bei Wind und Wetter und allen möglichen Uhrzeiten hin und her gewechselt werden muss, um alle Kinder gerecht betreuen zu können“. In LaGeSo-Standorten findet dieser Wechsel zwar in einem überdachten Korridor statt, dennoch führt, im Fall von Familien, die mehrere Container nutzen, kein Weg an den „öffentlichen“ Bewegungsräumen vorbei. Dies führt beispielsweise konkret dazu, dass Frauen, die zu Hause eigentlich kein Kopftuch tragen würden, dieses nicht ablegen, da sie ständig den öffentlichen Flur oder den Außenbereich im Fall der Tempohomes passieren müssen.

Durch die typologischen und architektonischen Anordnungen wird das Zusammenleben der Bewohnerschaft stark beeinflusst. Die unflexiblen Strukturen der Containerunterkünfte, sowie die strenge Bürokratie führen zu teilweise erzwungenen Handlungs- und Bewegungsmustern. Erst in der Nutzung wird deutlich, wo zum einen die Handlungsmöglichkeiten der Akteur*innen eingeschränkt sind und zum anderen die vorgefundenen Typologien in der Praxis nicht funktionieren, wie auf dem Papier und den Plänen angedacht waren. Der umzäunte „Mikrokosmos“ der innerhalb der Unterkünfte geplant worden ist, bringt unweigerlich Konsequenzen im sozialräumlichen Umgang mit sich.



Abb. 6.1 Der Zaun in der GU Quittenweg ist auch eine visuelle Barriere.



Abb. 6.2 In der GU Wollenberger Straße ist der Zaun transparent.



Abb. 6.3 Der Zaun der GU Refugium Buch ist wesentlich niedriger als vorhergehend gezeigte Fälle.



Abb. 6.4 In diesem stets offenen Gemeinschaftsraum sind die Möbel durch Vandalismus beschädigt worden.



Abb. 6.5 Die GU Refugium Buch hat ein Jugendzimmer mit Tischfußball und Billardtisch.



Abb. 6.6 Die GU Columbiadamm hat gemeinschaftlich genutzte Terrassen im Außenbereich.

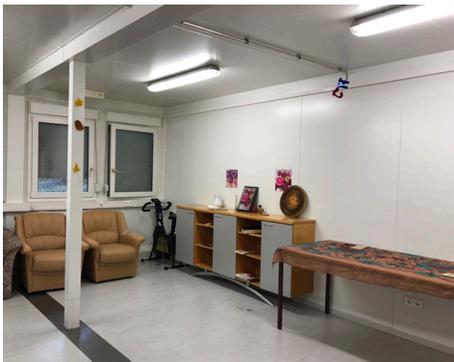


Abb. 6.7 Dieser Frauengemeinschaftsraum ist mit unterschiedlicher Dekoration geschmückt.



Abb. 6.8 Einige Unterkünfte haben eine Shisha-Ecke im Außenbereich eingerichtet, welche jedoch vorrangig von Männern genutzt wird.

Für die Bewohnerschaft relevante Orte zur sozialen Interaktion sind oft andere als die durch die Planung vorgesehenen.

Bei der Planung der Containerdörfer wurden in Innen- und Außenraum Flächen zur sozialen Interaktion geschaffen. Hierzu zählen Spiel- und Sportanlagen, Grillplätze und andere baulich definierte Treffpunkte und Begegnungsflächen (siehe Unterkunftsportraits). Des Weiteren gibt es speziell als Aufenthaltsräume ausgewiesene, die Privateinheiten ergänzende, gemeinschaftlich nutzbare Räumlichkeiten. Die Grundausstattung hierfür mit Tischen und Stühlen wird durch das Land Berlin gestellt, eine dem Bedarf entsprechende zusätzliche Einrichtung obliegt dem Betreiber (vgl. Betreibervertrag).

Damit diese als Orte der Begegnung und Partizipation „funktionieren“, müssen sie von der Bewohnerschaft angenommen werden. Dementsprechend zeigt sich ein vielseitiges Bild von Interpretationen und Bespielungen dieser Gemeinschaftsflächen. Hier werden Organisations- und Machtstrukturen, Aushandlungspraktiken und Aneignungsprozesse besonders sichtbar. Verschiedene Gegebenheiten wie die Zugänglichkeit oder spezifische Nutzungen beeinflussen das sozialräumliche Agieren in den Gemeinschaftsräumen maßgeblich.

Vorab ist es wichtig zu verstehen, welche Art der sozialen Interaktion die Bewohner*innen anstreben und ob die Bedürfnisse mit den räumlichen und sozialen Gegebenheiten der Unterkunft befriedigt werden können. Allen Befragten war der Kontakt über die Grenzen der Unterkunft hinaus mit Menschen, die Deutsch sprechen, ein großes Anliegen. Vielen fehlt die Möglichkeit, das erlernte Deutsch ungezwungen außerhalb des Deutschkurses anzuwenden und zu üben. Des Weiteren besteht ein großes Bedürfnis an Hilfestellung bei behördlichen Angelegenheiten und vor allem bei der Wohnungssuche.

Auf die Frage, welche Orte für die Bewohner*innen wichtig sind, wurden größtenteils selbst gewählte oder erschaffene Orte beschrieben. So wird beispielsweise die Privateinheit einer alleinerziehenden Mutter als wichtigster Treffpunkt der Frauen in dieser Unterkunft angesehen. Hier können sie sich ungestört austauschen, Tee trinken oder Rauchen, was in (halb-)öffentlichen Flächen für viele Frauen undenkbar wäre.

Aber auch diese Räume spielen für soziale Interaktionen eine Rolle. Um bei der aktuellen Lage des Wohnmarktes überhaupt eine Chance zu haben, eine eigene Wohnung zu finden, fallen Netzwerken in der Stadt

eine enorme Bedeutung zu. Diese werden überwiegend außerhalb der Unterkunft z. B. in Cafés und Shisha-Bars geknüpft und gepflegt. Wenn man von sozialen Interaktionen und Kontakträumen spricht, darf man die virtuellen Plattformen des Austausches nicht aussparen. Beinahe jeder Befragte in ausnahmslos allen Unterkünften übt Kritik an der Zugänglichkeit des Internets.

Während der Feldforschung zeigte sich in allen Unterkünften, dass die zur sozialen Interaktion angedachten Gemeinschaftsräume wenig oder teilweise gar nicht genutzt werden. Eine vom Betreiber unabhängige Aneignung der Gemeinschaftsräume wurde nicht beobachtet. Die selten und unregelmäßig benutzten Aufenthaltsräume sind kein Resultat des fehlenden Bedarfs. Vielmehr bieten sie den Nutzer*innen nicht die gewünschten Möglichkeiten.

Bei der Betrachtung der Gemeinschaftsräume ist kaum Partizipation oder eigenverantwortliche Gestaltung der Bewohner*innen erkennbar. Aus Sicht der Betreiber*innen scheiterte der Versuch, die Verantwortung für die Räume den Bewohner*innen zu übertragen. Diese Aussage wurde beispielsweise in Bezug auf einen Fall eines Gemeinschaftsraumes getätigt, in dem die Sofas Vandalismus zum Opfer fielen (OPD, RB, siehe Abb 6.4). Um solche Dinge, aber auch die Territorialisierung der Räume durch bestimmte Gruppen zu verhindern sehen sie die Zuständigkeit für die Räume bei sich. So gibt es beispielsweise non Männern dominierte Räume, die die Bewohnerinnen von der Nutzung abhalten (RB). Die Sozialarbeiter*innen haben Schwierigkeiten, Bewohner*innen zu finden, die über einen längeren Zeitraum in ehrenamtlicher Tätigkeit die Verantwortung für Gemeinschaftsflächen übernehmen. So berichtet eine Sozialarbeiterin: „Die Bewohner*innen, die sich gerne um die Gemeinschaftsräume kümmern, sind meistens die, die auch schnell eine eigene Wohnung finden. Dann beginnt für uns die Suche von Neuem“ (Interview, 2018).

In der Folge sind die Räume häufig abgeschlossen und werden selten oder unregelmäßig für Seminare, Feste und Veranstaltungen privater Kleingruppen genutzt. Oft haben sich Kontrollmechanismen etabliert, wie z. B. in der GU Wollenberger Straße, wo die Heimausweise während der Nutzungsdauer als Schlüsselpfand einbehalten werden. Die Bewohnerschaft kann die Räumlichkeiten dadurch nicht unabhängig und frei nutzen. Um die kontrollierte Vergabe zu umgehen wird oft auf frei zugängliche Orte ausgewichen. Beispielsweise hat sich der Waschraum neben seiner Kernfunktion auch als Ort des Austauschs etabliert (CD, AJ). Auch ein ständig zugänglicher Vorraum in der GU Quittenweg wurde sich auf ähnliche Weise als Treffpunkt angeeignet.

Klar definierte Raumnutzungen und die entsprechende Ausstattung, beispielsweise durch Mobiliar, führen zu regelmäßiger Nutzung und helfen dabei, den Raum tatsächlich als Ort mit Mehrwert für die Bewohner*innen zu gestalten. So gehen beispielsweise das in der GU Ostpreussendamm eingerichtete Nähatelier und ein Friseursalon auf konkrete Alltagshandlungen ein und „funktionieren“ in diesem Rahmen zufriedenstellend. Auch das Jugendzimmer im Refugium Buch wird regelmäßig genutzt (siehe Abb. 6.5) Dennoch braucht es – insbesondere in diesen Räumlichkeiten – Bewohner*innen oder Freiwillige, die Verantwortung für den Raum und das Equipment übernehmen. Im Fall des Gemeinschaftsraumes der Frauenetage der LaGeSo-Unterkunft Buch fühlt sich eine größere Bewohner*innen-Gruppe verantwortlich für den Raum. Ein starker Gruppenzusammenhalt motiviert die Frauen auf der Etage ihre Umgebung gemeinsam wohnlich und ordentlich zu gestalten. So berichtete eine junge Frau: „Am Anfang haben wir alle noch nicht so viel miteinander zu tun gehabt, da sah der Raum auch noch nicht so schön aus. Aber jetzt dekorieren wir zusammen und machen hier fast jede Woche das Frauencafe. Es ist schön zu wissen, dass das hier unser Raum nur für Frauen ist.“ (siehe Abb. 6.7)

Eine Kontinuität im Angebot dieser Möglichkeiten fördert das Etablieren von Sozialräumen als Begegnungsorte und Kontaktschnittstelle nach Außen. Gibt es ein regelmäßiges Angebot, das den Bedürfnissen der Bewohner*innen entspricht, werden die Möglichkeiten gerne angenommen. Beispiele dafür sind Unterrichtsräume und von Nachbarschaftsinitiativen bespielte Räume.

Ob Gemeinschaftsräume als den Wohnraum erweiternde Orte der sozialen Interaktion gelingen, ist an das Engagement des Betreiberteams geknüpft. Die Nutzung der gemeinschaftlichen Flächen unterliegen folglich einer klaren Organisation, allgemeingültigen Regeln und definierten Zuständigkeiten. Da dem Betreiberteam als organisatorische Oberhand eine spezielle Bedeutung in der Gestaltung der Gemeinschaftsflächen zukommt, zeigen sich bei besonderem Bemühen der Sozialarbeiter*innen auch einige Erfolgsbeispiele: Hier wurden Familienzimmer mit Gemeinschaftsräumen getauscht, da sich im privaten Raum ein W-Lan Router befand. Nach dem Tausch der Räume etablierte sich der neue Gemeinschaftsraum schnell und wurde größtenteils für Internetrecherchen der Bewohner*innen genutzt. Des Weiteren reagiert das Betreiberteam der GU Refugium Buch auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und plant in Zukunft einen zusätzlichen PC-Raum sowie einen eigenen Grillplatz ausschließlich für Frauen. In der GU Ostpreussendamm hat das Betreiberteam eine Shisha-Ecke erbaut, die sich großer Beliebtheit erfreut. (siehe Abb. 6.8)

Auch anderswo sind im Außenbereich gemeinschaftliche Flächen vorzufinden, beispielsweise die terrassenartigen Ebenen in der Unterkunft Columbiadam. Jedoch zieht es die Bewohnerschaft hier vor, eigene Begegnungs- und Aufenthaltsflächen zu wählen: „Bei schönem Wetter sind wir alle sofort auf dem Grillplatz auf dem Tempelhofer Feld nebenan. Was sollen wir hier drinnen, wenn wir draußen mit den anderen alle zusammen grillen können?“ (siehe Abb. 6.6).

Selten funktionieren die angedachten und von Externen applizierten Nutzungsszenarien für bestimmte Bereiche innerhalb der Unterkünfte. So wird z. B. das Bibliothekshäuschen als Raucherbereich, ein Pavillon im Garten als Shisha-Ecke und vorinstallierte Hochbeete als Lagerfläche genutzt.

Der Grund für leer stehende, ungenutzte Gemeinschaftsflächen sind weder fehlendes Verantwortungsbewusstsein oder Engagement seitens der Betreiber*innen noch der fehlende Bedarf seitens der Bewohner*innen. Hier ist es wichtig, erneut auf die Situation hinzuweisen, in der sich die Geflüchteten befinden: Nach einer häufig jahrelang andauernden Flucht und oftmals traumatisierenden Erfahrungen in der Vergangenheit fühlen sich viele noch keineswegs am „Ziel“ angekommen, sondern in einem Zustand des Abwartens, unfreiwillig untergebracht und kontrolliert von einem Asylsystem, welches sie von den Rechten und Möglichkeiten der deutschen Staatsbürger*innen und anderen Migrant*innengruppen ausschließt.

Ebenso stehen den Geflüchteten oftmals keine Mittel zur Gestaltung von Gemeinschaftsflächen zur Verfügung. Die Aufenthaltsräume werden durch gegebene Machtstrukturen und fehlender Gemeinschaft von der Bewohnerschaft nicht als verfügbaren Freiraum angesehen.

Aus den Interviews ergaben sich die Wünsche der Bewohner*innen nach mehr Kontakt zu Menschen mit guten Deutschkenntnissen, um die neue Sprache zu üben, Selbstbestimmtheit sowie die Partizipation am öffentlichen Stadtleben. Dies erklärt, dass Räume mit einer zweckgebundenen Bespielung, einem kontinuierlich angebotenen, bedürfnisorientiertem Programm zwar durchaus angenommen werden, ein Engagement innerhalb der Unterkunft allerdings oft nicht als Priorität für die soziale Integration wahrgenommen und stattdessen auf Alternativen ausgewichen wird.

Bei der Planung und dem Betrieb einer Unterkunft müssen Gender-Aspekte stärker Berücksichtigung finden.

Neben einer Vielzahl von Regularien, denen das Wohnen in den Unterkünften und vor allem die Nutzung gemeinschaftlicher Bereiche unterliegt, sind die beobachteten Dynamiken des Zusammenlebens auch in einer geschlechtsspezifischen Struktur zu begründen.

So findet beispielsweise die Zuteilung der Wohneinheiten nach unterschiedlichen Prinzipien statt. Die Trennung von Wohnbereichen trägt in den jeweiligen Unterkünften zur Zufriedenheit der Bewohnerschaft bei. In der GU Wollenberger Straße leben beispielsweise alleinreisende Männer in einem anderen Bereich als Familien. Beide Gruppen bewerten diese Trennung als positiv. So können sich Männer bspw. mit freiem Oberkörper in öffentlichen Bereichen bewegen und andere Familien fühlen sich nicht gestört, berichten Bewohner*innen der GU Wollenberger Straße (vgl. Abb. 3.9).

In einigen Unterkünften, in denen alleinreisende Frauen leben, gibt es einen gesonderten Wohnbereich nur für Frauen. Etwa in den LaGe-So-Dörfern wird eine Etage ausschließlich von Frauen mit und ohne Kinder bewohnt, unter denen sich dadurch eine gleichgesinnte Community bildet. In der GU Columbiadamm bewohnen Frauen zwar keine eigenen Bereiche, aber werden meist in der Nähe der Verwaltungs- und Sicherheitcontainer untergebracht. Auch in der GU Alte Jakobstraße ist keine explizit geschlechtergetrennte Zuteilung der Container zu finden; hier ist die Situation ähnlich der in der GU Columbiadamm. Hier konnte beobachtet werden, dass Frauen, die mit ihrer Familie leben, in der Öffentlichkeit eher mit anderen Männern interagieren, die ebenfalls in Familien leben, als mit alleinreisenden Männern.

Von Bedeutung für ein harmonisches Zusammenleben in einer Gemeinschaftsunterkunft sind vor allem individuelle Angebote für Frauen und Männer. Die geschlechtergetrennten Aktivitäten werden – unabhängig davon, ob sie vom Betreiberteam initiiert werden – von den Bewohner*innen einiger Unterkünfte mit einer gewissen Selbstverständlichkeit unternommen. In der GU Alte Jakobstraße werden die gut besuchten Deutschkurse getrennt für Männer und Frauen angeboten. Hier herrscht laut Interviewten eine produktive Lernatmosphäre. In der GU Ostpreußendamm wurde festgestellt, dass die gemischten Sprachkurse relativ gleich von Frauen und Männern besucht werden. Während der Untersuchung hat sich gezeigt, dass viele Männer bessere Sprachkenntnisse besitzen als Frauen. Einige Männer besuchen weiterführende Sprachkurse an Volkshochschulen außerhalb der Unterkunft.

Auch in anderen Unterkünften bleiben die Frauen aufgrund des Kitaplatzmangels außerhalb der Unterkunft mit den Kindern meist vor Ort. Positiv hervorzuheben ist hierbei die angebotene Kinderbetreuung, durch welche die Möglichkeit, die Sprachkurse innerhalb der Unterkunft zu besuchen, gefördert wird. Einige Frauen nehmen ihre Babys auch mit in den Unterricht.

An allen Standorten gibt eine Frauen-Community, die teils stärker, teils weniger stark ausgeprägt ist. Seitens der Betreiber*innen wird darauf unterschiedlich reagiert. In der GU Wollenberger Straße gab es einen Workshop zum Frauenrecht in Deutschland. Dieser wurde jeweils einmal für Frauen und Männer durchgeführt. Zahlreiche weitere Angebote wenden sich spezifisch an Frauen bzw. Frauen mit Kindern, wie etwa gemeinsames Kochen und Backen, Basteln, Handarbeitskurse, Kosmetik-Workshops usw. Lediglich in der GU Alte Jakobstraße findet auch ein wöchentliches Männercafé statt. Jedoch treffen sich die Männer an der Feuerstelle, wodurch das Zustandekommen stets stark vom Wetter abhängig ist.

Generell scheint es einen größeren Bedarf zu geben, Aktivitäten von Frauen in öffentlichen Bereichen der Unterkunft zu fördern. Dies kann in der unterschiedlichen Art und Weise begründet sein, wie Frauen und Männer sich öffentlicher Bereiche annehmen. Es ist zu beobachten, dass besonders ausgewiesene gemeinschaftliche Bereiche in den Unterkünften oft von Männern beansprucht werden. Diese Bereiche werden von Frauen dadurch mitunter sogar gemieden. Ein Beispiel sind die vorgesehenen Grillplätze, welche größtenteils von Männern benutzt werden (WB und RB). In einer Unterkunft haben sich Frauen deswegen eher improvisiert ihren eigenen Außenbereich fürs Grillen und Zusammensein angeeignet. Hier sind nur Männer willkommen, die explizit eingeladen werden. Auffällig ist ein weiteres Beispiel in der GU Refugium Buch. Die vermehrte Nutzung des Computerraums durch Männer veranlasst Frauen, auf dem Flur zu stehen, um das WLAN zu nutzen. Die Frauen wollen aber gleichzeitig nicht zu lang dort sein, weil sich auch hier viele Männer aufhalten.

Allgemein fällt die Tendenz an diesem Standort auf, dass Frauen von Männern genutzte Bereiche meiden. Vielen Frauen ist es sehr wichtig, ungestört Zeit mit anderen Frauen verbringen zu können, da dies auch einen gewissen Schutzraum schafft. Wie bereits erwähnt, treffen sich an mehreren Standorten Frauen bei alleinlebenden Frauen in der Wohneinheit, wo ohne Kopftuch gemeinsam Tee getrunken, geraucht und sich unterhalten wird. In den Nähzimmern können Frauen ebenfalls unter sich sein – in der GU Wollenberger Straße wurden die Fenster mit

transluzenter Folie als Sichtschutz abgeklebt. In der GU Wollenberger Straße leben die Frauen recht zurückgezogen und verbringen die meiste Zeit im Kreise der Familie, also in ihrer eigenen Wohneinheit. Es lässt sich durch die Beobachtungen erkennen, dass es einen hohen Bedarf für Örtlichkeiten gibt, an denen ausschließlich Frauen zusammen kommen können – selbstorganisiert oder durch das Betreiberteam initiiert. Je stärker dies gefördert wird, umso mehr Zeit verbringen viele Frauen in der Öffentlichkeit und fühlen sich auch außerhalb ihrer „eigenen vier Wände“ wohl.

In der GU Columbiadamms sowie in der GU Refugium Buch wurde ein Gemeinschaftsraum ausschließlich für Frauen etabliert. Es werden wöchentliche Veranstaltungen wie Kosmetik-Kurse abgehalten oder der Raum auch hier als Nähatelier genutzt (CD). „Wir fühlen uns sehr wohl“ (Interview mit Bewohnerinnen in RB, 2018) sagen die Frauen, die sehr stolz darauf sind, wie sie ihren Gemeinschaftsraum eingerichtet haben

Rückblickend kann festgehalten werden, dass besonders vonseiten des Betreiberteams versucht wird, individuell auf die jeweilige Dynamik zwischen den unterschiedlichen Geschlechtern zu reagieren. Die Trennung verschiedener Wohnbereiche wird an den jeweiligen Standorten als positiv empfunden. An anderen Standorten wird bewusst nicht nach Geschlechtern getrennt, was ebenfalls ein nachvollziehbarer Ansatz ist, um keine Fronten zu schaffen. Davon unabhängig werden die unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten auf andere Weise gelebt, etwa in gemeinschaftlichen Aktivitäten und Communities. Es konnten viele positive Beispiele beobachtet werden, bei denen durch verschiedene Angebote darauf im Besonderen eingegangen wird.

Es kann jedoch nicht geleugnet werden, dass viele Bewohner*innen in ihrem Herkunftsland in traditionelleren Geschlechterrollen gelebt haben. Für eine Vielzahl von Frauen ist der Schutz vor Blicken der Männer entscheidend, um sich zwanglos verhalten zu können. Dieses Schutzbedürfnis ist zweifelsohne vorhanden und wird den Beobachtungen zufolge in der eigenen Wohneinheit erfüllt. Schwächen zeigen sich aber deutlich im Vergleich, denn nur vereinzelt werden mit der Zeit gemeinschaftliche Räume ausschließlich für Frauen etabliert. Hinzukommend geschieht dies nur in organisierter Form. Die öffentlichen Bereiche, die in der Planung für keine spezielle Nutzung vorgesehen sind, werden zumeist von Männern angenommen. Die Möglichkeit, dass Frauen unorganisierte, öffentliche Bereiche für sich beanspruchen, womöglich durch die gezielte Vorhaltung ausgewählter Bereiche für Frauen, sollte bereits in der Planung berücksichtigt werden.

LaGeSo-Dörfer forcieren durch ihre gemeinschaftlichen Infrastrukturen stärker die soziale Interaktion als Tempohomes, jedoch bieten Tempohomes aus Sicht der Bewohnerschaft wesentliche andere Vorteile.

Wie bereits aufgezeigt gehören die sechs betrachteten Standorte zwei Generationen an: die in einer ersten Phase entstandenen mehrgeschossigen sogenannten LaGeSo-Dörfer und die ebenerdig gebauten Tempohomes der zweiten Phase. Ein Vergleich der baulichen Unterschiede hilft dabei, die Bedürfnisse der Geflüchteten zu erkennen und die Abhängigkeiten zwischen Architektur und sozialer Interaktion aufzuzeigen. Den wohl wesentlichsten Unterschied aus Sicht der Bewohner*innen stellen die Küchen und Sanitärräume dar: In den LaGeSo-Dörfern sind die Bewohner*innen bis auf wenige Ausnahmen gezwungen, Gemeinschaftsküchen und -bäder zu nutzen. So teilen sich in etwa 35 Personen eine gemeinsame Küche mit 4 Herden und geschlechtergetrennte Bäder mit je 4 Duschen und 4 WCs, während in den Tempohomes jede Containereinheit über ein eigenes Duschbad, WC und eine eigene Einbauküche im Eingangsbereich verfügt.

Weitere Unterschiede ergeben sich aus vor allem aus der Ein- bzw. Mehrgeschossigkeit: Bei den LaGeSo-Dörfern sind viele Raumfunktionen kompakt unter einem Dach untergebracht. Die resultierenden Korridore stellen neben der Erschließung der Zimmer auch Verbindungswege zwischen Privatraum und gemeinschaftlich genutzten Räumen dar. Die Erschließung der Privaträume über den Außenbereich definieren im Gegensatz dazu bei den Tempohomes eine klare Grenze zwischen privat und öffentlich (Abb.6.9–10). Die ebenerdige Bauweise hat hierbei allerdings zur Folge, dass alle Privaträume von außen auf Augenhöhe einsichtig sind. Auch bei der Wirkung der Unterkünfte nach außen zeigen sich Unterschiede auf, obwohl in beiden Typen die Container gleichermaßen gewisse Assoziationen wie beispielsweise die Temporarität nach außen ausstrahlen.

Bei den Küchen und Sanitärräumen stellen die Tempohomes gegenüber den LaGeSo-Dörfern eine eindeutige Verbesserung des Lebensstandards für die Bewohnerschaft dar (siehe Abb. 6.11–14). Die gemeinschaftliche Organisation dieser Funktionsräume referenziert auf Studentenwohnheime, wo Gemeinschaftsküchen als Kontaktraum funktionieren mögen, oder auf Hostels, wo für kurze Aufenthalte Einschränkungen der Privatsphäre in Kauf zu nehmen sind. Jedoch handelt es sich bei den LaGeSo-Dörfern um Orte an denen Menschen zahlreicher Nationalitäten, Ethnien und Altersgruppen aufeinandertreffen,

deren Unterbringung in Deutschland während des Asylverfahrens nicht frei wählbar ist und sich in der Praxis nicht als kurzfristig erweist. Die auf diese Art erzwungene Interaktion bei obligatorischen Alltagshandlungen vieler Bewohner*innen mit unterschiedlichen Bedürfnissen, Gewohnheiten und Alltagsrhythmen führt in der Praxis zu Konflikten. Es häufen sich Aussagen verzweifelter Bewohner*innen, wie „Oft muss ich warten, bis ein Herd frei ist.“ oder „Im Bad ist es immer kalt, weil andere die Fenster zum Lüften öffnen. Meine Kinder sind dadurch oft erkältet.“ oder „Oft geht nachts der Rauchmelder an, wenn in der Küche gekocht wird. Aufgrund des Alarmes kann ich nicht schlafen.“ (Interviews mit Bewohner*innen in OPD und RB, 2018)

Des Weiteren zeigen sich in diesen gemeinschaftlich genutzten Flächen Probleme mit mangelndem Verantwortlichkeitsbewusstsein. Berichte über entwendete Privatgegenstände, überquellende Müllberge und Verschmutzung der Einrichtungen erklären das trostlose Bild, das sich beim Betreten dieser Räume zeigt. Interviewte schildern die Situationen wie folgt: „Die Gemeinschaftsbäder sind oft überschwemmt, eklig, kalt & dreckig.“ und „Die Öfen sind unappetitlich und meine privaten Sachen wurden oft verschmutzt.“ (Interviews mit Bewohner*innen in OPD und RB, 2018) Eine Sozialarbeiterin erklärt: „Niemand hat sich für das Entleeren der gemeinschaftlichen Mülleimer in den Küchen verantwortlich gefühlt. Sie waren aus hygienischer Sicht untragbar und mussten daher entfernt werden.“ (Interview mit Sozialarbeiterin, 2018) Bestrebungen, gemeinschaftliche Putzpläne umzusetzen scheiterten in der Vergangenheit weitgehend.

Die Betreiberteams haben für die Einhaltung der Hygienestandards zu sorgen und sehen sich somit gezwungen, das Lagern von Utensilien, Lebensmitteln und Privatgegenständen außerhalb der Nutzungszeit zu unterbinden. So müssen Lebensmittel und Kochutensilien in eigenen Containern gelagert werden, die ohnehin schon wenig Platz und Lagerfläche bieten. Hier erfahren die Bewohner*innen eine zusätzliche Herausforderung, sich in dem kleinen Raum ggf. mit einem/r fremden Mitbewohner*in, zu organisieren. So berichtet ein Bewohner „Im Irak hatten wir eine Abstellkammer, wo unser ganzes Essen gelagert war. Hier müssen das Geschirr und Essen in ein kleines Regal passen.“ (Interview mit Bewohner*in in OPD, 2018).

Eine eigene Küche und ein eigenes Bad zu haben, spielt eine große Rolle für das Wohlbefinden der Bewohner*innen. Dies zeigt sich in der positiven Resonanz der in den Tempohomes untergebrachten Personen, die sich je zu viert einen Küchen-/Sanitärblock teilen. Das Konfliktpotenzial sinkt proportional zur Größe der Nutzergruppe. „Privatheit zu

haben ist sehr wichtig. Ich bin froh, dass es hier keine Gemeinschaftsküchen und -bäder mehr gibt“, äußert ein Bewohner (Interview mit Bewohner in WB, 2018).

Was die Raumaufteilung betrifft, weicht die Unterkunft am Ostpreußendamm von den anderen LaGeSo-Bauten ab: Für die hier lebenden besonders schutzbedürftigen Menschen werden unterschiedliche Grundrisstypologien bereitgestellt. So gibt es pro Etage sechs Wohneinheiten, die aus jeweils zwei Containern mit innerer Verbindungstür und einem WC ausgestattet sind. Drei von diesen sind zusätzlich mit einer kleinen Kochnische ausgestattet. Die Bewohner*innen dieser Container zeigen sich zufrieden, beklagen allerdings, dass sie trotzdem auf die gemeinschaftlichen Anlagen angewiesen sind: „Mit den Kindern ist es gut, ein WC zu haben, aber ich lauf ja trotzdem über den Flur zum Duschen. Sobald schon ein Gast mit uns zusammen isst, benutzen wir auch die Gemeinschaftsküche, da hat man mehr Platz, um die Sachen abzuspülen“ (Interview mit Bewohner*in in OPD, 2018).

Die unterschiedlichen Ausstattungen der „Apartments“ führen zu Neid und Unverständnis der anderen Bewohner*innen, da sie nicht nachvollziehen können, warum bestimmten Personen mehr Privilegien gewährt werden. „Wir waren erst in einem Zimmer mit WC, dann mussten wir umziehen, damit eine andere Familie einzieht. Ich verstehe das nicht. Ich bin krank und brauche eine Toilette, aber Chef (der Betreiber) entscheidet, wer in den Zimmern wohnt.“ erklärt ein Bewohner, der bereits zweimal innerhalb der Unterkunft umgezogen ist (Interview mit Bewohner*in im OPD).

Obwohl sich die Tempohomes als Verbesserung zeigen, bleibt anzuzweifeln, ob es legitim ist, dass sich zwei fremde Personen ein Containerzimmer teilen müssen. Konflikte innerhalb des gemeinschaftlichen Versorgungscontainers der Tempohomes gibt es zwar, sie sind aber weniger durch Verantwortungsdiffusion, sondern mehr durch z. B. kulturelle Unterschiede zwischen den Bewohner*innen oder allgemeine Auseinandersetzungen bedingt. So kommt es beispielsweise zu Konflikten, wenn ein/e Bewohner*in sich halal, also mit Speisen, die nach dem islamischen Recht erlaubt sind, ernährt und der/die Mitbewohner*in mit dem/der das Geschirr geteilt wird, nicht also beispielsweise Schweinefleisch isst (Interview mit Bewohner*in in WB, 2018). Erschwert wird die Situation, wenn zwei Personen nicht dieselbe Sprache sprechen und sich auch auf keiner anderen Fremdsprache unterhalten können: Missverständnisse und die fehlende Aushandlungsmöglichkeit über Regeln und Organisation des Zusammenlebens führen zu Unbehagen (Interview mit Bewohner*in in AJ).

In weiterer Konsequenz stellen auch die Korridore der LaGeSo-Dörfer Räume erzwungener Interaktion mit Konfliktpotenzial dar. Die Überschneidung von Verbindungswegen zwischen Privatraum und gemeinschaftlich genutzten Räumen (Küchen und Bäder) mit öffentlicher Erschließung bedeutet eine Minderung der Privatheit und stellt die Bewohnerschaft vor Herausforderungen im Alltag. Beispielsweise berichtet ein Bewohner: „Um mich vor dem Gebet zu waschen, gehe ich ins Gemeinschaftsbad. Danach muss ich aber wieder über den öffentlichen Gang zum Beten in mein Zimmer“ (Interview mit Bewohner*in, 2018) Eine weitere tägliche Herausforderung für Bewohner*innen mit Kindern ist es, ihre Aufsichtspflicht einzuhalten und gleichzeitig Essen zuzubereiten. Wenn die Kinder mit in die Gemeinschaftsküche kommen und in Küche oder Flur spielen und rennen, beschwerten sich wiederum andere über die Lautstärke (Interview mit Bewohner*in in RB, 2018). Der Mangel an Privatsphäre, das Bedürfnis nach Ruhe und das geringe Interesse an ständiger sozialer Interaktion führen dazu, dass einige Bewohner*innen die gemeinschaftlichen Bereiche nur benutzen, wenn niemand anderes anwesend ist. „Ich möchte meine Ruhe haben beim Kochen. Deswegen warte ich, bis die anderen aus der Küche raus sind. Ich will nicht immer mit jedem reden müssen.“ erläutert eine Bewohnerin der GU Ostpreußendamm. Aus dieser Situation wird erkenntlich, dass manche Personen ihre Alltagsgestaltung in den gemeinschaftlich genutzten Funktionsräumen in die direkte Abhängigkeit zu den anderen Bewohner*innen bringen, wodurch sie sich selbst in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt fühlen (siehe Abb. 6.15–16).

Im Unterschied dazu werden bei den ebenerdigen Containern die Privateinheiten sowie gemeinschaftlich genutzte Räume wie Aufenthalts- oder Waschräume in den Tempohomes direkt vom Außenbereich der Unterkunft betreten. Die Grenze zwischen privatem und öffentlichem (bzw. halb-öffentlichem) Raum ist hier klar definiert. Ein weiterer Aspekt diesbezüglich ist die aus der Typologie resultierende Entzerrung der Personendichte, die durch die Horizontalität entsteht. Dies reduziert Konflikte, hier führt mitunter allerdings das winterliche Klima zu Unbehagen und weitere Wege sind in Kauf zu nehmen. Wie bereits erläutert, hat die ebenerdige Bauweise der Tempohomes zur Folge, dass alle Privaträume aus Augenhöhe einsichtig sind. Um dem Wunsch nach Sichtschutz (s. Kapitel Raumaneignungen) nachzukommen, sind in den Tempohomes weitaus häufiger tagsüber geschlossene Rollläden zu beobachten.

Betrachtet man die Unterkünfte städtebaulich, ähneln die LaGeSo-Dörfer in Aussehen und Dimension städtischen Wohnhäusern und fügen sich somit eher baulich in die urbane Umgebung ein. Das Bild

der Containerstadt ist hier nicht ganz so vordergründig, wie es bei den Tempohomes der Fall ist, wo Funktion und Organisationsstrukturen klar von außen ablesbar sind. Unter den zahlreichen Faktoren, die bei der Interaktion mit der Nachbarschaft eine Rolle spielen (s. Kapitel 7) ist auch die Gebäudegestalt ausschlaggebend. So zeigen Aussagen der Bewohner*innen, dass es sich nicht nur um einen städteplanerischen Typologieunterschied handelt, sondern das Stigma, dass das Containerdorf innehat, von großer Relevanz für die Identifikation mit dem Wohnraum ist. Bewohner*innen äußern, dass sie sich schämen, die Unterkünfte als ihren Wohnort anzugeben und beschreiben ein Gefühl der Exklusion aus der Gesellschaft, dass mit dieser Art der stigmatisierten Architektur einhergeht.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Typologie der LaGeSo-Dörfer wesentlich intensiver sozialräumliche Interaktionen forciert. In die Planung der Tempohomes sind erfreulicherweise einige Erfahrungen aus den LaGeSo-Dörfern eingeflossen. So trägt die Privatisierung von Sanitärräumen und Küchen zur Verbesserung der Lebenssituation der Bewohner*innen bei. Auch die aus der Bauweise resultierende Entzerrung der Personendichte verhindert Konflikträume.

Obwohl das Bauvolumen der LaGeSo-Dörfer, dem einer städtischen Wohnbebauung ähnelt, sich in die Umgebung einfügt und somit dem Sonderstatus vermeintlich entgegenwirkt, bedienen beide Baugenerationen gleichermaßen das Stigma des Containerdorfs: Temporarität, Sonderstatus und Exklusion sind omnipräsent und in der Architektur manifestiert.



Abb. 6.9 In den LaGeSo-Dörfern werden die Zimmer über Flure erschlossen.



Abb. 6.10 In den Tempohome Standorten werden die separaten Wohneinheiten direkt aus dem Außenraum erschlossen.



Abb. 6.11 In den LaGeSo-Dörfern gibt es Gemeinschaftsküchen für alle Bewohner*innen.



Abb. 6.12 Jede Tempohome Wohneinheit hat eine eigene Küche.



Abb. 6.13 Die Bäder in den LaGeSo-Dörfern werden gemeinschaftlich genutzt und bieten daher sehr wenig Privatsphäre.



Abb. 6.14 Die Bäder in den Tempohomes sind nur innerhalb einer Wohneinheit gemeinschaftlich genutzt. Familien, die eine ganze Einheit bewohnen, können sich einen persönlichen und privaten Raum schaffen.

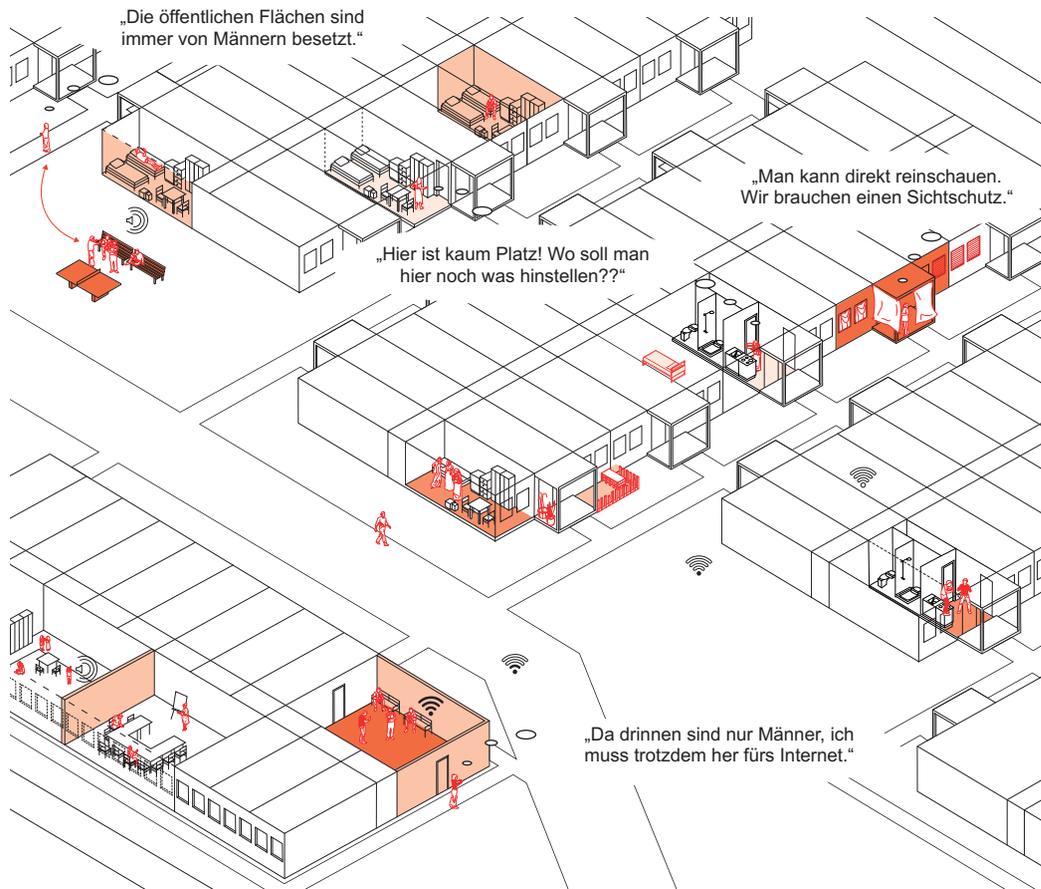


Abb. 6.15 Detaillierte Illustration über typische Konflikte in den Tempohome Standorten

- Proportionen & Maße des Containers
- Bautechnische Mängel
- Auslagerung von privaten Funktionen
- Gender-Konflikte

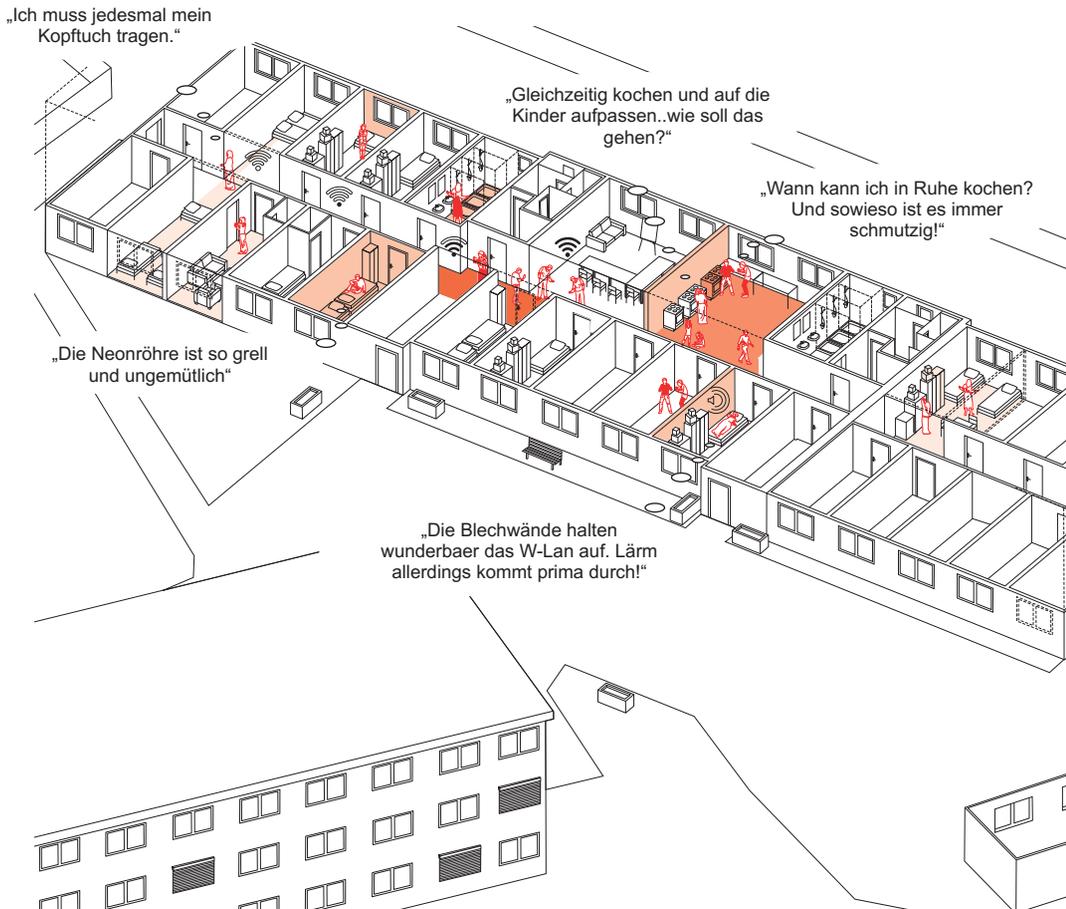


Abb. 6.16 Detaillierte Illustration über typische Konflikte in den LaGeSo-Dorf Standorten

Interaktion mit der Umgebung

Ein wichtiger Teil des Ankommens an einem neuen Ort ist die Vernetzung mit der Umgebung. Eine räumlich sowie sozial gut integrierte Unterkunft kann für diesen Prozess fördernd sein. Ohne einen Austausch mit der direkten Nachbarschaft und der Stadt besteht die Gefahr der Isolierung der in den Unterkünften lebenden Geflüchteten. Verknüpfungen zwischen Unterkunft und Umgebung können den Bewohner*innen als Tür für den Zugang zur weiteren Stadt dienen. Es können Grundlagen für eigene Verbindungen mit bereits bestehenden Netzwerken entstehen. Die sechs untersuchten Unterkünfte sind jeweils in unterschiedlichen Kontexten platziert. Welche Auswirkung die Lage der Unterkünfte auf den Prozess des Vernetzens hat, ist im folgenden Kapitel anhand von vier Thesen dargestellt.

These **Mehr Angebote in der Umgebung und eine gute Anbindung an bestehende Wohnquartiere verhindern eine Isolation der Bewohner in der Unterkunft.**

Die unmittelbare Umgebung kann große Auswirkung auf die Unterkunft haben. Die sechs untersuchten Standorte sind in sehr unterschiedlichen Kontexten platziert. Die räumliche Beschaffenheit der Umgebung kann die Akzeptanz der Unterkunft in der Nachbarschaft sowie den Kontakt zwischen Anwohner*innen und Geflüchteten erhöhen oder hemmen. Eine gelungene räumliche Integration der Unterkunft wirkt sich positiv auf das Verhältnis zu den Nachbarn und das Wohlbefinden der Bewohner*innen aus. Dabei ist es in zentralen urbanen Lagen mit einem diversen Angebot an Läden, Cafés und Freizeitaktivitäten leichter, eine organische Interaktion mit der umgebenden Stadt zu erreichen als in periphereren oder vornehmlich industriell genutzten Standorten. Ein Großteil der Tempohomes und LaGeSo-Dörfer sind zur Zeit der Forschung an Orten platziert, die nicht als Wohngebiet vorgesehen sind.

Das Tempohome in der Wollenberger Straße befindet sich zwar im erweiterten Stadtgebiet, jedoch ist es in einem Industriegebiet neben einer leer stehenden Plattenbausiedlung gelegen, wie bereits in der Standortvorstellung sichtbar wird. Nachbarschaftsbefragungen haben ergeben, dass ein Großteil der Anwohner*innen aus diesem Grund nichts von der Unterkunft weiß. Im Gegensatz dazu kennen sie andere Unterkünfte in der Gegend besser, da sie sich innerhalb des Wohngebietes befinden und damit sichtbarer sind.

Durch die abgeschottete Lage der GU Wollenberger Straße wird der Kontakt der Unterkunftsbewohner*innen mit der Umgebung deutlich erschwert. Eine ähnliche Situation zeigt sich in der GU Ostpreußendamm und der GU Refugium Buch. Hier gibt es wenige sich an Geflüchtete richtende Angebote in der Nachbarschaft und kaum Verbindungen zur umgebenden Bebauung (siehe Abb. 7.03 und 7.05). In Buch versperrt die Unterkunft zusätzlich einen Weg, der zuvor von Anwohner*innen genutzt wurde, weshalb sie von Nachbar*innen als Störfaktor wahrgenommen wird.

Die GU Alte Jakobstraße befindet sich in einer wesentlich zentraleren und urbaneren Umgebung in der Innenstadt in Berlin-Kreuzberg. In einem Radius von einem Kilometer gibt es viele Angebote für die Bewohner*innen der Unterkunft (siehe S. 183). Durch ihre Lage hat diese Unterkunft viele Programme und Aktivitäten durch Freiwillige, sowie viele Läden, Cafés, Sport- und Kulturstätten in der Umgebung, was positive Auswirkungen auf die Bewohner*innen und ihren Ankommensprozess hat.

Ähnlich ist es in der GU Quittenweg, auch wenn sich diese weniger zentral im Stadtgebiet befindet. Auf der Nachbarschaftskarte wird deutlich, dass die Unterkunft gut in die Umgebung zwischen Einfamilienhaussiedlungen und Zeilenbauten eingebunden ist (siehe Abb. 7.04). Im Radius von einem Kilometer ist deutlich zu sehen, dass das Angebot in der Umgebung groß ist. Anfängliche Proteste in der Nachbarschaft gegen die Unterkunft sind mit der Zeit abgeklungen.

Die GU Columbiadamm stellt eine Besonderheit dar, denn sie befindet sich auf dem Gelände des stillgelegten Flughafens Tempelhof (siehe Abb. 7.08). Zwar ist die Unterkunft relativ zentral in der Innenstadt gelegen, jedoch ist durch die Weitläufigkeit des Geländes sowie dem angrenzenden großen Flugfeld der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und städtischen Freizeitangeboten und Services sehr gering (siehe Abb. 7.02). Das wird in der Nachbarschaftskarte deutlich, die zeigt dass sich in einem Radius von einem Kilometer kaum Bezugspunkte für die Bewohnerinnen der Unterkunft befinden.

Fazit

Die Lage der Unterkunft kann große Auswirkungen auf die Entwicklungen des Ankommens der Bewohner*innen haben. Ein urbanes, belebtes Umfeld erleichtert die Einbindung von Bewohner*innen in den Nachbarschaftsalltag. Besonders in peripheren Lagen ist eine sorgfältige Auswahl der Grundstücke wichtig. Hier sollten Grundstücke mit Bezug zu vielseitig ausgestatteten Wohngebieten denen in Industriegebieten

vorgezogen werden, da Letztere weitaus weniger Möglichkeiten für die Geflüchteten bergen. So ist es zentral bei der Grundstücksauswahl und in der Planungsphase Faktoren wie sozialräumlichen Eigenheiten und die Urbanität der Nachbarschaften mit einzubeziehen.

These **Die städtische Angebotsvielfalt wird oft den angebotenen exklusiven Aktivitäten innerhalb der Unterkunft vorgezogen.**

In den temporären Unterkünften werden viele Angebote bereitgestellt, die den Alltag der Bewohner*innen erleichtern und bereichern sollen. Dies kann ihnen helfen, sich an den neuen Orten zurechtzufinden. Dabei schaffen viele der Aktivitäten einen Austausch mit Nachbar*innen, der auf beiden Seiten positiv aufgenommen wird.

Viele der Angebote innerhalb der Unterkunft werden von den Bewohner*innen gerne in Anspruch genommen. Beispielsweise wird in allen sechs Standorten eine Kinderbetreuung angeboten. Sie richtet sich an diejenigen Kinder, für die noch keine Kitaplätze gefunden wurden. Dieses Programm ist zugleich dafür da, dass die Mütter Zeit haben, Termine wahrzunehmen und an Deutschkursen teilzunehmen, die ebenfalls viel besucht werden. Am Nachmittag kommen auch ältere Kinder dazu, um seitens der freiwilligen Unterstützung bei den Hausaufgaben zu erhalten. Außerdem werden in den Unterkünften Deutschkurse auf niedrigem Niveau angeboten, die unterschiedlich stark in Anspruch genommen werden. An der GU Ostpreußendamm wird eine ärztliche und psychologische Betreuung angeboten. Diese Unterkunft ist besonders für vulnerable Flüchtlinge vorgesehen. Aus diesem Grund wird hier eine größere Unterstützung der Bewohner*innen gewährleistet, die auch angenommen wird.

Jedoch kann ein ausschließlicher Fokus auf Angebote innerhalb der Unterkunft dazu führen, dass die Bewohner*innen die Unterkunft so wenig wie möglich verlassen. Die Zeit, in der sie sich außerhalb der Unterkunft bewegen, ist wichtig, um sich der persönlichen Handlungsfreiheit zu versichern. Ein auf die Unterkunft reduzierter Bewegungsradius kann der Entwicklung von Selbstvertrauen und Unabhängigkeit der Geflüchteten im Weg stehen. Projekte wie BENN sollen Bewohner*innen helfen, Verbindungen in der Stadt aufzubauen und zu festigen, anstatt sich zu isolieren.

Bezeichnend hierfür ist, dass viele Angebote in den Unterkünften nur wenig wahrgenommen werden. Unter anderem werden Koch- und Nähkurse sowie ein Jugendtheater angeboten. Die Sozialarbeiter*innen müssen immer wieder großen Aufwand betreiben, um die Bewohner*innen zur Teilnahme zu motivieren. „Das ist für Kinder, es ist mir zu langweilig.“ sagte ein junger Bewohner (Interview in WB, 2018), als er davon erzählt hat, dass die Veranstalterinnen eines Jugendtheaters öfter an seiner Tür klopfen um zu fragen ob er mitmachen will.

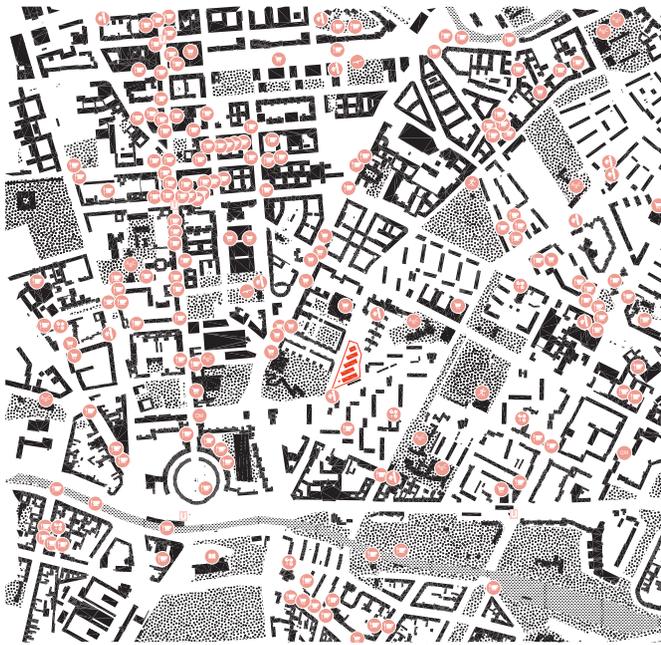
Insbesondere Teenager und Männer finden in der Unterkunft wenige Aktivitäten, die sie ansprechen. Viele Befragte machten deutlich, dass sie sich für Freizeitaktivitäten lieber am Angebot der Stadt bedienen. Beispielsweise berichteten Bewohner*innen der GU Columbiadamm, sie nähmen lieber an einem Yoga-Kurs am Hermannplatz teil als am Angebot der Unterkunft. Als Beweggrund für den Besuch von Freizeitaktivitäten außerhalb der Unterkunft wurde das Bedürfnis genannt, neue soziale Kontakte zu knüpfen. Dies kann eine wichtige Gelegenheit sein, um Arbeit zu finden oder um Neuigkeiten aus informellen Informationskanälen über das Heimatland zu hören.

Ein Beispiel für die Bedeutung von einer Teilhabe an städtischen Angeboten ist ein kleiner arabischer Supermarkt in der Nähe der GU Wollenberger Straße. Der Supermarkt wurde seit seiner Öffnung einige Monate vor der Forschung schnell nicht nur zum wichtigsten Ort des Einkaufens für die Bewohner*innen der Unterkunft, sondern fungiert zudem als sozialer Treffpunkt. Viele kommen und verbringen hier Zeit um sich auszutauschen, um sich in ihrer Muttersprache zu unterhalten und News zu erfahren. Dies unterscheidet sich sehr vom anonymen Einkaufen bei großen Discountern und Einkaufszentren. Ein Bewohner der GU Wollenberger Straße hat angefangen, in diesem arabischen Supermarkt als Aushilfe zu arbeiten und somit einen ersten Schritt zum selbstständigen Bestreiten des Lebensunterhaltes erreicht.

Wie bereits erwähnt, ist das Suchen nach Angeboten und Aktivitäten außerhalb der Unterkunft auch ein Ausdruck von Freiheit und Selbstbestimmung. Die große Menge an ehrenamtlichen Angeboten in der Unterkunft, bei denen die Geflüchteten unter sich bleiben, kann zu einem Gefühl der Isolation von dem „normalen“ Leben außerhalb der Unterkunft führen. Hierbei spielt auch eine längere Wohndauer eine Rolle. Die Bewohner*innen wollen sich oft nach einer anfänglichen Erholungsphase sukzessive mehr an der Stadt orientieren und dadurch selbstständiger werden. Da das urbane Umfeld von Berlin bereits ein sehr breites Angebot offeriert, sind in einigen Fällen die Alternativprogramme in den Unterkünften redundant. Viel wichtiger könnte es sein, das Angebot der

Stadt besser zu kommunizieren und gezielt zu ergänzen. Der flächen-deckende WLAN-Zugang in Privaträumen wäre ein erster Schritt, mit dessen Hilfe sich leicht mehr Angebote der Stadt recherchieren ließen. Außerdem können Hilfestellungen zur Bus- und Bahn-Nutzung, sowie zum Anschaffen eines Fahrrads nützlich sein.

In Lagen, in denen städtische Angebote besonders gering oder der Zugang zur Stadt erschwert ist, können organisierte Aktivitäten innerhalb der Unterkunft jedoch eine große Rolle spielen. Hier sollte aber ebenso die Nachbarschaft für die Anwohner*innen mitgedacht und aufgewertet werden, indem die Angebote nach außen hin geöffnet und beworben werden.



- Kita
- Schulen
- Bibliothek
- Spielplatz
- Sportplatz
- Cafés/Restaurants
- Supermarkt
- Religiöse Stätte
- Quartiersmanagement
- Initiativen
- Grünfläche
- Wasser
- Sportfeld
- ÖPNV-Verbindung



THF Welcome e.V.
 Das Verein ist eine politische Initiative und setzen sich für menschenwürdige Lebensbedingungen geflüchteter Menschen ein. Es soll als Plattform für Ideen und Projekte und bietet einen Raum für Austausch dienen. Zum Beispiel werden Fahrradwerkstatt, Nähwerkstatt und Frauencafé organisiert.

TAMJA
 Der Betreiber (Tamaja) der Gemeinschaftsunterkunft bietet in der Unterkunft und in den ehemaligen Hangar der Flughafen unterschiedliche Angebote an. Ein Begegnungscafé, ein Frauenraum und Sportangebote stehen wie Bewohner zur Verfügung.

Abb. 7.1 GU Alte Jakobstraße Die Nachbarschaft der GU Alte Jakobstraße mit vielen Cafés und Restaurants. (oben)

Abb. 7.2 GU Columbiadamm Die Nachbarschaft der GU Columbiadamm mit dem Tempelhofer Feld und Angeboten in Richtung Mehringdamm. (unten)



- Kita
- Schulen
- Bibliothek
- Spielplatz
- Sportplatz
- Cafés/Restaurants
- Supermarkt
- Religiöse Stätte
- Quartiersmanagement
- Initiativen
- Grünfläche
- Wasser
- Sportfeld
- ÖPNV-Verbindung



- Café Quitten
- Interkulturelle Gärten Altgienecke
- Zirkus Cabuwazi

Abb. 7.3 *GU Ostpreußendamm* Im Umfeld der GU Ostpreußendamm finden sich wesentlich weniger belebte Straßen und Angebote in der Umgebung. (oben)

Abb. 7.4 *GU Quittenweg* Das reduzierte Angebot trifft auch auf die Nachbarschaft der GU Quittenweg zu. (unten)



- Weltcafe Buch
- Gläsernes Labor
- Spielkultur Berlin
Buch e.V., Kiez Cafe



Abb. 7.5 *GU Refugium Buch* Die Nachbarschaft der GU Refugium Buch hat mehrere Cafés und Einkaufsmöglichkeiten. (oben)
 Abb. 7.6 *GU Wollenberger Straße* Die Nachbarschaft der GU Wollenberger Straße ist durch große mehrspurige Straßen geprägt und bietet nur wenig belebte Areale. (unten)

These Zentral gelegene Unterkünfte bieten meist mehr Aktivitäten für Geflüchtete als periphere Unterkünfte.

Viele der Geflüchteten wünschen sich mehr Kontakt zu Deutschen – einerseits, um die Deutschkenntnisse anzuwenden und zu verbessern, aber auch um Kontakte zu knüpfen. Besonders wurde dieser Wunsch von Bewohner*innen aus Unterkünften in peripheren Lagen geäußert. Und auch darüber hinaus hat die Forschung gezeigt, dass zentral im Stadtgebiet gelegene Unterkünfte den Kontakt von Bewohner*innen zur Nachbarschaft erleichtern. Das ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zum einen ist die Bewohner*innendichte in Innenstadtlagen höher, sodass sich hier absolut gesehen mehr Menschen freiwillig in der Unterkunft engagieren. Zum anderen ist die Sichtbarkeit der Unterkünfte in Wohn- und Nutzungsgemischten Quartieren, die oft innerstädtisch liegen, höher als beispielsweise in randstädtischen Industriegebieten. Das führt auch zu mehr medialer Berichterstattung der die Unterkünfte. Die GU Columbiadam hat ebenfalls aufgrund der exponierten Lage auf dem Tempelhofer Feld hohe (mediale) Aufmerksamkeit erfahren, die wiederum potentiell Engagierte auf die Unterkunft vor Ort aufmerksam gemacht hat.

So existiert in der GU Alte Jakobstraße sowie der GU Columbiadam ein starkes ehrenamtliches Engagement aus der Nachbarschaft und eine entsprechend hohe ehrenamtliche Angebotsvielfalt. In der GU Columbiadam ist das Angebot gar so groß, dass das Sicherheitspersonal nicht ausreichend über die vielen Veranstaltungen und Kurse informiert ist und den Ehrenamtler*innen teils den Zugang verwehrt. Ein weiteres Problem, das aus dem hohen Angebot in der GU Columbiadam resultiert, ist, dass Bewohner*innen es oft zeitlich nicht schaffen, regelmäßig an einzelnen Kursen teilzunehmen, weil sie gerne das gesamte Angebot ausprobieren möchten. Beispielsweise nehmen die Kinder nur unregelmäßig am Kinderzirkus CABUWAZI teil, der sich direkt neben der Unterkunft befindet, da sie täglich zwischen vielen verschiedenen Veranstaltungen wählen können. Dadurch wird die Durchführung des Projekts für die Veranstalter erschwert. Ein ähnliches Problem tritt in der GU Alte Jakobsstraße auf. Hier gibt es viele Initiativen, die sich engagieren, sodass es den Betreiber*innen der Unterkunft schwerfällt, die Angebote zu koordinieren. Zudem ist bei manchen Veranstaltungen wie zum Beispiel dem Frauencafé der Anteil von Ehrenamtlichen größer als der Anteil der Bewohnerinnen. An der GU Alte Jakobstraße wird die Nachbarschaft zum Tag der offenen Tür und anderen Festen eingeladen. Das Angebot wird in dieser Unterkunft in größerem Maße wahrgenommen als an den anderen Standorten.

Insgesamt ist das ehrenamtliche Engagement an peripheren Standorten geringer. In der GU Wollenberger Straße beispielsweise hat die Ehrenamtskoordinatorin der Unterkunft Schwierigkeiten, Ehrenamtler*innen für Angebote zu finden. So fährt ein Bewohner aus der GU Wollenberger Straße aufgrund des geringen Angebots und damit ausbleibenden Kontaktes mit der Nachbarschaft regelmäßig nach Moabit, um an Veranstaltungen von dem Verein Neue Nachbarschaft teilzunehmen. In der GU Wollenberger Straße haben am Tag der offenen Tür und an verschiedenen Festen zudem nur sehr wenige Nachbar*innen teilgenommen. Dies kann auch an der versteckten Lage der Unterkunft im Industriegebiet liegen. In den Nachbarschaftsbefragungen ist deutlich geworden, dass viele Nachbar*innen nicht von der Unterkunft wissen: „Wir gehen nie in die Richtung. Das ist ein Industriegebiet.“ (Nachbarschaftsbefragung in WB, 2018). Ein weiterer Grund für die geringe Teilnahme aus der Nachbarschaft ist die fehlende Kommunikation nach außen. An mehreren Standorten haben befragte Anwohner*innen gesagt, dass sie nicht über die Veranstaltungen informiert wurden. Auch in der GU Ostpreußendamm ist das Angebot geringer als an den zentralen Standorten. In Buch hat sich in den Nachbarschaftsbefragungen sogar herausgestellt, dass die Nachbar*innen gezielt Abstand von der Unterkunft nehmen. „Seitdem sie hier sind, gehe ich abends nicht mehr raus.“ (Nachbarschaftsbefragung in RB, 2018). Diese Aussage weist deutlich auf die negative Einstellung den Geflüchteten gegenüber hin. Ähnliche Sätze wurden in anderen peripheren Gebieten geäußert. Diese Ablehnung von spiegelt sich interessanterweise in der Karte der stärksten Kraft aus den Berliner Landtagswahlen im Jahr 2016 wieder, insbesondere mit Blick auf die Ergebnisse der AfD (siehe Abb. 7.7 und 7.8). Dies ist auch vor und nach der Errichtung vieler Unterkünfte anhand von Protesten deutlich geworden.

Die Bewohner*innen sind auch heute noch regelmäßig von rassistischen Anfeindungen betroffen: „Wir haben uns an den Alltagsrassismus gewöhnt.“ (Interview mit Bewohner*in, RB 2018). Mehrere Geflüchtete aus der GU Alte Jakobstraße berichten, dass sie aus diesem Grund froh sind, in Berlin-Kreuzberg zu sein: „Wir gehen ungern aus der Innenstadt raus. In unseren früheren Unterkünften weiter draußen wurden wir oft auf der Straße rassistisch angefeindet und sind nach Sonnenuntergang nicht mehr vor die Tür gegangen.“ (Interview mit Familie, AJ 2018). Eine Bewohnerin der GU Refugium Buch berichtet: „Die Nachbarschaft ist rassistisch und gefährlich. Nachts laufe ich nicht mehr vom S-Bahnhof zur Unterkunft nach Hause, deshalb gehe ich abends selten aus.“ (Interview mit Bewohnerin in RB, 2018). Die Einstellung der Nachbarschaft hat somit einen direkten Einfluss auf das Wohlbefinden der Bewohner*innen. Eine verschlossene, feindliche Einstellung kann die Geflüchteten in

der Unterkunft isolieren und den Ankommensprozess sehr erschweren, da eine Verknüpfung zur weiteren Stadt behindert wird.

Um diesen Ungleichgewichten entgegenzuwirken und um flächendeckend den Austausch zwischen Nachbarschaft und Unterkunft zu fördern, sind seit 2017 20 BENN-Standorte (Berlin entwickelt Neue Nachbarschaften) in Regie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen aufgebaut worden. Ihr Ziel ist es, „[...] die Gemeinschaft im Kiez zu stärken und so den Geflüchteten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern.“ (Stadtentwicklung Berlin, 2017). Von den sechs untersuchten Standorten liegen drei (QW, RB, AJ) in einem BENN-Gebiet (siehe Abb. 7.9).

Insgesamt zeigen unsere Beobachtungen, dass in zentral gelegenen Standorten das Angebot von Aktivitäten und das nachbarschaftliche Interesse an Kontakt mit den Geflüchteten wesentlich größer ist als in peripheren Gebieten. Dabei entsteht teilweise sogar ein Überangebot, sodass viele Freizeitveranstaltungen wenig besucht sind, während in weiter entfernten Standorten ein Mangel vorherrscht. Faktoren dafür könnten neben den bereits aufgeführten auch das sozioökonomische Profil der Nachbarschaft sowie die infrastrukturelle Anbindung der Unterkunft sein. Dieser Zusammenhang wurde jedoch nicht im Rahmen des LFP erforscht. Weiterhin wird deutlich, dass das Angebot an Unterkünften in BENN-Standorten generell größer ist. Durch unzureichende Kommunikation ist die Teilnahme der Nachbarschaft dennoch meist relativ gering. Eine feindliche Einstellung der Anwohner*innen gegenüber der Unterkunft und den Bewohner*innen kann deren Isolation herbeiführen und eine mentale Belastung für die Geflüchteten sein. Möglichkeiten des Kontaktes wie beispielsweise der neu gebaute Kinderspielplatz neben der GU Quittenweg, der öffentlich ist und somit von Nachbar*innen und Kindern von Geflüchteten gleichsam genutzt wird, sind hingegen ein erfolgreicher Weg, um Menschen zusammenzubringen. Derartige Interventionen können zudem eine Aufwertung für alle Bewohner*innen des Viertels generieren und damit die nachbarschaftliche Akzeptanz der Unterkunft fördern.

- Tempohome
- Tempohome (Untersuchungsstandort)
- Lageso
- Lageso (Untersuchungsstandort)

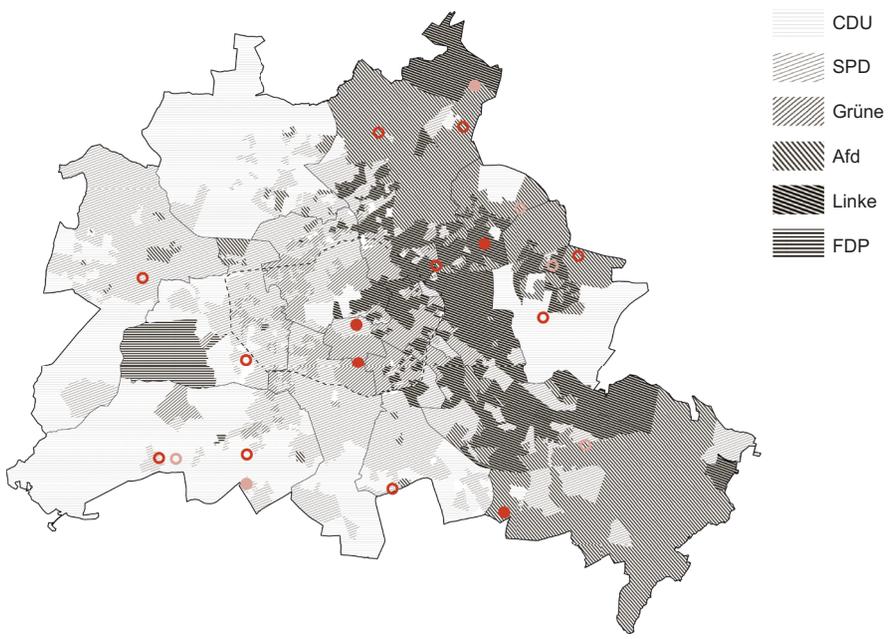


Abb. 7.7 Karte der Wahlergebnisse zur Landtagswahl 2016 nach Parteien

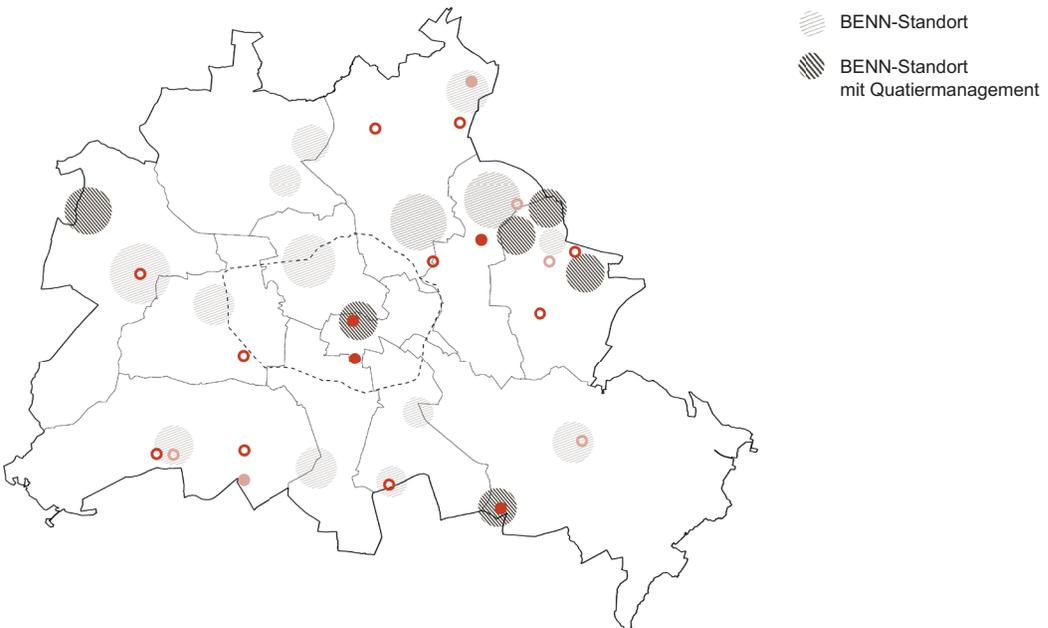
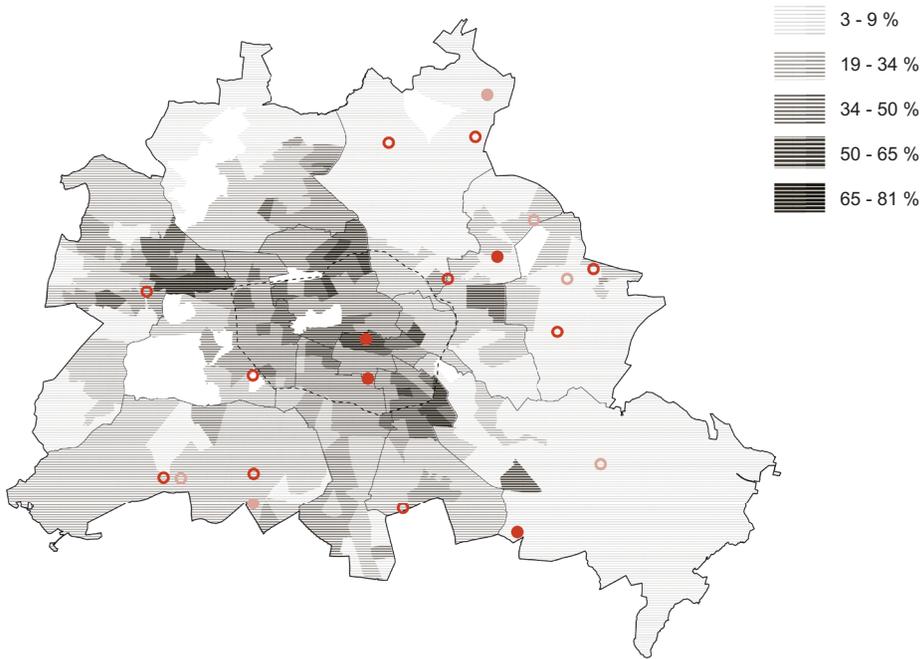


Abb. 7.8 Karte der Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund (oben)

Abb. 7.9 Karte der BENN-Standorte (Berlin entwickelt neue Nachbarschaften) (unten)

Geflüchtete an allen untersuchten Standorten finden mit der Zeit einen Zugang zur Stadt und informellen Netzwerken der Kultur des Herkunftslandes. Eine zentrale Lage und belebte Nachbarschaften beschleunigen diesen Prozess.

Über den organisierten Austausch in Form von Kursen und Veranstaltungen in der Unterkunft hinaus suchen die Bewohner*innen eigene Orte in der Stadt, wobei es verschiedene Motivationen gibt, wegen denen diese Orte ausgesucht werden. Der erste Kontakt mit der Stadt findet in der unmittelbaren Umgebung der Unterkunft statt. In Gesprächen mit den Bewohner*innen ist deutlich geworden, dass Beziehungen zur Umgebung der ersten Unterkunft in Berlin fortbestehen und entscheidend werden für den weiteren Austausch mit der Stadt. Viele der Befragten fahren häufig in die Umgebung ihrer alten Unterkünfte, um Freunde zu besuchen, zum Arbeiten oder für Freizeitaktivitäten. Viele der Bewohner*innen der GU Quittenweg haben vorher in einer Turnhalle in Adlershof gewohnt. Um ins Zentrum der Stadt zu gelangen, wählen mehrere von ihnen den etwas weiteren Weg über Adlershof, um die gewohnte Strecke zu fahren. Auch für Freizeitaktivitäten, wie ins Fitnessstudio zu gehen oder um spazieren zu gehen, fahren sie häufig dorthin. „Ich gehe fast jeden Tag ins Fitnessstudio in Adlershof. Vor ein paar Wochen habe ich ein Angebot des Fitnessstudios gesehen und mich dann angemeldet.“ (Interview mit Bewohner in QW, 2018) In anderen Fällen entsteht durch einen Arbeitsplatz die Bindung zu den administrativ durch das LAF zugewiesenen Orten. Ein Bewohner der GU Wollenberger Straße arbeitet in einem Dönerrestaurant in der Nähe seiner ersten Notunterkunft. Da ihm das die Verpflegung dort damals nicht geschmeckt hat, ist er viel in dieses Restaurant gegangen. So hat er den Besitzer kennen gelernt. Beide sind Kurden und verstehen sich gut.

Für die Bindung zur Umgebung der untersuchten Unterkünfte spielt die individuelle Wohndauer eine wichtige Rolle. Viele Bewohner*innen leben schon seit mehreren Jahren in den Unterkünften, was ihnen viel Zeit gibt, um die Umgebung kennenzulernen. Besonders Familien mit Schulkindern entwickeln eine Bindung zu den zugewiesenen Nachbarschaften, da diese sich in der Schule ein soziales Umfeld aufgebaut haben, das sie ungern verlassen möchten. Sie können sich gut vorstellen in der Nähe der Unterkunft zu bleiben, auch wenn es bedeutet, in einer dezentralen Lage zu wohnen.

Im Gegenteil dazu äußern viele der alleinreisenden Bewohner*innen den Wunsch, zentraler zu wohnen. Es fehlt ihnen an Angeboten in der Umgebung und die Wege zu den Orten in der Stadt, an denen sie sich aufhalten, sind lang. Hierbei wird deutlich, dass die Wohndauer weniger Einfluss auf die Verbindung hat, die Einzelpersonen zum Ort aufbauen.

Ein wichtiger Grund für die Vernetzung mit der Stadt ist die Orientierung zu Orten, die mit der eigenen Kultur in Verbindung gebracht werden. Hierbei handelt es sich um religiöse Einrichtungen, Restaurants, Supermärkte oder Orte, an denen die eigene Sprache gesprochen wird. Viele Arbeitsverhältnisse entstehen, laut der befragten Unterkunftsbewohner*innen, über Kontakte mit Personen aus dem gleichen Kulturkreis oder Sprachraum. Diese Orte werden möglichst in der Nähe der Unterkunft gesucht. Wenn es ein entsprechendes Angebot in der näheren Umgebung nicht gibt, werden auch weitere Wege in Kauf genommen. Beispielsweise ist eine Familie aus der GU Wollenberger Straße einmal die Woche mit einem großen Rollwagen zum Einkaufen zur Hermannstraße gefahren. Wenige Monate vor der Feldforschung des LFP hat in der unmittelbaren Umgebung der Unterkunft ein arabischer Supermarkt aufgemacht und ist schnell zum sozialen Knotenpunkt geworden. Hier hat sich das Angebot in der Nachbarschaft entsprechen der neuen Nachfrage durch die Unterkunft erweitert und angepasst, was zeigt, wie die Unterkünfte ihre Umgebung aufwerten können. Auffällig ist auch, dass die Bewohner*innen peripher gelegener Unterkünfte Orte besuchen, die im Vergleich mehr über die gesamte Stadt verteilt sind. So hat ein Bewohner aus der GU Wollenberger Straße Bezugspunkte in Moabit, Wedding, Schöneberg, Kreuzberg und Neukölln, während Bewohner*innen der GU Alte Jakobstraße und der GU Columbiadamm sich hauptsächlich in Kreuzberg und Neukölln aufhalten, da sie in ihrer näheren Umgebung bereits alles finden, was sie benötigen. Für Befragte aus allen sechs Unterkünften sind Orte in Neukölln und Kreuzberg wichtige Bezugspunkte (Übersichtskarte 2.0). Besonders die Sonnenallee wird immer wieder als Ort, an dem eingekauft und gegessen wird genannt. Bewohner*innen aus den unterschiedlichen Unterkünften erzählen zudem, dass sie hier Arbeit finden. Wie in dem oben genannten Beispiel, können Kontakte aus demselben Kulturkreis dabei helfen, einen Arbeitsplatz zu finden. In der Sonnenallee ergeben sich viele solcher Möglichkeiten. Bei der Betrachtung der Bevölkerungsstatistiken der unterschiedlichen Stadtteile ist auffällig, dass in rund um die Sonnenallee der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund besonders groß ist (siehe Abb. 7.8).

Ein weiterer Grund für die Vernetzung der Geflüchteten mit der Stadt sind Familie und Freunde aus der Heimat, die in anderen Stadtteilen

besucht werden. Aufgrund der angespannten Lage des Wohnungsmarktes wohnen viele dieser Personen außerhalb des Stadtzentrums. Deswegen fahren auch Bewohner*innen aus zentraler gelegenen Unterkünften zu peripheren Zielen (siehe Abb. 7.14). Andersherum haben Bewohner*innen aller Unterkünfte bedauert, dass sie in den eigenen Unterkünften keinen Besuch empfangen können, denn Übernachtungsgäste sind in den Unterkünften nicht erlaubt. Darüber hinaus machten viele Befragte deutlich, dass ihnen in den Containern der Platz fehlt, um Gäste zu empfangen. „In Syrien ist es üblich, ein eigenes Zimmer nur für Gäste zu haben. In dem Zimmer kann man sitzen und essen, aber auch übernachten. So ein Zimmer fehlt uns hier sehr.“ (Interview mit Familie in WB, 2018). Aus Antworten wie dieser wird deutlich, wie wichtig das Besuchen und Empfangen von Besuch für viele der Geflüchteten ist. Durch Besuch können soziale Netzwerke aufgebaut oder erhalten werden, welche wichtig sind, denn sie helfen den Geflüchteten, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden. Beispielsweise nehmen Freunde, die bereits stärker in der Stadt vernetzt sind, die Bewohner*innen zu Orten mit, die dann zu eigenen Bezugspunkten werden. So geht zum Beispiel ein Bewohner der GU Wollenberger Straße in Moabit in die Moschee, die er durch einen Freund kennengelernt hat, obwohl es auch Moscheen gibt, die besser von der Unterkunft zu erreichen sind.

Es ist klar zu sehen, dass die Geflüchteten unabhängig von der Lage der Unterkunft in der Stadt einen Zugang zu urbanen Gebieten in Berlin finden. Ziele sind dabei häufig Orte, die mit der eigenen Kultur in Verbindung gebracht werden, beispielsweise Restaurants und Supermärkte sowie religiöse Einrichtungen. Nach Möglichkeit werden diese Orte in der Nähe der eigenen Unterkunft gesucht, aber wenn es notwendig ist, werden auch weitere Wege in Kauf genommen.

Wie häufig dieser Austausch stattfindet, ist abhängig von der Lage der Unterkunft und ihrer Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Viele Befragte äußerten, dass sie die genannten Orte gerne häufiger aufsuchen würden, der Fahrweg jedoch zu lang sei. Bei innerstädtisch gelegenen Unterkünften hingegen wird die gute Erreichbarkeit von diesen Orten bekräftigt. Bewohner*innen nutzen häufig das Fahrrad oder gehen zu Fuß, andere nehmen den Bus. Sie finden schneller und einfacher Anschluss an bestehende Netzwerke und können dadurch eher ihre Handlungsfreiheit und Ideen einsetzen und Chancen generieren. Bewohner*innen der GU Refugium Buch würden gerne mehr Zeit an zentraleren und urbaneren Orten verbringen, beispielsweise an der Sonnenallee, aber die Fahrtzeit dorthin beträgt anderthalb Stunden. Gegen Abend und Nacht haben sie häufig keine Möglichkeit, zurück in die Unterkunft zu kommen. Ein Bewohner der GU Wollenberger Straße würde

gerne häufiger in die Moschee gehen, aber der Weg ist zu weit, um mehr als einmal die Woche hinzufahren. Ein anderer Bewohner würde gerne in den Zoo gehen oder häufiger an belebten Orten spazieren gehen, aber zwischen seinem Deutschkurs und der Arbeit hat er keine Zeit für lange Fahrtwege.

Abschließend lässt sich sagen, dass der natürliche Austausch mit der Umgebung durch die Unterkünfte stärker gefördert werden könnte. Die untersuchten Unterkunftstypologien fügen sich räumlich wenig in ihre Umgebung ein. Besonders durch den Zaun und das Sicherheitspersonal entsteht eine Barriere zur Stadt, die den sozialen Austausch mit den Nachbarschaften hemmt. Viele der Angebote in den Unterkünften sind zudem nicht auf die Bedürfnisse der Bewohner*innen angepasst. Sie gehen nicht auf das Bedürfnis nach einer Durchmischung mit der Stadt ein, sondern stellen ein isoliertes Programm für Geflüchtete dar. Es wäre wichtig, auf das Angebot der Stadt einzugehen und es zu ergänzen, um einen Austausch mit der Umgebung zu fördern. Das Interesse der Nachbarschaften an den Bewohner*innen der Unterkünfte ist an den zentral gelegenen Standorten größer. Besonders in peripheren Unterkünften äußern die Bewohner*innen den Wunsch nach einem stärkeren Austausch deutschsprachigen Menschen. Die weitere Vernetzung mit der Stadt findet unabhängig von der Lage der Unterkunft statt. Es werden häufig Orte aufgesucht, die mit der eigenen Kultur oder Sprache in Verbindung stehen.

Zukunftsperspektiven

„Diese Beratungen sind alle egal. Es wird uns erklärt, wie wir eine Wohnung suchen sollen, aber es gibt ja gar keine Wohnungen. Am Schluss gibt es sowieso wieder nur Absagen.“

In den untersuchten Unterkünften leben Menschen diverser Herkunft, Sprachen, unterschiedlichen Biografien und stark variierenden Zukunftsperspektiven und -erwartungen. Dieses Kapitel versucht nachzuzeichnen, wie einzelne Bewohner*innen mit der Vorstellung eines zukünftigen Lebens außerhalb der Unterkunft umgehen. Durch diesen Fokuss lassen sich raumbezogene Schlussfolgerungen ableiten. Es wird aufgezeigt, welche Rolle die Tempohomes und LaGeSo-Dörfer in dem Prozess der individuellen Zukunftsplanung spielen und Einfluss nehmen können.

Je nach mitgebrachten Eigenschaften, Vorwissen und Erfahrungen stellt sich der Prozess der Zukunftsgestaltung als unterschiedlich herausfordernd dar. Die verschiedenen Standorte wirken durch unterschiedliche Unterstützungsangebote auf die Entwicklung von ortsbezogenen Fähigkeiten ein. In diesem Kapitel wird anhand von Beispielen die Bandbreite von Szenarien dargestellt. Dazu werden der Hintergrund und mögliche Zukunftsperspektiven von sechs Bewohner*innen porträtiert. Es wird aufgezeigt, wie die Unterkünfte und die Betreiberteams mit der Diversität der Bewohnerschaft umgehen und welche Rolle das individuell mitgebrachte Raumwissen hierbei spielt. Insgesamt zeigt sich in dem Kapitel, welche Auswirkungen die Zeit in den Unterkünften auf individuelle Zukunftsperspektiven hat.

These **Die Bewohner*innen suchen nach einem selbstbestimmten Leben mit eigener Wohnung und Arbeit.**

Wenn über die Zukunftsperspektiven der Bewohner*innen gesprochen wird, ist eine zentrale Frage, welche Zukunft sie sich selbst vorstellen. Um gemeinsam auf ein Ziel hinarbeiten zu können, ist es entscheidend, es zuerst zu benennen. In einem zweiten Schritt stellt sich die Frage, wie die Erfüllung jener Wünsche erreicht werden kann, denn die Bewohner*innen sehen sich mit Hürden konfrontiert, die ihre tatsächlichen Perspektiven prägen. Einige dieser Hürden, wie beispielsweise die räumliche Orientierung in einem neuen Kontext, sind der Migration ureigen. Andere stehen im Zusammenhang mit der besonderen Form der Fluchtmigration, die sich durch Verlust und erhöhte Belastung auszeichnet. Und wieder andere Hürden begegnen den Geflüchteten in Form von politischen Restriktionen. Letztlich sehen sie sich gezwungen, Wege zu finden, mit diesen Hürden umzugehen. Die Suche nach einem selbstbestimmten Leben zeigt sich demnach nicht nur in den explizit geäußerten Wünschen, sondern auch darin, wie die bestehende Situation individuell verhandelt wird.

Zentrale Themen ihrer Wünsche für die Zukunft sind Arbeit, eine Wohnung und ein sicherer Aufenthaltsstatus. Die Rückkehr in die Selbstständigkeit steht als Ziel eindeutig im Mittelpunkt. Dass der Wunsch nach Selbstständigkeit eine derart große Bedeutung hat, lässt nach Maslows Bedürfnispyramide (vgl. Maslow 1981) schlussfolgern, dass die Grundbedürfnisse und das Bedürfnis nach Sicherheit zu dem Zeitpunkt weitgehend erfüllt sind. Dies kann als Erfolg gewertet werden. Einzig der häufig genannte Wunsch nach einem sicheren Aufenthaltsstatus stellt ein Bedürfnis dar, welches noch grundlegender als der Wunsch nach Selbstständigkeit ist. Allerdings folgen Bedürfnisse in der individuellen Realität nicht modellhaft aufeinander, sondern bestehen durchaus auch in Simultaneität.

Dass sich die Wünsche über die angestrebte Sicherheit hinaus weiterentwickeln, belegen Berichte von Auszügen aus den Unterkünften und zahlreiche Beispiele der Bewohner*innen mit Arbeitsstellen oder Ausbildungsplätzen. Das Betreiberteam einer Unterkunft schätzt, dass Auszüge im Wochenrhythmus stattfinden: „Meistens sind es alleinreisende Männer. Für Familien ist es schwieriger eine Wohnung zu finden.“ (Interview mit Betreiber, 2018) In einer anderen Unterkunft hat eine junge Frau vor, auszuziehen, um mit ihrem künftigen Ehemann eine Familie zu gründen. Ein Familienvater mit sehr guten Deutschkenntnissen besucht momentan eine Berufsschule, wo er zum Landschaftsgärtner ausgebildet wird. Außerdem begegnet man Personen, die Praktikumsplätze haben oder bereits einer Beschäftigung nachgehen.

Die theoretische Vorstellung des mehrstufigen und linearen Prozesses des Ankommens, von der Erstaufnahmeeinrichtung bis in die eigene Wohnung, verläuft in der Realität oft über Umwege und situationsbedingte zeitliche Verschiebungen. Ein Teil der Geflüchteten nutzt daher mögliche Spielräume, um Selbstständigkeit zu erlangen und die individuelle Lebenssituation zu verbessern. So ist beispielsweise ein Iraker aus der Unterkunft ausgezogen, um den täglichen Weg zu seinem Deutschkurs zu verkürzen. Nachdem er sich am neuen Wohnort allerdings schlechten Einflüssen ausgesetzt fühlte, hat er erreicht, wieder in seine ehemalige Unterkunft zurückziehen zu dürfen. Eine andere Person ist zwar offiziell in einer Unterkunft registriert, wohnt jedoch eigentlich woanders, wie sein Zimmergenosse berichtet: „Mein Mitbewohner ist sehr selten da. Nur manchmal, um die Post abzuholen. Er schläft hier nicht.“ (Interview mit Bewohner, 2018). Trotz der den festen Strukturen der Unterbringung ist es manchen Bewohner*innen also möglich, die Nutzung flexibel zu verhandeln. In der GU Alte Jakobstraße haben mehrere Bewohner*innen angegeben, lieber in der Unterkunft wohnhaft zu bleiben, als in einen peripheren Stadtteil zu ziehen. Als Gründe

wurden neben der Zentralität frühere Erfahrungen mit Rassismus in anderen Stadtteilen genannt.

Der Eintritt in den regulären Wohnungsmarkt gestaltet sich für Geflüchtete aufgrund der Knappheit bezahlbaren Wohnraums in Berlin schwierig. Zusätzlich zu diesem Aspekt bieten die Gemeinschaftsunterkünfte den Vorteil, dass sie Unterstützung bei der Ankunft bieten. Betreiber und Sozialarbeiter*innen sind vor Ort und können Hilfestellung bieten, beispielsweise durch Beratungsangebote und Deutschkurse. Dass diese Angebote hilfreich sind und von einigen Geflüchteten gerne in Anspruch genommen werden, zeigt das Beispiel eines jungen Mannes, der nach seinem Auszug aus der GU Alte Jakobstraße weiterhin dorthin zurückkehrt, um bei bürokratischen Prozessen unterstützt zu werden.

Es wurde klar, dass der Auszug aus den Unterkünften einen der zentralsten Wünsche der Bewohner*innen darstellt. Wie schnell dieser Wunsch realisierbar ist, bleibt unklar. Dass es möglich ist, dass Unterkünfte weit über den Planungszeitraum hinaus bestehen, zeigt das Beispiel der Gemeinschaftsunterkunft Motardstraße in Berlin-Spandau. 1989 für einen Zeitraum von zehn Jahren eröffnet, verblieb das aufgrund seines maroden Zustands breit kritisierte Containerdorf insgesamt 25 Jahre in Nutzung. Ein ähnliches Vorgehen ist für die Tempohomes und LaGeSo-Dörfer nicht wünschenswert. Um ein solches Szenario zu verhindern, ist es von Nöten, den Wunsch der Bewohner*innen, aus den Unterkünften auszuziehen, zu unterstützen.

Für die Zukunftsvorstellungen der Bewohner*innen ist die Rückgewinnung der Selbstständigkeit zentral. Die meist geäußerten Wünsche sind ein sicherer Aufenthaltsstatus, eine Wohnung und ein Arbeitsplatz. Auf erstgenannten können die Unterkünfte keinen Einfluss nehmen. Das Finden von Wohnung und Arbeit sollte durch die Tempohomes und LaGeSo-Dörfer allerdings unterstützt werden. Dadurch kann einer Verstetigung der temporären Unterbringungsform entgegengewirkt werden. Die Bewohner*innen sollten nicht von der Wiedererlangung der Selbstbestimmung abgehalten werden. Das bedeutet zu akzeptieren, wenn Geflüchtete die vorgesehene Funktion der Unterkünfte umdeuten. Förderliche Tempohomes und LaGeSo-Unterkünfte gehen flexibel auf die Nutzungsmuster der Bewohner*innen ein.

„Wenn ich eine Ausbildung gefunden habe, dann suche ich eine Wohnung in der Nähe.“

„Eigentlich wollte ich gerne im Wedding wohnen, aber jetzt möchte ich erst eine Arbeit finden und danach eine Wohnung in der Nähe suchen.“

„Ich möchte eine Wohnung mit meinen Eltern finden. Wenn ich 25 bin will ich heiraten und eine eigene Wohnung ziehen.“

„Wir möchten eine große Wohnung finden, wo wir alle zusammen wohnen können. Aber das ist schwierig.“

„Wir vermissen unsere Heimat, aber wir können nicht dorthin zurück.“

„Ich arbeite wieder als Friseur, wie in meiner Heimat. Später möchte ich hier gern mein eigenes Friseurgeschäft eröffnen.“

„Berlin ist meine Stadt, Berlin ist mein Leben. Ich will hiernie wieder weg.“

„Ich darf nicht arbeiten wegen den Papieren. Früher habe ich schwarzgearbeitet, aber das will ich nicht mehr. Was soll ich machen, wenn der Deutschkurs fertig ist.“

„Ich möchte einen Führerschein machen, die Theorieprüfung habe ich jetzt endlich bestanden.“

„Ich schaffe den Deutschkurs nicht. Ich muss meiner Frau viel mit den Kindern helfen, sie ist seit 5 Monaten krank. Sie kann nicht vergessen.“

„Ich bin jetzt in einer Willkommensklasse für Landschaftsgärtnerei. Manche Tage gehe ich in die Schule und manche Tage arbeiten.“

„Wir überlegen aus Berlin wegzugehen, weil man woanders leichter Wohnungen findet. Aber in Berlin kennen wir uns schon gut.“

„Ich hatte letzte Woche eine Deutschprüfung. Hoffentlich habe ich bestanden.“

„Mama, du musst besser Deutsch sprechen lernen. Du musst Auto fahren wie eine deutsche Frau.“

„Man muss immer weiterkämpfen. Man muss immer gucken wie es weitergeht. Man darf nicht aufgeben.“

„Man schaut sich tausend Wohnungen an, aber die kannst du vergessen.“

Herausforderungen für die Zukunft der Bewohner*innen

Um ihre Zukunftswünsche zu erreichen, benötigen die Geflüchteten spezifisches Wissen und ortsbezogene Fähigkeiten. Die Gemeinschaftsunterkünfte tragen in ihrer Rolle als Transitzone eine Verantwortung, die zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln.

Die Menschen in Gemeinschaftsunterkünften befinden sich in unterschiedlichen Ausgangslagen und verfügen bereits über mitgebrachtes Wissen und individuelle Fähigkeiten. Manches davon hat eine hohe Relevanz in der neuen Lebenssituation, anderes verliert durch die Migration an Bedeutung. Hinzu kommt lokales Wissen, welches kaum von einem anderen Ort mitgebracht, sondern nur vor Ort erlernt werden kann. Die Zeit in den Unterkünften beeinflusst die Bewohner*innen und ihre Fähigkeiten, schließlich bilden die Unterkünfte die Orte, an denen Geflüchtete sich die ersten Monate oder Jahre nach der Ankunft aufhalten. Sie bilden gewissermaßen eine Pufferzone zwischen den Zugezogenen und der Aufnahmegesellschaft, einen Nicht-Ort, beziehungsweise einen fast schon überstaatlichen Raum (vgl. Grbac 2013). Im besten Fall können solche Räume als Orte des Ankommens wirken, an denen der Schock der Migration abgefedert, lokal notwendiges Wissen erlernt und ein Netzwerk aufgebaut werden kann (vgl. Deutsches Architekturmuseum 2016). Im schlechteren Fall trennen sie die Geflüchteten von der restlichen Gesellschaft, erschweren den Kontakt zur lokalen Bevölkerung und wirken als Zwischenraum, in dem weder die Gesetzmäßigkeiten des Herkunftslandes noch die des Aufnahmelandes gelten (vgl. Kreichauf 2017). In beiden Fällen und in all jenen dazwischen prägen die Unterkünfte die Zukunft.

Die Notwendigkeit eines gewissen lokalen Wissens liegt auf der Hand: Wie funktionieren die bürokratischen Prozesse; welche Unterlagen sind für die Wohnungssuche erforderlich; wie verhält man sich in verschiedenen Räumen und Situationen. Es ist notwendig, sich Wissen über die eigenen Rechte anzueignen, über das Schulsystem oder auch über so Alltägliches wie ortsübliche Preise. Sprachkompetenz ist eine zentrale Fähigkeit, um an ortsspezifisches Wissen zu gelangen. Die Relevanz der Sprache ist den Bewohner*innen bewusst: „Im Supermarkt hat jemand mit mir gesprochen. Ich habe mich geschämt, denn ich kann nicht gut Deutsch und habe ihn nicht verstanden.“ (Interview mit Bewohnerin in QW, 2018).

Manche Bewohner*innen stehen jedoch vor der Herausforderung, sich Fähigkeiten anzueignen, die hier als weit grundlegender angesehen

werden. Ist ein Mensch beispielsweise auch in seiner Muttersprache nicht alphabetisiert, impliziert das Erlernen der deutschen Sprache weit mehr Anstrengung als beispielsweise der Besuch von Fremdsprachenunterricht in einem deutschen Gymnasium. Für einige Bewohner*innen ging die Flucht zudem mit einer Land-Stadt-Migration einher: ein Prozess, der Migrant*innen selbst innerhalb des eigenen Landes neue Fähigkeiten abverlangt. Wer nie in einer Stadt gelebt hat, muss sich daran gewöhnen, wie man sich in urbanen Räumen bewegt. Wer nie zuvor Karten gelesen hat, muss Methoden finden, an die gesuchten Orte zu gelangen und sich neue Räume zu erschließen.

Darüber hinaus sind die Bewohner*innen geflüchtet, was für viele von ihnen traumatische Erlebnisse oder die Trennung von Angehörigen gebracht hat. Alle von ihnen sahen sich gezwungen, ihr Zuhause aufzugeben. Wie gut damit umgegangen werden kann, hängt von tief liegenden und kaum veränderbaren Eigenschaften ab: Wie resilient ist eine Person; wie gut kann sie sich auf neue Situationen einlassen? Die Wichtigkeit dieser Faktoren betont ein Anbieter eines Beratungsdienstes, der dieses im Dienstags-Café der GU Quittenweg vorstellt: „Zuerst kommt die Psyche. Erst wenn es der Psyche gut geht, hat man den Kopf frei, Deutsch zu lernen. Und erst dann ist man in der Lage, eine Arbeit aufzunehmen. Das ist eine Pyramide: Fehlt die Basis, bricht alles zusammen.“ (Interview mit Anbieter eines Beratungsdienstes in QW, 2018)

Netzwerke von Migrant*innen können dank eigener Erfahrungen beim Erwerb relevanten Wissens unterstützen. So wird innerhalb der Unterkunft Wissen ausgetauscht – ein Weg, auf dem auch Bewohner*innen ohne Deutschkenntnisse an Informationen gelangen. Besonders prädestiniert für die Vermittlung sind Personen mit Migrationshintergrund oder ausgeprägter interkultureller Erfahrung, die bereits länger in Deutschland leben. Sie können nicht nur die Sprache übersetzen, sondern auch ortsübliche Prozesse decodieren. Dies spiegelt sich auch in den Betreiberteams und vor allem unter den Sozialarbeiter*innen wider, die an vielen Standorten eine hohe Diversität aufweisen. So verfügt in der GU Alte Jakobstraße sogar mehr als die Hälfte des Teams über Sprachkenntnisse in Muttersprachen der Bewohner*innen. Demgegenüber ist dieser Anteil in der GU Wollenberger Straße und in der GU Refugium Buch nur klein. Die Art der Unterstützung unterscheidet sich zwischen den untersuchten Unterkünften auch durch Breite und Ausrichtung des Angebots. Was in allen Unterkünften angeboten wird, sind strukturelle, bürokratische Beratung, Sprachkurse und Kinderbetreuung. Außerdem bieten alle Unterkünfte Computerkurse und Sportkurse an. Diese Angebote variieren jedoch in ihrer Intensität, Regelmäßigkeit und Ausführung. Im Folgenden werden einige Angebote der Unterkünfte

hervorgehoben, die über das bisher genannte hinausgehen. Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. (vgl. Abb. 7.13)

Insgesamt adressieren die meisten Angebote Herausforderungen auf der sichtbaren Ebene, während Unterstützung auf der tieferliegenden Ebene seltener angeboten wird. Einzig in der GU Ostpreußendamm, dem Standort für vulnerable Flüchtlinge, ist mit einer 60% Stelle ein Psychologe eingestellt. Andere Unterkünfte haben diese Möglichkeiten nicht und müssen andere Wege zur psychosozialen Hilfe finden. Ein Beispiel sind die Empowerment-Kurse in der GU Refugium Buch, in denen der Umgang mit rassistischen Übergriffen thematisiert wird. In der GU Alte Jakobstraße findet ein Frauen-Café statt, welches den Anspruch hat, gemeinsam schwierige und persönliche Themen zu behandeln. Wie das Erlangen von Fähigkeiten auf tiefer Ebene konkret unterstützt werden kann, zeigt die GU Columbiadamm, in der wöchentlich Sozialraumerkundungen für Frauen angeboten werden. Diese können insbesondere unterstützend wirken, indem gezielt externe Anbieter hinzugezogen werden. In der GU Quittenweg ist dies wöchentlich im stark besuchten Dienstags-Café der Fall, wo externe Angebote vorgestellt werden (siehe Zitat weiter oben). Außerdem kann durch Zuverlässigkeit, Regelmäßigkeit und Verbindlichkeit auf tiefen Ebenen unterstützt werden. Durch regelmäßige Veranstaltungen und durch das Einhalten von Vereinbarungen können die Betreiber*innen den Bewohner*innen in der Ausnahme-situation, die eine Unterkunft darstellt, eine Verlässlichkeit geben.

Die Möglichkeit, auf der psychologischen Ebene zu unterstützen, setzt ein gutes persönliches Verhältnis voraus, was in engen Beziehungen oder Freundschaften der Fall ist. Dies können die Betreiber*innen selten leisten, freiwillige Helfer*innen, Integrationslots*innen oder Nachbar*innen allerdings schon. An dieser Stelle wird der räumliche Aspekt wieder deutlich: In zentral gelegenen Gemeinschaftsunterkünften ist die Anzahl an freiwilligen Helfer*innen größer als an peripheren Standorten. Die Kontaktmöglichkeiten sind demnach höher, wodurch sich die Chancen auf Teilhabe erhöhen. Durch verbesserte Informationsverbreitung oder die stärkere Einbindung der Nachbarschaft könnte dieser Nachteil bei peripheren Unterkünften abgeschwächt werden. So sagt beispielsweise eine Nachbarin der GU Quittenweg aus, sie hätte bisher nicht gewusst, dass Nachbar*innen in der Unterkunft willkommen seien: „Ich könnte mir gut vorstellen an gemeinsamen Veranstaltungen teilzunehmen.“ (Interview mit Nachbarin bei QW, 2018)

Es wurde dargestellt, wie die Zeit in den Unterkünften auf die Entwicklung von Zukunftsperspektiven wirkt. Die dargestellten Zusammenhänge sind dabei nicht als Kausalzusammenhänge zu verstehen.

Die Bewohner*innen bringen individuelle Eigenschaften mit und in den Unterkünften wirken äußere Einflüsse auf sie ein. Es sind somit viele Faktoren von Relevanz, die im Zusammenspiel Wirkungen erzeugen.

Aus der Verantwortung der Gemeinschaftsunterkünfte kann nicht abgeleitet werden, dass die Bewohner*innen ohne diese Unterstützung nicht in der Lage sind, in der Stadt anzukommen. Prägnant formuliert dies ein Betreiber: „Die haben es alleine hierher geschafft. Also werden sie auch irgendwelche Behördengänge alleine schaffen.“ (Interview Betreiber in OPD, 2018) Viele Bewohner*innen der Unterkünfte nutzen die Angebote wenig: „Aus meinem Haus kenne ich schon so gut wie jedes Gesicht. Allerdings kommen nicht alle zu den Sprechstunden.“ (Interview mit Sozialarbeiter*in RB, 2018) Sie verfügen über genügend lokales Wissen, um ihren Alltag in Berlin zu leben und erlangen zum Teil anderswo Unterstützung. Selbst wenn eine Person scheinbar relevante Wissenslücken hat, kann sie in einer diversen und offenen Gesellschaft Wege zur Teilhabe finden. Multikulturelle Stadträume wie die Sonnenallee können so Ankerpunkte bilden. Und über Netzwerke von Migrant*innen ist es auch mit geringen Deutschkenntnissen realistisch, eine Arbeit zu finden, wie mehrere Beispiele von Befragten zeigen.

Auf dem Wohnungsmarkt hat sich ein informeller Sektor entwickelt: „Wir haben uns letzte Woche eine Wohnung angeguckt. Sie wollten 6.000 € Maklergebühr. Woanders wurden auch schon 8.000 € verlangt.“ (Interview mit Bewohner*in WB, 2018). Diese ausbeuterische Entwicklung soll keinesfalls gutgeheißen werden. Dass solche Forderungen in Berlin möglich sind, unterstreicht jedoch, wie sehr die Bewohner*innen in eine eigene Wohnung ziehen möchten. Die Bewohner*innen finden teils unerwartete Wege, um in der Stadt anzukommen.

Ein problematischer Aspekt der Unterkünfte wird deutlich, wenn sich die Situation der Bewohner*innen während der Unterbringung verschlechtert. Bei der Ankunft haben viele der Menschen noch Hoffnung und Motivation. Es ist zu beobachten, dass diese beiden tief liegenden Eigenschaften sich während der Unterbringung verflüchtigen können: „Seit drei Jahren sind wir hier. Wegen unseres Aufenthaltsstatus ist die Wohnungssuche schwierig. Wir vermissen unsere Heimat, aber wir können nicht dorthin zurück.“ (Interview mit Bewohner*in in RB, 2018) Es finden sich viele Beispiele von Personen, die darum bemüht sind, sich eine Zukunft aufzubauen. Demgegenüber stehen allerdings auch viele Bewohner*innen, die eher abzuwarten scheinen. Eine Mutter aus Syrien äußert zwar den Wunsch nach einer eigenen Wohnung, ist allerdings nicht aktiv auf der Suche. Ein Grund für eine solche Tatenlosigkeit kann

fehlendes Wissen über den Bewerbungsprozess sein. Häufig ist der Grund aber auch die wachsende Frustration über die scheinbare Ausweglosigkeit und eine schließlich eintretende Resignation sein: „Diese Beratungen sind alle egal. Es wird uns erklärt, wie wir eine Wohnung suchen sollen, aber es gibt ja gar keine Wohnungen. Am Schluss gibt es sowieso wieder nur Absagen.“ (Interview mit Bewohner*in im QW, 2018) In solchen Fällen führt die Zeit in der Unterkunft zu einem Rückschritt statt einem Fortschritt. Die Problematik liegt eindeutig in der langen Dauer der Unterbringung. Dementsprechend ist es keinesfalls die Lösung, die Tempohomes und LaGeSo-Dörfer so lange offenzuhalten, bis die gesamte Bewohnerschaft ideal vorbereitet scheint. Wichtig ist es, dass die Unterkünfte tatsächlich die ihnen zugewiesene Funktion übernehmen: Die Geflüchteten kurzzeitig unterzubringen und mit zusätzlichem Wissen und hilfreichen Fähigkeiten in die Stadt zu entlassen. In diesem Fall können die Unterkünfte einen Ort der Befähigung darstellen, statt einen Ort des Ausschlusses.

Es ist wichtig, dass die Tempohomes und LaGeSo-Dörfer in ihrer Rolle als Transitzone Verantwortung übernehmen. Ihre Arbeit ist gelungen, wenn sie als Orte der Befähigung wirken und nicht als Orte des Ausschlusses. Dabei liegt es in ihrer Verantwortung, spezifisches Wissen und ortsbezogene Fähigkeiten zu vermitteln. Es ist dafür eine ganzheitliche Betrachtung notwendig, bei der auch tieferliegende Ebenen weiterentwickelt werden. Diversität innerhalb der Teams, ein vielfältiges Angebot und das Hinzuziehen von Externen stellen sich als erfolgreiche Ansätze heraus.

These **Die Bewohnerschaft ist divers. Damit zusammenhängende unterschiedliche Ausgangslagen, wie auch die Unterbringung in verschiedenen Gemeinschaftsunterkünften resultieren in unterschiedlichen Perspektiven für die Zukunft.**

Deutschlandweit stammen zum Zeitpunkt des Lehrforschungsprojektes die meisten Geflüchtete aus Syrien, gefolgt vom Irak und von Afghanistan (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019). Dieses Bild zeigt sich auch in der Bewohnerschaft der untersuchten Unterkünfte. Neben diesen drei Hauptherkunftsländern sind viele weitere Länder vertreten, beispielsweise der Iran, Eritrea, Pakistan, die Türkei und Russland. Bezüglich Alter, Geschlecht und Familienstand zeichnet sich eine klare Tendenz: Die meisten Geflüchteten sind entweder alleinstehende junge Männer oder Familien mit insbesondere kleinen Kindern. An allen Standorten sind beide Gruppen ziemlich ausgeglichen vertreten.

Eine Sonderrolle nimmt die GU Ostpreußendamm für vulnerable Flüchtlinge ein, in der der Anteil an alleinstehenden Frauen deutlich höher ist als in den anderen Unterkünften.

Während sich die vorhergehende These mit dem Erwerb von neuem Wissen und zusätzlichen Fähigkeiten auseinandergesetzt hat, rückt dieses Kapitel auch das Mitgebrachte in den Fokus. Es wurde bereits deutlich, dass die Bewohnerschaft Wissen und Fähigkeiten mitbringt. Dies zu nutzen stellt eine Chance für die Weiterentwicklung und das Wohlbefinden, also für die Zukunft der Bewohner*innen, dar.

Der Betreiber der GU Ostpreußendamm ist gleichzeitig auch der Betreiber einer Tafel, an der bedürftigen Menschen Mahlzeiten ausgegeben werden. Der Betrieb der Tafel wurde mittlerweile so umgestellt, dass Bewohnerinnen der GU Ostpreußendamm das Essen für die Tafel zubereiten. Eine Bewohnerin hat dadurch eine bezahlte und sinnstiftende Beschäftigung erhalten, worüber sie sehr glücklich ist. Dass die GU Ostpreußendamm die Bewohner*innen bei der Nutzung ihrer mitgebrachten Fähigkeiten unterstützt, zeigt sich auch darin, dass ein Friseurzimmer und ein Nähstudio eingerichtet wurden. Das Nähstudio wird von mehreren Bewohner*innen genutzt. Hervorzuheben ist jedoch eine Bewohnerin, die dank der bereitgestellten Infrastruktur ihr Können dazu nutzen kann, Kleidungsstücke anderer Bewohner*innen zu reparieren. Ähnlich ist das Beispiel einer arabischsprachigen Bewohnerin der GU Alte Jakobstraße, die in ihrer Heimat als Lehrerin gearbeitet hat. Seit Kurzem gibt sie Studentinnen in Räumlichkeiten der Unterkunft Arabisch-Unterricht. Eine sudanesisische Bewohnerin der GU Quittenweg hat eine Zeit lang einen Computerkurs für Frauen geleitet. Mittlerweile hat sie eine Wohnung gefunden, wodurch dieser Kurs geendet hat. Das Phänomen, dass engagierte Bewohner*innen überdurchschnittlich schnell Wohnungen finden und durch diese positive Entwicklung Lücken in der Selbstorganisation der Unterkünfte hinterlassen, zeigt sich noch deutlicher im folgenden Beispiel. Ein junger Mann, der in der GU Quittenweg die Verantwortung für den Computerraum übernahm und Kurse leitete, hat nach einem Fernsehbeitrag über die Unterkunft Jobangebote erhalten und ist kurz darauf ausgezogen. In der GU Columbiamdamm konnten zwei solche Engagements über die Zeit der Unterbringung hinaus aufrechterhalten werden. Ein ehemaliger Bewohner kehrt regelmäßig in die Unterkunft zurück und unterstützt Bewohner*innen bei der Installation von Satellitenschüsseln: von der Beschaffung der Einzelteile über Reparaturen bis hin zur Installation. Einer der Erstbezügler des Hangars, ein alleinstehender Mann aus dem Irak, hat von Beginn an bei Hausmeistertätigkeiten mitgeholfen, was der Betreiber zugelassen hat. Nach dem Umzug aus dem Hangar in die Tempohomes folgte auf

die anfangs unentgeltliche Arbeit eine Anstellung des Mannes als Hausmeister. Mittlerweile hat er eine eigene Wohnung bezogen und ist in der GU Columbiadamm der Vorgesetzte von mehreren anderen Hausmeistern. Seine Sprachkenntnisse und Erfahrung kann er während der Arbeit mit den Bewohner*innen verwenden. Diese Fälle zeigen, wie fruchtbar es sein kann, das Können der Bewohner*innen zu nutzen und sie in ihren Tätigkeiten zu unterstützen. Durch die ausgeübten Tätigkeiten haben sich manchen Bewohner*innen zusätzliche Zukunftsperspektiven eröffnet. Doch nicht nur für die Bewohner*innen selbst, es ergibt sich auch für die übrige Bewohnerschaft, für die Betreiber oder wie im Fall der Tafelköchin für die Gesellschaft ein Mehrwert.

Im Folgenden werden drei Einzelpersonen und drei Familien porträtiert. Die getroffene Auswahl bildet die vorgefundene Diversität ab. Jede untersuchte Gemeinschaftsunterkunft ist mit einem Beispiel vertreten. Die Bewohner*innen sind anonymisiert; Aussehen, Name und andere spezifische Informationen wurden verändert. Geänderte Informationen sind mit einem * gekennzeichnet. Die sechs ausgewählten Beispiele stellen die Bandbreite von Hintergründen und Zukunftsperspektiven dar.

Der 20–30-jährige Mahmud* stammt aus einer Stadt in Syrien. Dort lebte er bei seiner Familie, die der Mittelschicht angehörte. Er verfügt über Schulbildung und ist noch keinem Beruf nachgegangen. Fußball war in Syrien ein wichtiges Hobby von ihm. Mahmud* ist alleine geflüchtet und leidet darunter, nicht mehr in der Familiengemeinschaft zu sein. Seit 3 Jahren ist er in Berlin und aktuell in der GU Quittenweg wohnhaft. Mahmuds* größter Wunsch für die Zukunft ist es, aus der Unterkunft auszuziehen: „Eine Wohnung, ein WG-Zimmer, egal. Es ist mir auch nicht wichtig, wo in der Stadt, ich nehme alles.“ (Interview mit Mahmud*, 2018) Er kritisiert den Zaun, der die Unterkunft umschließe, als wäre sie ein Gefängnis. Nach Möglichkeit würde er außerdem lieber in einer anderen Nachbarschaft wohnen. In Cafés in der Umgebung sind seine Versuche mit Nachbar*innen in Kontakt zu treten bisher gescheitert. Er nimmt aktiv an den Angeboten der Unterkunft teil, beispielsweise am Dienstags-Café, wo über externe Angebote informiert wird. Im Sommer nimmt er am Fußballtraining der Unterkunft teil. Aktuell besucht Mahmud* einen externen Deutschkurs und weiß noch nicht, wie er sich danach weiterbilden möchte. Er fühlt sich in der Unterkunft gut beraten und unterstützt. So hat er auch Beratungsangebote für die Wohnungssuche genutzt. Über seine berufliche Zukunftsperspektive spricht Mahmud* wenig, zu sehr beschäftigt ihn die Wohnungssuche. Er beklagt, die meisten seiner Bekanntschaften seien bereits aus der Unterkunft ausgezogen.

In Afghanistan wohnten Amar* und Zohra* mit ihrer Tochter in einem Haus in der Stadt. Amar* arbeitete, während Zohra* sich um das gemeinsame Zuhause kümmerte. Sie stammen beide aus der afghanischen Mittelschicht, Zohra* ist allerdings nicht alphabetisiert. Auf der Flucht war sie hochschwanger mit dem zweiten Kind, das in Deutschland geboren ist. Amar* hat Verwandte in Berlin und in der Türkei. Die Familie ist seit 2016 in Berlin und wohnt aktuell in der GU Alte Jakobstraße. Für ihre Zukunft wünschen sie sich unbedingt in Berlin zu bleiben. Beide haben sich bereits sehr gute Sprachkenntnisse angeeignet. Zohra* nutzt den Deutschkurs in der Unterkunft und hat einen Deutschpaten, den sie über die Unterkunft gefunden hat. Amar* besucht einen externen Deutschkurs, während die ältere Tochter in eine Kindertagesstätte in der Nachbarschaft geht. Die Familie pflegt ein gutes Verhältnis zum Betreiberteam der Unterkunft und ist froh über die Möglichkeiten der Beratung. Sie haben vor Kurzem begonnen, nach einer Wohnung zu suchen. Da Amar* keine Ausbildung hat, ist seine berufliche Perspektive eine Hilfsarbeit oder eine Berufsausbildung. Beim Finden einer Wohnung oder einer Ausbildung steht der Familie viel Unterstützung zur Verfügung: externe Beratungsangebote in der Unterkunft, Hilfe durch den guten Kontakt zum Betreiberteam oder Hilfe durch den Deutschpaten, zu dem die Familie ein freundschaftliches Verhältnis pflegt.

Luan* gehörte in Mazedonien der albanischen Minderheit an. Luan* ist eine queere Person: als Mann geboren, an Männern interessiert und teilweise in Frauenkleidung gekleidet. Die Familie ist streng religiös und heißt Luans* Identität nicht gut. Außerdem ist die Familie wohlhabend und auf dem Land wohnhaft. Luan* hat in einer mazedonischen Stadt bei einer Bank* gearbeitet und spricht viele Sprachen. Luan* ist zwischen 30 und 40 Jahren alt, tritt selbstbewusst auf und scheint resilient. Geflüchtet ist Luan* alleine und hat damit den Bezug zu Familie und Heimat aufgegeben. Berlin hat Luan* aus Identitätsgründen gezielt angesteuert. Seit 3 Jahren ist Luan* in Berlin und aktuell in der GU Refugium Buch wohnhaft.

„Berlin ist meine Stadt, Berlin ist mein Leben. Ich will hier nie wieder weg.“ (Interview mit Luan*, 2018) Luan* hat Anschluss in der queeren Szene gefunden, kennt viele Menschen und arbeitet in einem queeren Nachtclub. Neben fließendem Englisch sind auch Luans* Deutschkenntnisse gut. Luan* macht eine Ausbildung im Banksektor*. Die Aussichten auf eine Arbeitsstelle sind dementsprechend gut. Unterstützung aus der Unterkunft nimmt Luan* kaum in Anspruch, ebenso wenig wie dass Luan* die Gemeinschaftsräume nutzt oder an Unterkunftsangeboten teilnimmt. Luan* hat selbst veranlasst, in die GU Refugium Buch zu ziehen, da die Situation in der vorherigen Unterkunft belastend war.

An der Unterkunft sind Luan* demnach vor allem Ruhe und Sicherheit wichtig. Aktuell ist Luans* größtes Bedürfnis, eine Wohnung zu finden. Dies wird voraussichtlich bald gelingen: Luan* hatte beim Interview eine Wohnung in Aussicht.

Parisa* war in Pakistan Teil der Oberschicht. Da ein enges Familienmitglied sich in der Öffentlichkeit kritisch gegenüber der Regierung äußert, ist die gesamte Familie politisch verfolgt. Parisa* und ihren Geschwistern droht in Pakistan politischer Hausarrest, weswegen alle das Land verlassen haben. Sie hat Familie in Australien, den USA und Skandinavien. Gemeinsam besitzen sie in der Heimat mehrere Häuser, die momentan leer stehen. Parisa* ist zwischen 30 und 40 Jahre alt, hat einen modernen Lebensstil, ist gebildet und spricht fließend Englisch. Zuletzt war sie in Pakistan Mutter und Hausfrau. Gemeinsam mit ihrem Ehemann und den drei Kindern ist sie erst nach Dubai und dann nach Berlin geflüchtet. Seit einem Jahr ist sie in Deutschland und lebt aktuell in der GU Columbiadamm. Parisa* möchte Deutschland wieder verlassen. Ihr größter Wunsch wäre eine Rückkehr in die Heimat, was sie aufgrund der Verfolgung als unmöglich ansieht. Die Familie genießt vollen Flüchtlingsschutz und hat demnach in Deutschland gute Zukunftsperspektiven. Parisa* leidet allerdings unter dem Wetter und stellt sich eine Zukunft an einem wärmeren Ort vor. Weil sie sich in Berlin nicht wohlfühlt, geht sie nur ungern zu dem Deutschkurs, an dem sie und ihr Mann verpflichtet sind teilzunehmen. Ihre Kinder besuchen die Schule und lernen Deutsch. Angebote in der Unterkunft nutzt Parisa*seltener und sie hat auch keinen Beratungsbedarf. Die Familie möchte aus der Unterkunft ausziehen und sucht mit guten Aussichten eine Wohnung. Der Auszug scheitert bisher daran, dass es Parisa* schwerfällt, den im Vergleich zu ihrer Vergangenheit starken Verlust an Lebensqualität hinzunehmen.

Im Irak hat Said* in einer Stadt nahe der Grenze zu Syrien gelebt. Er ist 30–40-jährig, hat ein Chemie-Studium abgeschlossen und im Irak als chemischer Krankenhauslaborant gearbeitet. Außerdem hat er gelernt, das irakische Zupfinstrument Tanbur zu spielen. In der Heimat lebte er zuletzt alleine und ist auch alleine geflüchtet. Er ist seit 3 Jahren in Deutschland und lebt aktuell in der GU Wollenberger Straße.

Said* ist auf der Suche nach einer Arbeitsstelle als Chemielaborant. Seinen Universitätsabschluss konnte er sich teilweise anerkennen lassen. Er spricht fließend Deutsch und hat die Deutschkurse des Niveaus B2 abgeschlossen. Außerdem macht er momentan einen Führerschein. Während eines Praktikums in einem anderen Berliner Bezirk hat er die langen Wege als problematisch empfunden: „Ich möchte

erst eine Arbeit finden und danach eine Wohnung in der Nähe suchen.“ (Interview mit Said*, 2018). Am liebsten würde Said* im Wedding wohnen, da er viele Veranstaltungen in der Gegend besucht. Dort nimmt er auch an Musik-Jams teil und spielt auf dem Tanbur. Es ist ihm wichtig, in Berlin zu bleiben, da er sich in der Stadt gut auskennt und Anschluss gefunden hat. Er ist außerhalb und innerhalb der Unterkunft gut vernetzt. Zum Betreibersteam, das früher in der Unterkunft gearbeitet hat, hat er ein freundschaftliches Verhältnis aufgebaut und ist enttäuscht darüber, dass dieses nicht über die Zeit der Beschäftigung hinaus Bestand hatte. Momentan greift er wenig auf Unterstützungsangebote aus der Unterkunft zurück, da er bereits viel Selbstständigkeit erlangt hat.

Tahire* und ihr Sohn Selim* stammen aus einer Stadt in Syrien. Sie ist zwischen 40 und 50 Jahren alt, gebildet und hat in Syrien in einem Büro gearbeitet. Selim* ist 20-30-jährig und hat ebenfalls Schulbildung. Mutter und Sohn sind beide krank und unter anderem wegen der medizinischen Versorgung nach Deutschland geflüchtet. Selim* ist bereits ein Jahr länger in Berlin als seine Mutter, die 2016 nachgekommen ist. Sie wohnen in der GU Ostpreußendamm für vulnerable Flüchtlinge. Tahire* wünscht sich eine Rückkehr in die Heimat: „Ich wäre lieber wieder in Syrien, als in einem Container zu leben.“ (Interview mit Tahire*, 2018) Der Wunsch, aus der Unterkunft in eine eigene Wohnung zu ziehen wird betont, aber sie sind nicht aktiv auf der Suche. Es scheint, als sähe Tahire* in Deutschland keine Perspektive auf ein Leben, das sie glücklich macht. Selim* hat in Berlin anfangs eine Schule besucht, kann dies aber aus gesundheitlichen Gründen nicht fortführen und auch keine Arbeit aufnehmen. Beide sind durch ihre Krankheiten und durch das Wohnen in der Unterkunft stark belastet. Ihre Deutschkenntnisse sind nicht gut. An gemeinschaftlichen Aktivitäten nehmen sie selten teil. Sie erhalten bürokratische und medizinische Unterstützung in der Unterkunft.

Die Zuteilung von Geflüchteten in Unterkünfte mit einer besonderen Funktion geschieht aufgrund eines bestimmten Kriteriums wie Vulnerabilität oder Minderjährigkeit. Die übrige Zuweisung basiert auf Kriterien wie der relativ ausgeglichenen Verteilung von alleinstehenden Männern und Familien oder verschiedenen Herkünften auf die Unterkünfte. Entscheidend ist aber vor allem die Verfügbarkeit von Unterbringungsplätzen. Wie gut die Unterkunft mitsamt ihrer Lage und Ausstattung zu einer dort untergebrachten Person passt, ist demnach teilweise zufällig. Es wurde dargestellt, wie die Unterkünfte die Zukunftsperspektiven beeinflussen können und dass die Standorte Unterschiede aufweisen. Noch größer als die Unterschiede unter den verschiedenen Tempohome- und LaGeSo-Dorf-Standorten sind die Unterschiede zwischen diesen und

anderen Unterbringungsformen. Aber auch unter den Unterkünften derselben Typologie zeigen sich Differenzen in Punkten wie den Unterstützungsangeboten, der Nutzung individueller Fähigkeiten, der interkulturellen Erfahrung und naturgemäß der Lage im Stadtgebiet. All diese und weitere Aspekte prägen die Zukunftsperspektiven. Letztlich ist der Zufall ein zukunftsbestimmender Faktor.

Zielorientierte Betreiber*innen von Tempohomes und LaGeSo-Dörfern sehen die Diversität ihrer Bewohnerschaft als Chance an. Im besten Fall eröffnen sie Möglichkeiten, wie die Fähigkeiten der Bewohner*innen genutzt werden können. Es ist wichtig, selbstinitiiertes Engagement nicht zu unterbinden, sondern eigene Ideen zuzulassen. Dass ein Teil der Bewohnerschaft viel Selbständigkeit erlangt hat ist erfreulich. Die logische Folge ist, dass diese Bewohner*innen weniger Unterstützung und Angebote in Anspruch nehmen. Dadurch könnte auch Raum entstehen, die Bewohner*innen, denen es schwerfällt sich zu orientieren und sich eine Zukunft aufzubauen, noch gezielter zu unterstützen. Diese Bewohner*innen hätten viel davon, eine konkrete Ansprechperson zu haben, sie die über die Unterbringung hinaus unterstützt und sie möglicherweise auch begleitet. Die Betreiber*innen von Tempohomes und LaGeSo-Dörfern arbeiten zielführend und zufriedenstellend, wenn sie solche Beziehungen fördern, indem sie Zugänge erleichtern und sich aktiv dafür einsetzen, externe Angebote und beispielsweise ehrenamtliche Privatpersonen in die Unterkünfte zu bringen.

Handlungsempfehlungen für die Verbesserung individueller Zukunftsperspektiven

- #1 Auf eine Rückgewinnung der Selbstständigkeit hinarbeiten, Strukturell unterstützen (Arbeit/Schule, Wohnungssuche, Bürokratie)
- #2 Einer Verstetigung der temporären Unterbringungsform entgegenwirken
- #3 Als Transitzone Verantwortung übernehmen und als Ort der Befähigung wirken; Wissen und Fähigkeiten vermitteln
- #4 Die Bewohner*innen ganzheitlich betrachten und individuell in spezifischen Bereichen unterstützen
- #5 Mitgebrachte Fähigkeiten der Bewohner*innen fördern und Selbstinitiative zulassen
- #6 Flexibel auf Nutzungsmuster der Bewohner*innen eingehen
- #7 Diversität im Unterkunftspersonal fördern
- #8 Einbindung in die Stadt fördern; Unternehmungen außerhalb der Unterkunft anbieten
- #9 Externe Anbieter hinzuziehen und Beziehungen zu Privatpersonen unterstützen, Zugänge erleichtern und Externe einladen

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Raumaneignung

- #1 Die Möglichkeit sich den Wohnraum gemäß ihren Bedürfnissen und ihres mitgebrachten Raumwissens anzueignen ist wichtig für einen selbstbestimmten Alltag der Bewohner*innen.
- #2 Die Unterkünfte sind Orte an denen Raumwissen erweitert, verändert und neu geschaffen wird.
- #3 Die Lockerung von Einrichtungsregularien und das Übertragen von Entscheidungsgewalt an die Betreiber würde den Bewohner*innen mehr Gestaltungsspielraum geben.

Governance

- #4 Die Unterbringung der Geflüchteten ist hierarchisch organisiert.
- #5 Die Regelwerke und Gesetze zur Unterbringung von geflüchteten Menschen entsprechen nicht immer den sich mit der Zeit wandelnden Bedürfnissen der Bewohner*innen.
- #6 Um eine zufriedenstellende Unterbringungssituation zu gestalten, benötigt es eine aktive soziale Interaktion der Akteure und kreative Handlungsspielräume in der Auslegung der Regelwerke.

Sozialräumliche Interaktion

- #7 Typologische Gegebenheiten, wie Zaun, Sicherheitsschleuse und Anordnung der Container beeinflussen stark die soziale Interaktion innerhalb der Unterkunft.

- #8 Für die Bewohnerschaft relevante Orte zur sozialen Interaktion sind oft andere als die durch die Planung vorgesehenen.
- #9 Bei der Planung und dem Betrieb einer Unterkunft müssen Gender-Aspekte stärker Berücksichtigung finden.
- #10 LaGeSo-Dörfer forcieren durch ihre gemeinschaftlichen Infrastrukturen stärker die soziale Interaktion, jedoch bieten Tempohomes aus Sicht der Bewohner*innen wesentliche Vorteile.

Interaktion mit der Umgebung

- #11 Mehr Angebote in der Umgebung und eine gute Anbindung an bestehende Wohnquartiere verhindern eine Isolation der Bewohner*innen.
- #12 Die städtische Angebotsvielfalt wird oft den geplanten, exklusiven Aktivitäten innerhalb der Unterkunft vorgezogen.
- #13 Zentral gelegene, urbane Unterkünfte bieten meist mehr Aktivitäten für Geflüchtete an als periphere. Ihre Nachbarschaften sind diverser und offener gegenüber Migrant*innen.
- #14 Geflüchtete aus allen Standorten finden mit der Zeit einen Zugang zur Stadt, Urbanität und informellen Netzwerken der Kultur des Herkunftslandes. Eine zentrale Lage und belebte Nachbarschaft beschleunigen diesen Prozess.

Zukunftsperspektiven

- #15 Die Bewohner*innen suchen nach einem selbstbestimmten Leben mit eigener Wohnung und Arbeit.
- #16 Um ihre Zukunftswünsche zu erreichen, benötigen die Geflüchteten spezifisches Wissen und ortsbezogene Fähigkeiten. Die Gemeinschaftsunterkünfte tragen in ihrer Rolle als Transitzone eine Verantwortung, die zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln.
- #17 Die Bewohnerschaft ist divers. Unterschiedliche Ausgangslagen und die Unterbringung in verschiedenen Gemeinschaftsunterkünften resultieren in unterschiedlichen Perspektiven für die Zukunft.

Handlungsempfehlungen

Die Planung und Umsetzung der Tempohomes zwischen 2016 und 2018 war ein mit regulär standardisierten Planungsabläufen nicht zu vergleichender Prozess. Wechselnde politische Vorgaben und Akteur*innen, ein hoher Zeitdruck, limitierte Kapazitäten oder völlige Ungewissheit über die weitere Entwicklung des Zuzuges von Geflüchteten führten zu einer Situation, in der ein normales, bedarfsgerechtes und vorrausschauendes Planen unmöglich war. Für die beteiligten Planer*innen wurde diese Erfahrung zu einem „Lernprozess“: anstelle eines a priori festgelegten, starren Korsetts, dem gefolgt wurde, wurden Spielräume und Möglichkeiten gesucht, von Projekt zu Projekt nachzubessern, auf positive und negative Erfahrungen vor Ort zu reagieren und Erfahrungen in Verbesserungen einfließen zu lassen. In diesem Zeitraum wurden somit wertvolle Erfahrungen gesammelt, die für zukünftige Krisenplanungen von großem Wert sind. Die sechs in diesem Bericht untersuchten Standorte wurden zu unterschiedliche Zeitpunkten realisiert und dokumentieren somit diesen „Lernprozess“: Der Vergleich der ersten LaGeSo-Dörfer mit dem zuletzt realisierten Tempohome Alte Jakobstrasse zeigt die Unterschiede und den Erfolg vieler „Innovationen“ eindeutig auf. Einige der im Folgenden formulierten Handlungsempfehlungen sind somit für viele an den Planungsprozessen Beteiligte nicht überraschend. Sie reflektieren Nachbesserungen, die bereits in der neuen Planungspraxis umgesetzt werden oder zu Zeitpunkt der Forschung diskutiert wurden. Weitere Handlungsempfehlungen stützen sich auf die Ergebnisse und Einsichten, die aus dem Forschungsprojekt gewonnen wurden und versuchen zu den bereits laufenden Diskussionen beizutragen.

1. Räume zur Selbstverwirklichung fördern

Die Erfahrungen aus den Tempohomes und LaGeSo-Dörfern zeigen, dass sich Geflüchtete dann wohler fühlen, wenn sie eigene Vorstellungen bei der Einrichtung ihrer Unterkunft verwirklichen können. Oft sind ihre Aneignungspraktiken Wege, um zwischen den kulturellen Praktiken des Herkunftslandes und Deutschland zu vermitteln. Sie sind deshalb ein wichtiger Beitrag zu der individuellen Identitätsfindung am Asylort. Bei einer zukünftigen Gestaltung der Unterkünfte sollte deswegen darauf geachtet werden, dass dieses Bedürfnis nach Selbstverwirklichung durch die architektonischen Rahmenbedingungen nicht nur toleriert, sondern stärker gefördert wird. Die Lernerfahrungen der letzten Jahre haben bereits zu positiven Neuerungen geführt, wie zum Beispiel die dezentralen Anordnungen von Küchen/ Waschräumen in den Tempohomes. Folgende Aspekte könnten in Zukunft eine noch stärkere Berücksichtigung finden: Das Bedürfnis, den neutralen, standardmäßigen Raum in einen persönlichen Rückzugsort umzuwandeln sollte als

wichtiger Punkt im Ankommensprozess anerkannt werden. Geflüchtete sollten die Möglichkeit erhalten, von der Unterkunft gestellte Möbel zurückzugeben, bzw. außerhalb der Zimmer beispielsweise in dafür vorgesehenen Lagerräumen zu lagern, um die Anschaffung eigener Möbel und Einrichtungsgegenstände bzw. Anordnungen zu fördern. Eigene Möbel und Einrichtungsgegenstände sind wichtige „Investitionen“ in die zukünftige Existenzsicherung, die in eigener Verantwortung geschieht. Bewohner*innen sollten die Möglichkeit erhalten, Vorhänge und Sichtschutz an Eingangstüren und in Fensternähe anzubringen, um kulturell bedingte Praktiken bzw. Sichtschutz z. B. für Frauen zu wahren. Brandschutzstandards sollten so ausgerichtet sein, dass sie die Nutzung von Möbeln, Vorhängen und Teppichen nicht unmöglich machen. Partnerschaften mit Initiativen wie Cucula e.V. könnten helfen, Bewohner*innen in Eigeninitiative bei der Einrichtung ihrer Unterkunft zu fördern.

2. Ko-produktive Gestaltung der Gemeinschaftsräume und der Außenbereiche ermöglichen

Analog zur Förderung von Eigeninitiative bei der Ausgestaltung der privaten Wohnbereiche sollten auch gemeinschaftlich genutzte Bereiche im Innen und Außenbereich gemeinsam mit Bewohner*innen der Unterkunft gestaltet werden. Erfahrungen zeigen, dass „gut gemeinte“ Planung, z.B. von hochwertig gestalteten öffentlichen Räumen, nicht unbedingt entsprechend angenommen wird. Ein alternativer Ansatz könnten prozess- und akteursorientierte Planungsansätze sein. Schritt für Schritt und in enger Kooperation mit den Bewohner*innen könnten zunächst Bedarfe identifiziert, Interventionen priorisiert und schließlich umgesetzt werden (Referenzbeispiel Quartiersmanagement). Nutzungen, die sich unerwartet und im Widerspruch zur ursprünglichen Planung ergeben, sind grundsätzlich als positiv zu bewerten und sollten gefördert werden. Die Verwendung von Teilen der zur Verfügung stehende Mittel für Interventionen könnten dem Prinzip des „participatory budgeting“ folgend gemeinsam entschieden werden.

3. Förderung von gemeinwohlorientierten Initiativen und Start-Ups

Die Untersuchung hat viele positive Ansätze gezeigt in denen Betreiber*innen die Eigeninitiative von Geflüchteten gezielt fördern und so Bewohner*innen helfen eine Perspektive für ein eigenständiges

Berufsleben zu entwickeln. Beispielhaft ist z.B. eine Initiative für Catering in der GU Ostpreußendamm in der die lokale Kirchengemeinde und andere lokale Organisationen mit Essen versorgt werden. Die noch gezieltere Förderung solcher Initiativen durch die Bereitstellung von Räumen, Infrastrukturen und Schulungen könnten weitere Anreize zur Entwicklung von unternehmerischen Ideen und/oder gemeinwohlorientierten Projekten schaffen.

4. Besuche ermöglichen

Bewohner*innen von Unterkünften sollten die Möglichkeit erhalten (evtl. nach Anmeldung) Gäste empfangen und zur Übernachtung unterbringen zu können. Die regelmäßige Kontaktpflege ist für viele Geflüchtete oft essentiell. Familien sind oft auf unterschiedliche Standorte, teils auch in verschiedenen Städten verteilt. Eine Hotelübernachtung bei Besuchen ist für viele nicht finanzierbar.

5. Privatsphäre sichern

Die Berücksichtigung der Privatsphäre der Bewohner*innen ist essentiell. Verhältnismäßig kleine Investitionen wie eine zentrale Briefkastenanlage sollten verbindlich vorsehen werden. Kontrollpraktiken wie Zimmerkontrollen sollten nicht willkürlich, sondern nur bei einem konkreten Verdacht auf hygienische Missstände erfolgen. Die „Check In“-Kontrolle wurde von einer Mehrheit der Bewohner*innen als belastend empfunden. Zäune werden tagsüber, wie auch nachts überwunden. Durch die Kontrolle und den Zaun, der das Gelände einschließt, wird die Unterkunft von Bewohner*innen, sowie Nachbarn und Besucher*innen als exklusiver Raum innerhalb der Stadt wahrgenommen. Die Umzäunung des Geländes und die Personenausweiskontrolle ist in der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu überdenken.

6. Gender-Sensibilität bei der Gestaltung von gemeinschaftlichen Innen- und Außenräumen stärken

Genderdynamiken bestimmen die Nutzung von Gemeinschaftsräumen und Außenbereichen entscheidend, auch außerhalb der privaten Wohnbereiche. Ein sensibles, aber proaktives Engagement der Betreiber sollte dazu führen, dass Frauen in die Konzeptentwicklung und Gestaltungsprozesse ausreichend einbezogen werden. Eine räumliche Gender-Separierung innerhalb der Unterkunft ist in der Regel nicht zu

empfehlen, um rein männlich dominierte Orte zu vermeiden. Trotzdem ist für eine Vielzahl von Frauen der Schutz vor Blicken der Männer entscheidend, um sich zwanglos verhalten zu können. Es ist darauf zu achten, dass es ausreichend Handlungsspielräume im unorganisierten öffentlichen Bereichen gibt, den Frauen für sich beanspruchen können.

7. Kontinuität der Betreiberorganisationen sichern

Der Aufbau von Vertrauen zwischen Bewohner*innen, Betreiberorganisationen und anderen Akteuren und Dienstleistern (z.B. Sicherheitsfirmen) ist essentiell, erfordert Erfahrung und Zeit. Kurze Betreiberverträge und eine vor allem auf dem Wirtschaftlichkeitsprinzip basierende Vergabe können sich kontraproduktiv auswirken und das Zusammenleben in der Unterkunft stören.

8. Zugang zu Information und Kommunikation ermöglichen

Der flächendeckende und kostenlose Zugang zu WLAN in jeder Wohneinheit ist wesentlich um Geflüchteten ausreichend Zugang zu Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten zu sichern. Viele Betreiberteams bemühen sich darüber hinaus auch um analoge Möglichkeiten des Informationsaustausches in der Unterkunft (z.B. Infotafeln, Infowände, etc.), die den Bewohner*innen dabei helfen, Zugang zu den bestehenden Nutzungsangeboten in der Nachbarschaft und Stadt zu finden. Allerdings ersetzt dies nicht die Notwendigkeit von mehr persönlicher Ansprache und Hilfe, für die dringend mehr Zeit und Budgets benötigt werden.

9. Lage und räumliche Einbindung in den städtebaulichen Kontext

Konkurrierend mit vielen anderen Entwicklungsbedarfen einer wachsenden Stadt erfolgte die Auswahl der temporären Standorte für Unterbringung von Geflüchteten in der Vergangenheit meist einer pragmatischen Logik. Die geographische und sozialräumliche Lage spielt jedoch eine signifikante Rolle für den Ankommensprozess der Geflüchteten. Aus aktueller Stadtforschung ist bekannt, dass diese Parameter für das Anknüpfen an bestehende informelle Stadtstrukturen sowie das Aufbauen eigener sozialer Netzwerke sehr entscheidend sind. Dies wurde in unserer Feldforschung noch einmal bestätigt. Eine räumliche Integration der Unterkunft erleichtert es den Bewohner*innen Anschluss an beispielsweise Ärzte oder Jobmöglichkeiten mit Verknüpfungen zum

Herkunftskulturkreis zu finden, welche im Stadtzentrum konzentriert sind. Dies ist zu einem großen Teil auf sprachliche Vorteile zurückzuführen, es ist aber auch für viele Geflüchtete leichter, wichtige Vertrauensverhältnisse in diesen Netzwerken aufzubauen, welche dann später als Ausgangspunkt für das Verknüpfen mit anderen Teilen der Gesellschaft dienen. Eine bessere Berücksichtigung der städtebaulichen Eignung könnte in einem zukünftigen Fall diese Prozesse vereinfachen. Diese Eignung könnte wie folgt definiert werden:

Isolierte Lagen sollen vermieden werden; Nähe zu bestehenden Wohnquartieren und Einkaufsmöglichkeiten und entsprechende Infrastrukturen für Bildung, Freizeit, sowie sozialen und kulturellen Austausch sollen gegeben sein.

Zentrale innerstädtische Lagen schaffen bessere Bedingungen der Integration als städtische Randlagen; in weniger zentralen Lagen ist eine gute ÖPNV-Verkehrsanbindung besonders wesentlich.

Diskreterer Schutz: Bei aller Diversität von Meinungen von zu bestehenden Zäunen überwiegt das Bedürfnis nach Schutz. Anstatt eines Zaunes könnte allerdings dieser Schutz diskreter realisiert werden, z. B. durch zur Straße hin geschlossene, mehrstöckige Baukörper, die die Privatsphäre der Bewohner*innen schützen und einen Zaun ersetzen können. Gleichzeitig würde sie sich besser in das vorherrschende Stadtbild einfügen.

Die Entwicklung eines Kriterienkataloges für die Eignung von Standorten könnte bei hohem Handlungsdruck den Entscheidungsprozess unterstützen. Es sollte ebenfalls untersucht werden, ob potenzielle Standorte als Vorhalteflächen für Not- und Gemeinschaftsunterkünfte regulärer Bestandteil von Katastrophen- und Krisenplänen für die Stadt werden sollten, insbesondere im Hinblick auf bevorstehende weltweite klimatische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Migrationsbewegungen.

10. Synergien zwischen Standort und Nachbarschaft zulassen

Durch die Abgrenzung von Geflüchteten und Nachbar*innen im Alltag entsteht oft der missverständliche Eindruck, dass Geflüchtete sich auf soziale Versorgungssysteme verlassen und selbst passiv verhalten. Gerade in Nachbarschaften, die unter Investitionsrückstau leiden, kann so ein Gefühl der ungleichen Behandlung und Konkurrenz entstehen. Um diesen destruktiven Dynamiken entgegen zu steuern sollten Investitionen nach dem Prinzip des „win-win“ geplant werden:

Fokus von Investitionen sollte nicht nur auf der Unterkunft liegen, sondern auch eine Stärkung bestehender sozialer und kultureller Infrastrukturen (inkl. Bildungseinrichtungen) in der Nachbarschaft vorsehen. Investitionen in Gemeinschaftseinrichtungen und Freizeitinfrastrukturen (wie Spiel- oder Sportplätzen) sollten nicht nur Bewohner*innen aus der Unterkunft zur Verfügung stehen, sondern idealerweise eine gemeinsame Nutzung mit der Nachbarschaft erlauben.

Die Doppelung von vorhandenen Infrastrukturen sollte vermieden, bzw. besser in deren Ertüchtigung investiert werden. Unterkünfte könnten sich anstatt auf Zusatzangebote konzentrieren, die in der Nachbarschaft bisher nicht vorhanden sind und somit einen klaren Mehrwert darstellen. Die Entwicklung von nachhaltigen Serviceangeboten von Geflüchteten, die von der Nachbarschaft genutzt werden (z. B. Cateringangebote) sollten gezielt gefördert werden, u.a. auch im „Ausgründungsprozess“ als selbstständige Unternehmen oder gemeinwohlorientierte Initiativen.

Konsequenter Integration in bestehende Planungsprozesse (z.B. INSEK/ISEK oder Quartiersmanagement) um Zusatzbedarfe zu definieren und planerisch aufzufangen. Hierbei sollten die Erfahrungen aus der BENN-Initiative kritisch reflektiert und eingebracht werden.

Impressionen

Im Jahr 2015 nahm Berlin quasi über Nacht tausende Geflüchtete in temporären Unterkünften auf. Um sie zu beherbergen, wurden neue Formen von Flüchtlingsunterkünften, sogenannte „Tempohomes“, errichtet. Im Dokumentarfilm „13 Square Meters“ wird eine kritische Perspektive auf die Flüchtlingsunterkünfte als Räume des Persönlichen im Gegensatz zum allgemein Administrativen gezeigt. Zudem wird der Zusammenhang von Alltagsarchitektur in Städten und der Produktion von Massenunterkünften beleuchtet. Durch die Gegenüberstellung des ursprünglichen Designs von Unterkünften mit der Umgestaltung der Räume durch Geflüchtete, stellt der Dokumentarfilm die Rolle der Architektur in Frage: Wie können wir Geflüchteten bessere Bedingungen zum Wohnen bieten? Wie kann Architektur die Menschen dazu befähigen, ihre Kultur, Herkunft und Identität in den Unterkünften und darüber hinaus auszudrücken? Wie interpretieren Geflüchtete in den Unterkünften die Bedeutung eines „Zuhause“ und wie reagiert die Unterakunftsleitung auf die Raumaneynungen der Geflüchteten?

Der Film „13 Square Meters“ webt einen Wandteppich aus zeitgenössischen Themen, die sich mit den Ideen von Flucht, Raum und Architektur befassen, während er die Diskussion über die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen dem Design von Flüchtlingsunterkünften und der Produktion von modernistischem Massenwohnungsbau in Städten eröffnet.

Credits

Regie: Kamil Bembnista & Ayham Dalal
Kamera: Joanna Piechotta
Schnitt: Elyes Mahfoudhi
Ton: Paulina Sacha

Preise

1st price,
Kategorie „Care“,
Architecture Film Festival
London,
2021

3rd Preis,
Bester Dokumentarfilm,
XV. Istanbul International
Architecture and Urban
Films Festival,
2021





















Literaturverzeichnis

Baier, A., Siegert, M. (2018): BAMF-Kurzanalyse Ausgabe 02|2018 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Wohnsituation Geflüchteter. Rezipiert von https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse11_iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-wohnsituation.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 16.02.19).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2016): Lebensweltlich orientierte Räume (LOR): Planungsräume. Rezipiert von <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/geoinformation/fis-broker/>.

Berlin Geoportal (2017): Wohnlagenkarte nach Adressen zum Berliner Mietspiegel. Rezipiert von <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/geoinformation/fis-broker/>.

Berlin Geoportal (2018): Arbeitslosenanteil 2016. Rezipiert von <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/geoinformation/fis-broker/>.

Berlin. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2019): Quartiersmanagement Berlin: Kosmosviertel. Rezipiert von <https://www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiere/kosmosviertel.html>.

Bourdieu, P. (1976, orig. 1972): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der Grundlage der kabyliischen Gesellschaft, Frankfurt am Main.

de Certeau, M. (1984): *The Practice of Everyday Life*. Berkeley, CA: University of California Press.

Deutsches Architekturmuseum (2016): *Die Arrival City*. Rezipiert von <http://www.makingheimat.de/en/the-arrival-city-is> (letzter Zugriff am 14.11.2017).

Europäisches Parlament (2013): Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlamentes und Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (letzter Zugriff am 14.11.2017).

Grbac, P. (2013): *Civitas, polis, and urbs: Reimagining the refugee camp as the city*. Oxford, University: Department of International Development, Refugee Studies Centre. (Working paper series No.96).

Kreichauf, R. (2017): Europäische Lagerlandschaften. Zur Unterbringung von Asylsuchenden in Berlin, Kopenhagen und Madrid. In U. Altrock, R. Kunze (Hrsg.), Stadterneuerung und Armut: Jahrbuch Stadterneuerung Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 171-200.

LAF Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Berlin (2016): Leistungs- und Qualitätsbeschreibung zum Betreibervertrag Flüchtlingsunterbringung Land Berlin. http://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/Qualitaetsanforderungen_LAF_Dez2016.pdf (letzter Zugriff: 16.02.19).

LAF Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Berlin (2017): Anlage 1: Leistungs- und Qualitätsbeschreibung zum Betreibervertrag Flüchtlingsunterbringung Land Berlin. Berlin, Deutschland: Land Berlin.

Lefèbvre, H. (1996): The Right to the City. In: Kofman, Eleonore; Lebas, Elizabeth (Hrsg.): Writings on cities, Cambridge, Massachusetts: Wiley-Blackwell, p. 147-159, ISBN 9780631191889.

Maslow, A. H. (1954): Motivation and Personality. New York: Harper and Row.

Masterplan Intergration und Sicherheit (2016): <https://www.berlin.de/rbmskz/aktuelles/politik-aktuell/2016/meldung.458963.php?> (letzter Zugriff: 16.02.19).

Netzwerk Berlin hilft! (2016): Treptow-Köpenick: Tempohome NUK Venusstraße/Quittenweg. Rezipiert von <http://berlin-hilft.com/2016/08/15/treptow-koepenick-tempohome-nukvenusstrassequittenweg/>.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2019): Aktuelle Zahlen zu Asyl: Ausgabe Dezember 2018. Rezipiert von http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2018.pdf?__blob=publicationFile.

SFB Sonderforschungsbereich 1265 „Re-Figuration von Räumen“ (2018): Projektbereich A: Raumwissen. Rezipiert von <https://sfb1265.de/en/projects/project-areas/>.

Stadtentwicklung Berlin (2017): Benn Förderprogramm. Rezipiert von www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/benn.

Reflexion

Diese Reflexion fasst die *wichtigsten* Ergebnisse des TU-Berlin-Reports zusammen und diskutiert die Inhalte und deren aktuelle Bedeutung für das LAF in 2021. Zusätzlich präsentiert die Reflexion die bisherigen Entwicklungen in verschiedenen LAF-Unterkünften seit 2018.

1.0 Einführung

Der Tempohomes-Report präsentiert die Ergebnisse einer empirischen Studie, die durch Studierende der TU Berlin im Rahmen eines Lehrforschungsprojektes im Wintersemester 2018/2019 durchgeführt wurde. Das Projekt ist eine Kooperation des Referats Planen und Bauen, LAF II E (damals III B), betreut von Frau Dipl. Ing. Petra Berndt und der TU unter Leitung von Prof. Dr. Philipp Misselwitz. Untersuchungsgegenstand sind sechs nach spezifischen Standortparametern ausgewählte Containerdörfer und Tempohomes in Berlin.

Ziel des Kooperationsprojektes war es, Einblicke in die gegenwärtigen und zukünftigen Perspektiven der Bewohner*innen zu gewinnen und Erfahrungen aus der Praxis der für eine temporäre Unterbringung geplanten Wohnanlagen zu dokumentieren und zu sammeln, bevor sie zurückgebaut werden müssen.

Zwei „LaGeSo-Dörfer“ und vier „Tempohome“-Standorte wurden für die Studie ausgewählt. Berücksichtigt wurden unterschiedliche städtische Lagen (innerstädtisch vs. peripher), die Größe der Unterkünfte, die urbanen Kontexte, die Vielfalt der Standorte und der unterschiedlichen Gestaltungsaspekte (wie zum Beispiel die zwei Typologien und unterschiedliche Nachrüstungen zu den Standardausführungen).

Die Studie ist durch qualitative sozial- und Raumforschungsmethoden (teilnehmende Beobachtung und semistrukturierte Interviews mit den Betreibern, Bewohner*innen und Anwohner*innen) gekennzeichnet. Pro Unterkunft wurden ca. 7 semistrukturierte Interviews mit Bewohner*innen und 3 Interviews mit Mitarbeiter*innen und Sozialarbeiter*innen durchgeführt. Insgesamt konnten 29 Bewohner*innen befragt werden.

Qualitative Forschungsmethoden geben Einblicke in die Motivation, Meinungen und Perspektiven der befragten Menschen und der sie leitenden Logiksysteme. Subjektive Wahrnehmungen, Erfahrungen, innere und äußere Konflikte und Bedürfnisse und diesbezügliche Handlungsbedarfe können so identifiziert werden. Qualitative Forschungen lassen sich allerdings nur unter Vorbehalt generalisieren.

Inhalt der Studie ist die Dokumentation der baulichen und architektonischen Situation, der Betriebsabläufe und des Alltags der Bewohner*innen. Durch Kartierungen, Zeichnungen und Photographien gehört die Methodik der Studie in den Bereich der Architektur-Ethnographie (so Kalpakci et al. 2018), die das Leben der Menschen und deren Perspektiven visuell durch architektonische Grafiken dokumentiert und analysiert. Somit stellt der Inhalt der Untersuchung die Perspektive der Geflüchteten dar, die in Studien sonst nicht ausreichend repräsentiert wird oder werden kann.

Die gewonnenen Erkenntnisse sind in dreierlei Hinsicht relevant:

Zunächst zeigen sie Möglichkeiten, den Alltag von Geflüchteten, der eng mit ihren Integrationsperspektiven in Deutschland verbunden ist, durch Optimierung sowohl der verwaltungstechnischen Abläufe als auch der baulichen Beschaffenheit der Unterkünfte zu erleichtern.

Damit gehen unmittelbar auch Perspektiven zur planerischen Optimierung und zum Verwenden der finanziellen Mittel einher.

Zuletzt eröffnen gerade die Unschärfe oder die sich abzeichnenden Erkenntnislücken im vorliegenden Bericht, die ihm zunächst als Schwäche ausgelegt werden könnten, die Grundlage neuer Forschungen durch eine Transformation von Fragestellungen und Methoden. So ist der vorliegende Bericht eine Fundgrube für Politiker, Planer, Praktiker der Flüchtlingshilfe und Forscher.

Die Reflexion umfasst zwei Hauptteile. Im ersten Hauptteil (2.) werden die Fragestellung und die wichtigsten Ergebnisse der Studie diskutiert und kommentiert. Im zweiten Hauptteil (3.) wird der Nutzen der Erkenntnisse für das LAF dargestellt und kommentiert. In der Zusammenfassung werden bisherige Entwicklungen vorgestellt und es erfolgt ein Ausblick. *Die Inhalte der Studie werden kursiv wiedergegeben*, um sie gegen die Reflexion abzugrenzen.

2.0 Fragestellung und Ergebnisse

Die Studie untersucht unterschiedliche räumliche Ebenen

- 2.1. Raumaneynungen auf der Ebene der Unterkunftseinheit
- 2.2. Governance (Verwaltung, Sicherheitsdienst und Regelwerke) auf der Ebene des Standortes
- 2.3. Sozialräumliche Interaktion innerhalb der Unterkunft
- 2.4. Interaktion mit der Umgebung auf der Ebene des Bezirks und der Stadt
- 2.5. Zukunftsperspektiven der befragten Bewohner*innen, die das Zusammenleben in der Unterkunft sowie Vorstellungen und Pläne ihrer individuellen Zukunft präsentieren.

Die für das LAF besonders relevanten Ergebnisse der oben genannten Fragestellung werden in diesem Abschnitt präsentiert und diskutiert.

2.1. Möglichkeiten aktiver Raumaneynungen der Bewohner: Welche von den Bewohner*innen initiierte Aneignungsprozesse sind in den privaten/semi-privaten Räumen der Unterkunft vorzufinden? Welches Raumwissen (inkl. „mitgebrachter“ Raumpraktiken) wird dabei handlungsrelevant?

Die Studie zeigt, dass die Bewohner*innen nicht passiv sind. Durch Raumaneynung, Raumwissen (persönliche und kulturelle mitgebrachte Raumerfahrung und Raumpraktiken) zeigen sie ihre Handlungsfähigkeiten „Agency“ (Emirbayer & Mische 1998; Schmitt 2019). Proaktivität und Kreativität zeigt sich im aktiven Umgang mit Herausforderungen und Bedürfnissen im Alltag, wie sie sich aus dem Mangel an Raum und Privatsphäre ergeben. Solche Aneignungsprozesse der Geflüchteten sind Versuche, die darauf zielen, ein Gefühl von „Zuhause“ und „Häuslichkeit“ in den Räumen der Unterkünfte zu entwickeln (Dahdah & Dippel 2018; Parsloe 2017, 35). Diese Prozesse sind in den unterschiedlichen Unterbringungsformen und Standorten weltweit zu beobachten. In manchen Aufnahmestaaten ist dies eher zu verwirklichen und sichtbarer als in anderen. Ob diese Praktiken gefördert, toleriert oder unterdrückt werden, hängt mit dem spezifischen „politischen Handlungsspektrum zusammen, das zwischen restriktiver Containment Politik bis liberal“ reicht (Misselwitz & Dalal 2017). In Berlin bzw. Deutschland ist dieser Aneignungsprozess meistens nur innerhalb der Container möglich, z. B. durch Ummöblierung und Umgestaltung der Innenarchitektur

und des Hausrats. Nicht umsetzbar sind dagegen Umbauen der Zelte / Container / Baracken oder deren „Umpositionierung“ in traditionelle „Dorf“-Strukturen, wie z. B. im Fall von palästinensischen und syrischen Flüchtlingslagern im Nahen Osten, aufgrund von deutschen Verordnungen, Gesetzen und angeschlossenen Infrastrukturen (z. B. Wasseranschlüsse, Heizung, Stromanschlüsse). Die Aneignungsprozesse innerhalb der Container müssten mehr vom LAF und den Betreibern der Unterkünfte erlaubt und unterstützt werden.

Die Studie zeigt auch die Vielfalt der Geflüchteten, deren Bedürfnisse und ihren Umgang mit dem Alltag der Unterbringung. Es ist wichtig zu betonen, dass die Bedürfnisse der Geflüchteten nicht nur vielfältig sind (Vertovec et al. 2017), sondern sich auch mit der Zeit wandeln, entsprechend der Verweildauer und der spezifischen Lebenssituation.

Kulturelle und persönliche Parameter

Die Menschen versuchen, ihre Wohnungen jenen in der Heimat nachzubilden. Matratzen und Betten werden je nach Bedürfnis arrangiert, um den Raum effektiver nutzen zu können oder um Privatsphäre und Schutz vor ungebetenen Blicken zu ermöglichen.

Juristische und räumliche Voraussetzungen von Gastfreiheit müssen gewährleistet werden. Es soll geprüft werden, ob Besucherregelungen angepasst werden können. Übernachtungsmöglichkeiten von Gästen wurde nicht nur in dieser Studie, sondern auch regelmäßig im Rahmen unterschiedlicher LAF-Projekte diskutiert. Sie werden als zentraler Aspekt des Ankommens, Komforts und der persönlichen Freiheit gesehen. Laut der neuesten Hausordnung für Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte im Land Berlin (Stand 07.12.2020) können Besucherzeiten inkl. Übernachtungen unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt werden.

Bei der Planung und dem Betrieb einer Unterkunft müssen Gender-Aspekte stärker Berücksichtigung finden, auch bereits in der Ankunftsphase (Ankommens-Architektur). Es sollte für Frauen reservierte Gemeinschaftsräume und Bereiche geben, wo sie ungestört / unbeobachtet sozialen Aktivitäten nachgehen und soziale Netzwerke pflegen können. Laut der Studie haben sich Frauenräume anhand des Bedarfs in manchen Unterkünften durch die Kooperation mit den Betreibern entwickelt, z. B. Frauen-Grillplatz, Nähzimmer, Friseursalon oder Frauen-Computerraum. In anderen Standorten gibt es auch bereits Frauen-Cafés.

Die Belegung der Unterkunft soll Geschlechtertrennung nicht nur in gender-getrennten Zimmern berücksichtigen, sondern auch in räumlich-

getrennten Bereichen für Familien / Frauen und allein reisende Männer. Dadurch können die privaten vs. öffentlichen Räume und deren Wahrnehmung und Nutzung konkreter definiert werden. Die positive Wirkung solcher Trennung auf den Alltag und den Komfort wurde in der Studie von den Bewohner*innen (von beiden Gruppen) am Beispiel der Tempohome-Wollenberger-Straße gelobt (S. 163).

Da das LAF für die allgemeine Zuweisung in einer Unterkunft zuständig ist, die Belegung aber in der Verantwortung des Betreibers liegt, sollte dieser Aspekt der Geschlechtertrennung zukünftig von den Betreibern stärker betont / angestrebt werden.

Der Eingangsbereich und die Küche sind mit bunten Teppichen ausgelegt, um den grauen Boden zu bedecken und vor der Bodenkälte zu schützen. Um als Familie und mit Besucher*innen gemeinsam essen zu können, wird ein Teppich auf dem Boden ausgebreitet. Auf dem Tisch ist kein Platz für so viele Leute. Der Teppich dient als Sitz und Essbereich, was in der Heimat mancher Geflüchteter üblich ist. Darüber hinaus dient dies auch als Lösung angesichts des Platzmangels.

Privatsphäre ist ein wichtiger Teil des Lebens und der Frauensensibilität. Sichtschutzmaßnahmen spielen dabei eine große Rolle und sollen deswegen rechtzeitig installiert werden, damit die Privatsphäre gewährleistet werden kann.

Charakteristisch ist die flexible Nutzung / Aneignung der Gemeinschaftsräume. Beispiele im Text sind die Einrichtung einer Shisha-Ecke, von Treffpunkten in Waschmaschinenräumen und der oben genannten verschiedenen Frauenräume. Daraus lassen sich Erkenntnisse für zukünftige Planungen ableiten.

Ein immer wiederkehrendes Thema sind Konflikte mit Brandschutzbestimmungen. Im Report wird beispielsweise von Verboten von Vorhängen, Sofas, Teppichen oder Geräten gesprochen, die mit Brandschutzbestimmungen begründet werden (z. B. S.119, 122, 135, 138-142). Allerdings gibt es in den Brandschutzbestimmungen keine allgemeinen Verbote entsprechender Gegenstände. Das LAF ist für die Sicherheit der Bewohner verantwortlich und bestimmte Sicherheitsmaßnahmen müssen eingehalten werden. Trotzdem sollte die Entscheidung in vielen Fällen aufgrund individueller Prüfung erfolgen. Laut der Leistungs- und Qualitätsbeschreibungen dürfen beispielsweise Bewohner eigene elektrische Geräte nutzen, so lange diese im Voraus von dem Betreiber geprüft werden. Um zu vermeiden, dass Vorhänge zu nah an die elektrischen Heißkörper gelangen und dabei zum Brandrisiko werden,

können entweder sichere Materialien für Sichtschutz benutzt werden (z. B. Metall-Jalousien oder Sichtschutzfolien) oder die Vorhänge bis zur Fensterkante gekürzt werden, wie in einem Beispiel beschrieben (S. 123, 129).

Durch die Interviews wurden in der Studie vier wichtige Faktoren erkannt, die die Aneignung des Wohnraumes beeinflussen. Diese sind: die Zeit in der Unterkunft, die Zukunftsperspektiven, der Familienstand und die persönliche Motivation (S. 123). Ein weiterer zentraler Faktor der Raumnutzung und Rauman eignung, der in der Studie jedoch nicht zu den wichtigsten Faktoren gezählt wurde, ist Gender (Nakhal 2015; Wari 2017; Seethaler-Wari 2022).

Bauliche Parameter

Von den Ergebnissen der Studie können weitere bauliche Parameter abgeleitet werden:

Die Baukonstruktion ist nicht für eine lange Wohndauer geeignet. Dies ist auf die große Zahl der Ankommenden, den zeitlichen Druck, um schnell zu agieren, und die damit verbundenen Kosten zurückzuführen, insbesondere, da sie als temporäre Unterbringungsform geplant wurde. Allerdings lässt sich aus der internationalen Erfahrung schließen, dass sehr wenige temporäre Unterkünfte nur kurzzeitig benutzt werden, viele eher permanent. Deswegen wäre es sinnvoll, eine für eine längere Wohndauer geeignete Baukonstruktion zu wählen, um Ankommen und Integration zu unterstützen. Dies ist bereits in den später geplanten und gebauten MUFs implementiert.

Es gibt einen hohen Bedarf an Lagerräumen für flexiblere und individuelle Möblierung. Es ist aber zu bedenken, dass die Verwaltung eines zentralen Lagerraums eine komplexe zusätzliche Aufgabe ist, die Raum, Personal und Zeit benötigt, was mit zusätzlichen Kosten verbunden ist.

Die Lichtstärke wird von vielen Bewohner*innen als zu stark empfunden. Die Möglichkeit, die Lichtstärke kontrollieren zu können, z. B. durch Dimmer, sollte daher bestehen.

Sichtschutz vor den Fenstern wird stark vermisst, weil er auch die Privatsphäre gewährleistet. Sichtschutzfolien und Vorhänge wurden in vielen Standorten nachgerüstet.

Die Bepflanzung der eigenen Vorgärten / Terrassen / Veranden ist ein wichtiger Lebensbestandteil vieler Bewohner*innen. Wo es möglich ist,

sollen Gärten, Terrassen oder Außengelände ermöglicht werden, da diese auch die Rauman eignung fördern. Es besteht vielfach das Bedürfnis, Gegenstände zu befestigen. Es darf aber nicht geschraubt oder gehämmert werden. Pflanzen wurden von manchen Bewohner*innen an der Deckenbeleuchtung befestigt, da sonst keine andere Halterung vorhanden war. Auch das Befestigen von Vorhängen und Fliegenfängern muss kreativ gelöst werden.

2.2. Governance: Wie wirken sich die Größe des Standortes und besondere Organisationsstrukturen der Betreiber auf das Zusammenleben in der Unterkunft aus?

Prüfung von Möglichkeiten zur Verhinderung einer „Rushhour“ durch Optimierung der Einlasskontrollen, z. B. Abschaffen des Einscannens am Eingang und Ausgang usw. (S. 154).

Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung des Datenschutzes innerhalb der Unterkünfte, z. B. in Bezug auf die eingehende Post (S. 133). Mittlerweile wurden immer mehr Briefkästen in unterschiedlichen Einrichtungen angebracht.

Wegen der Verantwortungsdiffusion in Bezug auf die Reinigung der Gemeinschaftsräume müssen Konzepte entwickelt werden, um die Zugänglichkeit der Räume für alle Bewohner*innen zu gewährleisten. Dazu muss die Beteiligung der Bewohner*innen verbessert und gefördert werden (S. 167). Solche Verantwortungsdiffusion ist mit der unklaren Definition von privat vs. öffentlich in der Raumwahrnehmung und Raumnutzung zu erklären. Dieses Phänomen ist in unterschiedlichen Unterbringungsformen zu beobachten (Seethaler-Wari 2021). In manchen Unterkünften wurden positive Erfahrungen damit gemacht, die Verantwortung für die Reinigung der Gemeinschaftsräume den Bewohner*innen als Minijobs anzubieten.

2.3. Sozialräumliche Interaktion: Wie prägen Architektur und Raumstrukturen sowie der städtebauliche Kontext das Zusammenleben und die sozialen Interaktionen innerhalb der Unterkunft und den Austausch mit der Nachbarschaft?

Ein wichtiges Beispiel, das die sozialräumliche Interaktion verdeutlicht, ist der die Unterkünfte umgebende Zaun. Zu diesem Thema bestanden von Seiten der Bewohner*innen sehr unterschiedliche Meinungen, die auch die Vielfalt der Geflüchteten spiegeln. Von der Anmutung eines Gefängnisses oder Hindernisses bis zum Schutz der Kinder wurde der Sicherheitszaun, der mit dem Landeskriminalamt abgestimmt ist, sehr unterschiedlich beurteilt. Die Studie zeigt, dass der Zaun sich als Barriere bei der Interaktion mit der direkten Nachbarschaft erweist und den Bewohnern bestimmte Bewegungsmuster aufzwingt (S. 153).

"Für die Bewohnerschaft relevante Orte zur sozialen Interaktion sind oft andere als die durch die Planung vorgesehenen" (S. 159). Die Gemeinschaftsräume werden zum Beispiel anders benutzt als geplant oder gestaltet. Die Waschmaschinenräume haben sich in drei der in der Studie behandelten Standorte zu einem Austauschort oder Treffpunkt entwickelt (S. 160). Flexibilität in der räumlichen Nutzung und Aneignung der Räume für andere Nutzungen soll deswegen unterstützt werden, wie der auch im Report erwähnte Fall des Friseurzimmers am Ostpreußendamm (S. 143, 149).

Die Bewohnerschaft bevorzugt eher die Freiflächen außerhalb der Unterkunft, gegenüber zu gestaltenden Freiflächen innerhalb der Unterkunft. Trotzdem bieten die Außenflächen in Tempohomes und La-GeSo-Dörfern Möglichkeiten für Aktivitäten vor Ort, die in anderen Unterkunftsformen oft nicht möglich sind, z. B. Grillplätze, Plätze zum Shisha-Rauchen, Frauenbereiche. Aus diesem Grund und um die Interaktion mit der Umgebung und damit die Integration zu unterstützen, sollte stärker in sozialräumliche Interaktion, etwa soziale Infrastruktur, investiert werden. Kitas oder Begegnungscafés sind hier besonders zu nennen. Das kann Freizeitmöglichkeiten schaffen und Begegnungen mit Menschen von außerhalb der Unterkunft erleichtern. In den modularen Unterkünften für Geflüchtete (MUFs) wird das vom LAF bereits teilweise mitgeplant und umgesetzt.

2.4. Interaktion mit der Umgebung: Welche Bewegungsmuster der Bewohner*innen (innerhalb und außerhalb der Unterkunft) ergeben sich aus Verpflichtungen und Eigeninteresse?

Die städtische Angebotsvielfalt wird oft den angebotenen, exklusiven Aktivitäten innerhalb der Unterkunft vorgezogen.

Die Studie zeigt, dass die Menschen unterschiedliche Bewegungsmuster haben. Manche bleiben im gleichen Sozialraum, andere sind sehr mobil. Eine gute Anbindung an den ÖPNV ist sehr wichtig für die Menschen, die sich alle soziale Anlaufpunkte innerhalb der Stadt suchen.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass zentral gelegene, urbane Unterkünfte meist mehr Aktivitäten für Geflüchtete anbieten als periphere; ihre Nachbarschaften seien diverser und offener gegenüber Migrant*innen. Kreuzberg und Neukölln wurden deswegen als wichtige Bezugspunkte der Befragten aus allen 6 Standorten dargestellt (S. 192).

Zentralität hat einen positiven Einfluss auf die Integration durch bessere Angebote an Begegnungsorten, Freizeitaktivitäten und Ehrenamtsengagements. Allerdings sind zentral gelegene (bundes- und landeseigene) Bauland-Grundstücke in Berlin selten. Im Fall der vorhandenen Grundstücke ist es sehr schwierig, die Zustimmung des relevanten Stadtbezirks zu bekommen, um sie für eine Flüchtlingsunterkunft zu nutzen. Im Zusammenhang mit dieser spezifischen Zwischennutzung der Grundstücke ergeben sich komplizierte Aushandlungsprozesse mit verschiedenen Akteuren in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Wahlkämpfe, Bürgerproteste, Versorgungsprozesse usw.).

2.5. Zukunftsperspektiven: Wie prägen die Unterkunft und das Zusammenleben in der Unterkunft die Vorstellung und Planung der individuellen Zukunft?

Daraus leiten sich auch Erkenntnisse zur Förderung der Integration Geflüchteter gerade auch nach Auszug aus der Unterkunft ab. Beispiele:

Einer Verstetigung der temporären Unterbringungsform entgegenwirken.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern werden Geflüchtete relativ schnell von einer Wohnpflicht in Gemeinschaftsunterkünften entlassen und dürfen eine eigene Wohnung suchen. Im Land Berlin ist das Problem der Verweildauer mit dem sehr angespannten Wohnungsmarkt verbunden. Das LAF bringt viele Geflüchtete, die von den Bezirken untergebracht werden sollen, für die Bezirke in Amtshilfe unter. Eine eigene Wohnung ist das wichtigste Ziel der Mehrheit der Geflüchteten und daher auch für die Arbeit des LAF wichtig.

*Mitgebrachte Fähigkeiten der Bewohner*innen fördern, Selbstinitiative zulassen und flexibel auf Nutzungsmuster der Bewohner*innen eingehen.* Diese Aspekte hängen mit Praktiken der Rauman eignung zusammen, die gefördert und unterstützt werden sollen.

Einbindung in die Stadt fördern; Unternehmungen außerhalb der Unterkunft anbieten, externe Anbieter hinzuziehen und Beziehungen zu Privatpersonen unterstützen, Zugänge erleichtern und Externe einladen Solche Aspekte zeigen die Bedeutung der Investition in soziale Infrastrukturen auf.

3.0 Nutzen der Erkenntnisse

Die Erkenntnisse der Studie können in drei Aspekten zusammengefasst werden:

3.1. Dokumentation und Analyse der Vor- und Nachteile von zwei Typologien von Standorten

In der ersten Phase der Unterbringung brauchen die meisten Menschen Begleitung und soziale Betreuung, damit sie sich in ihrer neuen Umgebung orientieren können. Zusätzlich müssen sie neue soziale Kontakte knüpfen, damit sie mehr über das Leben in der neuen Umgebung in Erfahrung bringen (z. B. Informationen über unterschiedliche Gesetze, Angebote, Behörden usw.). Soziale Kontakte sind auch eine sehr wichtige Quelle der Information zum Asylverfahren, Jobangebote, Bildung und Ausbildungsangebote. Unterbringungsformen, die soziale Kontakte fördern, sind ein wichtiger Schritt zur Integration. Gemeinschaftsräume begünstigen die soziale Interaktion bzw. sie ergibt sich zwangsläufig, was durchaus ein Vorteil sein kann.

Die Studie bietet wichtige Einblicke zu den Berliner Tempohomes. Sie stellt positive als auch negative Aspekte dieser Form der Unterbringung heraus. Beispiele für positive Aspekte der Tempohomes

sind verbesserte Privatsphäre, separate Einheiten mit eigenem Eingang, Außenbereiche wie Terrasse oder Garten. Die geringe Zahl der Personen (vier), die sich die Sanitärebereiche teilen, die eingeschossige Bauweise, die auch in anderen Studien als bevorzugte Form des „Wohnens“ empfunden wurde. Die meisten Geflüchteten bevorzugen es, ebenerdig zu wohnen. In Leipzig zum Beispiel ergab eine Studie (Sanchez Steiner 2017), dass mehr als 50 % der Geflüchteten das Erdgeschoss oder das erste Obergeschoss bevorzugen. In manchen Tempohomes hat diese Situation dazu geführt, dass ein dorffähnliches Verhältnis entstand, wo die Menschen auch selbst bestimmen können, welche sozialen Kontakte sie mit ihren Nachbarn pflegen wollen. Es gibt Gemeinschafts- und Funktionsräume auf dem Gelände: die Waschmaschinenräume, Aufenthaltsräume oder Hausaufgabenräume. Sozialarbeiter*innen sind ebenfalls vor Ort.

Beispiele für negative Aspekte der Tempohomes, welche die Studie aufzeigt, sind zum Beispiel deren mangelhafte Baukonstruktion. Da kurzfristige Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden mussten, wurde (entgegen der baulichen Anforderungen für langfristig genutzten Wohnraum) auf Materialien zurückgegriffen, welche die Bewohner*innen nur unzureichend vor Hitze oder Kälte schützen. Ein weiterer (als negativ begriffener) Aspekt ist zum Beispiel, dass das Betreten und Verlassen einer Unterkunft nur durch eine Sicherheits-Schleuse erlaubt ist. Gerade in großen Tempohomes, wie am Columbiadam, war dies mit längeren Laufstrecken für die Bewohner*innen verbunden. Gleichzeitig wurde die sich aus dieser Weitläufigkeit ergebende Anonymität als positiv von manchen Bewohner*innen aufgefasst.

Dazu kommt auch der Aspekt der sozialen Absonderung der Bewohner*innen, da die Tempohomes von außen an „Lager“ erinnern. Sie sind als temporäre Wohnanlage sichtbar und gleichzeitig sind sie mit Zäunen abgeschirmt. Sie heben sich somit vom umgebenden Wohnumfeld ab. Dadurch werden die Bewohner*innen exkludiert und fühlen sich stigmatisiert. Zusätzlich sind Besuchszeiten begrenzt und Übernachtungen von Gästen nicht gestattet.

Die Tempohomes sind auch von außen einsehbar. Ihre Ebenerdigkeit entspricht der Typologie kleiner Häuser, die Privatsphäre ermöglichen, da jede Einheit über eine eigene Küche und ein Badezimmer verfügt. Besonders für kleine Familien sind die Tempohomes wie eine eigene Wohnung. Für große Familien kann ein Tempohome umständlich sein, da zwei Tempohomes nebeneinander über eigene Eingänge verfügen, so dass man sie verlassen muss, um in die Nachbareinheit zu gelangen.

Als positive Beispiele der LaGeSo-Dörfer stellt die Studie die Förderung sozialer Interaktion durch aktive Gemeinschaftsräume und die bessere soziale Einbeziehung von Teilgruppen wie Frauen heraus. Da die Containerdörfer dreistöckig sind, passen sie sich in ihrer Traufhöhe der umliegenden Bebauung an. Daher sind sie städtebaulich besser akzeptiert. Ihre Architektur ist trotzdem auffällig und als temporäre Struktur sichtbar. Im Vergleich zu den Tempohomes bieten die Containerdörfer bessere Möglichkeiten für die Unterbringung von Großfamilien, da mehrere Räume intern durch schließbare Türen verbunden sind. Der Gebäudetypus mit gemeinschaftlich genutzten Korridoren, die auch die Rolle eines öffentlichen Begegnungsortes spielen, mit gemeinschaftlich genutzten Badezimmern und Küchen forcieren soziale Interaktion zwischen den Bewohner*innen, was die sozialen Netzwerke bereichern kann. Allerdings verringert diese forcierte soziale Interaktion die Möglichkeit einer selbstbestimmten Entscheidung, nur bestimmte soziale Kontakte zu pflegen. Da die Erschließung der Wohnräume über einen langen Flur und durch die gemeinschaftlich genutzten Räume funktioniert, entstehen auch verschiedene Konflikte, bspw. über Nutzungsdauer und Sauberkeitsstandards. Die fehlende Privatsphäre durch die gemeinschaftlich genutzten Bäder und Küchen ist ein weiterer negativer Aspekt dieser Form der Unterbringung.

Tempohomes bieten also aus Bewohnersicht wesentliche Vorteile. Beide Unterbringungstypologien beeinflussen die Bewegung und Handlungsmuster der Akteure sowie Aushandlungspraktiken und Aneignungsprozesse der gemeinschaftlich genutzten Räume und Flächen. Die räumliche Struktur forcieren soziale Interaktionen mit unterschiedlichen Intensitäten in beiden Unterkünften.

Davon lässt sich für die nächste Generation der Unterbringung ableiten, dass Raum für größere Familien und Wohngruppen geschaffen werden muss. Das ist schon in den vom LAF geplanten Unterkünften vorgesehen und wurde in den MUFs teilweise umgesetzt, wo Wohneinheiten für größere Familien und Gruppen (bis zu 10 Personen) gebaut wurden. Um die künftige Nutzbarkeit solcher Wohneinheiten zu garantieren, könnten zwei kleinere Wohneinheiten durch eine interne Tür zusammenschließbar gemacht werden. Diese Tür kann ansonsten verschlossen werden, um die Einheiten zu trennen. Es könnten auch zwei Einheiten gespiegelt als eine Einheit gestaltet und eine Wand bei Bedarf im Nachhinein installiert werden.

3.2. Frage nach der Optimierbarkeit der vom LAF vorgegebenen organisatorischen und sicherheitstechnischen Vorgaben

Überprüfung der Handlungsempfehlung: *„Die Lockerung von Einrichtungsregularien und das Übertragen von Entscheidungsgewalt an die Betreiber würde den Bewohner*innen mehr Gestaltungsspielraum geben“* (S. 121). Hier könnte auch die Handlungsempfehlung einer anderen Studie (Vey 2018, 50) relevant sein, in der *„die Wahl eines Bewohner*innenrates (im besten Fall paritätisch nach verschiedenen Gesichtspunkten wie u. a. Alter, Geschlecht und Herkunft besetzt)“* als zentral dargestellt wurde. Ein Bewohner*innenrat ist in einigen LAF-Standorten bereits verwirklicht.

„Um eine zufriedenstellende Unterbringungssituation zu gestalten, benötigt es eine aktive soziale Interaktion der Akteure und kreative Handlungsspielräume in der Auslegung der Regelwerke“ (S. 138). Laut der Studie haben die als positiv empfundene Verhältnisse zwischen den Bewohner*innen und dem Betreiberteam sowie mit dem Sicherheitspersonal eine positive Wirkung auf die partizipative Teilnahme an verschiedenen Angeboten in der Unterkunft, auf die räumliche Aneignung der Privaträume und auf das aktive Einbringen bei der Gestaltung der Unterkunft.

Das Verschieben von (angeblichen) Brandschutzbestimmungen durch Betreiber / Sicherheitspersonal zur Kontrolle der Bewohner*innen von Unterkünften muss (falls es tatsächlich vorkommen sollte) verhindert werden. Das kann durch deutliche Formulierung in den Betreiberverträgen und durch Qualitätsmanagement erfolgen.

3.3. Handlungsempfehlungen beim Bau und beim Betrieb möglicher zukünftiger LAF-Gebäude und Standorte

Die Studie endet mit Handlungsempfehlungen (S. 219–225), die auf Basis der oben genannten Ergebnisse formuliert wurden. Viele der Handlungsempfehlungen beim Bau und beim Betrieb möglicher zukünftiger LAF-Gebäude und Standorte berühren Themen, die bereits oben im Text diskutiert und kommentiert wurden. Eine für das LAF besonders relevante Handlungsempfehlung, die oben im Text nicht diskutiert wurde, lautet:

„Die Entwicklung eines Kriterienkataloges für die Eignung von Standorten könnte bei hohem Handlungsdruck den Entscheidungsprozess

unterstützen. Es sollte ebenfalls untersucht werden, ob potenzielle Standorte als Vorhalteflächen für Not- und Gemeinschaftsunterkünfte regulärer Bestandteil von Katastrophen- und Krisenplänen für die Stadt werden sollten, insbesondere im Hinblick auf bevorstehende weltweite klimatische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Migrationsbewegungen.“ (S. 224).

Diese Handlungsempfehlung ist nicht nur für die Unterbringung Geflüchteter relevant, sondern sollte ein wichtiger Teil der Planung jeder Großstadt und „Camp-City“ (Misselwitz 2009) sein, um die Bereitschaft und Flexibilität der Städte zur Notunterbringung im Fall von Naturkatastrophen und klimabezogenen Krisen zu erhöhen.

4.0 Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegende Studie der TU Berlin erforscht und visualisiert den Alltag von Geflüchteten in Tempohomes und Containerdörfern, ihre Raumnutzungs- und Aneignungspraktiken, und sie berichtet über ihre Perspektiven, Meinungen und Zukunftsvisionen. In sechs ausgewählten Standorten untersucht die Studie verschiedene räumliche Ebenen; von der Unterbringungseinheit über die Ebene der Unterkunft bis zum Bezirk und der Stadt. Dies gelingt der Studie durch die Analyse der folgenden Aspekte: Rauman eignung, Governance und soziale Interaktion sowohl innerhalb der Unterkunft als auch mit der Umgebung.

Trotz einiger Unschärfe oder sich abzeichnenden Erkenntnislücken sind die Ergebnisse der Studie für das LAF relevant, sowohl durch abzuleitende Optimierung der verwaltungstechnischen Abläufe als auch der baulichen Beschaffenheit der Unterkünfte.

Wie im Text oben erklärt, stellt die Studie eine Grundlage für weitere Forschungen dar durch eine Transformation von Fragestellungen und Methoden. So ist der Bericht mit seinen Ergebnissen und Handlungsempfehlungen eine Fundgrube für unterschiedliche Akteure der Flüchtlingsunterbringung in Berlin, d. h. sowohl für Planer, Architekten, Praktiker der Flüchtlingshilfe, Politiker und Forscher.

4.1. Was kann das LAF noch aus der Studie der Tempohomes und Containerdörfer mitnehmen?

Die Containerdörfer und Tempohomes wurden als Notunterkünfte geplant. Obgleich sie somit nur für eine temporäre Nutzung vorgesehen waren, konnten an ihrem Beispiel in der Praxis zentrale Erkenntnisse auch zu anderen Formen der Unterbringung (z. B. MUFs) gewonnen

werden. Beispiele dafür sind die Gestaltung und Nutzung von Außenlagen und Aspekte der Privatsphäre.

Von den baulichen Parametern, die in der Studie gefunden wurden, kann das LAF Folgendes übernehmen: Sollten Tempohomes erneut gebaut werden, sollten energieeffizientere Baumaterialien genutzt werden, was auch die Heizkosten im Winter und die Kosten der Klimaanlage im Sommer verringern würde. Elektroheizungen sollten vermieden werden, da dies die bestehenden Brandschutzmaßnahmen verschärft, wie in dem beschriebenen Beispiel (S. 122, 129).

Menschen sollen die Möglichkeit haben, normale Rauman eignungsprozesse wie Ummöblierung, das Aufhängen von Bildern oder das Stellen von Gegenständen vornehmen zu können.

Sichtschutz soll von Anfang an in der Planung mitgedacht und pünktlich installiert werden, noch bevor die Menschen einziehen.

Es würde für Geflüchtete als auch für die Betreiber sehr praktisch sein, Flexibilität zu haben, was die Größe der Einheiten angeht (interne Verbindung zwischen zwei oder mehr Einheiten, was in Containerdörfern möglich war). Das bietet sich vor allem im Fall von größeren Familien an, damit diese nicht vor die Tür müssen, um zwischen zwei oder mehr Wohneinheiten zu wechseln. Das ermöglicht auch dem Betreiber mehr Möglichkeiten in der Belegung.

Den Menschen käme es gelegen, zwischen eigenen Möbeln und der Erstausrüstung wählen zu können. Lagerräume vor Ort spielen dabei eine große Rolle. Dafür können Konzepte für deren Leitung / Verwaltung entwickelt werden.

4.2. Schlusswort

Viele Akteure sind an der Entstehung, Belegung und Verwaltung von Unterkünften beteiligt. Ob die Politik, die Verwaltungen, die Bezirke, Grundstück- oder Immobilienbesitzer, das LAF, die Betreiber, die Sicherheitsfirmen oder die Geflüchteten selbst. Die Akteure haben unterschiedliche Rollen, ein unterschiedliches Maß an Entscheidungsmacht, verschiedene Aufgaben, Ziele und Logiken. All diese Aspekte sind nicht immer einfach zusammen zu führen. Jeder Akteur soll jedoch in seiner Rolle alles Denkbare für eine bedarfsgerechte und gelungene Unterbringung leisten. Denn eine die Integration fördernde Unterbringung ist zentral für die Perspektiven und die Zukunft aller Beteiligten, aber auch

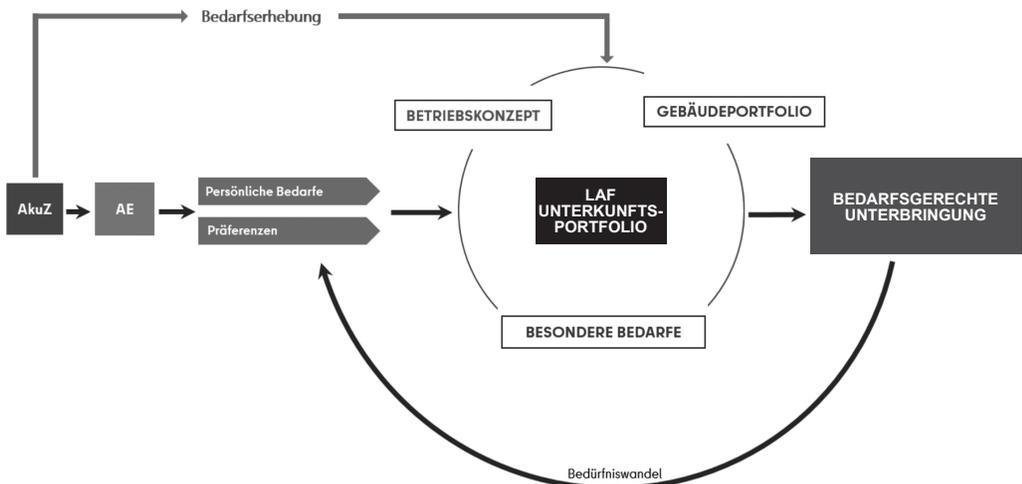
wichtig, um die Arbeitsabläufe zu optimieren. Trotzdem sind in der Praxis die Einschränkungen der technischen, finanziellen, zeitlichen, politischen und bürokratischen Rahmenbedingungen zu bedenken und einzuplanen. Zusätzlich ist der verfügbare Raum sehr eingeschränkt, was die Realisierung mancher Ziele erschwert oder verlangsamt.

Sowohl im europäischen Kontext als auch im globalen Vergleich zeichnet sich die Wiederholung von Denkfehlern in Planung und Umsetzung derartiger Unterkünfte ab, da Container zwar nur temporär geplant werden, aber regelmäßig viel länger Verwendung finden. Beispiele dafür sind die mangelnde bauliche Qualität, die geringe Flexibilität der Planung und Nutzung und die vernachlässigte Bedeutung des Wohnumfelds.

Es muss stets bedacht werden, dass Geflüchtete sehr vielfältig in Bezug auf ihre sozialen und kulturellen, aber auch individuellen Hintergründe und Bedürfnisse sind. Diese Bedürfnisse wandeln sich mit der Zeit, weswegen eine einzige Unterbringungsform diese Bedürfnisse nicht langfristig erfüllen kann. Es muss daher immer wieder eine bedarfsgerechte Art der Unterbringung geprüft werden, um Unterbringungsplätze zu finden, die an die aktuellen Bedürfnissen der Menschen angepasst sind.

Die folgende Grafik stellt *das neue Zielbild zur Unterbringung* durch das LAF dar. Das übergeordnete Ziel des LAF ist es, selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen. Soweit dies noch nicht möglich ist, gilt es, eine bedarfsgerechte und in ihrer Qualität gesicherte Unterbringung zu verwirklichen. Dennoch kann und soll eine solche Unterbringung ein eigenes selbstbestimmtes Wohnen nicht ersetzen.

Dr. Ing. Shahd Seethaler-Wari



Verwendete Literatur

- Dahdah A. Dippel A. (2018): German and French “Spatial Management“ of Refugees Illustrated by Syrians’ Urban Experiences in Berlin und Marseille. In: *Alternatif politika*, 74–98.
- Emirbayer, M., Mische, A. (1998): What is Agency? In: *American Journal of Sociology*, 103(4), 962–1023.
- Kalpakci, A., M. Kajijima, L. Stalder. (2018): Einführung. In *Architektur Ethnografie*. Arch+ Nr. 238, 3–5.
- Misselwitz, P. (2009): *Camp Cities – Strategies for the Rehabilitation of Palestinian Refugee Camps*, Doktorarbeit, Universität Stuttgart.
- Misselwitz, P., Dalal, A. (2017): Asylarchitekturen als Verhandlungsräume CampCities zwischen universalistischer humanitärer Ordnung und lokaler Handlungsmacht. In: *Arch+*, 230, 32–41.
- Nakhal, J. (2015): Women as Space/Women in Space: Relocating our Bodies and Rewriting Gender in Space. In: *Kohl: A Journal for Body and Gender Research*. 1(1), 15–22.
- Parsloe, T. (2017): Appropriating buildings to house refugees: Berlin Tempelhof. In: *Forced Migration Review*, 55, 35–36.
- Sánchez-Steiner, L. (2017): Ergebnisbericht. Umfrage über die Wohnsituation von dezentral untergebrachten Geflüchteten in Leipzig. Bundesverband NeMO e.V., Leipzig.
- Schmitt, C. (2019): Agency und Vulnerabilität. Ein relationaler Zugang zu Lebenswelten geflüchteter Menschen. In: *Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete*, 68(8), 282–288.
- Vertovec, S., Becker, S. Fleischer, A., Schader, M., Wari, S. (2017): Addressing the diversity of asylum-seekers’ needs and aspirations. A Report to the Volkswagen Foundation. MPI-MMG, Working Paper Nr. 5/2017, Göttingen.
- Vey, J. (2018): *Leben im Tempohome. Qualitative Studie zur Unterbringungssituation von Flüchtenden in temporären Gemeinschaftsunterkünften in Berlin*. Zentrum Technik und Gesellschaft, Discussion Paper Nr. 40/2018, Berlin.

Seethaler-Wari, S. (2017): *Palestinian Berlin: Perception and Use of Public Space*. LIT Verlag, Berlin.

Seethaler-Wari, S. (2022): *Inhabiting Refugee Accommodations: A Comparison of Two Temporarily Transformed Buildings*. In: Seethaler-Wari, S., Momić, M., Chitchian, S. (Hrsg.): *Inhabiting Displacement. Architecture and Agency*. Birkhäuser, Basel, 104–130.

Weiterführende Literatur

Dalal, A., Darweesh, A., Misselwitz, P., Steigemann, A. (2018): *Planning the Ideal Refugee Camp? A Critical Interrogation of Recent Planning Innovations in Jordan and Germany*. In: *Urban Planning*, 3(4), 64–78.

Misselwitz, P. (2017): *Interview mit Philipp Misselwitz: Vom Camp zur Stadt*. In: Hehl, R., Engel, L. (Hrsg.): *Transtopia*. Ruby Press, Berlin, 85–93.

Sanyal, R. (2013): *Urbanizing Refuge: Interrogating Spaces of Displacement*. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 38(2), 558–572.

Scheibelhofer, E. (2019): *Conceptualising the social positioning of refugees reflections on socio-institutional contexts and agency with a focus on work*. In: *Identities*, 26(3), 289–304.

Seethaler-Wari, S. (2018): *Urban Planning for the Integration of Refugees: The Importance of Local Factors*. In: *Urban Planning*, 3(4), 141–155.

Habitat Unit



SFB 1265



Re-Figuration
von Räumen

Tempohome

Lageso

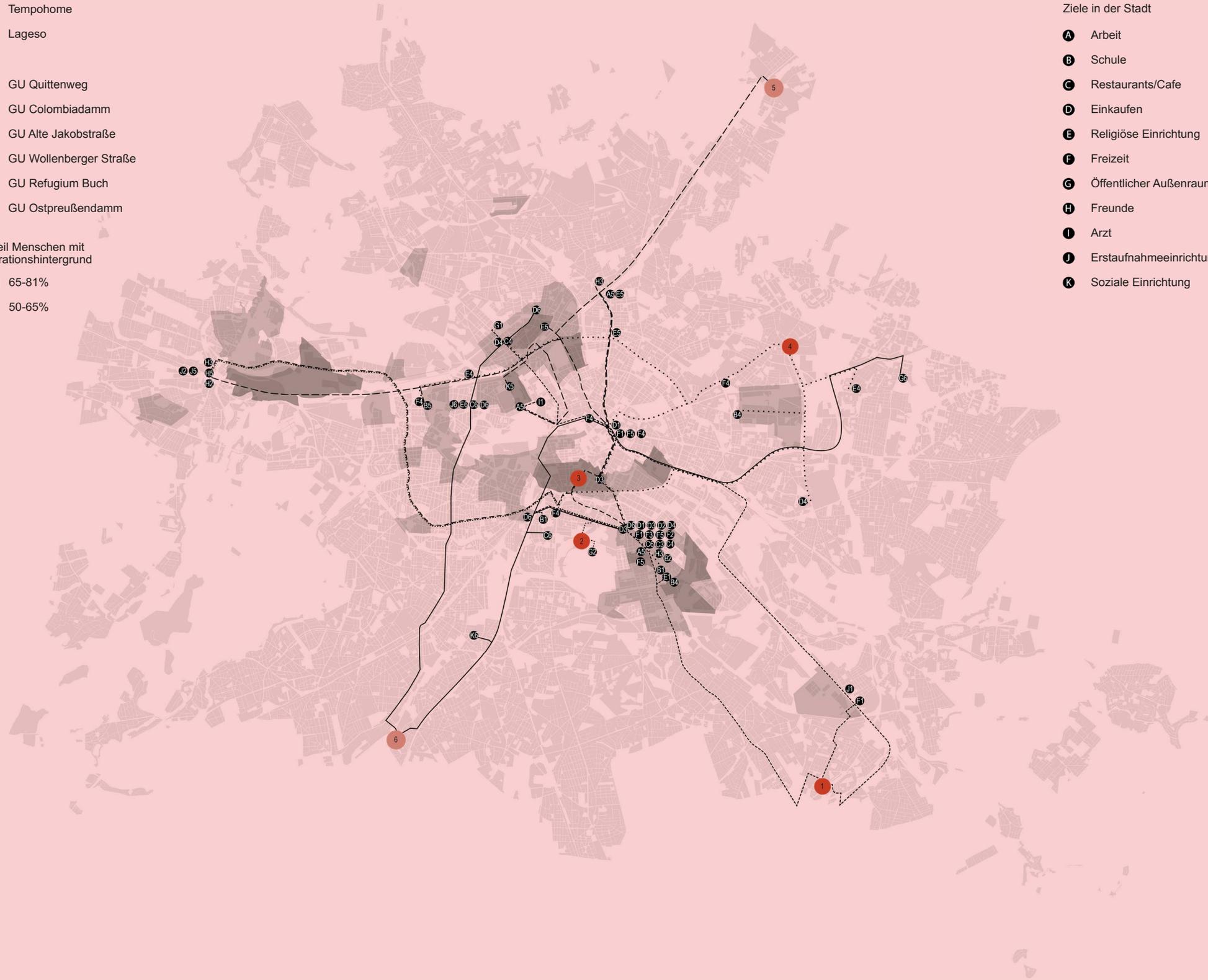
- 1 GU Quittenweg
- 2 GU Colombiadamm
- 3 - - - - - GU Alte Jakobstraße
- 4 GU Wollenberger Straße
- 5 - - - - - GU Refugium Buch
- 6 ———— GU Ostpreußendamm

Anteil Menschen mit Migrationshintergrund

- 65-81%
- 50-65%

Ziele in der Stadt

- Ⓐ Arbeit
- Ⓑ Schule
- Ⓒ Restaurants/Cafe
- Ⓓ Einkaufen
- Ⓔ Religiöse Einrichtung
- Ⓕ Freizeit
- Ⓖ Öffentlicher Außenraum
- Ⓗ Freunde
- Ⓘ Arzt
- Ⓙ Erstaufnahmeeinrichtung
- Ⓚ Soziale Einrichtung



Der vorliegende Tempohomes-Report, ein Kooperationsprojekt zwischen TU und LAF Berlin, dokumentiert den Alltag und das Leben in Containerdörfern und Tempohomes im Jahr 2018 und präsentiert die Wahrnehmung und Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner, deren Alltag und ihre Proaktivität im Umgang mit den alltäglichen Herausforderungen. Durch architekturethnografische Dokumentationen und Interviews wurden sechs ausgewählte Standorte von Studierenden der TU Berlin untersucht. Die so gewonnenen Einsichten werden in kurzen thematischen Essays zusammengefasst. Das Vorwort „Hintergrund und Anliegen“ des LAF ordnet die Arbeit der Berliner Verwaltung in die turbulenten politischen und planungsrechtlichen Herausforderungen bei der Entwicklung und dem Bau der Standorte zeitgeschichtlich ein. Abschließend wird die Arbeit der Studierenden für aktuelle und zukünftige Unterbringungsstrategien aus der Perspektive des LAF reflektiert.